REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 393 · 22.8.1996

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 42 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Sektenjäger. Kreuzritter gegen "Scientology" - Kt.
2. In eigener Sache - ak-Redaktion und -Vertrieb
3. Neuer Video-Film über Mumia Abu-Jamal - mi.
4. Elf Monate Streik der Liverpooler Hafenarbeiter
5. Lübeck: Safwan Eid frei - aber Nazis weiterhin von Staatsanwaltschaft gedeckt - j., Hamburg
6. Mildernde Umstände für den Henker. Erich Priebke, die Wehrmacht und die Freude der Vergangenheitsbewältiger - js.
7. USA: Revolution macht hungrig. Der soziale Kahlschlag wird auch nach der Präsidentschaftswahl weitergehen - Michael Hahn
8. Der lange Traum von einer "Third Party". Wegweiser durch die linke Parteienlandschaft in den USA - Michael Hahn
9. "E-Zeta-Ele-Ene!" Zum Internationalen Treffen in Chiapas - Ulrich Brand - Vorabdruck aus
10. "Auch in Freiheit sind wir nicht sicher .." Die Situation von gefangenen Frauen in Irakisch-Kurdistan - Anne Mollenhauer, WADI
11. "Die großen Fische fressen die kleinen". Vereinnahmung des autonomen Frauenhauses Kassel durch die AWO - at.
12. Chaostage als Sommerlochphänomen - Peter Nowak
13. Berlin wird "hauptstadtrein". Wagenburg an der East Side Gallery geräumt - mb., Berlin
14. Berlin 1936. Goebbels goes Olympia - Kt.
15. Hitler und die Deutschen. Patriotischer Geschichtsunterricht in einem nicht ganz normalen Land - Js.
16. Sonderrecht für Juden. Eine Sammlung juristischer Maßnahmen im NS-Staat - Annotation - Angela Martin
17. Das republikanische Lager im Spanischen Bürgerkrieg. Politische Fragmentierung und Zersplitterung der Kräfte - W.L. Bernecker
18. Angst und Hoffnung in Guatemala. Interview mit Juan León - FDNG
19. Kurze Geschichte des Staates Libanon
20. Englands Freiheit - Irlands Knechtschaft? Orange Day und Glorious Revolution - ein nationaler Mythos - Sascha Möbius
21. Unabhängigkeit für Frankreichs letzte Kolonien? Interview mit Bewohnern von Guyana, La Martinique und La Réunion
22. "Wir geben dem Frieden die Maximum-Chance." Interview mit Nur Misuari von der Moro National Liberation Front - Rainer Werning
23. Türkei: Die letzten Tage des Hungerstreiks. Eine Reportage - Maria Jansen, Kenan - Fotos: Günter Zint
24. Lehren nach der Niederlage. Russische Linke nach Jelzins Sieg - Andrei Kolganov, Alexander Buzgalin
25. "Kündigen Sie ihn!" Kurdischer Arbeiter von MAD, Kripo und anderen Behörden verfolgt (Aus: Kurdistan-Rundbrief)
26. Das ging ins Auge. Kritik der Ausstellung "Das deutsche Auge" - Günter Zint
27. Ende der politischen Justiz? EU beschließt Auslieferungskonvention - Mark Holzberger, Ulla Jelpke
28. Linke Journalistin in Paris festgehalten - Peter Nowak
29. Die großen Lauscher werden gespitzt. Argumente gegen den Großen Lauschangriff - Mark Holzberger, Ulla Jelpke
30. Die unerträgliche Beschwichtigung. VS-Bericht 1995: Persilschein für Neofaschisten - Ulla Jelpke
31. Sozialstaat, Globalisierung und "moralische Ökonomie". Blauer Montag-Diskussionstag: Über Sozialpolitik und Gegenwehr
32. "Speichern Sie sich bitte an der Meldesäule". "Leben online" - die schleichende Überwachung unseres Alltags - Beat Leuthardt
33. Wer solche Freunde hat, braucht keinen (Klassen-)Feind mehr! Große Tarifkommission der ÖTV spart für Deutschland - K. Schönsee

34. Chiapas und die Angst in den Metropolen - Detlef Hartmann
35. Wider die "Ökologisierung von Politik". Diskurs um Sustainable Development - für eine "politische Ökologie" - Peter Döge
36. Fortschritt im Schneckentempo. Genfer Klimakonferenz verzichtet auf effektive Beschlüsse - Wolfgang Pomrehn
37. Grenzgängerinnen. Migrantinnen im Knast - Annotation - A.M.
38. Ich will auch einen Blauhelm! - Katja Leyrer
39. Quelldatei 05bu.htm
40. Quelldatei 23.htm
41. Quelldatei 27.htm
42. LeserInnenbriefe

1. Sektenjäger. Kreuzritter gegen "Scientology"

Autor: Kt. · Rubrik: Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak393/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:393:41

41.txt

ak 393

Red: kt, Vp: Kt/at1

korr: th/at8

Kauft nicht beim Scientologen!

Die Sonderkommission der Mafia zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität warnt vor Taschendieben. Der Drogenexperte der Alkoholindustrie rät: Haschisch gefährdet Ihre Gesundheit. Die Sektenbeauftragten der katholischen und evangelischen Kirche ziehen gegen Scientology zu Felde. Jahrhundertelange Erfahrung in der Vernichtung Andersgläubiger, Kreuzzüge, Antisemitismus, Ketzerverfolgung, Hexenverbrennung und Segnung der Kriegswaffen geben den christlichen Institutionen zweifellos das volle moralische Recht zu einer entschiedenen Stellungnahme. Sie wissen, wovon die Rede ist, wenn sie vor den schlimmen Folgen des Glaubenswahns und der Ausbeutung religiöser Abhängigkeit für wirtschaftliche Zwecke warnen.

Und wenn es nun doch ein geschickt ausgedachter Werbetrick ist? Die gelangweilten Snobs der Jungen Union sind auf den Beinen, um die Öffentlichkeit mit Flugblättern darauf aufmerksam zu machen, daß in den Kinos ein neuer Film mit Tom Cruise angelaufen ist. Den soll man sich aber keinesfalls anschauen, weil der Hauptdarsteller Anhänger der Scientology Church ist. Das macht neugierig. Außerdem ist es auch für die Sekte eine willkommene Werbung. Indem die Gegner von Scientology immer wieder die stattliche Liste prominenter, bestverdienender Stars herunterbeten, die der Sekte angehören, tragen sie wesentlich zu deren Anziehungskraft bei. Das Gleiche gilt für das Gejammere über ihre so außerordentlich erfolgreichen Wirtschaftsaktivitäten.

Denn, erstens: Zeigt dies doch, daß der Sekte durchaus nicht bloß verhaltensgestörte arme Würstchen angehören, die es im Leben zu nichts gebracht haben und die deshalb auf jeden Seelenfänger reinfallen, der ihnen die letzten Kröten aus der Tasche ziehen will. Und zweitens: Scientology scheint die Fähigkeit zu besitzen, Menschen psychisch fit zu machen für den kürzesten Weg zum ganz großen Geld. In einer Zeit, wo ein 19jähriger Multimillionär als Sinnbild des gesellschaftlichen Ideals den Bundeskanzler auf Reisen begleiten darf, zählt so etwas viel. Und nach allem, was man über den sagenhaften Einfluß der Sekte hört, scheint sich hier eine sehr erfolgversprechende Möglichkeit zu bieten, an interessante gesellschaftliche Verbindungen, Gesprächspartner und Aufträge heranzukommen.

Man kann doch wohl davon ausgehen, daß die Kursangebote der Sekte in erster Linie nicht von Sozialhilfeempfängern gebucht werden, die sich damit bis über die Ohren verschulden, sondern von aufstiegsfreudigen Angehörigen der Mittelschicht. So gesehen sind ein paar tausend Mark für "Auditing", Kurse und Seminare kein rausgeschmissenes Geld, sondern eine sinnvolle Investition in die eigene Zukunft. Anderswo muß man ja auch kräftig schmieren, um zu etwas zu kommen. Oder was glaubt man, wie beispielsweise der Hamburger Werbeetat oder die Bauaufträge vergeben werden?

"Was uns nicht umbringt, macht uns stärker", lautete eine Erkenntnis der NSDAP in der Kampfzeit der zwanziger Jahre. Das gilt ganz sicher auch für die periodisch wiederkehrenden Kampagnen gegen die Scientology Church. Sie ersetzen nahezu vollständig eine Eigenwerbung der Sekte und kosten sie keinen Pfennig.

Der Sachverhalt ist so evident, daß ich mich früher schon gefragt habe, ob mancher Journalist, der beispielsweise das Talent der Scientologen zum skrupellosen Geldscheffeln anprangert oder der John Travolta, Priscilla Presley und Sharon Stone als Sektenanhänger denunziert, nicht heimlich längst die Fahnen gewechselt hat. Und, schau an, am 15. August berichtet der "Stern": In Bayern wurde der langjährige Reporter des Bayerischen Rundfunks im Landtag als scientologischer IM enttarnt. Der Mann war seit 1980 als Sprecher

mehrerer Sektenbekämpfungsvereine aufgetreten, hatte auf diese Weise Aussteiger und andere Sektengegner ausgehorcht, und stand sich selbstverständlich bestens mit der CSU.

Eine breite Koalition scheint sich zusammenzufinden. In Bayern soll sich der Verfassungsschutz um die Scientologen kümmern, "weil die Gefahr besteht, daß ihre systematische Ausbeutung der Menschen gegen unsere demokratische Grundordnung gerichtet ist". In Nordrhein-Westfalen plädiert der SPD-Innenminister für ein Verbot der Sekte und bezeichnet sie als "verfassungsfeindliche, intolerante, rassistische Organisation, die unsere Gesellschaft zu einem totalitären Regime umgestalten will". - Auf der anderen Seite ist nicht zu übersehen, daß weder die CDU noch die SPD tatsächlich gegen die Sekte vorgehen wollen. Dafür gäbe es übrigens auch keine juristische Handhabe. Es bleibt bei mieser, substanzloser Stimmungsmache, von der sich offenbar jeder irgendeinen eigenen Nutzen verspricht - und über die auch die Scientology Church nicht wirklich traurig zu sein braucht.

Man wirft der Sekte kriminelle Methoden vor allem auf dem Wohnungsmarkt vor. Tatsache ist, daß Sektenfirmen unmoralisch und unsozial agieren. Tatsache ist aber andererseits auch, daß noch kein einziger Scientologe deswegen von einem Gericht verurteilt wurde. Der Grund dafür ist einfach: Ihre Methoden sind in unserem kapitalistischen Staat nicht kriminell, sondern weitgehend legal. Sie sind auf dem Wohnungsmarkt durchaus nicht unüblich. Wer dagegen wirklich etwas tun will, müßte die Gesetze und die Rechtsprechung ändern. Ansonsten bleibt nur gefährliche Demagogie übrig, die an die Hetze der NSDAP gegen die angebliche Kontrolle des Wohnungsmarktes durch die Juden erinnert.

Man behauptet, die Scientology Church sei besonders gefährlich, weil sie eine riesige Wirtschaftsmacht verkörpere. Aber was bedeutet heute unter weltwirtschaftlichen Maßstäben riesig? Die Zeitschrift "Forbes" schätzte das gesamte Vermögen der Sekte 1986 auf 400 Millionen Dollar. 1993 gab Scientology ihren Besitz in den USA mit 400 Millionen und ihr Jahreseinkommen mit 300 Millionen Dollar an. Vielleicht ist das, schon aus steuerlichen Gründen, stark untertrieben. Der "Stern" behauptete 1993 - in einem Artikel mit insgesamt überzogenen Angaben - die jährlichen Einnahmen der Sekte in Deutschland beliefen sich auf 150 Millionen Mark. Da hatten es die Scientologen wirklich sehr leicht mit dem Hinweis, daß allein die evangelischen Kirchen hierzulande pro Jahr etwa 11 Milliarden Mark einsacken. Und was die kriminelle Seite angeht: Die finanziellen Verflechtungen des Vatikan-Vermögens mit Mafia, Neofaschismus und kriminellen Geheimorganisationen sind aktenkundig geworden.

Zweifellos, nach unseren Maßstäben - die aber keineswegs die allgemeinen Maßstäbe der scheinheiligen Sektenjäger sind - ist wahrscheinlich ein erheblicher Teil des Scientology-Besitzes mit verbrecherischen Methoden zusammengeklaut und zusammengewuchert worden. Aber ein gigantisches Wirtschaftsimperium mit ungeheuren Einflußmöglichkeiten ist die Sekte deshalb noch lange nicht, verglichen mit den wirklich großen Konzernen und Banken. Und wenn in diesem Zusammenhang sogar der Vorwurf erhoben wird, Scientology Church strebe die Weltherrschaft an, handelt es sich um ein widerliches oder dummerhaftiges Plagiat klassischer antisemitischer Klischees.

Sollen Kommunisten die Freiheit des religiösen Wahns in all seinen kunterbunten, menschenverachtenden und menschenvernichtenden Erscheinungsformen gegen die etablierte Intoleranz der herrschenden Kirchen und Parteien verteidigen? Zum Glück steht die Frage heute nicht in dieser Form, weil den Scientologen letzten Endes kaum jemand wirklich ans Leder will.

Wäre es anders, würde ich die Frage dennoch nicht so beantworten wollen wie der Kommentator der "jungen welt" am 12. August: "Warum kann man sich hierzulande nicht wie die Yankees zurücklehnen und jeden, auch den Verrücktesten, nach seiner Facon selig werden lassen?" - Die USA haben einen speziellen Freiheitsbegriff, der harmlose religiöse Paradiesvögel ebenso einschließt wie Neonazis, Ku-Klux-Klan und bewaffnete Apokalyptiker, die eher ein Kollektiv von Amokläufern als eine Glaubensgemeinschaft sind. Bei allem oberflächlichen Pluralismus ist die Palette des religiösen Wahns in den USA überwiegend rechtsaußen angesiedelt und selbst sehr wenig tolerant. Beispiel Abtreibung.

Außerdem: Scientology Church hat mit Religionsfreiheit im Sinne klassischer Toleranzforderungen nicht viel zu tun. Praktisch geht es in erster Linie um die wirtschaftsliberale Freiheit des Individuum, seine Ellenbogen gezielt und bedenkenlos einzusetzen, um bei maximaler Ausnutzung aller legalen Möglichkeiten Geld zu

scheffeln. Eines der erklärten Hauptziele des Sozialismus besteht darin, gerade diese Freiheit abzuschaffen, weil sie zur Barbarei führt.

Kt.

"Was uns nicht umbringt, macht uns stärker", lautete eine Erkenntnis der NSDAP in der Kampfzeit der zwanziger Jahre. Das gilt ganz sicher auch für die periodisch wiederkehrenden Kampagnen gegen die Scientology Church. Sie ersetzen nahezu vollständig eine Eigenwerbung der Sekte und kosten sie keinen Pfennig.

Der Sachverhalt ist so evident, daß ich mich früher schon gefragt habe, ob mancher Journalist, der beispielsweise das Talent der Scientologen zum skrupellosen Geldscheffeln anprangert oder der John Travolta, Priscilla Presley und Sharon Stone als Sektenanhänger denunziert, nicht heimlich längst die Fahnen gewechselt hat. Und, schau an, am 15. August berichtet der "Stern": In Bayern wurde der langjährige Reporter des Bayerischen Rundfunks im Landtag als scientologischer IM enttarnt. Der Mann war seit 1980 als Sprecher mehrerer Sektenbekämpfungsvereine aufgetreten, hatte auf diese Weise Aussteiger und andere Sektengegner ausgehorcht, und stand sich selbstverständlich bestens mit der CSU.

Eine breite Koalition scheint sich zusammenzufinden. In Bayern soll sich der Verfassungsschutz um die Scientologen kümmern, "weil die Gefahr besteht, daß ihre systematische Ausbeutung der Menschen gegen unsere demokratische Grundordnung gerichtet ist". In Nordrhein-Westfalen plädiert der SPD-Innenminister für ein Verbot der Sekte und bezeichnet sie als "verfassungsfeindliche, intolerante, rassistische Organisation, die unsere Gesellschaft zu einem totalitären Regime umgestalten will". - Auf der anderen Seite ist nicht zu übersehen, daß weder die CDU noch die SPD tatsächlich gegen die Sekte vorgehen wollen. Dafür gäbe es übrigens auch keine juristische Handhabe. Es bleibt bei mieser, substanzloser Stimmungsmache, von der sich offenbar jeder irgendeinen eigenen Nutzen verspricht - und über die auch die Scientology Church nicht wirklich traurig zu sein braucht.

Man wirft der Sekte kriminelle Methoden vor allem auf dem Wohnungsmarkt vor. Tatsache ist, daß Sektenfirmen unmoralisch und unsozial agieren. Tatsache ist aber andererseits auch, daß noch kein einziger Scientologe deswegen von einem Gericht verurteilt wurde. Der Grund dafür ist einfach: Ihre Methoden sind in unserem kapitalistischen Staat nicht kriminell, sondern weitgehend legal. Sie sind auf dem Wohnungsmarkt durchaus nicht unüblich. Wer dagegen wirklich etwas tun will, müßte die Gesetze und die Rechtsprechung ändern. Ansonsten bleibt nur gefährliche Demagogie übrig, die an die Hetze der NSDAP gegen die angebliche Kontrolle des Wohnungsmarktes durch die Juden erinnert.

Man behauptet, die Scientology Church sei besonders gefährlich, weil sie eine riesige Wirtschaftsmacht verkörpere. Aber was bedeutet heute unter weltwirtschaftlichen Maßstäben riesig? Die Zeitschrift "Forbes" schätzte das gesamte Vermögen der Sekte 1986 auf 400 Millionen Dollar. 1993 gab Scientology ihren Besitz in den USA mit 400 Millionen und ihr Jahreseinkommen mit 300 Millionen Dollar an. Vielleicht ist das, schon aus steuerlichen Gründen, stark untertrieben. Der "Stern" behauptete 1993 - in einem Artikel mit insgesamt überzogenen Angaben - die jährlichen Einnahmen der Sekte in Deutschland beliefen sich auf 150 Millionen Mark. Da hatten es die Scientologen wirklich sehr leicht mit dem Hinweis, daß allein die evangelischen Kirchen hierzulande pro Jahr etwa 11 Milliarden Mark einsacken. Und was die kriminelle Seite angeht: Die finanziellen Verflechtungen des Vatikan-Vermögens mit Mafia, Neofaschismus und kriminellen Geheimorganisationen sind aktenkundig geworden.

Zweifellos, nach unseren Maßstäben - die aber keineswegs die allgemeinen Maßstäbe der scheinheiligen Sektenjäger sind - ist wahrscheinlich ein erheblicher Teil des Scientology-Besitzes mit verbrecherischen Methoden zusammengeklaut und zusammengewuchert worden. Aber ein gigantisches Wirtschaftsimperium mit ungeheuren Einflußmöglichkeiten ist die Sekte deshalb noch lange nicht, verglichen mit den wirklich großen Konzernen und Banken. Und wenn in diesem Zusammenhang sogar der Vorwurf erhoben wird, Scientology Church strebe die Weltherrschaft an, handelt es sich um ein widerliches oder dummerhaftiges Plagiat klassischer antisemitischer Klischees.

Sollen Kommunisten die Freiheit des religiösen Wahns in all seinen kunterbunten, menschenverachtenden und menschenvernichtenden Erscheinungsformen gegen die etablierte Intoleranz der herrschenden Kirchen und

Parteien verteidigen? Zum Glück steht die Frage heute nicht in dieser Form, weil den Scientologen letzten Endes kaum jemand wirklich ans Leder will.

Wäre es anders, würde ich die Frage dennoch nicht so beantworten wollen wie der Kommentator der "jungen welt" am 12. August: "Warum kann man sich hierzulande nicht wie die Yankees zurücklehnen und jeden, auch den Verrücktesten, nach seiner Facon selig werden lassen?" - Die USA haben einen speziellen Freiheitsbegriff, der harmlose religiöse Paradiesvögel ebenso einschließt wie Neonazis, Ku-Klux-Klan und bewaffnete Apokalyptiker, die eher ein Kollektiv von Amokläufern als eine Glaubensgemeinschaft sind. Bei allem oberflächlichen Pluralismus ist die Palette des religiösen Wahns in den USA überwiegend rechtsaußen angesiedelt und selbst sehr wenig tolerant. Beispiel Abtreibung.

Außerdem: Scientology Church hat mit Religionsfreiheit im Sinne klassischer Toleranzforderungen nicht viel zu tun. Praktisch geht es in erster Linie um die wirtschaftsliberale Freiheit des Individuum, seine Ellenbogen gezielt und bedenkenlos einzusetzen, um bei maximaler Ausnutzung aller legalen Möglichkeiten Geld zu scheffeln. Eines der erklärten Hauptziele des Sozialismus besteht darin, gerade diese Freiheit abzuschaffen, weil sie zur Barbarei führt.

Kt.

2. In eigener Sache

Autor: ak-Redaktion und -Vertrieb · Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak393/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:393:45

Wohin man auch schaut auf dem linken Zeitungsmarkt, finden Abokampagnen statt, um das Überleben des eigenen Blattes zu sichern. Die taz will bis Ende September 5.000 neue Abos, die junge welt 3.000, der Freitag will die Abozahlen um 10 Prozent erhöhen, und den Blättern für deutsche und internationale Politik fehlen 700 Abos, um das weitere Erscheinen über das Jahresende hinaus zu sichern. Die iz3w versuchte unlängst ebenfalls, 1.000 neue Abos an Land zu ziehen ...

Da wollen und können wir nicht zurückstehen. Insbesondere der Rückgang unserer Verkaufszahlen in Buchhandlungen und im freien Verkauf ist besorgniserregend. Denn nur hier können wir neue LeserInnen gewinnen. Unsere Erfahrung zeigt: Wo ak in der linken Öffentlichkeit, bei Demos oder Veranstaltungen, angeboten wird, wird die Zeitung auch gekauft. Kurzum: Wir benötigen eine Auflagensteigerung und dafür die Hilfe und Unterstützung unserer LeserInnen!

Dealer gesucht!

Unsere Aufforderung und unsere Bitte an Euch: Nutzt die Möglichkeit, ak einer linken Öffentlichkeit anzubieten. Wir suchen also ak-LeserInnen, die ak anbieten, sei es einmalig bei einer Veranstaltung oder Demo vor Ort, sei es über einen längeren Zeitraum in der politischen Initiative, im FreundInnen- und Bekanntenkreis. Wir bieten volles Remissionsrecht der nicht verkauften Exemplare und 30 Prozent Wiederverkaufsrabatt. Wer einfach mal für ak werben möchte, dem/der stellen wir gern ältere Nummern als kostenlose Probeexemplare zur Verfügung. Sie können auf Büchertischen, in Kneipen und Infoläden ausgelegt, bei Veranstaltungen, Demos angeboten oder an Bekannte weitergegeben werden.

Außerdem kann über unsere Redaktionsadresse ein vierseitiges Flugblatt zur Todesstrafe in den USA angefordert werden. Es handelt sich dabei um einen Nachdruck eines Artikels aus ak 383 vom Oktober letzten Jahres. Dieses Flugblatt eignet sich hervorragend zum Verteilen bei Veranstaltungen mit dem neuen Film über Mumia Abu-Jamal (siehe Ankündigung auf dieser Seite) oder bei Vorführungen des Films "Dead Man Walking". Gegen eine kleine Spende für die Flugblätter haben wir nichts einzuwenden.

Meldet Euch bei unserer Redaktionsadresse mit Bestellungen, mit Fragen und/oder Anregungen.

Kürzer fassen!

Die Sommerpause haben wir genutzt, um einige Veränderungen am Lay-out vorzunehmen. Die Grundzüge des bisherigen ak sind erhalten geblieben, aber einige Details wurden verändert, um die Lesbarkeit zu verbessern. Der wesentliche Punkt ist die Vergrößerung des Zeilenabstands.

Für unsere AutorInnen bedeutet das in Zukunft, daß sie sich etwas kürzer fassen müssen. Ab sofort umfaßt ein Artikel mit einer Länge von einer Seite nicht mehr als 15.000 Zeichen. Wir bitten, dies bei zukünftigen Artikelplanungen zu beachten. Nur in wenigen begründeten Ausnahmefällen dürfen Artikel länger als zwei ak-Seiten sein.

Entschuldigung!

In ak 392 veröffentlichten wir auf Seite 8 in dem Artikel "Alma mater ohne Töchter?" ein Foto "Frau zwischen Helmen". Leider fehlt dort der Hinweis auf den Fotografen David Ausserhofer/Joker, der auch kein Belegexemplar bekam. Für diese beiden bedauerlichen Versehen, verursacht durch Produktionsstreß und die folgende Sommerpause, möchten wir uns auch an dieser Stelle entschuldigen.

ak-Redaktion und -Vertrieb

3. Neuer Video-Film über Mumia Abu-Jamal

Autor: mi. · Rubrik: USA; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak393/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:393:44

"Sobald diese Leute (aus dem Knast) herauskommen, fangen sie wieder an, dasselbe zu machen. Diese Menschen sind asozial. Man kann sie nicht ändern. Wir werden nie frei von ihnen sein. Man darf nicht nett sein zu diesem kriminellen Element, das auf den üblichen gesellschaftlichen Druck nicht reagiert." Lynne Abraham ist Oberstaatsanwältin von Philadelphia und gilt als aussichtsreiche Kandidatin bei den nächsten Bürgermeisterwahlen. Den Filmemacherinnen Jule Buerjes und Heike Kleffner erzählt sie freimütig, wie sie ihre Aufgabe als Chefin der Strafverfolgungsbehörden von Philadelphia versteht.

Es ist anzunehmen, daß Abraham auch Mumia Abu-Jamal zu denjenigen zählt, denen mit den Mitteln der Justiz nicht beizukommen ist. Wahrscheinlich auch nicht zu Unrecht: Schon vor seiner Verhaftung im Dezember 1981 war Mumia Abu-Jamal (Radio-)Journalist und machte sich in seiner Heimatstadt Philadelphia einen Namen als "Stimme der Unterdrückten". Auch im Knast arbeitete er weiter und hat in den vergangenen Jahren zahllose Kolumnen über Justiz und Rassismus in den USA veröffentlicht. (1) Vermutlich würde er auch nach einer Freilassung weiter publizieren. Es wäre nur allzu verständlich, wenn Lynne Abraham das gerne verhindern würde.

Der Videofilm "Hinter diesen Mauern", den die Kölner Medienwerkstatt "KAOS Film- und Video-Team" vor kurzem produziert hat, erzählt Abu-Jamals Biographie. Als 15jähriger trat er in den 60er Jahren der Black Panther Party (siehe ak 389) bei. Nach der Zerschlagung der Organisation arbeitete er in Philadelphia als Journalist. "Meine Waffe war die Schreibmaschine," erzählt er in einem ausführlichen Interview, das er im Hochsicherheitsknast von Greene (Pennsylvania) den Filmemacherinnen gegeben hat.

Die meisten ak-LeserInnen werden wissen, weshalb Mumia Abu-Jamal seit fast 15 Jahren im Knast sitzt; die meiste Zeit davon in der Todeszelle. In einem Skandal-Prozeß wurde er im Mai 1982 wegen angeblichen Polizistenmordes zum Tode verurteilt (siehe ak 380-382). Das Video zeichnet noch einmal die wichtigsten Unstimmigkeiten nach. Joseph McGill, der Staatsanwalt des 1982er Prozesses, zeigt sich zwar nach wie vor davon überzeugt, daß mit Abu-Jamal seinerzeit der wahre Täter verurteilt wurde, aber seine Behauptungen werden von Verteidiger Len Weinglass in einem Interview Stück für Stück zerpflückt: Fragwürdige Sachverständigen-Gutachten, von der Polizei erpreßte Zeugenaussagen, "verloren" gegangene Beweismittel, usw.

Daneben kommen in dem Film eine Reihe von politischen Weggefährten und Familienangehörigen Abu-Jamals zu Wort. Dazu gibt es reichlich Archivmaterial über die Black Panther Party und die radikale afroamerikanische Gruppe "MOVE" in Philadelphia, der Abu-Jamal nahesteht. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der staatlichen Repression gegen diese Organisationen, deren politische Inhalte werden nur relativ kurz erwähnt (so heißt es über MOVE nur, daß sie den "American Way of Life" ablehne). Am schockierendsten ist zweifellos der polizeiliche Bombenabwurf auf das MOVE-Wohnhaus im Mai 1985 (Abu-Jamal war zu diesem Zeitpunkt längst im Gefängnis). In dem anschließenden Flammeninferno kamen elf Menschen ums Leben. (Ramona Africa, eine von zwei Überlebenden, bekam vor kurzem - nach Abschluß des Videos - von einem Geschworenengericht in Philadelphia für ihre Brandverletzungen und den Verlust ihrer Angehörigen 1,5 Millionen Dollar Schmerzensgeld zugesprochen - gerade mal doppelt so viel wie ein lungenkranker Raucher in Florida.)

Die skandalösen Umstände, unter denen Abu-Jamal vor 14 Jahren zum Tode verurteilt wurde, sind kein Einzelfall. Brutalität, Korruption und Rassismus sind in US-amerikanischen Polizeirevieren nicht weniger selten als in der BRD. " Dies passiert jeden Tag in Philadelphia und in vielen anderen Städten der USA," erklärt im Film ein früherer Kollege Abu-Jamals, der heute in Philadelphia eine afroamerikanische Wochenzeitung herausgibt.

Angesichts der gegenwärtigen Kriminalitätshysterie in den USA zeigt sich Verteidiger Weinglass wenig optimistisch. Nach einem höchstrichterlichen Urteil können in den USA sogar Menschen hingerichtet werden, bei denen nach ihrer Verurteilung noch neues entlastendes Beweismaterial auftaucht. Weinglass versucht

derzeit, für Abu-Jamal einen neuen Prozeß zu erreichen. Darüber wird demnächst das Oberste Gericht von Pennsylvania entscheiden.

Die ursprünglich für den August 1995 angesetzte Hinrichtung Abu-Jamals konnte durch massiven öffentlichen Druck (der Film zeigt Bilder von einer Großdemonstration in Philadelphia) verhindert werden. Ohne einen unmittelbar bevorstehenden Exekutionstermin hat die internationale Solidaritätsbewegung derzeit eher eine Ruhepause eingelegt. Die Zeit bis zur nächsten Mobilisierung läßt sich für gründliche Informationsarbeit nützen. Hierzu ist das Video sehr zu empfehlen.

mi.

Anmerkung

(1) Eine Auswahl dieser Kolumnen ist auf deutsch erschienen: Mumia Abu-Jamal: ... aus der Todeszelle, 300 Seiten, Bremen 1995, 28 Mark.

Hinter diesen Mauern... Mumia Abu-Jamal und der lange Kampf um Freiheit. 70 Minuten, Buch/Regie: Jule Buerjes und Heike Kleffner, Produktion: KAOS-Film Köln, Juli 1996.

Verleih: querblick, Gottlieb-Daimler-Str. 3, 78467 Konstanz.

4. Elf Monate Streik der Liverpooler Hafenarbeiter

Rubrik: Arbeiterbewegung international; Großbritannien · CD-Datei: daten/aksuche/ak393/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:393:35

Seit über elf Monaten streiken 500 Liverpooler Hafenarbeiter der "Mersey Dock and Harbour Company" (MDHC), der kommunalen Betriebsgesellschaft für die Hafenarbeit. 1989 schaffte die konservative Regierung trotz erheblicher Widerstände ein Gesetz aus dem Jahre 1947 ab, welches den Hafenarbeitern feste Arbeitsverhältnisse sicherte. Über 9.000 Hafenarbeiter wurden entlassen; praktisch überall wurde Tagelöhnerarbeit durchgesetzt. Liverpool war der einzige englische Hafen, in dem durch den 89er Streik die Einführung der Tagelöhnerarbeit verhindert werden konnte.

Dies war der kommunalen Betriebsgesellschaft für die Hafenarbeit ein Dorn im Auge. Im August 1995 sollten 20 Arbeiter der Torside Ltd., einer Tochterfirma der MDHC, entlassen und durch Tagelöhner ersetzt werden. Als in einer gewerkschaftlichen Urabstimmung ein Streik gegen dieses Vorgehen beschlossen wurde, zog Torside Ltd. die Kündigungen zurück, provozierte aber weiter. Kollegen, die Mehrarbeit ohne Zuschläge verweigerten, wurde gekündigt. Daraufhin solidarisierten sich die Kollegen und traten in den Streik. Das Management entließ alle 80 Hafenarbeiter von Torside Ltd. Die restlichen 420 MDHC-Arbeiter solidarisierten sich mit den Streikposten stehenden Torside-Kollegen. Am 28. September 1995 wurden auch sie entlassen. Die MDHC ließ Streikbrecher einstellen und verweigerte allen Hafenarbeitern die Rückkehr an ihre Arbeitsplätze.

Seit dieser Zeit stehen die Kollegen Streikposten und entwickelten eine internationale Strategie. Gleichzeitig schicken sie Delegationen in viele Häfen der Welt. Im Februar 1996 fand in Liverpool ein internationaler Hafenarbeiterkongreß statt, auf dem über mögliche gemeinsame Kampfmaßnahmen diskutiert wurde. Zur Zeit befindet sich eine Delegation auf einer Rundreise in der BRD. Ca. 15.000 Pfund benötigen die Kollegen wöchentlich für ihren Streik, damit sie und ihre Familien diesen Kampf durchstehen können.

Das Spendenkonto ist bei der IG Medien, Ortsverein Hamburg eingerichtet:

Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ: 200 101 11, Kt.-Nr.: 12 900 231 00, Stichwort: Flying Picket

5. Lübeck: Safwan Eid frei - aber Nazis weiterhin von Staatsanwaltschaft gedeckt

Autor: j., Hamburg · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak393/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:393:40

"Blankes Entsetzen" konstatierte das "Hamburger Abendblatt" bei der Lübecker Staatsanwaltschaft, als am 2. Juli das zuständige Jugendgericht den Haftbefehl gegen den libanesischen Flüchtling Safwan Eid aufhob. Safwan Eid wurde (und wird weiterhin) von ihr beschuldigt, den Brand in der Lübecker Hafenstraße gelegt zu haben, bei dem am 18. Januar zehn Menschen starben. Das Gericht konnte keinen "dringenden Tatverdacht" mehr erkennen. In seiner Begründung stellte es die von der Staatsanwaltschaft konstruierte Anklage nachdrücklich in Frage.

"Ein plausibles Motiv des Angeschuldigten für die ihm vorgeworfene Tat" sei "nicht ersichtlich". Eine Ohrfeige für die Ermittlungsbehörden, die den Medien immer neue Motive präsentiert hatten: Einmal sollte es ein persönlicher Streit mit einem Mitbewohner gewesen sein (der davon gar nichts wußte), ein andermal ein Eifersuchtsdrama. Mit angeblichen "ethnischen Konflikten" im Haus wurde das rassistische Klischee bedient. Trotz verbissener Nachforschungen fand sich für all das jedoch nicht der geringste Anhaltspunkt, so daß die Staatsanwaltschaft bereits im Mai den Mordvorwurf fallen lassen mußte.

Das Gericht stellte zudem widersprüchliche Aussagen des Hauptbelastungszeugen, des Sanitäters Jens Leonhardt, fest: Während er zunächst behauptete, Safwan Eid habe die Tat ihm gegenüber auf der Fahrt ins Krankenhaus gestanden, erklärte er nun, das "Geständnis" sei bereits zuvor am Tatort gemacht worden.

Das "Täterwissen", das der Angeklagte angeblich offenbart habe, verträgt sich dem Gericht zufolge kaum mit den Erkenntnissen von Gutachtern über den Verlauf des Feuers. Überdies: "Wie die Ermittler selbst einräumen mußten, hatte der Libanese den Brandherd zu keiner Zeit lokalisiert." (Berliner Zeitung, 4.7.)

Überhaupt sei unwahrscheinlich, daß es nur einen Brandherd im ersten Stock der Flüchtlingsunterkunft gegeben habe. Die Staatsanwaltschaft hatte aus diesem angeblichen Brandherd gefolgert, daß eine Brandstiftung von außen ausgeschlossen sei. Das Gericht schloß sich nun der Verteidigung und dem vorläufigen Gutachten des Brandsachverständigen Prof. Achilles an, der einen Brandausbruch im hölzernen Vorbau des Erdgeschosses für mindestens ebenso wahrscheinlich hält.

Für den mysteriösen Tod des Hausbewohners Sylvio Amoussou, der in eben diesem Vorbau gefunden wurde, fehlt weiter jede Erklärung. Nachweislich ist Amoussou nicht durch Feuer oder Rauch gestorben. Hatte er, nach Zeugenaussagen ein Nachtmensch, etwas gehört und die Täter überrascht? Er sei nicht durch Gewaltanwendung ums Leben gekommen, heißt es im gerichtsmedizinischen Gutachten. Der Draht, der mit seiner Leiche verhakt gewesen sei, stamme wahrscheinlich aus heruntergefallenem Bauschutt. Wenn er zum Zeitpunkt des Brandausbruchs bereits tot war - wer oder was hat ihn umgebracht?

Dennoch: Prozeßeröffnung

Die Haftentlassung Safwan Eids nach über fünf Monaten löste hektische Stellungnahmen und Aktivitäten aus. Der schleswig-holsteinische Generalstaatsanwalt konferierte mit den vor Ort ermittelnden Beamten. Anschließend stellte er sich voll hinter die Schuldzuweisung an Safwan Eid; irgendeine Anweisung, die Ermittlungen gegen die vier Nazi-Skins wieder aufzunehmen, sei keineswegs ergangen. Die Staatsanwaltschaft bekräftigte, das Alibi der Grevesmühlener "für die Tatzeit sei absolut sicher bewiesen" (Welt, 5.7.). Die Vorwürfe gegen Safwan Eid erhielt sie ohne jeden Abstrich aufrecht.

Nur zwei Tage später verlautbarte das Gericht - für viele überraschend -, es werde die windige Anklage zulassen, da zwar kein dringender, aber doch ein "hinreichender" Tatverdacht gegen Safwan Eid bestehe. Der Prozeßbeginn wurde auf den 16. September angesetzt. Bei einer Vorbesprechung mit der Verteidigung drohte das Gericht, es werde einen "Schauprozeß" gegen die vier Mecklenburger "nicht zulassen" (Hamburger Abendblatt, 26.7.).

Hatte das Gericht - eine "stinknormale Jugendkammer" - nach der Aufhebung des Haftbefehls nur zu wenig Courage, das Verfahren konsequenterweise einzustellen, oder wurde es zwischenzeitlich mit Nachdruck auf die politischen Implikationen hingewiesen?

Wenn das Gericht nicht mitspielt, hat die Staatsanwaltschaft kaum eine Chance, mit ihrer Anklage durchzukommen. Die zahlreichen Ungereimtheiten in der Anklageschrift, die durchgängigen Schlampereien bei den Ermittlungen (die nach den Worten von Rechtsanwältin Heinecke "mit den durchschnittlichen Fähigkeiten eines Juristen nicht mehr vereinbar sind") wurden in der Presseöffentlichkeit immer wieder gerügt.

Nur Schlamperei?

Die Hamburger "Morgenpost" (3.7.) zählte einige dieser Ungereimtheiten auf: "Was war mit dem Fenster im Erdgeschoß, das zerstört war, dessen Scheiben im Inneren des Gebäudes lagen? Was war mit der Zarge der verriegelten Haustür, die am Brandort beschädigt vorgefunden und zur Untersuchung an die Kriminaltechnische Untersuchungsstelle in Kiel geschickt wurde, dort aber nie ankam? Oder mit der verkohlten Bodenplatte, die die Kripo am vermeintlichen Brandherd sicherstellte, die aber nicht mehr zu finden ist?"

Die These der Staatsanwälte über Brandausbruchsort und -verlauf hat den Schönheitsfehler, daß ihr zufolge brennendes Benzin bergauf hätte laufen müssen, um das Treppenhaus in Brand zu setzen. Ein von ihr bestelltes Gutachten des BKA stützt jetzt ihre Behauptung, der Brand sei im Inneren des Gebäudes ausgebrochen. Allerdings: das Gutachten beruht auf der Methode der "rechnergestützten Brandsimulation". Dieses Verfahren wurde für den vorbeugenden Brandschutz entwickelt, um bestimmen zu können, wo etwa der Einbau von Rauchabzugsklappen sinnvoll ist. Einem von der "taz" (8.8.) zitierten Brandgutachter zufolge sei es problematisch, das Verfahren zur Rekonstruktion von Bränden im nachhinein einzusetzen. Der Computer könne sich dabei nur auf die Daten stützen, die ihm vorab eingegeben würden - das heißt auf die Annahmen und Beobachtungen der (BKA-)Experten, die sich in ihrem Vorabgutachten bereits festgelegt hatten, über das Brandgeschehen. Entsprechend falle dann auch das Ergebnis aus.

Auffällig ist, mit welcher Hartnäckigkeit die Ermittlungsbehörden die am Tatort angetroffnen Neonazis aus Grevesmühlen von allen Vorwürfen freizusprechen trachten. Im Gegensatz zu Safwan Eid hatten drei der vier Brandspuren an Haar, Augenbrauen und Wimpern. Diese Spuren wurden mit absurden Geschichten begründet:

- Maik Wotenow, der sich von seinen Freunden mit "Klein Adolf" anreden läßt, behauptet, er habe vier Tage vor dem Brand einen Hund mit Haarspray eingesprüht und angezündet.

- Sein Kumpan René Burmeister behauptet, er habe "Anfang Januar" im Dunkeln Benzin aus seinem Mofa abgezapft und mit dem Feuerzeug in den Tank geleuchtet.

- Der Dritte, Dirk Techentin, sei dabeigewesen. Der aber kann sich "an so einen Vorfall nicht erinnern". Möglicherweise, sagt er dann später, habe er sich die Haare beim Anheizen des heimischen Ofens versengt - Zeitpunkt unklar.

Bereits im Januar lag die (der Öffentlichkeit lange vorenthaltene) Aussage eines Gerichtsmediziners vor, der die Versengungen als "frisch" bezeichnete. Ein vom Gericht in Auftrag gegebenes Gutachten präzisierte nun: Die Brandspuren waren "allenfalls mehrere Stunden bis maximal 24 Stunden" alt. Obwohl die nach Ansicht der Staatsanwaltschaft "durchaus plausiblen" Geschichten damit eindeutig widerlegt sind, kommt Oberstaatsanwalt Klaus-Dieter Schulz "zu keiner Änderung der bisherigen Bewertung".

Die Ermittler hatten zuvor schon mit einer eigenen Theorie aufgewartet: Die Verbrennungen könnten sich die Jugendlichen zugezogen haben, als sie "gestohlene Fahrzeuge ansteckten". Sowohl der Hund wie die Autos wurden weder gesucht noch gefunden. "Was ist von einer Staatsanwaltschaft zu halten", fragt da die Hamburger Rechtsanwältin Safwan Eids, "die zugunsten von nachgewiesenermaßen Rechtsradikalen eine weitere Ausrede hinzuerfindet?" (nach Spiegel 23/96 und FR, 6.7.)

Nicht genug damit: Der rechtsradikale Hintergrund der vier wird systematisch ausgeblendet. Da ist Wotenow, der "Adolf Hitler" von Grevesmühlen, gegen den ein Verfahren wegen Hakenkreuzschmierereien und Grabschändung eines Friedhofs bei Boizenburg läuft und der ein paar Wochen vor dem Anschlag einem Freund erzählt hatte, daß er "in Lübeck was anstecken" wolle. Da ist der Skin Heiko Patynowski, der beteuert,

er habe nichts "gegen Juden, Neger, Ausländer oder auch Wessis". Da ist Techentin, der "seit 1993" kein Neonazi mehr sein will; er gehörte einer Gruppe an, die am Pogrom von Rostock-Lichtenhagen teilgenommen hatte. Da ist Burmeister, ebenfalls ein Skin, der sich schon vorstellen kann, daß Techentin, der in der fraglichen Nacht allein mit einem geklauten Auto in Lübeck unterwegs gewesen sein will, der Brandstifter gewesen sein könne. (SZ, 4.7.; Spiegel 23/96; taz, 26.7.)

Für die angebliche Unschuld dieser "Jugendlichen aus Grevesmühlen", an der die Staatsanwaltschaft seit dem 19. Januar eisern festhält, wird ein Alibi ins Feld geführt: Um ca. 3.15 Uhr hätten drei von ihnen sechs Kilometer vom Brandort entfernt getankt. Dafür gibt es die Aussage eines Polizisten und die Zeitangabe auf der Tankquittung. Wie in diesem Verfahren nicht mehr verwunderlich, wurde die Kasse nie auf die richtige Uhrzeit überprüft.

Was aber viel entscheidender ist: Bereits im März hatten die LKA-Brandgutachter und dann auch der zweite Haftbefehl gegen Safwan Eid den angenommenen Zeitpunkt des Brandausbruchs revidiert: "Gegen 3.30 Uhr oder geraume Zeit zuvor." (Zeit, 24.5.) Es könne über längere Zeit ein Schwelbrand gewesen sein, der sich erst erheblich später - etwa nachdem jemand eine Tür oder ein Fenster geöffnet habe - zum Feuersturm entfacht habe. Doch auch nach erneuten Vernehmungen der Grevesmühlener im Juli bleibt Oberstaatsanwalt Schulz stur bei der Behauptung, drei der vier Männer hätten "ein bombenfestes Alibi" (Welt, 11.7.) - für einen Zeitpunkt, als der Brand möglicherweise schon längst gelegt war.

Hauptzeuge im Zwielicht

Durch Berichte der Tageszeitung "junge welt" wurde bekannt, daß der "uneingeschränkt glaubwürdige" Hauptzeuge der Anklage, der Rettungssanitäter Jens Leonhardt, längst nicht über alle Zweifel erhaben ist. Der "beste Freund" Leonhardts, sein Kollege Matthias Hamann, der die Polizei auch zuerst von dem angeblichen Geständnis Safwan Eids informierte, war Ende der achtziger Jahre als Rechtsradikaler aufgefallen. Bei seiner früheren Dienststelle wurden bei einer Durchsuchung seines Spindes neben faschistischen Hetzschriften ein Plan zum Aufbau einer Wehrsportgruppe sowie ein Gummiknüppel und eine Gaspistole gefunden. Bis heute soll Hamann Teamchef der Gotcha-Truppe "Lübeck Leathernecks" sein. (Spiegel 28/96)

Unklar ist, ob Berichte von "Spiegel-TV" zutreffen, wonach eine Liste Maik Wotenows gefunden wurde, die den Namen des Lübecker Hauptzeugen enthält. Die Staatsanwaltschaft bestritt das heftig. Ebenfalls dementiert wurde, auf der Liste hätten die Namen Männern aus Grevesmühlen gestanden, die im Oktober letzten Jahres bei einem versuchten Autodiebstahl von Mitgliedern der Familie Eid geschnappt und angezeigt wurden. Die letztere Verbindung wäre besonders brisant, da sie auf ein zusätzliches persönliches Rachemotiv hinweisen könnte. Gegenüber der Verteidigerin mauern die Ermittler: Weder hat sie bisher in die Gerichtsakte gegen die beiden mutmaßlichen Autoknacker Einsicht erhalten noch in die ominöse Liste. Letztere befinde sich in den "Spurenakten" der Staatsanwaltschaft, die sie im Gegensatz zu den Ermittlungsakten nicht an die Verteidigung herausgeben muß.

Auffällig jedenfalls ist die Art und Weise, in der der Belastungszeuge seine Aussage über Ort und Zeitpunkt des angeblichen Geständnisses revidiert hat. Sein Freund Hamann nämlich hatte der Polizei im Januar versichert, Leonhardt habe ihm bereits am Brandort von den Aussagen Safwan Eids erzählt. Dies ist natürlich unvereinbar damit, daß er erst im Bus mit Leonhardt gesprochen habe - wie letzterer bis Mai immer wieder ausgesagt hatte. Doch die nachträgliche Korrektur macht den von der Polizei hermetisch von der Öffentlichkeit abgeschotteten Zeugen nicht glaubwürdiger - zumal auch die Aussagen von weiteren Personen, mit denen Leonhardt über das angebliche Geständnis Safwan Eids gesprochen hat, mit seiner Darstellung nicht übereinstimmen.

Staatsanwaltschaft schlägt um sich

Während die Staatsanwaltschaft mit ihren Ermittlungen nach Einschätzung der "Berliner Zeitung" (4.7.) "grandios gescheitert" ist, versucht sie nun, politische Kritik zum Schweigen zu bringen. Ein Plakat des Lübecker "Bündnis gegen Rassismus" wurde beschlagnahmt, weil es den ermittelnden Staatsanwalt Böckenhauer beleidige. Das Plakat zeigt den zigarettenrauchenden Böckenhauer vor der Ruine des Brandhauses und fordert Freiheit für Safwan Eid und einen Schluß der rassistischen Ermittlungen. Am 24.7. durchsuchten Polizei und Staatsanwaltschaft die Räume des Bündnisses und beschlagnahmten neben Plakaten auch Handzettel (gegen die keinerlei Anzeige vorlag) sowie die beiden Computer des Bündnisses

nebst einer Vielzahl von Disketten und CDs. Völlig skurril ist die Begründung für die Beschlagnahme der Rechner: Die Datenträger seien darauf zu durchsuchen, ob sich nicht weitere bisher nicht veröffentlichte (!) beleidigende Texte darauf befänden. Bis heute hat das Bündnis seine dringend benötigten Arbeitsmaterialien nicht zurückerhalten. Sie befänden sich zu einer eingehenden kriminaltechnischen Untersuchung in Kiel. Eine Anzeige wegen Rechtsbeugung gegen den Richter, der die Beschlagnahme beschloß, wird erwogen.

Das Bündnis wiederholte und untermauerte den Vorwurf "rassistischer Ermittlungen" in einem weiteren Flugblatt, in dem es die Ablösung der Staatsanwälte Böckenhauer und Schulz forderte. Auch gegen dieses Flugblatt wird nun ermittelt, da es die Lübecker Staatsanwaltschaft "verunglimpfe".

j., Hamburg

Das Lübecker "Bündnis gegen Rassismus" braucht Geld für seine Öffentlichkeitsarbeit zum Prozeß - "und zwar viel und dringend! Die bisherige Arbeit zum Brandanschlag hat uns (ohne die beschlagnahmten Computer ...) ca. DM 10.000 gekostet." Deswegen ruft das Bündnis zu Spenden auf: Konto Nr. 566406-201, Postbank HH, BLZ 20010020, Kontoinhaber Christoph Kleine.

Für den Prozeßbeginn am 16. September werden weitere Aktionen vorbereitet, über die Näheres der Tagespresse zu entnehmen sein wird.

Neue Brandanschläge

Am 24.7. brannte ein Lübecker Studentenwohnheim. Einer der Bewohner, ein Deutscher, kam ums Leben. Am Gebäude fanden sich frische Hakenkreuzschmierereien. Mit dem gleichen Stift waren die Namen ausländischer Bewohner auf den Klingelschildern ausgestrichen. Die Brandursache wurde von den Ermittlungsbehörden "eindeutig" auf einen technischen Defekt zurückgeführt; die Hakenkreuze seien sicher schon lange dagewesen.

Eine Woche später wurde kaum 100 Meter von dem Wohnheim entfernt ein Mann überrascht, der faschistische Schmierereien bei einem türkischen Lokal anbrachte. Auf der Flucht ließ er zwei Molotowcocktails zurück.

Die Art und Weise, wie die Hakenkreuze gemalt wurden - spiegelverkehrt und aufrecht stehend - weist Gemeinsamkeiten mit einem Brandanschlag auf ein von Ausländern bewohntes Wohnhaus vom 29. Januar dieses Jahres auf. Bereits damals hatte die Polizei einen politischen Hintergrund bestritten und die am Tatort angebrachten Hakenkreuze abdecken lassen.

6. Mildernde Umstände für den Henker. Erich Priebke, die Wehrmacht und die Freude der Vergangenheitsbewältiger

Autor: js. · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak393/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:393:30

Die Empörung war fast einhellig. Der ehemalige SS-Hauptsturmführer Erich Priebke, Mittäter des Massakers in den Fosse Ardeatine am 24. März 1944, soll nach dem Willen des römischen Militärgerichts nicht zur Verantwortung gezogen werden: Sein Verbrechen sei verjährt. Priebke führte bei der Ermordung von 335 italienischen Zivilisten durch die SS die Strichliste der Opfer und brachte mindestens zwei von ihnen eigenhändig um. Die Angehörigen der Opfer protestierten lautstark, Politiker aller Parteien, darunter Neofaschisten-Chef Gianfranco Fini, verurteilten den Richterspruch als schreiendes Unrecht.

Auf Intervention von Staatsanwaltschaft und Justizministerium wurde Priebke nach der Urteilsverkündung festgehalten, bis ein vorläufiger Haftbefehl erlassen war. Priebkes Anwalt wirft Justizminister Flick deswegen Amtsmißbrauch und Freiheitsberaubung vor. Innerhalb von 40 Tagen muß sich nun entscheiden, ob Priebke in Italien noch einmal vor Gericht gestellt oder nach Deutschland ausgeliefert wird. Die Staatsanwaltschaft in Dortmund will ihm den Prozeß machen; die Bundesregierung hat die Auslieferung formell beantragt.

Soldaten richten Soldaten

Die römischen Militärrichter begründeten ihr Urteil mit Verweisen auf die Gesetze. Nach italienischem Recht verjähren nur solche Verbrechen nicht, die mit lebenslanger Haft bestraft werden. Die Höchststrafe aber, argumentierten die Richter, könne im Fall Priebke nicht verhängt werden. Zwar sei er der Mittäterschaft an dem Massenmord schuldig, seine Schuld werde aber durch mehrere Umstände gemildert: Er habe Befehlen gehorchen müssen, nur einen "unwesentlichen" Tatbeitrag geleistet und später ein straffreies Leben geführt - in Argentinien, wo er seit 1947 lebte und als angesehener Bürger galt.

Der immer wieder gemachte Verweis auf angeblichen Befehlsnotstand ist eine hundertfach widerlegte Ausrede. In keinem einzigen Fall sind Soldaten, die an der Ermordung von Zivilisten nicht teilnehmen wollten, von den Nazis dafür bestraft oder gar mit Erschießung bedroht worden. So auch im vorliegenden Fall: Major Dobrich vom unmittelbar betroffenen Regiment Bozen weigerte sich, die Massenerschießung durchführen zu lassen. Daraufhin ging der Mordauftrag an die SS, Dobrich blieb unbehelligt.

Daß die Richter Priebkes Tatbeitrag als "unerheblich" werteten, ist reiner Zynismus. Der Angeklagte, der im Verfahren schwieg, hatte 1946 bei seiner vorübergehenden Internierung durch britische Truppen die Ermordung von zwei Geiseln gestanden. Von mehreren ehemaligen Opfern wurde er zudem als brutaler Folterer angeklagt, der in der römischen SD-Zentrale in der Via Tasso mit dem Schlagring auf Gefangene einprügelte. Der Verweis auf Priebkes späteren untadeligen Lebenswandel schließlich kann nur als Argument gegen jegliche strafrechtliche Verfolgung von Naziverbrechern verstanden werden: Schon aus Mangel an Gelegenheit konnten sie nach Kriegsende nicht rückfällig werden.

Priebkes bürgerliches Glück in Argentinien wurde im übrigen von interessierter Seite erst ermöglicht. Über die "Rattenlinie" des im Vatikan residierenden Bischofs Alois Hudal konnte er, ebenso wie viele andere Nazischergen, nach Südamerika fliehen. Dort lebte er unter seinem echten Namen, unbehelligt von den Beamten des bundesdeutschen Konsulat. Auch der italienischen Regierung war sein Aufenthaltsort spätestens seit 1989 bekannt. Der Rechtsanwalt Arno Klarsfeld, Sohn von Beate und Serge Klarsfeld, hatte schon damals sowohl Justizminister Vassalli als auch Regierungschef Andreotti informiert, wo Priebke sich aufhielt.

Aber erst 1994, als der US-Fernsehkanal ABC die Erkenntnisse des Wiesenthal-Centers Los Angeles über Priebke und die Nazi-Kolonie Bariloche sendete, begannen die argentinischen und die italienischen Behörden sich für Priebke zu interessieren, den sie so lange in Ruhe gelassen hatten. Im November 1995 wurde Priebke schließlich nach Italien ausgeliefert. Im Mai 1996 begann der Prozeß vor dem römischen Militärgericht. Die Zuständigkeit dieses Gerichts war schon vor dem Urteilsspruch öffentlich kritisiert worden. Militärs richten über einen - wenn auch ehemals feindlichen - "Kameraden", der beteuert, er habe nur seine Pflicht als Soldat getan

- eine Pflicht, die hüben wie drüben und damals wie heute in bedingungslosem Gehorsam bestand und besteht.

Zwei wesentliche Argumente gegen Verjährung hat das Gericht nicht berücksichtigt. Zum einen läßt die unverhältnismäßig große Zahl von Juden unter den Opfern (75 von 335) das Verbrechen auch als Teil des nazistischen Vernichtungsprogramms erscheinen. Eine größere Anzahl dieser Juden wurde erst nachträglich und allein zu dem Zweck festgenommen, die "benötigte" Anzahl von Geiseln zusammen zu bekommen. Zum anderen wurde im Prozeß deutlich, daß die Erschießung der fünf "überzähligen" Geiseln kein Versehen war. Denn der Zählfehler wurde rechtzeitig bemerkt: Die fünf mußten dennoch sterben, weil sie Zeugen des Massenmordes geworden waren.

Nach dem Quasi-Freispruch durch das Militärgericht in Rom ruhen nun einige Hoffnungen ausgerechnet auf der deutschen Gerichtsbarkeit. Simon Wiesenthal äußerte sich überzeugt, daß Priebke in Deutschland verurteilt werde. Nach den bisherigen Erfahrungen mit Prozessen gegen deutsche Kriegsverbrecher erscheint diese Erwartung ziemlich naiv. Erst im vergangenen Jahr erklärte der Bundesgerichtshof 22fachen Mord, begangen in der süditalienischen Kleinstadt Caiazzo im Oktober 1943, für verjährt. Der Haupttäter, Leutnant Lehnigk-Emden, kann in Deutschland nicht mehr vor Gericht gestellt werden.

Nicht angeklagt: die Wehrmacht

Aber selbst unterstellt, der zu keinem Wort der Reue bereite Priebke würde doch noch bestraft werden - der "Gerechtigkeit" wäre damit noch lange nicht Genüge getan.

Die politische Dimension des Verbrechens vom 24. März 1944 würde ausgerechnet ein deutsches Gericht weder herausarbeiten können noch wollen. Der Massenmord in den Fosse Ardeatine, der von der SS begangen wurde, war nur möglich unter dem Schutz der Wehrmacht. Das von Hitler angeordnete Blutbad war von Feldmarschall Kesselring, dem Oberbefehlshaber Süd-Südwest der Wehrmacht, ausdrücklich gebilligt worden. Es ist auch kein bedauerlicher Einzelfall, sondern lediglich das wegen seiner besonderen Brutalität am wenigsten vergessene Verbrechen der deutschen Besatzungsmacht in Italien.

Auch die meisten ItalienerInnen mit überdurchschnittlicher politischer Bildung denken bei diesen Greueltaten ausschließlich an die SS. Aber es war die deutsche Wehrmacht, die in den von Kesselring befohlenen "Bandenbekämpfungswochen" unzählige Massaker unter der Zivilbevölkerung anrichtete. Im Bereich der Gemeinde Marzabotto (bei Bologna) wurden in einer einzigen Woche 776 Menschen abgeschlachtet; insgesamt wurden dort von Juli bis Oktober 1944 mindestens 960 (andere Schätzungen ergaben 1830) Zivilisten getötet, darunter 216 Kinder über zwölf Jahre, 317 Frauen und 141 Alte über 60 Jahre. (1) Die genaue Zahl der von der deutschen Wehrmacht in Italien ermordeten wehrlosen Männer, Frauen und Kinder wird sich wohl nie ermitteln lassen. Sie geht mit Sicherheit in die Tausende.

Dessenungeachtet hatten die Verantwortlichen auch nach dem Ende des Mordens ein reines Gewissen. Feldmarschall Kesselring sagte 1947 in seinem Schlußwort vor dem Militärgericht in Venedig: "Als ein hoher Führer der Deutschen Wehrmacht hatte ich die Pflicht, in diesem Prozeß zu zeigen, daß auch in dem deutschen Offizier und Soldaten ein hohes sittliches Ethos wohnte, das den trauernden Müttern, Frauen und Kindern den Sinn des Opfertodes ihrer Lieben zeigen und vielleicht auch ein Völkerverstehen erleichtern wird".

Zwar zeigten die Angehörigen der Opfer kaum "Verständnis" für des deutschen Soldaten traurige "Pflicht" - die Regierungen der beteiligten Länder fanden es aber schon bald opportun, die Vergangenheit ruhen zu lassen. Feldmarschall Kesselring, der oberste deutsche Soldat in Italien, wurde 1947 von britischen Militärrichtern zunächst zum Tode verurteilt, zu lebenslänglicher Haft begnadigt und 1952 freigelassen. 1953 veröffentlichte er seine Memoiren mit dem bekennerischen Titel "Soldat bis zum letzten Tag". Über die Aktionen der Partisanen schreibt er: "Das Verhalten der Banden war eine Kette von Rechtsbrüchen" - und konnte, so die nicht ausgesprochene Schlußfolgerung, nur mit "rücksichtsloser Härte" beantwortet werden.

Geschichtsrevisionisten entzückt

Erich Priebke, der sich als Opfer eines "bösen Spiels" der Juden sieht, macht ebenfalls die Partisanen für das "tragische Ereignis" verantwortlich. Auch viele Wortführer der italienischen Rechten behaupten zumindest eine Mitschuld der Partisanen - um so das moralische Gewicht der Resistenza und der sie dominierenden Kommunisten zu schmälern. Der länderübergreifende Geschichtsrevisionismus hat durch den Urteilsspruch

von Rom Auftrieb erhalten. Das hat auch Ernst Nolte erkannt, der im Interview mit der Tageszeitung La Repubblica (2.8.) ins Schwärmen geriet: Das Urteil sei eine "wesentliche Etappe"; es eröffne die Möglichkeit, die "Wunden des Krieges endlich zu schließen" und "nicht mehr in die Vergangenheit, sondern ausschließlich in die Zukunft zu blicken".

Begrüßt wurde der Spruch auch vom Italienkorrespondenten der FAZ, Heinz-Joachim Fischer, und von Joachim Fest, dem ehemaligen Herausgeber der Zeitung für Deutschland. Die Empörung, so Fischer, richte sich in Wahrheit gegen den lobenswerten Versuch der römischen Richter, die "Mythen" der Resistenza, Existenzgrundlage der italienischen Nachkriegsdemokratie, zu zerstören. Im Priebke-Urteil kommt zusammen, was für den FAZ-Kommentator zusammen gehört: Die unschöne Vergangenheit wird abgeschlossen, Antifaschismus als Grundwert abgeschafft, damit im "neuen" Italien die lange erträumte autoritäre Wende stattfinden kann. Die soll, natürlich, auch dem deutschen Gemeinwesen den rechten Weg weisen.

Insoweit bleibt Fischer seiner Linie treu. Bemerkenswert ist an seinen Kommentaren vor allem, daß er sich auch von der allgemeinen Empörung nicht irritieren läßt.

Daß auch die taz gelegentlich eine Zeitung "mit Biß" ist, zeigt ein Kommentar von Jörg Friedrich in der Ausgabe vom 12.8. Der Autor, gelernter Historiker, erklärt den Richterspruch für "Rechtens", unbeeindruckt davon, daß gegen dieses Urteil "ein Weltpublikum in Radau aus(bricht)". In der Perspektive des furchtbaren Historikers schrumpft das Massaker an 335 Italienern zur Fußnote der Geschichte. Er kontert mit den zivilen Opfer in Hiroshima, Nagasaki und Hamburg, den "Vertreibungstoten aus Ostpreußen, Schlesien, den Sudeten und dem Balkan". Was ist Priebke anderes als ein "überflüssiger Greis", an dem sich der "Sühnehunger sättigen" will, während die "niederträchtigsten Staatsverbrecher" straflos bleiben? Zu letzteren zählt Friedrich neben Milosevic, Li Peng und den Roten Khmer auch "die PDS, die PLO, die IRA".

Die Gegenüberstellung wäre auch dann infam, wenn Friedrich sich auf Pol Pot oder Li Peng beschränkt hätte. Denn die Frage lautet nicht: Wer ist schlimmer - Priebke oder Li Peng? Im Priebke-Prozeß geht es um die jahrzehntelang verschwiegenen oder verharmlosten Verbrechen der deutschen Besatzungsmacht in Italien. Nicht für dieses Thema, das auch in den meisten ablehnenden Kommentaren zum Priebke-Urteil ausgeblendet wird, interessiert sich der taz-Kommentator, sondern für die Verbrechen "der anderen".

Neue Prozesse?

Außer Priebke könnte auch noch der ehemalige SS-Sturmbannführer Karl Hass vor Gericht kommen, der den Mord an zwei italienischen Geiseln zugegeben hat. Hass lebte bis zum Prozeß, in dem er als Zeuge aussagte, unbehelligt in Italien. Sein Aufenthaltsort war auch der deutschen Regierung bekannt, in deren Auftrag er zwischen 1956 und 1966 Soldatenfriedhöfe in Süditalien ermittelte. Hass sitzt nach seinem spektakulären Fluchtversuch, bei dem er sich ein Bein brach, in Auslieferungshaft.

Material für weitere Prozesse ist reichlich vorhanden. Hunderte von Akten in englischer Sprache liegen seit Ende der vierziger Jahre unübersetzt in den Archiven italienischer Staatsanwaltschaften. Sie hätten schon längst zur Ermittlung weiterer Naziverbrecher herangezogen werden können. Auch in Italien fehlte dazu der politische Wille.

Der israelische Historiker Tom Segev ("Die siebte Million") bezweifelt generell den Sinn weiterer Nazi-Prozesse. Die Ära des Nürnberger Tribunals und des Eichmann-Prozesses sei endgültig vorbei, weitere Prozesse würden mehr Schaden als Nutzen bringen. Die Erledigung noch offener Verfahren würde Tom Segev lieber bewaffneten Spezialisten übertragen ...

Js.

Anmerkung:

Zahlen nach Friedrich Andraes Buch "Auch gegen Frauen und Kinder. Der Krieg der deutschen Wehrmacht gegen die Zivilbevölkerung in Italien 1943-1945", München (Piper) 1995. Dieses Buch wird dringend zum Lesen empfohlen (vgl. Rezension in ak 380).

Das Massaker in den Fosse Ardeatine

Rom, 23. März 1944: In der Via Rasella explodiert eine Bombe; 33 Soldaten des durchmarschierenden deutschen Polizeiregiments Bozen werden getötet. Urheber des Attentats sind die Partisanen des Gruppo di Azione Patriottica (GAP). Laut Rosario Bentivegna, der die Bombe plazierte und sich noch heute zu der Tat bekennt, kam der Befehl von dem Kommunisten Giorgio Amendola, Mitglied im Militärausschuß des Comitato di Liberazione Nazionale (CLN). Das CLN ist die gemeinsame Leitung der antifaschistischen Parteien PCI, PSI, DC, Partito d'Azione u.a.

Hitler verlangt sofortige Vergeltung und will ein ganzes Stadtviertel in die Luft sprengen lassen. Nach Beratungen zwischen SS und Wehrmacht wird auf Vorschlag des SD-Chefs Herbert Kappler beschlossen, für jeden getöteten deutschen Polizeisoldaten zehn italienische Zivilisten umzubringen. Die Zahl der in der SD-Zentrale in der Via Tasso inhaftierten Todeskandidaten allerdings reicht dafür nicht aus. Auch mit den politischen Gefangenen aus dem römischen Stadtgefängnis Regina Coeli wird die Zahl 330 noch nicht erreicht: Weitere 50 bis 60 Zivilpersonen, vor allem Juden, werden gefangen genommen. Einen Tag später, am 24. März 1944, werden in den Fosse Ardeatine, Tuffsteinhöhlen in der Nähe von Rom, 335 männliche Zivilisten von SS-Männern durch Genickschuß ermordet. Die meisten der Opfer (im Alter zwischen 15 und mehr als 60 Jahren) sind politische Häftlinge. 75 der Ermordeten sind Juden.

In den Prozessen nach 1945 wird keiner der Beteiligten für das Massaker verantwortlich gemacht: weder Feldmarschall Kesselring noch der Stadtkommandant von Rom, General Maelzer, noch Stabschef Westphal oder Generaloberst Mackensen. Sie alle berufen sich mit Erfolg auf den "höheren Befehl" Hitlers.

Herbert Kappler wird als unmittelbar Tatbeteiligter immerhin zu lebenslanger Haft verurteilt - aber nur weil er fünf Menschen "zu viel" umbringen ließ: Die Vergeltung im Verhältnis eins zu zehn wird von britischen Militärrichtern in mehreren Prozessen für legitim erklärt. Das italienische Militärgericht, das Kappler 1948 verurteilt, erklärt den Anschlag der Partisanen in der Via Rasella zur "ungesetzlichen Kriegshandlung" und rechtfertigt die folgende "Vergeltung" als zulässigen Akt des "Selbstschutzes" seitens des angegriffenen Staates. 1977 entkommt Kappler mit Hilfe von Gesinnungsgenossen aus der Haft, flieht in die BRD und stirbt ein Jahr später als freier Mann.

7. USA: Revolution macht hungrig. Der soziale Kahlschlag wird auch nach der Präsidentschaftswahl weitergehen

Autor: Michael Hahn · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak393/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:393:13

Demokraten und Republikaner haben ihre Kandidaten für die US-Präsidentschaftswahlen am 5. November nun auch offiziell nominiert. Damit hat die heiße Phase des Wahlkampfs begonnen. Die Bilanz der ersten Amtszeit von Bill Clinton: Das politische Spektrum der USA ist deutlich nach rechts gerückt.

"Die Gingrich-Revolution fällt aus" und "Clinton hat die Revolution gefressen" titelten vor kurzem die Blätter für deutsche und internationale Politik (8/96) und die taz (8.8.96). Die nach den Kongreßwahlen von 1994 von vielen vorhergesagte reaktionäre Offensive sei steckengeblieben. Der "Contract with America", die damalige republikanische Wahlplattform, sei längst zu "Altpapier" (taz) geworden. Newt Gingrich (seit 1994 Vorsitzender des US-Repräsentantenhauses und Oppositionsführer gegen Clinton) und seine Gefolgsleute hätten sich "verheddert" und in Washington herrsche wieder "politics as usual" (Blätter).

Wenn man die Schönheitswettbewerbe der Meinungsforschungs-Institute zugrunde legt, dann stimmen diese Behauptungen zweifellos. Newt Gingrich, den TIME-Magazine noch vor acht Monaten zum "Mann des Jahres" 1995 kürte, ist heute einer der unbeliebtesten Politiker in den USA. Gerade mal 22 Prozent mögen ihn. Dagegen steht Clinton, der vor zwei Jahren noch unten durch war, heute bei über 50 Prozent. Das heißt leider noch lange nicht, daß auch Gingrichs Programm in den Papierkorb gewandert ist. Der Demokrat Clinton (das wissen auch taz und Blätter) hat sich eben weite Teile des republikanischen Programms zu eigen gemacht. Nur wer die "revolutionäre" Rhetorik der tonangebenden rechten Fraktion bei den Republikanern für bare Münze genommen hat, ist jetzt - je nach Standpunkt - enttäuscht oder erleichtert. Tatsächlich hat in den USA in den vergangenen beiden Jahren ein beispielloser Sozialabbau stattgefunden.

"Welfare Reform"

Von dem reformerischen Aufbruch, den sich auch hierzulande viele nach Clintons Amtsübernahme im Januar 1993 erhofften (Joschka Fischer: "Wo bleibt der Clinton von Bonn?"), ist nur ein Abbruch übriggeblieben: Gerade noch rechtzeitig zu Beginn des Präsidentschaftswahlkampfes unterzeichnete Clinton Ende Juli das Gesetz über eine "Welfare Reform". Damit werden nun auch die letzten minimalen wohlfahrtsstaatlichen Garantien abgeschafft, die es in den USA bisher noch gegeben hat. Was dem reaktionären Republikaner Ronald Reagan in den 80er Jahren noch kaum in den Sinn kam, hat nun Clinton umgesetzt: das definitive Ende von 60 Jahren sozialstaatlichem "New Deal". Es ist kaum anzunehmen, daß ein republikanischer Präsident diesen Gewaltakt ohne nennenswerte Opposition hätte durchsetzen können.

Clintons Unterschrift unter das neue "Welfare"-Gesetz ist ein Affront gegen die frühere sozialdemokratische Programmatik seiner Partei. Von einem "radikalen Kurswechsel" (Welt, 11.8.96) kann freilich keine Rede sein. Schon im Wahlkampf 1992 kündigte Clinton an, daß er die "Wohlfahrt, wie wir sie kennen" abschaffen werde. Der zentrale Aspekt ist die Einführung von Zwangsarbeit: "Workfare" statt "Welfare". Dies hat Clinton mit Hilfe der republikanischen Kongreßmehrheit jetzt auch durchgesetzt. Einzige Bedingung: Die Republikaner mußten einige besonders rabiate Verschärfungen aus ihrem Gesetzentwurf wieder streichen.

Schon 1992 folgte die Demokratische Partei mehr oder weniger widerstrebend Clintons Linie. Auch dieses Mal stimmte die Hälfte der demokratischen Kongreßabgeordneten mit der republikanischen Mehrheit. Der sozialdemokratische "Traditionsflügel" der Partei (unter anderem die meisten afroamerikanischen Abgeordneten) hat nichts mehr zu melden.

Auch sonst sind die vergangenen dreieinhalb Jahre von einem kontinuierlichen Rechtskurs der Clinton-Administration gekennzeichnet. Nachdem der neugewählte Präsident Anfang 1993 noch kurz mit einem staatlichen Arbeitsbeschaffungs- und Investitionsprogramm (vor allem in den Bereichen Verkehr, Infrastruktur, Bildung und Forschung) geliebäugelt hatte, schwenkte er schon im Mai 1993 auf einen Austeritätskurs um: Von nun an stand die Reduzierung der öffentlichen Haushaltsdefizite im Vordergrund. Nach dem republikanischen Wahlerfolg von 1994 beschleunigte sich dieser Kurs: Im vergangenen Jahr legte

Clinton einen Haushaltsplan vor, der bis 2005 einen ausgeglichenen Etat erreichen will (die Republikaner hatten 2002 angepeilt) - mit den entsprechenden radikalen Kürzungen vor allem bei den Sozialausgaben.

Gegenüber seinen liberalen AnhängerInnen hatte sich Clinton stets damit zu rechtfertigen versucht, daß angesichts der konservativen Kongreßmehrheit einfach nicht mehr "drin" sei. Daß diese Mehrheit jedoch nicht unüberwindlich ist, bewies eine Mobilisierung von US-Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden in den vergangenen Monaten. Nachdem Clinton anfangs (als die Demokraten noch den Kongreß dominierten) eine Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns (von derzeit 4,25 Dollar auf 5,15 Dollar in der Stunde) noch als impraktikabel abgelehnt hatte, gelang es im Juli 96 mit Druck von "unten", im Kongreß ein entsprechendes Gesetz durchzusetzen - sogar mit den Stimmen von etlichen republikanischen Abgeordneten. (Inflationsbereinigt erreicht der Mindestlohn damit allerdings nur das Niveau von 1983.)

Clinton als Republikaner

Daneben sollen hier einige Stichworte genügen: Clinton setzte zwei Gesetze zur "Verbrechens-" und "Terrorismus-Bekämpfung" durch, die u.a. wichtige Bürgerrechte einschränken, die Todesstrafe weit ausdehnen und die Berufungsmöglichkeiten von zum Tode Verurteilten drastisch einschränken. Gegen den Widerstand von UmweltschützerInnen und Gewerkschaften (und mit der Unterstützung der Republikaner) unterzeichnete Clinton 1993 das nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA und später das Welthandelsabkommen GATT/WTO. Auch gegenüber Cuba unterschied sich Clinton in keinerlei Hinsicht von den Republikanern - zuletzt mit seiner Unterschrift unter das Helms-Burton-Boykottgesetz (siehe ak 389). Nicht einmal bei den Ernennungen zum Obersten Gerichtshof erfüllte Clinton liberale Hoffnungen: Der Supreme Court ist heute so rechtslastig wie seit 40 Jahren nicht mehr.

Der einzige Lichtblick: Clinton wehrte sich erfolgreich gegen republikanische Versuche, das (höchstrichterlich abgesegnete) Recht auf Abtreibung auszuhöhlen. Die Republikaner wollen Abtreibungen im letzten Trimester auch dann verbieten, wenn ohne den Eingriff das Leben der Schwangeren akut gefährdet wäre. Gegen einen entsprechenden Gesetzentwurf legte Clinton sein Veto ein.

Wie weit Clintons Partei nach rechts gerückt ist, zeigt ihre diesjährige Wahlplattform. Als Antwort auf die fundamentalistische Propaganda für "die traditionellen Familienwerte" fiel den Demokraten nichts besseres ein als eine "Families First Agenda" ("Familien zuerst"-Programm). Ein Teil der Kosten für Kinderbetreuung und Schulbesuch soll künftig von der Steuer abgesetzt werden können - ein Vorschlag, der nur denjenigen zugute kommt, die überhaupt nennenswerte Steuern zahlen. Die zig Millionen GeringverdienerInnen, die entsprechende Sozialprogramme am nötigsten hätten, gehen leer aus. Frühere demokratische Forderungen nach Anti-Diskriminierungs-Maßnahmen oder einem Ausbau gewerkschaftlicher Rechte sind entfallen. Dafür wird nun eine Erweiterung der Polizei und ein ausgeglichener Staatshaushalt gefordert. Auch der moralische Zeigefinger fehlt nicht: Die Demokraten wollen eine "nationale Erziehungskampagne gegen Teenager-Schwangerschaften", die allgemein für den Zerfall "traditioneller Werte" verantwortlich gemacht werden.

Innerparteiliche Konkurrenz braucht Clinton nicht mehr zu fürchten - anders als 1980 der damalige Präsident Jimmy Carter, der noch einen "linken" Gegenkandidaten hatte (den Sozialdemokraten Ted Kennedy). Der Gewerkschafts-Dachverband AFL-CIO rief schon im Februar 1996 zur Wiederwahl Clintons auf - obwohl dieser der kapitalfreundlichste demokratische Präsident seit über 70 Jahren ist.

Dole wird zurückgepfiffen

Seinem republikanischen Gegenkandidaten Robert Dole stiehlt Clinton tatsächlich die Show. Der langjährige Senator galt bisher als relativ moderat. In den 70er Jahren stimmte er für die Einführung von Anti-Diskriminierungs-Gesetzen, in den 80er Jahren blockierte er einige der schlimmsten Gesetzesvorhaben seines Parteifreundes Ronald Reagan. Bei den innerparteilichen Verhandlungen über die 1996er Wahlplattform versuchte Dole, auf vorsichtige Distanz gegenüber dem rechtskonservativen Flügel in seiner Partei zu gehen - und wurde prompt zurückgepfiffen.

So kündigte Dole Anfang Juni vollmundig an, die Plattform werde zwar eine eindeutige "Lebensschützer"-Position beziehen, aber man wolle eine "Toleranz-Klausel" einfügen, nach der auch BefürworterInnen eines liberalen Abtreibungsrechts bei den Republikanern willkommen seien. Darauf erhob

sich bei der christlich-fundamentalistischen Rechten ein Proteststurm. Die "Lebensschützer" drohten an, sie würden es auf dem Parteitag Mitte August zu einem offenen Konflikt kommen lassen. Das Ergebnis: Die "Toleranz-Klausel" entfällt, eine entsprechende Passage wird in einem unverbindlichen "Anhang" versteckt. Die Wahlplattform selbst verlangt eine Verfassungsänderung mit dem Ziel, bereits befruchteten Eizellen Persönlichkeitsrechte zu gewähren und sämtliche Abtreibungen zu verbieten - selbst dann, wenn bei Schwangerschaftskomplikationen das Leben der Frau ohne eine Abtreibung gefährdet ist.

Solche fundamentalistischen Extrempositionen sind zwar weder politisch noch juristisch durchsetzbar. Sie sind aber ein wichtiger Indikator für die Kräfteverhältnisse in der Partei. Es besteht kein Zweifel, daß sich an der Basis der rechtskonservative Flügel durchgesetzt hat - obwohl der relativ moderate Dole die parteiinternen Vorwahlen im Frühjahr noch eindeutig gegen seinen rechtsradikalen Konkurrenten Pat Buchanan gewonnen hatte. Die Delegierten auf dem Wahlparteitag seien "noch unnachgiebiger konservativ" als die von 1992, schrieb die New York Times. Und laut Washington Post liegt die Plattform "näher am Nationalismus und Konservatismus von Buchanan" als an Doles Positionen.

Populistische Millionäre

Als "typische" christlich/rechtspopulistische Basis-Aktivisten beschreibt die bürgerliche Presse meist (geistig wie finanziell) "minderbemittelte" Fanatiker. Eine solche "Analyse" ist nicht nur selbstgerecht, sondern sie hält auch der Realität kaum stand. Viele der radikalen Abtreibungsgegner und UNO-Verteufler haben sechsstellige Bankguthaben. Die New York Times ermittelte, daß rund ein Fünftel der Delegierten (Dollar-)Millionäre sind, ein weiteres Fünftel sind "halbe" Millionäre.

Noch ein paar Kostproben aus der Wahlplattform: Die Republikaner wollen den 14. Verfassungszusatz ändern, der nach Abschaffung der Sklaverei vor 130 Jahren den Afroamerikanern volle Bürgerrechte einräumte. Das Ziel: Die Kinder von nicht-legalisierten ImmigrantInnen sollen nicht mehr automatisch die US-Staatsbürgerschaft erhalten. Dazu kommen eine Streichung von Anti-Diskriminierungs-Gesetzen, ein uneingeschränkter Privatbesitz von Schußwaffen, ein weiterer Abbau von Umweltschutz-Vorschriften und ein Abrücken von multilateralen Institutionen wie UNO, Weltbank und GATT/WTO - alles Forderungen, gegen die Dole selbst jahrelang immer wieder Position bezogen hat.

Weil der republikanische Präsidentschaftskandidat aber bei Kampfabstimmungen gegen den rechtskonservativen Mainstream in seiner Partei keinerlei Chance hätte, blieb Dole nur ein Ausweg: Er habe die Plattform überhaupt nicht gelesen und sei auch nicht an sie gebunden, erzählte er der Presse. Der konservative Kolumnist William Safire hatte in der New York Times nur Spott für solche Ausflüchte übrig: "Wenn Du nicht einmal Deinen Parteitag führen kannst, dann verdienst Du es auch nicht, das Land zu führen."

Die kulturkämpferischen Positionen der christlichen Rechten dominieren das Parteiprogramm derart, daß über Wirtschafts- und Finanzpolitik gar nicht mehr diskutiert wird - obwohl Dole hier einen abrupten Kurswechsel vollzogen hat. Seit neuestem fordert er drastische Steuersenkungen (15 Prozent bei der US-weit erhobenen Einkommenssteuer). Sobald die Leute nur mehr verfügbares Einkommen im Geldbeutel hätten, würden sie auch die Wirtschaft ankurbeln, was seinerseits wieder zu höheren Steuereinnahmen führen würde - so lautet jedenfalls das klassische Programm der Angebots-("supply side"-)Theoretiker. Schon Ronald Reagan hat bewiesen, daß dies ein Kurzschluß ist: Die Steuersenkungen zu Beginn seiner Amtszeit (und eine dramatische Aufblähung des Rüstungsetats, die auch Clinton noch nicht wesentlich zurückgenommen hat) führten zu Rekorddefiziten im US-Staatshaushalt. Dole sprach sich dagegen bis vor kurzem immer gegen leichtfertige Steuerkürzungen aus - wichtiger sei eine Reduzierung der öffentlichen Verschuldung.

Kemp und Buchanan

Dole machte gleich noch den führenden Angebots-Theoretiker seiner Partei, den früheren Kongreß-Abgeordneten und Wohnungsbauminister Jack Kemp, zu seinem Vize-Kandidaten. Für die Wahl des telegenen Ex-Football-Profis heimste Dole zwar noch allerhand Lorbeeren in den Medien ein, am Steuersenkungsprogramm selbst aber meldeten sogar konservative Kommentatoren ihre Zweifel an: Als "nicht glaubwürdig" und "nostalgisches Hirngespinst" bezeichnete Robert Samuelson, der Wirtschaftskommentator der Washington Post, Doles Programm. Selbst die FAZ (7.8.96) sprach von "Luftschlössern" und meldete "Skepsis" an.

Kemps "supply-side"-Kapitalismus ist "farbenblind". In der Vergangenheit hat der Vize-Kandidat immer wieder deutlich gegen rassistische Kampagnen Stellung bezogen. Zuletzt vor zwei Jahren, als Kemp - gegen fast alle seine Parteifreunde - den einwanderungsfeindlichen Volksentscheid "Proposition 187" in Kalifornien verurteilte. Ähnlich wie das Wall Street Journal forderte er "offene Grenzen": Eine "freie" Marktwirtschaft verlange eben auch ein unbegrenztes Angebot an Arbeitskräften. Außerdem sei es wahltaktisch unklug, die wachsenden ethnischen Minderheiten in den USA mit rassistischen Kampagnen zu verprellen. An diesem Punkt sind künftige Konflikte mit der rechtspopulistischen Parteimehrheit bereits vorprogrammiert.

Pat Buchanan, einer der Wortführer dieser Mehrheit, hat bis November ein Stillhalteabkommen mit Dole geschlossen. Wie Doles Niederlagen in den Verhandlungen um die Wahlplattform zeigen, arbeitet die Zeit ohnehin für Buchanans Leute, die zu einem "langen Marsch durch die Institutionen" der Partei angetreten sind. Dole verdankt seine Nominierung der tatkräftigen Unterstützung durch die Massenorganisation "Christian Coalition" des reaktionären Fernsehpredigers Pat Robertson. Die Fundamentalisten stehen zwar inhaltlich Buchanan näher, sind sich aber bewußt, daß sie mit einem rechtsradikalen Kreuzritter keine Präsidentschaftswahl gewinnen können.

Ross Perot

Der 73jährige Dole liegt in den Meinungsumfragen zur Zeit um über zehn Prozent hinter dem 50jährigen Clinton. Freilich galt auch der damalige Präsident George Bush im August 1992 noch als Favorit - und verlor dann im November doch gegen seinen Herausforderer Clinton. Entscheidend war damals die Kandidatur des rechtspopulistischen Multi-Milliardärs Ross Perot, der seine 19 Prozent Wählerstimmen vor allem Bush abjagte und so Clinton (mit 43 Prozent) ins Weiße Haus verhalf.

Perot wird auch dieses Mal wieder antreten, als Kandidat der sogenannten Reform Party. Diese Organisation (mit immerhin über einer Million Mitgliedern) ist bisher wenig mehr als ein rechtspopulistischer Wahlverein für Perot. Die Forderungen konzentrieren sich auf eine Reduzierung der Staatsausgaben, wirtschaftlichen Protektionismus und eine strikte Einwanderungskontrolle. Die kulturkämpferischen Positionen der Christlichen Rechten finden sich allerdings bei der Reform Party nicht. So befürwortet man (im Unterschied zu den Republikanern - ein liberales Abtreibungsrecht. Perot dürfte jedoch sein gutes Ergebnis von 1992 nicht wieder erreichen. Wenn es je zwischen Clinton und Dole noch knapp werden sollte, kann Perot den Republikanern dennoch entscheidende Stimmen abnehmen.

Kongreßwahlen

Im November wird nicht nur der US-Präsident, sondern auch das US-Repräsentantenhaus und ein Drittel des Senats neu gewählt. In beiden Kammern des US-Kongresses verfügen die Republikaner seit Januar 1995 über eine knappe Mehrheit. Glaubt man den derzeitigen Meinungsumfragen, dann erscheint es durchaus möglich, daß sie diese Mehrheiten bei den kommenden Wahlen wieder einbüßen werden. Aber auch wenn sowohl das Weiße Haus als auch der Kongreß wieder (wie 1993-94) von Demokraten kontrolliert würden, ist kaum zu erwarten, daß der Abbau demokratischer und sozialer Rechte, den Clinton, Dole und Gingrich in den vergangenen zwei Jahren durchgesetzt haben, wieder rückgängig gemacht wird.

So weit auch die Fernsehbilder des jovialen Clinton und des verbiesterten Dole voneinander abweichen, in den meisten politischen Grundfragen unterscheiden sich der rechte Demokrat und der moderate Republikaner kaum voneinander. Der entscheidende Unterschied besteht in der sozialen Basis der beiden Kandidaten. Clinton kann nur mit der Unterstützung von Gewerkschaften, Bürgerrechtsorganisationen und UmweltschützerInnen wieder gewinnen; Dole braucht die christliche Rechte und die Waffenfanatiker.

Mit dem Argument, sein "Marsch zur Mitte" sei für seine Wiederwahl verantwortlich, wird sich Clinton jedoch auch künftig den Interessen seiner WählerInnen widersetzen. Gewerkschaften und andere linke bzw. liberale Interessengruppen haben auch keine institutionalisierte Verankerung mehr in der Demokratischen Partei, um ihre Interessen so zu artikulieren. Anders sieht es bei den Republikanern aus. Sollte jedoch Dole gewinnen (in diesem Fall bliebe sicher auch der Kongreß in republikanischer Hand), dann werden die fundamentalistische "Christian Coalition" und ihre Bündnispartner ihren Tribut fordern. Den wird ihnen Dole wegen ihres Einflusses in der Partei auch nicht verweigern können.

Michael Hahn

8. Der lange Traum von einer "Third Party". Wegweiser durch die linke Parteienlandschaft in den USA

Ein kleiner Wegweiser durch die linke Parteienlandschaft in den USA

Autor: Michael Hahn · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak393/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:393:14

Zwei Parteien machen seit über 100 Jahren fast alle Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in den USA unter sich aus: Demokraten und Republikaner. In beiden Parteien dominieren die Interessen des Kapitals. Anders als in Westeuropa ist es in den USA nie gelungen, eine linke (oder auch nur sozialdemokratische) Wahlpartei mit einer Basis in der Arbeiterbewegung dauerhaft zu formieren. Der 1886 gegründete Gewerkschaftsdachverband AFL (heute: AFL-CIO) beschränkte sich ausdrücklich auf betriebliche Themen und lehnte jedes eigenständige politische Engagement ab. Nach dem Motto des AFL-Gründungsvorsitzenden Samuel Gompers ("wir belohnen unsere Freunde und bestrafen unsere Feinde") unterstützte man bei Wahlen jeweils das "kleinere Übel" unter den beiden großen Parteien.

Dennoch gab es immer wieder (mehr oder weniger kurzlebige) Versuche, eine linke Massenpartei aufzubauen. So gewann nach 1900 die Socialist Party (SP) etliche Bürgermeisterämter, Landtags- und Kongreßmandate und hatte zeitweise rund 100.000 Mitglieder. Nach heftiger staatlicher Repression verschwand die SP nach dem Ersten Weltkrieg aber wieder in der Versenkung. Ihr Präsidentschaftskandidat Eugene Debs kam in mehreren Anläufen nicht über sechs Prozent der Stimmen hinaus. 1924 unterstützte die SP den Kandidaten der Progressive Party (Robert LaFollette), der immerhin 16,6 Prozent der Stimmen errang. Von da an ging es - zumindest was Wahlergebnisse angeht - für die US-Linke bergab.

Heute gibt es im 435köpfigen US-Repräsentantenhaus einen sozialistischen Abgeordneten: Bernard Sanders aus dem Mini-Bundesstaat Vermont. Der in seinem Heimatstaat äußerst populäre Ex-Bürgermeister ist allerdings ein regionaler Sonderfall und hat keine überregionale oder gar landesweite Organisation hinter sich.

Auch heute noch dürfte es ohne das organisatorische und finanzielle Rückgrat von Gewerkschaften fast unmöglich sein, eine unabhängige linke Partei aufzubauen. Entsprechende Kandidaturen scheitern oft schon an den formalen Voraussetzungen: Viele Bundesstaaten verlangen hunderttausende von Unterschriften, um überhaupt eine neue Kandidatur zuzulassen. Zudem schreckt das Mehrheitssystem ab, das bei fast allen Wahlen in den USA angewendet wird (im Unterschied zum Verhältniswahlrecht in der BRD).

In Umfragen bekunden seit Jahren über 60 Prozent der Bevölkerung die Gründung einer landesweiten "dritten" Partei. Dies spiegelt zwar die Unzufriedenheit mit dem bestehenden parlamentarischen "Angebot" wider, schlägt sich aber bisher nicht in nennenswerter Unterstützung für unabhängige KandidatInnen nieder. Schon gar nicht läßt sich an den genannten 60 Prozent eine breite Sympathie für linke Politik ablesen.

Der strategische Grundgedanke aller linken Parteien und Parteigründungsprojekte in den USA ist es, bisherige NichtwählerInnen zu mobilisieren. Die machen bei Präsidentschaftswahlen etwa die Hälfte aller Wahlberechtigen aus, bei anderen Wahlen noch mehr. Glaubt man sozialwissenschaftlichen Untersuchungen, dann sind NichtwählerInnen überproportional arm und dunkelhäutig. Darin wittern viele eine "natürliche" Basis für linke Politik - wenn auch die Realität etwas komplizierter ist.

Die letzten organisierten Versuche, bei Präsidentschaftswahlen von links einzugreifen, gab es 1984 und 1988 bei den Kandidaturen von Jesse Jackson. Der afroamerikanische Baptistenpfarrer und Links-Sozialdemokrat bewarb sich als Sprecher einer "Regenbogenkoalition" aus den verschiedensten marginalisierten Gruppen und sozialen Bewegungen um die Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten der Demokraten, unterlag aber beide Male bei den Vorwahlen (1984 gegen Mondale und 1988 gegen Dukakis).

Jacksons Wahlkämpfe wurden von vielen organisierten Linken mit großem Enthusiasmus unterstützt. Verbunden war damit die Hoffnung auf eine breite multi-ethnische Bewegung, welche die Demokratische Partei nach links ziehen würde. Dazu ist es nicht gekommen. Der letzte Beweis für das Scheitern des Jacksonschen "Rainbow"-Projekts war 1992 die Nominierung von Bill Clinton zum Präsidentschaftskandidaten der Demokraten. Seither kontrolliert der rechte Flügel unangefochten die Partei. Jackson selbst spielt heute bei den Demokraten praktisch keine Rolle mehr.

Clintons Rechtskurs hat allerdings links von der Demokratischen Partei neuen politischen Raum geöffnet. Vor allem Clintons Unterschrift unter das Nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA im Jahre 1993 brachte viele GewerkschafterInnen und UmweltschützerInnen dazu, ihre bisherige vorbehaltlose Unterstützung für die Demokratische Partei zu überdenken. Eine wirklich emanzipatorische Politik wird (auf der Ebene von Wahlen) jedoch nur dann möglich sein, wenn es gelingt, die Dominanz des "kleineren Übels" in Gewerkschaften und sozialen Bewegungen zu brechen. Gegenwärtig gibt es - neben den verschiedenen sozialistischen Kleinfamilien - drei größere Parteiaufbau-Projekte, die (zumindest bisher) noch weitgehend getrennt voneinander operieren.

Green Politics Network

Eine grüne Partei gibt es in den USA nicht, wohl aber ein loses Netzwerk von 450 örtlichen Gruppen. In manchen Bundesstaaten besetzen die Grünen bereits etliche kommunale Ämter und erzielen bei "größeren" Wahlen bisweilen zweistellige Ergebnisse. Programmatisch steht bei den meisten die Ökologie im Vordergrund. In manchen Gegenden haben die Grünen allerdings auch ein deutlich linkes Profil.

Seit März 1996 ist der prominente Verbraucheranwalt und Links-Populist Ralph Nader der offizielle Präsidentschaftskandidat der kalifornischen Grünen. Voraussichtlich wird er auch in rund 20 weiteren Staaten als "Grüner" kandidieren. Inhaltlich konzentriert er sich auf Ökologie, Abrüstung, Verbraucherschutz, Gesundheitsreform und vor allem auf ein breites populistisches Bündnis gegen die multinationalen Konzerne. Anders als etwa der Rechts-Populist Pat Buchanan, bezieht er sich dabei allerdings ausdrücklich positiv auf Gewerkschaften und linke Kräfte.

Weil Nader seit vielen Jahren landesweit bekannt ist und auch in den Massenmedien über ein hohes Ansehen verfügt, stärkt er die Grünen, die bisher nur mit weitgehend unbekannten KandidatInnen aufwarten konnten. Zumindest in Kalifornien, wo es eine relativ starke Öko-Bewegung gibt, könnte Nader in November Clinton entscheidende Stimmen abnehmen. Dann ginge der größte Bundesstaat an den Republikaner Dole, was wahlentscheidend sein könnte. Mit dieser "Drohung" will Nader von links politischen Druck auf Clinton ausüben.

Nader selbst betont allerdings bisher, daß er gar nicht "richtig" Wahlkampf machen will. Ob aus seiner Kandidatur heraus ein arbeitsfähiges US-weites Netzwerk von Grünen und Linken entstehen wird, muß sich erst noch zeigen.

Allerdings ist Nader unter Linken nicht unumstritten. Im Kampf gegen das Freihandelsabkommen NAFTA spielte er vor drei Jahren eine führende Rolle. Er selbst vertrat dabei durchaus linke Positionen, distanzierte sich aber auch nicht von seinen rechts-populistischen Mitstreitern Ross Perot und Pat Buchanan. Naders "blinde Flecke" sind Rassismus und Homophobie. Er betont, daß er dem grünen Parteiprogramm nicht verpflichtet sei - gemeint sind grüne Forderungen für Anti-Diskriminierungsgesetze und gegen einwanderungsfeindliche Hetze. Nader kapiert entweder nicht die politische Brisanz des rechten "Kulturkriegs" - oder er teilt insgeheim manche Positionen der US-amerikanischen Rechten.

Labor Party

"Die Bosse haben zwei Parteien. Wir brauchen mindestens eine." Der Slogan klingt gut, die Praxis hinkt freilich weit hinterher. Nach sechsjähriger Vorbereitungszeit gründeten fast 1.400 Delegierte Anfang Juni 1996 in Cleveland (Ohio) eine US-amerikanische "Arbeiterpartei" (Labor Party) - seit über 50 Jahren der erste Startversuch für eine links-sozialdemokratische Partei in den USA. Entsprechend wohlwollend bis enthusiastisch war die Berichterstattung in der linken US-Presse. Tenor: "Hier wurde Geschichte gemacht."

Initiiert wurde das Parteiprojekt 1990 von Tony Mazzocchi, einem führenden Funktionär der Chemie-Gewerkschaft OCAW, die das organisatorische Rückgrat der Labor Party bildet. Im Laufe der Zeit kamen weitere kleine linke Gewerkschaften hinzu: die United Electrical Workers (UE), die kalifornische Hafengewerkschaft ILWU, eine kalifornische Gesundheitswesen-Gewerkschaft, die Landarbeitergewerkschaft FLOC aus Ohio und eine kleine Eisenbahn-Gewerkschaft. Außerdem hat eine Reihe von branchenübergreifenden Ortskartellen den Aufruf zur Gründung einer Labor Party unterstützt.

Kurz vor dem Gründungsparteitag gab es einen qualitativen Sprung: Mehrere große Gewerkschaften (SEIU-Dienstleistungen, UMW-Bergarbeiter und AFGE-Bundesangestellte) schlossen sich dem Aufruf an und

schickten Delegierte. Auf dem Papier wird die neue Partei so von Gewerkschaften mit insgesamt rund zwei Millionen Mitgliedern getragen. Über die tatsächliche Unterstützung ist damit freilich noch nichts gesagt. De facto hat die Labor Party (bzw. die seit sechs Jahren bestehende Vorläuferorganisation "Labor Party Advocates") derzeit nur einige tausend Mitglieder in 36 Ortsverbänden.

Die Zusammensetzung der Gründungsdelegierten war alles andere als repräsentativ für das multiethnische US-Proletariat. Die meisten Delegierten waren "niedere" Gewerkschaftsfunktionäre, zu 80 Prozent Männer und zu 90 Prozent weiß.

Programmatisch beschränkt sich die neugegründete Partei auf ökonomische Themen: Recht auf (Lohn-)Arbeit, Verdoppelung des gesetzlichen Mindestlohns auf 10 Dollar in der Stunde, 32-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, allgemeine Krankenversicherung, usw. Zu anderen gesellschaftlichen Themen wurden nur Allgemeinplätze verabschiedet, die oft noch hinter die Programme der beteiligten Einzelgewerkschaften zurückfielen. Ein besonders heftiger Konflikt entbrannte auf dem Gründungsparteitag um die Forderung "Recht auf Abtreibung". Am Ende begnügte man sich mit einer wachsweichen Formulierung. Der Konflikt war symptomatisch: Die Labor Party will sich nicht mit einem dezidiert linken Programm profilieren. Forderungen der "neuen sozialen Bewegungen" hält man bestenfalls für zweitrangig.

Der heftigste Konflikt der Gründungskonferenz drehte sich um die strategische Kernfrage von Wahlbeteiligungen. Hier setzte sich Mazzocchi durch, der sich gegen jede Wahlaktivitäten zum jetzigen Zeitpunkt aussprach. Die Labor Party wird sich frühestens 1998 an Wahlen beteiligen. Die einzelnen Ortsverbände dürfen sich bis dahin nicht einmal in Kommunalwahlen einschalten, wo die Erfolgsaussichten in manchen Städten gar nicht einmal so schlecht wären.

Verbrämt wird diese Enthaltsamkeit mit radikal klingenden Floskeln über die Wichtigkeit von außerparlamentarischen Aktivitäten und über einen Parteiaufbau "von unten", bevor man sich um Wahlkämpfe kümmern will. Tatsächlich steht aber dahinter, daß die meisten beteiligten Gewerkschaften bereits aktiv für eine Wiederwahl Clintons eintreten und eine mögliche demokratische Kongreßmehrheit nicht mit unabhängigen linken Kandidaturen gefährden wollen. (Auch der Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO unterstützt Clinton trotz dessen kapitalfreundlicher Politik.)

Eine gewerkschaftlich orientierte Labor Party wird ohnehin nur dann eine Entwicklungschance haben, wenn die Klassenkämpfe in den USA wieder lebhafter werden sollten. Zu hoffen wäre, daß derart wiederbelebte und sich radikalisierende Gewerkschaften auch das enge ökonomistische Korsett des jetzigen Programms aufbrechen und so den Weg für eine breite linke Partei öffnen.

New Party

Organisatorisch am weitesten fortgeschritten ist der Aufbau der "New Party" (NP). Diese Partei verfügt über derzeit rund 10.000 Mitglieder, ein nationales Büro und eigene Publikationen. In zahlreichen Wahlen auf lokaler und regionaler Ebene waren NP-KandidatInnen bereits erfolgreich; im November wird in einem Chicagoer Wahlkreis voraussichtlich ein erster NP-Abgeordneter in den US-Kongreß gewählt. Im Unterschied zu Grünen und Labor Party ist die NP-Mitgliedschaft bemerkenswert multi-ethnisch, mit (laut Selbstdarstellung) über einem Drittel "people of color". Die Hälfte der Mitglieder sind Frauen.

Programmatisch konzentriert sich die NP auf ökonomische Demokratisierung, eine Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns (in mehreren Großstädten hat die Partei bereits über Volksabstimmungen entsprechende Erhöhungen durchsetzen können), allgemeines Grundeinkommen, Ökologie und demokratische Grundrechte. Bei den kommenden Präsidentschaftswahlen ist die Partei offiziell neutral, betont aber ausdrücklich, daß man den Demokraten (und Clinton) keine Stimmen wegnehmen wolle. Perspektivisch dürfte sich am ehesten eine Allianz zwischen New Party und linken Grünen entwickeln. Die Labor Party mit ihrer stark auf die Gewerkschaftsapparate orientierten Organisierung hält weitgehend Distanz zu den anderen beiden "bewegungs-orientierten" Parteiprojekten.

Linke Traditionsvereine

Jahrzehntelang war sie die wichtigste Kraft der US-Linken: Die "moskau-treue" Communist Party USA. In den 1930er Jahren verfügte sie über großen Einfluß in der aufkommenden Gewerkschaftsbewegung und in der afroamerikanischen Bevölkerung. Die McCarthy-Repression der 50er Jahre fügte der CPUSA schweren

Schaden zu. In den 60er Jahren verpaßte die Partei den "Anschluß" an die rebellierende Neue Linke. Seither befindet sich die CPUSA im stetigen Niedergang. Ähnlich wie zuvor in der bundesdeutschen DKP kam es im Dezember 1991 zur Spaltung: Ein "Erneuerungsflügel" (mit der bekannten Angela Davis) verließ die Partei und gründete ein loses Netzwerk ("Committees of Correspondence"), das heute so gut wie bedeutungslos ist (die deutsche PDS unterhält zu den Überbleibseln Kontakte). Der Rest der Partei unter dem langjährigen Vorsitzenden Gus Hall macht unbeirrt weiter - hat aber ebenfalls nur noch geringen Einfluß.

Bei früheren Präsidentschaftswahlen bot die CPUSA noch eigene (mehr oder weniger symbolische) Kandidaten auf; meistens Gus Hall persönlich. 1996 verzichtet die Partei auf eine eigene Kandidatur. Die eigene Perspektivlosigkeit versucht man mit vollmundigen Appellen "gegen Bob Dole und die extremistischen Republikaner" zu überdecken. In der CPUSA-Wochenzeitung "People's Weekly World" wird mehr oder weniger offen für die Wahl Clintons geworben. Unabhängige linke Kandidaten würden nur Clinton Stimmen kosten und Dole nützen. Die Zeitung berichtete wohlwollend über die halbherzige Gründung der "Labor Party" Anfang Juni.

Die Socialist Workers Party (SWP) entstand in den 30er Jahren als trotzkistische Abspaltung von der CPUSA. In den 60er Jahren spielte sie eine wichtige Rolle in der Anti-Vietnamkriegs-Bewegung und war weltweit eine der stärksten trotzkistischen Parteien. Seither hat sie stark an Einfluß verloren. In den 80er Jahren verabschiedete sich die SWP vom Trotzkismus (was zu den verschiedensten Abspaltungen führte). Heute orientiert sich die SWP am cubanischen Sozialismus-Modell. In der US-amerikanischen Cuba-Solidarität und in einigen Gewerkschaften ist sie heute noch präsent.

Überall, wo die SWP Ortsgruppen hat, kandidiert sie beharrlich zu allen möglichen Wahlen - so auch zur US-Präsidentschaft. Der strategische Sinn solcher Kandidaturen wird nicht diskutiert (zumindest nicht öffentlich oder in der partei-eigenen Wochenzeitung "Militant"). 1992 waren die Präsidentschaftskandidaten der SWP mit 23.000 Stimmen (0,02%) immerhin noch die linken Stimmenkönige. 1996 kandidieren James Harris und Laura Garza als "working-class alternative to the parties of war, racism and depression".

Die Workers World Party (WWP) entstand wiederum 1960 als Abspaltung von der SWP. Die Gruppe unter der Führung von Sam Marcy befürwortete die sowjetische Intervention in Ungarn (1956), die SWP-Mehrheit war dagegen. Die WWP ist hardcore-stalinistisch (ein Artikel in der Wochenzeitung "Workers World" feierte kürzlich die blutige Niederschlagung der chinesischen Studentenrevolte 1989), hat aber bei punktuellen Kampagnen eine relativ gute Mobilisierungskraft. So organisierte die WWP im Januar 1991 in Washington eine Massendemonstration gegen den Golfkrieg. Und im August 1995 war sie das organisatorische Rückgrat einer Großdemonstration in Philadelphia gegen die geplante Hinrichtung Mumia Abu-Jamals. 1992 errangen die WWP-Präsidentschaftskandidaten landesweit gerade mal 181 Stimmen. Das hält die Partei offensichtlich nicht von einer erneuten Kandidatur ab (Monica Moorehead und Gloria La Riva). Die Stärke der WWP liegt im Staat New York, in Detroit und in San Francisco.

Außerdem hat die kleine Socialist Party, die 1992 mit 3020 Stimmen weniger als 0,01 Prozent der Stimmen erreichte, auch für 1996 eine Präsidentschaftskandidatin (Mary Cal Hollis) nominiert. Die SP beruft sich auf die Tradition von Eugene Debs (siehe oben) und hat heute einige gute Kontakte unter Öko- und Friedensbewegten. Mehr ist mir allerdings nicht bekannt.

Die drei genannten Parteien CPUSA, SWP und WWP sind als einzige sozialistische Organisationen in der Lage, Wochenzeitungen zu produzieren (sozusagen ein Behelfs-Indikator für ihre organisatorische Stärke). Daneben gibt es jede Menge anderer (mehr oder weniger liebenswürdiger) linker Sekten in den USA. Weitere Präsidentschaftskandidaturen sind mir jedoch nicht bekannt. Und um einem möglichen Mißverständnis vorzubeugen: Die US-amerikanische Linke beschränkt sich selbstverständlich nicht auf Parteien, sondern ist überwiegend außerparlamentarisch organisiert: in Gewerkschaften, sozialen und kulturellen Initiativen, Zeitschriften, etc. Deren Vielfalt und Lebendigkeit kann im Rahmen dieses Artikels freilich nicht dargestellt werden.

Michael Hahn

9. "E-Zeta-Ele-Ene!" Zum Internationalen Treffen in Chiapas

Autor: Ulrich Brand - Vorabdruck aus · Rubrik: Internationale Solidarität; Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak393/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:393:31

Vom 27. Juli bis 3. August fand im südmexikanischen Chiapas das "Erste Internationale Treffen für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus" statt, zu dem die EZLN zu Beginn des Jahres eingeladen hatte. Im und am Rande des lakandonischen Urwaldes trafen sich zur Regenzeit knapp 3.000 Menschen mit der dort lebenden Bevölkerung, allerdings ohne viele Kontakte zu ihr herstellen zu können.

Im Vorfeld sprachen die OrganisatorInnen in Mexiko-Stadt zunächst von 4.000 dann von 5.000 möglichen TeilnehmerInnen. Doch es ist kaum vorstellbar, wie mehr als die 1.700 Nicht-MexikanerInnen, die ca. 800 MexikanerInnen und über 500 JournalistInnen hätten Platz finden können. Die organisatorischen und räumlichen Kapazitäten waren stets an der Obergrenze ausgelastet.

Zum Ablauf des Treffens

Am ersten Tag fuhren alle zusammen von San Cristóbal de las Casas in einem Buskonvoi in das etwa eineinhalb Stunden entfernte Oventic, wo mehrere tausend Zapatistas aus den indigenen Gemeinden einen phantastischen Empfang bereiteten. Die Commandantes eröffneten das Treffen, gaben in ihrer bekannt poetischen Sprache Einschätzungen zum Stellenwert ihres Kampfes ab und wiesen neben der regionalen und nationalen Bedeutung auf dessen internationalen Charakter hin.

Am zweiten Tag wurden die TeilnehmerInnen auf fünf verschiedene Aguascalientes verteilt, wo in Arbeitsgruppen und Unterarbeitsgruppen diskutiert wurde. In Aguascalientes I (La Realidad) zum Oberthema "Welche Politik haben wir? Welche brauchen wir?", in Aguascalientes II (Oventic) zu Themen wie Patriarchat, Homosexualität, Zivilgesellschaft und anderem, in Aguascalientes III (Morelia) zu Kultur und Medien, in Aguascalientes IV (La Garrucha) zu Indigenas und in Aguascalientes V (Roberto Barrios) zu ökonomischen Fragen. Dort fanden zwei- bis dreitägige Diskussionen statt, zu denen schriftlich ausgearbeitete Vorträge eingereicht werden konnten, die dann in den Unter-AGs vorgetragen wurden.

Meine persönliche Erfahrung in einer Untergruppe zu ökonomischen Fragen war, daß selbst eine vorzügliche Koordinatorin das 20 Jahre alte Gerede von US-amerikanischen Ökonomisten (allesamt Männer), die gebetsmühlenartig immer dasselbe wiederholten, nicht im Zaum halten konnte. Einer der US-Teilnehmer verteilte sieben Flugblätter im Set, wobei das siebte "Globale Revolution" hieß - geplante Revolution per Baukasten. Eine kurze erste Auswertung zwischen den TeilnehmerInnen aus Deutschland ergab, daß vor allem jene AGs fruchtbar waren, in denen junge Leute Art und Inhalt der Diskussion mitbestimmten.

Am Ende formulierte jede Unter-AG ein mehrseitiges Dokument, das auf dem Abschlußplenum in La Realidad, wo sich alle TeilnehmerInnen an den letzten Tagen wiedertrafen, vorgelesen wurde. Das "Internationale Treffen" hatte zwei hauptsächliche Funktionen. Zum einen sollte Öffentlichkeit geschaffen werden für den Kampf der Zapatistas - womit in Chiapas neben der regulären EZLN-Truppe noch die Milizen und die zapatistischen Gemeinden (bases de apoyo) gemeint sind. Denn der Krieg niedriger Intensität, den die mexikanische Regierung und die lokale Bourgeoisie führen, findet weiterhin statt. Eine neue Offensive durch die Regierungsarmee ist nicht unvorstellbar.

Auch wenn das mexikanische Militär und die Migrationsbehörde sich gegenüber den TeilnehmerInnen weitgehend zurückhielten, war doch die Militarisierung der Region an vielen Orten sichtbar. In der Nähe von allen fünf zapatistischen Aguascalientes befanden sich Militärposten. In Roberto Barrios gar nur 500 Meter entfernt, und man fuhr mit der schalen Ahnung weg, daß die etwa 400 Indigenas, die dort als ausgewiesene Zapatistas leben, im Fall einer neuerlichen Militäroffensive wohl kaum Zeit zum Flüchten hätten. Zum Zeitpunkt des Treffens wurden außerdem weiterhin 16 Personen vom mexikanischen Staat gefangengehalten u.a. wegen des Vorwurfs des Waffenbesitzes und der Sabotage und wegen des politischen Verdachtes, mit den Zapatisten zusammenzuarbeiten.

Was bedeutet Neoliberalismus?

Die zweite Funktion des Interkontinentalen Treffens bestand vor allem darin, soziale, politische, ökonomische und kulturelle Aspekte unter der Fragestellung zu diskutieren, was "Leben in neoliberalen Zeiten" bedeutet, wie dagegen Widerstand geleistet und welche Alternativen entwickelt werden können. Die Vielfalt der Diskussionen kann in einem Resümee zwar kaum exakt wiedergegeben werden, doch einige interessante Diskussionspunkte seien hier herausgehoben. Unübersehbar und politisch relevant sind die Differenzen, was denn überhaupt der Neoliberalismus sei. Den einen dient er - ohne einen genauen Begriff davon zu haben - als Inbegriff alles Schlechten, was zu bekämpfen sei. Andere verstehen unter Neoliberalismus (durchaus umkämpfte) Strategien, die sich in verschiedenen Ländern oder Regionen trotz gemeinsamer Merkmale unterschiedlich ausformen. Ein kleinerer Teil versteht darunter weniger ein umkämpftes Gesellschaftsprojekt, sondern eine staatliche Wirtschaftspolitik, die - so schimmert es durch - durch eine andere, "bessere" staatliche Wirtschaftspolitik ersetzt werden kann.

Interessant war auch, daß sich fast alle Beiträge auf ein vereinheitlichtes "Wir" bezogen, wenn es um die Kräfte radikaler gesellschaftlicher Veränderung ging. Widersprüche jenseits des gesellschaftlichen "Oben" (Großkapital, Regierende) und "Unten", wie das in vieler Hinsicht quer dazu liegende patriarchale Geschlechterverhältnis oder die Ambivalenzen des Nationalismus (mit dem Verweis auf die EZLN und Mexiko wurde von vielen auf die Notwendigkeit eines Befreiungsnationalismus hingewiesen) werden damit tendenziell ausgeblendet. Auf Grautöne zwischen "Oben" und "Unten" und die damit verbundenen komplexen Probleme für emanzipatorische Politik wurde kaum eingegangen.

Ein letzter Aspekt: Wohl niemand vertrat auf dem Treffen die These, daß der Kampf um Demokratie bereits im Voraus verloren sei, da es sich bei Demokratie ja schon immer um ein Instrument der Herrschenden gehandelt habe. Ganz im Gegenteil wurde der Kampf um wirklich demokratische Verhältnisse - im Kontrast zu einigen linken Traditionen - als zentrale Strategie gegen die heute herrschenden Verhältnisse ins Zentrum gerückt. Was das genau heißt, darüber müßte noch mehr gestritten werden, als es auf dem Treffen in Chiapas möglich war.

Politische Einschätzung

Eine politische Einschätzung des Treffens kann zu solch einem frühen Zeitpunkt natürlich nicht vollständig sein. Kann mit dem Treffen und durch Verhandlungen die Militarisierung in Chiapas gebremst werden? Kommen die EZLN und die mit ihr verbundenen Kräfte in die politische Offensive? Konnten kleine oder gar große Schritte gemacht werden, um Widerstandsmöglichkeiten abzuschätzen, verschiedene Politikformen auszutauschen? Hierzu einige Bemerkungen.

1. Nicht nur den schwierigen Bedingungen (Fahrtwege, Regenzeit, Sprachprobleme u.a.) war wohl die Tatsache geschuldet, daß von den beiden genannten "Funktionen" die erste das klare Übergewicht hatte. So wichtig die Schaffung internationaler Öffentlichkeit angesichts der zunehmenden Repression in Chiapas ist, so unverständlich war für viele TeilnehmerInnen, weshalb inhaltliche Diskussion und Möglichkeiten zum Austausch zu kurz kamen. Die Auftaktveranstaltung in Oventic war zwar eindrucksvoll und bot breiten Raum zur Selbstdarstellung der EZLN, aber es fiel deswegen ein ganzer Tag für inhaltliche Arbeit und Kennenlernen weg. Insgesamt waren manche TeilnehmerInnen 50 Stunden und an fünf von acht Tagen unterwegs.

Außerdem wurde von einigen KoordinatorInnen der Unter-AGs auf unglaublich blöde Art und Weise das Vorlesen der unzähligen schriftlichen Beiträge auf jeweils fünf Minuten beschränkt (dies wurde von den TeilnehmerInnen akzeptiert). Obgleich die Vorträge vorher eingereicht werden mußten, machte sich niemand die Mühe, sie zu sondieren, Wiederholungen zu kürzen und die Vortragenden zur Konzentration auf des Wesentliche festzulegen. Viel gute, vorab geleistete Arbeit verpuffte daher. Schließlich gab es zu wenig Zeit und Raum, um sich ad hoc zu treffen. Für die These, daß für die Zapatisten die inhaltliche Debatte um Neoliberalismus (und Alternativen dazu) auf internationalem Niveau nicht an erster Stelle steht, spricht die Tatsache, daß aus Sicht der EZLN, der indigenen Gemeinden und der anderen (linken wie rechten) Kräfte, die das System der Staatspartei PRI bekämpfen, in Mexiko viel konkretere Debatten laufen.

Zum einen jene um die Staatsreform, bei der eine schrittweise Demokratisierung des politischen Systems angestrebt wird. Die EZLN nimmt in der Debatte eine wichtige Position ein, da sie im Gegensatz zu den Oppositionsparteien nicht die eigenen Wahlchancen verbessern will, sondern ein viel umfassenderes Demokratiekonzept vertritt. Dennoch läßt sie sich auf die mühevolle Diskussion um den Umbau staatlicher

Institutionen ein. Bester Beweis dafür ist das Anfang Juli von der EZLN in San Cristóbal veranstaltete Forum zur Staatsreform, an dem über 1.000 Leute teilnahmen.

Ein paar Tage vor dem "Interkontinentalen" fand in Oventic das zweite nationale Indigena-Forum statt, bei dem es vor allem um die Verankerung und Sicherung indigener Rechte ging. Auch diese Diskussion ist für die indigenen Gemeinschaften konkreter. Schließlich gehen ab dem 6. August die Verhandlungen zwischen EZLN und mexikanischer Regierung weiter, wobei letztere weiterhin eine Doppelstrategie mit Dialog und Krieg niedriger Intensität fährt.

2. Daß die inhaltlichen Diskussionen sehr unterschiedlich waren, lag aber nicht nur an der fehlenden Zeit und an den anderen genannten Gründen, sondern auch an dem immer noch weit verbreiteten Politikverständnis, erstmal die eigene "Wahrheit" verbreiten zu müssen. So würgte etwa eine vortragende Teilnehmerin die Bitte, mehr Pausen für Übersetzungen zu lassen, mit dem Hinweis ab, dann fehle ihr die Zeit zum Vortragen. Und beim Abschlußplenum wurde die Bitte, die AG-Ergebnisse langsamer auf Spanisch vorzulesen, mit Buhrufen quittiert. Auf dem Berliner Treffen war m.E. die Bereitschaft größer, mit dem Problem notwendiger Übersetzungen umzugehen.

Die Zapatistas, so wird ja immer wieder betont, wollen Räume zum Austausch bieten. Sie wollen Verständigungsprozesse vorantreiben, ohne sie vorzugeben. Dies wird jedoch angesichts der Dialogunfähigkeit vieler Linker in Frage gestellt. Austausch und Toleranz müssen noch gelernt werden. Sie sind Teil eines "neuen Internationalismus".

3. Apropos Toleranz: Daß Subcommandante Marcos höchstpersönlich zwei französische Journalisten von dem Treffen auslud, weil sie sich in "Le Monde" und "Liberation" kritisch mit der EZLN auseinandersetzten, spricht nicht gerade für die Verwirklichung der eigenen hohen verbalen Standards. Was aber auch zu denken gibt, ist die absolut unkritische Haltung vieler TeilnehmerInnen gegenüber der EZLN und vor allem Marcos. Nichts gegen Enthusiasmus, aber teilweise schien das Skandieren von "EZLN" und "Viva Zapata" die fehlende Distanz zur zapatistischen Bewegung auszudrücken. Politisch wird eine solche Position vor allem dann gefährlich, wenn sie permanent auf ein vereinheitlichendes "Wir" rekurriert, das es gar nicht gibt. Zum anderen droht die Überschätzung der eigenen Kräfte. Häufig und vehement wurde die Krise des Neoliberalismus herbeigeredet, was angesichts der kaum nachlassenden Wucht neoliberaler Politik Frustration programmiert.

Daß eine Bewegung wie die zapatistische mit kritischer Solidarität betrachtet werden muß, versteht sich von selbst. Das Treffen war ein großartiges Ereignis, wenn man die Kriterien im Vorfeld nicht zu hoch angesetzt hatte. In den teilweise spannenden Diskussionen wurde deutlich, daß radikale Politik sich - trotz der Globalisierung des Kapitalismus und der Notwendigkeit internationalen Austausches - vor allem auf konkrete regionale und nationale Verhältnisse wie spezifische historische Erfahrungen beziehen muß. So gesehen war das Treffen auch inhaltlich nicht uninteressant. Vor einer politischen Überbewertung ("Der erste Schritt ...") sei gewarnt. Dennoch können einige Impulse für die Debatte und konkrete Praxis einer zeitgemäßen Politik davon ausgehen.

Ulrich Brand

Der Artikel von Ulrich Brand wird in der September/Oktober Ausgabe der "links, sozialistische Zeitung" erscheinen. Wir bedanken uns für die Erlaubnis, ihn vorab veröffentlichen zu dürfen.

10. "Auch in Freiheit sind wir nicht sicher .." Die Situation von gefangenen Frauen in Irakisch-Kurdistan

Autor: Anne Mollenhauer, WADI · Rubrik: Frauen; Irak; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak393/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:393:10

In Irakisch-Kurdistan, dem seit nunmehr fünf Jahren nicht mehr unter der Kontrolle Saddam Husseins stehenden Teil des Nordirak, gibt es in den vier größeren Städten Dehok, Akre, Arbil und Sulemania Frauengefängnisse. Im Rahmen eines Alphabetisierungsprogramms hatten MitarbeiterInnen von Wadi e.V. die Möglichkeit, die in Sulemania inhaftierten Frauen mehrmals zu besuchen und mit ihnen zu sprechen.

Neun Frauen sind zur Zeit im Frauengefängnis von Sulemania inhaftiert, sieben von ihnen sind zu lebenslänglicher Haft (20 Jahren) verurteilt, die anderen warten noch auf ihr Urteil. Die meisten von ihnen stammen aus weit von der Stadt entfernt liegenden Dörfern, nur eine ist des Lesens und Schreibens kundig. (1)

Allen Frauen im Gefängnis wird vorgeworfen, einen männlichen Verwandten - sei es den Ehemann, Schwager oder Schwiegersohn - getötet oder verletzt zu haben, entweder vorsätzlich oder während eines Streits. So erzählt die fünfunddreißigjährige Samira (2): "Mein Mann hat mich geschlagen und mißbraucht. Bei einem Streit, bei dem er mich umbringen wollte, habe ich ihn dann mit der Axt erschlagen." Zeinab (28) dagegen beteuert ihre Unschuld: "Die Familie meines Mannes war schon immer gegen mich, sie hassen mich. Eines Nachts wurde mein Mann tot in unser Haus gebracht, meine Schwiegerfamilie hat die Polizei gerufen und gesagt, ich hätte ihn umgebracht. Aber ich habe es nicht getan." Fatima (58) ist schon seit 13 Jahren inhaftiert: "Ich habe meinen Schwiegersohn umgebracht, er war nicht gut zu meiner Tochter und war ein schlechter Mensch", begründet sie ihre Tat mit schlichten Worten. Eine andere Frau erklärt, daß sie anstelle ihres Sohnes, der einen Mord begangen haben soll, inhaftiert wurde, da sie seine Flucht deckte.

Von männlichen Familien-

angehörigen bedroht

Im Gespräch wird deutlich, daß sich die gefangenen durch die Männer bedroht fühlten oder entweder sie selbst, die Schwester oder Tochter mißhandelt oder sexuell mißbraucht wurden. Die Tatsache, daß sie in ihren Familien keinen Rückhalt fanden, förderte die Eskalation des Konflikts und des Hasses. Viele Frauen leiden unter ähnlichen Problemen in ihren Familien, jedoch werden diese Mißstände vertuscht, und nur wenige greifen als letzte Konsequenz zum Mord.

Die Handlungen der Frauen sind jedoch nicht allein als individuelle Gewalttaten zu werten, sondern hängen eng mit der sozialen Realität der Frauen in den Dörfern zusammen. Ihr Leben kann, wenn sie nicht mit ihrer Schwiegerfamilie zurecht kommen, regelrecht zur Hölle werden, da das bis heute traditionell feudal geprägte Recht den Frauen kaum Möglichkeiten der eigenen Entscheidung läßt.

Der Ehemann und Vater beherrscht als Oberhaupt die Familie. So existiert bis heute das "Gesetz der persönlichen Moral", nach dem es Frauen z.B. verboten ist, ihren Mann zu verlassen. Sie sind Opfer außerjuristischer Willkür und haben vor dem Gericht keinen dem Mann gleichberechtigten Status. Es gibt keinen gesetzlichen Schutz für Frauen z.B. gegenüber den Anschuldigungen eines Ehemannes, der seiner Frau vorwirft, sie hätte sich unmoralisch verhalten, und sie daraufhin verstößt. Morde an Frauen, denen unsittliches Verhalten nachgesagt wird, bleiben ungeahndet.

Die Unstimmigkeiten zwischen den Aussagen der Frauen, der Anklage und den Zeugenaussagen zeigen, wie schwierig es ist, die tatsächlichen Vorgänge zu rekonstruieren. Gerade in einer kleinen Dorfgemeinschaft spielen Familienzwistigkeiten oder die soziale Stellung der in den Konflikt involvierten Familien für dessen Darstellung eine besondere Rolle; sie können auch dazu führen, daß eine Tat kollektiv in einer bestimmten Richtung gedeutet wird, ob es nun "objektiv" den Tatsachen entspricht oder nicht.

Wie stark der Einfluß einer angesehenen Familie auf die Rechtsprechung sein kann, zeigt der Fall von Amira, die gemeinsam mit ihrem Bruder ihren Ehemann ermordet hat und in erster und zweiter Instanz zu

lebenslänglicher Haft verurteilt wurde. Sie bereut ihre Tat nicht. Aufgrund des gesellschaftlichen Drucks, den die Schwiegerfamilie ausübte, wurde das Urteil in dritter Instanz in ein Todesurteil umgewandelt.

Todesurteile

Auch wenn es in der öffentlichen Rechtsprechung nicht häufig vorkommt, ist die Todesstrafe in Irakisch-Kurdistan, das bis heute die irakische Gesetzgebung nutzt, nicht abgeschafft worden. Ein Abkommen mit dem ICRC (International Commitee of Red Crosses), das die Einhaltung der Genfer Konvention fordert, beinhaltet zwar die Ächtung der Todesstrafe, wird jedoch nicht konsequent eingehalten, wie das Urteil zeigt.

Nur ein als sofortige Reaktion von den kurdischen Frauenorganisation und einigen internationalen NGOs verfaßtes Memorandum an den Premierminister Kosrat Rasul konnte zu einer Revision des Urteils führen. Jedes Urteil muß zuletzt vom Premierminister unterzeichnet werden, und aufgrund seiner positiven Reaktion auf die Petition wurde schließlich das Urteil in lebenslängliche Haft revidiert.

Die gemeinsame Aktion von internationalen NGOs und Frauenorganisationen zeigt, daß die lokalen Organisationen durch den Rückhalt der internationalen ihren politischen Forderungen stärkeres Gewicht verleihen können. Solche Bündnisse zielen nicht nur auf eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage, sondern bilden eine Kraft auch hinsichtlich gesellschaftlicher Veränderungen. So betonte der Premierminister außerdem, daß eine gänzliche Abschaffung der Todesstrafe unter Parlamentariern diskutiert würde - eine Forderung, die schon von einigen Frauenorganisationen des öfteren gestellt wurde. Doch seit der Spaltung des Landes in das von der Demokratischen Partei Kurdistans (KDP) beherrschte Badinan-Gebiet und die von der Patriotischen Union Kurdistans (PUK) dominierte Soran-Region tritt das Parlament nicht mehr vollständig zusammen, und es wird wohl vorerst bei Worten bleiben, auf die keine Taten folgen.

Alltag im Gefängnis

Für viele der Frauen ist der gemeinsame Alltag im Gefängnis zur Normalität geworden. Das Gefängnis besteht aus einem kleinen Hof, an den ein Raum - die Gefängniszelle - sowie Toiletten und ein Waschraum angrenzen. Tagsüber ist den Frauen die Benutzung des Hofes erlaubt, über den sie auch die Toiletten erreichen, nachts wird die Tür der Zelle jedoch verriegelt.

Über ihren Alltag im Gefängnis sprechen die Frauen ohne Scheu: Der Raum sei klein und feucht und ihre Matratzen und Decken zu dünn, so daß sie häufig krank würden. Außerdem sei das Essen nie ausreichend und zudem schlecht, doch davon wolle die Gefängnisleitung nichts wissen. "Ich habe es im Fernsehen gesagt, daß wir nicht genug zu essen bekommen", berichtet Zeinab, "am nächsten Tag haben die Wärter mit mir geschimpft, ich solle so etwas nicht verbreiten, denn sie würden uns doch eigentlich nicht schlecht behandeln. Ja, habe ich gesagt, mißhandeln tut ihr uns nicht, aber trotzdem ist das Essen nicht gut." Außerdem erhalten sie außer den spärlichen Mahlzeiten keinerlei weitere Unterstützung. So müssen sie zum Beispiel den tägliche Bedarf an Tee selbst decken, obwohl ihr einziger Beistand, wenn überhaupt, von den Familienangehörigen kommen kann, die sich jedoch häufig weigern, die Frauen im Gefängnis zu besuchen.

Ein weiteres Problem ist die ärztliche Versorgung. Noch nie hat eine Ärztin die Frauen im Gefängnis besucht, der behandelnde Arzt ist immer ein Mann, und dem erzählt keine offen ihre Beschwerden. Erst aufgrund des Drucks einer internationalen Hilfsorganisation sorgte das städtische Krankenhaus für den regelmäßigen Besuch einer Frauenärztin. Doch der Zusammenhalt unter den Frauen ist groß, sie unterstützen sich gegenseitig mit ihren Fähigkeiten, und wenn eine von ihnen krank ist, helfen die anderen ihr und waschen zum Beispiel ihre Sachen.

Die Probleme der Frauen im Gefängnis sind nicht ihre einzigen Sorgen. Sie sind sich bewußt, daß sie nach einer eventuellen Freilassung nicht unbedingt vor Racheakten sicher sind. Doch stärker beherrscht die Zukunft ihrer Kinder ihr Denken. "Daß wir verurteilt sind, ist nicht unser größtes Problem," sagen die Frauen, "wir haben einen Menschen getötet und werden dafür bestraft. Doch auch unsere Kinder müssen für unsere Schuld büßen, denn sie werden ebenso wie wir von unseren Verwandten nicht selbstverständlich aufgenommen."

Häufig erklärt sich ein naher Verwandter erst bereit, die mutterlosen Kinder zu versorgen, wenn er als Gegenleistung finanzielle Unterstützung erhält. Doch die Frauen haben im Gefängnis keine Möglichkeit, etwas dazuzuverdienen. So sind ihre Kinder gezwungen, auf dem Markt Plastiktüten oder Zigaretten zu verkaufen, um für ihren Unterhalt selbst zu sorgen. Aus diesem Grund ist es für alle Frauen wichtig, etwas zu lernen oder

produzieren zu können. "Wir haben hier viel Zeit. Wenn wir lesen und schreiben können, wird es uns die Augen und den Verstand öffnen, und wenn wir etwas Geld verdienen würden, könnten wir sicher sein, daß unsere Kinder nicht für unsere Taten büßen müssen."

Das Gefängnis - ein Zufluchtsort für Frauen

Seit neuestem werden immer öfter auch Frauen, die aufgrund familiärer Konflikte ihre Familie verlassen haben und die Nacht auf der Straße verbringen, von der Polizei ins Gefängnis gebracht. Sie werden dort in der Regel für einige Tage festgehalten, bis sich eine "Lösung" gefunden hat, was entweder die Rückkehr der Frau in ihre Familie oder in die eines nahen Verwandten bedeutet. Neben dem traditionellen Rückzugsort der Frauen in die Familiensphäre konnte sich in der kurdischen Gesellschaft bisher keine Institution bilden, die sich speziell für die Belange und Rechte der Frauen einsetzt. Bis jetzt weigert sich jede andere Institution, die Frauen aufzunehmen. Gerade in den letzten Jahren ist ein zunehmender "Rollback" in der kurdischen Gesellschaft in sozialen Fragen zu beobachten, der es Frauen immer schwerer macht, sich entgegen den gängigen gesellschaftlichen Lebensmustern zu entwickeln. Ob sich in naher Zukunft eine andere Zufluchtsmöglichkeit für diese Frauen ergeben wird als die Flucht ins Gefängnis, ist mehr als unsicher.

Anne Mollenhauer/Wadi e.V.

Anmerkungen:

1) Kurz nach diesem Besuch wurden sieben Frauen in das Frauengefängnis Arbil verlegt.

2) Alle Namen wurden von der Autorin geändert.

Wadi e.V. unterstützt Projekte in den Frauengefängnissen von Irakisch-Kurdistan.

Spenden bitte unter dem Stichwort "Frauengefängnis" auf das Konto 612305602, Postbank Frankfurt, BLZ 50010060.

11. "Die großen Fische fressen die kleinen". Vereinnahmung des autonomen Frauenhauses Kassel durch die AWO

Autor: at. · Rubrik: Sozialpolitik; Frauen · CD-Datei: daten/aksuche/ak393/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:393:38

In den letzten zwei Jahren wurden etliche autonome Frauenhäuser zur Schließung gezwungen. Alle diese Frauenhäuser wurden von einem der großen Wohlfahrtsverbände geschluckt. Dem seit über zwanzig Jahren autonom arbeitenden Frauenhaus Kassel droht nun das gleiche Schicksal. Dem Frauenhausverein soll zur Jahresfrist die Trägerschaft des Frauenhauses entzogen und der AWO (Arbeiterwohlfahrt) übertragen werden.

Begonnen hat die letzte Runde des zähen Kampfes um das Frauenhaus vor zwei Jahren. 1994 hatte der Kasseler Oberbürgermeister und Frauendezernent Lewandowski (CDU) verkündet, daß die völlig unrealistische Summe in Höhe von 500.000 DM beim Frauenhaus eingespart werden soll. Damals hieß es: man wolle sich deshalb um einen anderen Träger bemühen. Dies erfuhren die Mitarbeiterinnen des autonomen Frauenhauses aus der örtlichen Presse. Begleitet wurde dies durch eine Verleumdungskampagne. OB Lewandowski unterstellte den Frauen öffentlichkeitswirksam falsche Abrechnungen. Mit den Folgen dieser Behauptung, die der OB in einer Stadtverordnetenversammlung kleinlaut wieder zurücknehmen mußte, hat das autonome Frauenhaus bis heute zu kämpfen.

Gleichzeitig wurde 1994 der 18 Jahre gültige Leihvertrag für das Haus gekündigt. Als Sparmaßnahme sah die Stadt Kassel einen Mietvertrag vor. Die Finanzierung der Plätze im Haus sollte künftig durch das Bundessozialhilfegesetz geregelt werden. Das heißt, daß für Sozialhilfeempfängerinnen die Miete über das Sozialamt bezahlt werden sollte und Frauen mit eigenem Einkommen die Miete selbst zahlen sollten.

Die Frauenhaus-Frauen lehnten dieses Konzept der Individualfinanzierung ab. Die Frauen müßten sich dann auch noch mit dem Sozialamt abmühen oder sogar selbst dafür zahlen, daß sie dem prügelnden Ehemann oder Freund entflohen sind und vor diesem Schutz im Frauenhaus suchen. Während die Täter, die Männer, weiter in der gemeinsamen Wohnung sitzen und weder Unannehmlichkeiten noch Kosten fürchten müssen, so lautet die Begründung.

Darüber hinaus ist die Annahme falsch durch diese Konzept Gelder sparen zu können. Es handelt sich nur um eine Verschiebung in den Finanztöpfen, da eben ein Großteil der Frauenaufenthalte über das Sozialamt bezahlt werden müßte. Die meisten Frauen würden zu Sozialhilfeempfängerinnen werden, da die Miete pro Bedarfsgemeinschaft (Frau mit ihren Kindern) auf 800 DM beziffert wird.

Entscheidender Ablehnungsgrund waren die Folgen für die Bewohnerinnen. Für sie würde die Sozialhilfefinanzierung bedeuten:

- Aufgabe ihrer Anonymität (Sozialhilfebezug ist nur mit Angabe aller Daten möglich)

- Ende der unbürokratischen Aufnahme im Frauenhaus (zuerst müßte mit jeder Frau geklärt werden, wer die Kosten für ihren Platz übernimmt)

- für Migrantinnen ohne gesicherten Aufenhaltsstatus wäre die Hürde ins Frauenhaus zu kommen nahezu unüberwindbar, da Sozialhilfebezug für sie zum Ausweisungsgrund werden könnte.

Zugeständnisse um Trägerschaft zu retten

Nach zahlreichen Verhandlungsgesprächen über eineinhalb Jahre hinweg, in denen versucht wurde der Stadt diese Argumente deutlich zu machen, legte die Stadt Kassel im August 1995 einen nahezu unveränderten Vertragsentwurf vor. Diesen lehnten die Frauen des Frauenhausvereins ab, wollten aber weiterverhandeln. Der OB erklärte daraufhin die Verhandlungen für gescheitert, und die Stadt Kassel schrieb kurz darauf die Trägerschaft des Frauenhauses offiziell neu aus.

Nach langer kontroverser Diskussion, die auch etliche Austritte von Frauen aus der Frauenhaus-Projektgruppe zur Folge hatte, stimmten die Frauen schließlich doch einer Individualfinanzierung zu, mit dem Wunsch einige Punkte noch verhandeln zu wollen. Als sich die Frauen nach diesen weitreichenden Zugeständnissen mit

einem den städtischen Forderungen entgegenkommenden Vertragsentwurf um die Trägerschaft bewarben, glaubten sie gute Chancen zu haben.

Daß die Frauen diese Kröten geschluckt hatten, nützte aber nichts. Ihre Bewerbung wurde nun nicht mehr in Erwägung gezogen. Rathausintern war das Schreiben von der Frauenbeauftragten Sabine Chelmis (SPD) mit dem Vermerk "nicht ernstzunehmen" versehen worden. (Frankfurter Rundschau, 8.7.96) Der OB Lewandowski teilte auf Anfrage mit, er sehe keine Veranlassung mit den Frauen des Frauenhausvereins zu verhandeln. Hintergrund dieses Verhaltens: der OB hatte, nachdem die Zugeständnisse des Frauenhausvereins auf dem Tisch lagen, nach einem anderen Träger Ausschau gehalten und die SPD-nahe AWO angesprochen, ob sie nicht das Frauenhaus übernehmen wolle.

Auch erneut erarbeitet Verträge, die mit Vertreterinnen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgestimmt waren, beantwortete der OB mit der Aussage, er verhandele nicht mehr mit dem Frauenhausverein. Überraschend für die Frauen war allerdings zu erfahren, daß die Stadt zeitgleich mit der AWO Gespräche führte. Die AWO, die auch in Kassel zum Teil personalidentisch mit der SPD ist, hatte den Frauenhaus-Frauen gegenüber zuvor signalisiert, sich zurück halten zu wollen und sich mit dem bisherigen Träger solidarisch zu verhalten. Auch die durch SPD-Frauen mündlich dem Frauenhaus gegenüber gegebene Zusage, nach dem Abschluß der Verhandlungen mit der AWO eine weitere Verhandlungsrunde mit dem autonomen Frauenhaus sicherszustellen, erwies sich als Hinhaltetaktik.

Entscheidung getroffen

Mitte Juni 1996 war es dann soweit, die Vertragsentwürfe zwischen Stadt und AWO lagen vor und sollten in aller Schnelle durch die Ausschüsse gehen.

Am 8.7.1996 hat die Stadtverordnetenversammlung gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen mit CDU/FDP/ Rep.-Mehrheit und der Rückendeckung der SPD beschlossen, daß das Frauenhaus 1997 in die Trägerschaft des AWO-Kreisverbandes Kassel übergeht.

Mit der AWO wurden Vereinbarungen getroffen, die weit über die Angebote hinausgingen, die die Stadt dem bisherigen Frauenhaus-Trägerverein gemacht hatte (zum Beispiel interne Verrechnung). Die mit der AWO vereinbarten Verträge kosten der Stadt jährlich ca. 100.000 DM mehr als der bislang gültige Leihvertrag des autonomen Frauenhauses. Zur Erinnerung: der Ausgangspunkt der Diskussion um eine neue Trägerschaft des Frauenhauses waren die scheinbar notwendige Einsparungen, die nun am Abschluß der Verhandlungen kein Thema mehr waren. Die Behauptung von Lewandowski, daß dem Trägerverein des autonomen Frauenhauses Vertragsentwürfe in gleicher Form vorgelegt wurden, ist schlicht unwahr. Spätestens jetzt ist klar, es geht nicht um Sparpolitik oder inhaltliche Veränderungen - zu diesen war der Trägerverein zu guter Letzt bereit - sondern um die machtpolitische Entscheidungen den immer schon unliebsamen, autonom arbeitenden Träger des Frauenhauses auszubooten. Damit ist das von OB Lewandowski beim Amtsantritt erklärte Ziel, "Ordnung ins Frauenhaus zubringen", wohl erreicht.

Kein Einzelfall

Dieser Ablauf, der zur Übernahme des autonomen Frauenhauses Kassel durch einen der großen Wohlfahrtsverbände führte, ist kein Einzelfall. "Die großen Fische fressen die kleinen", so Anne Janz, frauenpolitische Sprecherin der Kasseler-Grünen zur Situation der Frauenhäuser. (FR, 8.7.96)

Mit dem Kasseler Frauenhaus wird das sechste autonome Frauenhaus seit Beginn des letzten Jahres von einem der großen Wohlfahrtsverbände geschluckt. Ende Mai 1996 schloß das 18 Jahre lang arbeitende Frauenhaus Mainz, weil eine Einigung mit den städtischen Vertretern nicht mehr zu erzielen war. Auch hier ging es um eine Individualabbrechnung, um die Umlage der Frauenhauskosten auf die schutzsuchenden Frauen. Im Jahr 1995 mußten die autonomen Frauenhäuser Peissenberg in Bayern, Koblenz und das Frauenhaus Schorndorf (Rems-Murr-Kreis) aus dem selben Grund geschlossen werden. Alle Frauenhäuser wurden von den Wohlfahrtsverbänden geschluckt. Zum 1.8.1996 stand der Trägerwechsel des Frauenhaues in Homberg (Schwalm-Eder-Kreis) an. Die hessische Frauenministerin Magarete Nimsch (Bündnis 90/Die Grünen): "die Landesförderung für den bisherigen Träger ‚Frauen helfen Frauen` wird mit Ablauf des Monats Juli eingestellt". (Hessische Allgemeine Zeitung, 6.7.96) Auch hier übernimmt die AWO (Kreisverband Schwalm-Eder) die Trägerschaft.

Ähnliche Vorwürfe und Verhandlungen - wie zuletzt um das Frauenhaus Kassel - führten zur unfreiwilligen Auflösung von autonomen Frauenhäusern. Dem Frauenhaus Emden wurden z.B. ebenfalls die bestehenden Verträge von der Stadt gekündigt. Anstelle einer Mietpauschale sollten die in der Zufluchtswohnung lebenden Frauen einen Mietsatz bezahlen. Nach einer Diffamierungskampagne, in der die ASF (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen) den Trägern der Frauenwohnung vorwarf, zuviel Wert auf Übereinstimmung in frauenrechtlichen Fragen zu legen und weiter behauptete, in Gesprächen mit geschlagenen und mißhandelten Frauen festgestellt zu haben, daß viele von ihnen lieber "in den Fängen ihrer Vergangenheit" blieben als in die Frauenwohnung zu gehen (Emder Zeitung, 28.2.86), übernahm die AWO die Frauenwohnung.

1995 übernahm, um ein anderes Beispiel anzuführen, der Landkreis die Trägerschaft des Frauenhauses Landkreis Oldenburg. Das autonome Frauenhaus existierte nur knapp drei Jahre unter der Trägerschaft "Frauen für Frauen". Zu der Übernahme kam es, weil die Trägerschaft "Frauen für Frauen" mit den von Gleichstellungs- und Frauenausschuß des Landkreises beschlossenen Vertragsbedingungen nicht einverstanden sein konnte. Die Vertragsbedingungen lauteten u.a.: Zustimmung zu einem Tagessatz und damit zur Individualabrechnung jeder schutzsuchender Frau und zur Schließung des Frauenhauses für zufluchtsuchende Frauen aus entfernten Kommunen, die keine Kostenübernahme vorweisen können.

Das übliche Muster, um die autonom arbeitende Vereine auszuschalten, beinhaltet zumeist mehrere der folgenden, im Laufe der letzten Jahre öffentlich angeführten Begründungen: Die Frauen sind nicht kompetent, sie sind zu unprofessionell, der Verein würde nicht mit offenen Büchern arbeiten, es käme zu falschen Abrechnungen, der Verein würde die Zusammenarbeit mit anderen Trägern verweigern, Überbelegung der Häuser, Männerfeindlichkeit oder Ehefeindlichkeit, mangelnde "Transparenz", was gleichzusetzen ist mit zu wenig Kontrollmöglichkeiten der inhaltlichen Arbeit durch die Kommunen.

Verbände setzen sich

ins gemachte Nest

Die autonomen Frauenhäuser, vor 15 Jahren noch die einzigen, stellen heute weniger als ein Drittel der insgesamt ca. 400 Frauenhäuser. Die freien Wohlfahrtsverbänden, z.B. AWO, SKF (Sozialdienst Katholischer Frauen), Diakonie, Caritas, Deutsches Rotes Kreuz, haben nach Durchsetzung einer Finanzierung durch Kommunen oder Länder, die die autonomen Frauenhausbewegung in fast 20jährigem Kampf erstreiten konnten, eine beachtliche Anzahl von Frauenhäusern eröffnet bzw. zuvor autonome Frauenhäuser geschluckt.

Die etablierten Wohlfahrtsverbände sind nur zu oft bereit alle diktierten Bedingungen und inhaltlichen Eingriffe der Geldgeber, gegen die sich die autonomen Träger jahrelang wehrten, zu akzeptieren. Der Druck auf die autonomen Frauenhäuser wurde mit Hinweis auf die allgemeine Sparpolitik in den letzten Jahren enorm erhöht. Mit besonderen Auflagen und Finanzierungsvorgaben wurde immer wieder versucht die Arbeit in autonomen Frauenhäusern staatlich kontrollierbar und lenkbar zu mache. Die Wohlfahrtsverbände fallen den autonomen, feministischen Projekten in den Rücken. Die großen Wohlfahrtsverbände unternehmen den Versuch, sich in diesem Bereich, auf Kosten der zuvor bestehenden Projekte, zu etablieren und sich durch Ausweitung ihrer Aufgabenbereiche Pfründe zu sichern. Sie begeben sich dadurch in direkte Konkurrenz zu den autonomen Trägern.

Autonomes oder AWO-Frauenhaus

Die Frauenhäuser der Zukunft sollen nun unter dem Dach der männerdominierten Wohlfahrtsverbände ein den Männerstrukturen und -interessen angepaßtes sozialstaatliches Angebot sein.

Viele Frauenhäuser der Wohlfahrtsverbände sind so organisiert und strukturiert, daß sie mit autonomen Frauenhäusern nichts gemein haben. Beispielsweise gibt es Frauenhäuser mit einer Leiterin, mit Heimstrukturen, mit Männerbesuchen in den Häusern, mit männlichen Mitarbeitern und auch Frauenhäuser, die mit den Tätern arbeiten. Die Tatsache, daß Gewalt gegen Frauen (auch) ein strukturelles gesellschaftliches Problem ist, wird dabei unter den Tisch gekehrt. "Der Täter wird therapiert und damit die häusliche Gewalt individualisiert", so eine Mitarbeiterin des Frauenhauses Kassel.

Demgegenüber sind autonome Frauenhäuser männerfreie Räume. Hier leben Frauen, die mißbraucht wurden oder von Gewalt bedroht sind, mit ihren Kindern. Die Häuser sind basisdemokratisch und haben es sich bis heute bewahrt, keine Leiterin zu küren.

Im autonomen Frauenhaus sollen die Frauen nicht bevormundet und verwaltet werden. Die Zuflucht suchenden Frauen sollen dort unbürokratische Aufnahme und Frauensolidarität erfahren, womöglich neue materielle und emotionale Lebensperspektiven entwickeln, ihr Gewalterlebnis im Austausch mit anderen Frauen als ein Stück gesellschaftlicher Struktur verarbeiten können und dadurch Kraft und Willen erhalten, eigene Wege zu gehen, so ist es einer Selbstdarstellung autonomer Frauenhäuser zu entnehmen. Die Bewohnerinnen werden nicht als unmündig und bedürftig angesehen, sondern als selbständig handelnde und entscheidende Menschen mit eigenen Interessen und Bedürfnissen. Eine Aufenthaltsbeschränkung gibt es in autonomen Frauenhäusern nicht.

Angesichts der bevorstehenden Verschlechterungen für die Bewohnerinnen des Hauses, wird sich das Frauenhaus Kassel nicht stillschweigend der Situation ergeben - auch nicht zu einem Zeitpunkt, an dem OB Lewandowski, plötzlich wieder gesprächsbereit, eine erste Anfrage bezüglich der Übernahme stellte.

at.

Anmerkung:

Der Artikel entstand in Bezugnahme auf zahlreiche Presseerklärungen und öffentliche Briefe des Trägervereins des Frauenhauses Kassel.

Geschichte des Vereins Frauenhaus Kassel e.V.

1976 gründeten Frauen aus der Frauenbewegung, ebenso wie zuvor in anderen Städten, einen Frauenhaus-Verein (Frauenhaus Kassel e.V.), um das Thema Gewalt gegen Frauen öffentlich zu machen. Zu Beginn wurden die von Männergewalt betroffenen Frauen noch in Privatwohnungen der Vereinsfrauen aufgenommen. Nach drei Jahren des ergebnislosen Verhandels um Kostenübernahme für das dringend benötigte Frauenhaus - über 80 Frauen fanden in der Zwischenzeit private Aufnahme - besetzten im März 1979 Frauen das jetzige Gebäude des Frauenhauses. Es dauerte drei Monate bis die Stadt Kassel einen Leihvertrag vorlegte und zusicherte, alle Betriebs- und Nebenkosten zu bezahlen.

Nach neun Jahren nahezu unbezahlter Arbeit - sieht man von einem geringen Zuschuß zum Kinderbereich ab, den die Stadt Kassel schon früher zur Verfügung stellte - wurden 1985 endlich die ersten Personalkosten vom Land Hessen übernommen.

Die Auseinandersetzung um eine kostendeckende und nicht zu Lasten der Bewohnerinnen gehende Finanzierung bei Anerkennung des Autonomiestatus haben beim Frauenhaus Kassel, ebenso wie bei allen anderen autonomen Frauenhäusern, eine genauso lange Geschichte wie die Frauenhäuser selbst. Bis heute wird ein Teil der Arbeit unbezahlt geleistet.

12. Chaostage als Sommerlochphänomen

Autor: Peter Nowak · Rubrik: Autonome; Aktionen / Veranstaltungen; Demonstrationsauseinandersetzungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak393/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:393:36

Auf dem Höhepunkt der Punk-Bewegung Anfang der 80er Jahre trafen sich tausende Punks in verschiedenen Städten zum Musikhören, Saufen und Spaßhaben. Die Chaostage waren geboren. Höhepunkt dieser speziellen Freizeitbeschäftigung waren die Chaostage 1983 in Hannover. Danach waren die Chaostage für Jahre kein Thema mehr. Der Punk war integriert in den Kulturpluralismus und hatte als Reizthema an Brisanz verloren. Lediglich einige Altpunks hielten als AktivistInnen der anarchistischen Pogopartei (APP) die Fahne des Punks hoch. Erst in den letzten Jahren kündigte sich ein Punk- bzw. Chaostagerevival an, das seinen Höhepunkt am ersten Augustwochenende letzten Jahres hatte. Die Wahl der Leinestadt, Wohnsitz der APP-AktivistInnen, war wohl eine Reminiszenz an die 80er Jahre.

Stand auch in den 80er Jahren Politik bei den Chaostagen nicht an erster Stelle, war der Einfluß der Autonomen damals doch deutlich. Es gab einen unausgesprochenen Grundkonsens gegen Faschos und Staat. Die persönlichen und kulturellen Verquickungen zwischen Punks und der damals in einigen Städten aktiven autonomen Bewegung war unverkennbar. Mittlerweile gibt es manchenorts in einigen Städten zwischen den Resten der autonomen Bewegung und sich selbst als Punks verstehenden Jugendlichen teilweise sogar handgreifliche Konflikte.

So wurde in Saarbrücken von Punks ein antifaschistischer Infoladen bei einem Einbruch verwüstet. Der Konflikt hatte sich am Streit um die Nutzung der Räume entzündet, nachdem die Stadt Saarbrücken ein von den Punks besetztes Haus geräumt und dessen BewohnerInnen Räume im autonomen Zentrum zugewiesen hatte. Ähnlich war es in Hannover. Nach den Chaostagen im letzten Jahr räumte die Polizei zwei von Punks bewohnte Häuser, die daraufhin in der seit langem besetzten ehemaligen Sprengel-Fabrik Unterschlupf fanden. Die Auseinandersetzungen zwischen den Alt-BesetzerInnen und den Neuzugängen eskalierten im letzten Frühjahr. Als einige Punks nach Angriffen auf eine Schwulenkneipe vom Gelände verwiesen werden sollten, holten sie auswärtige Unterstützung und verwüsteten einige Wohnungen auf dem Sprengelgelände. Es kam zu Auseinandersetzungen mit Verletzten auf beiden Seiten.

Schon im letzten Jahr waren die Chaostage im wesentlichen Polizeifestspiele. Ob-wohl es außer der Plünderung eines Supermarktes in der Nordstadt keine größeren Aktionen der Punks gab, wurden dennoch Hunderte von Jugendlichen festgenommen. Das niedersächsische Polizeigesetz wurde unter Hinweis auf die Chaostage am 9.5.96 verschärft. Nach der neuen Gesetzeslage können Personen mehrere Tage in Gewahrsam genommen werden, ohne daß ihnen ein konkreter Verstoß gegen Gesetze vorgeworfen werden muß.

Davon wurde in diesem Jahr reichlich Gebrauch gemacht. Durch eine vom Hannoveraner Polizeipräsidenten Klosa unterzeichnete Allgemeinverfügung wurden vom 26.7.-5.8. in Hannover und im Landkreis alle Veranstaltungen, die auch nur entfernt etwas mit den Chaostagen zu tun haben könnten, verboten. Begründung: Durch die Chaostage "sollten weitverbreitete bürgerliche Ordnungsvorstellungen vom gemeinsamen Zusammenleben angriffen werden", "natürliche Pietät und Schamvorstellungen" würden bewußt verletzt. Zur Durchsetzung des Verbots wurden über 6.000 PolizistInnen aus dem ganzen Bundesgebiet in Hannover stationiert. Als kurzfristig gemeldet wurde, die Punks würden die Chaostage nach Bremen verlagern, wurde ein Teil der Polizeiarmada dorthin dirigiert.

Nur auf Grund ihres Aussehens wurden über 1.500 Menschen aus den Städten Hannover und Bremen von bestimmten Plätzen und Zonen verwiesen. BewohnerInnen dieser Städte standen wegen punkähnlichem Aussehen tagelang unter Hausarrest. Die Ereignisse in Bremen können nicht als Ersatzchaostage bezeichnet werden. Zwar versammelten sich in der Nacht vom 4. zum 5.8 ca. 250 Personen an der Kreuzung Steintor (ein traditioneller Ort für Auseinandersetzungen mit der Polizei). Dabei flogen auch einige Bierflaschen. Die Polizei ging massiv gegen die Menge vor; ein Betrunkener wurde von einem Polizeifahrzeug angefahren. Auch in Bremen wurden Menschen wegen ihrer Kleidung und Haarfarbe festgenommen.

Es ist davon auszugehen, daß auch im nächsten Jahr das Sommerlochthema Chaostage neu aufgelegt wird. Für Linke sollte sich eine kritiklose Solidarität mit den Chaostagen verbieten, wie die geschilderten

Auseinandersetzungen in verschiedenen Städten zeigen. In einer Stellungnahme in der Autonomenzeitung Interim heißt es richtig: "Die Spaltung besteht nicht zwischen Punks und Nichtpunks, sondern zwischen Sexisten, Faschisten, Rassisten - ob mit Glatze, Krawatte oder Nadel im Ohr - und den Menschen, die sich bemühen eine emanzipatorische Gesellschaft aufzubauen." Solidarität zu üben gilt es mit jenen, die aufgrund ihres Aussehens staatlicher Repression ausgesetzt sind. In Hannover wurden von BeobachterInnengruppen des Komitees für Grundrechte und Demokratie die zahlreichen Gesetzesverstöße dokumentiert.

Peter Nowak

13. Berlin wird "hauptstadtrein". Wagenburg an der East Side Gallery geräumt

Autor: mb., Berlin · Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak393/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:393:26

Der Gegenwind in Berlin wird für gesellschaftliche Minderheiten und sozial Marginalisierte immer stärker. Der Berliner Senat forciert in letzter Zeit seine Anstrengungen, die Innenstadtbezirke von "Schandflecken", "kriminellen Ansammlungen" und "rechtsfreien Räumen" zu säubern. So wurden innerhalb von drei Wochen die Wagenburg an der East Side Gallery und das letzte besetzte Haus in Westberlin geräumt.

"Berlin ist Schaufenster und Repräsentant unseres Staates." So jedenfalls die Meinung des Berliner Innensenators Jörg Schönbohm (CDU), der im vergangenen Jahr vom Verteidigungsministerium am Rhein an die Spree wechselte. Die Räumung der Wagenburg an der East Side Gallery feierte er ganz in diesem Sinne als "weitere(n) Schritt auf dem Weg zur Normalität und zur Stärkung der Hauptstadtfähigkeit Berlins". (Berliner Zeitung, 18.7.96)

Seit Frühjahr 1990 lebten bis zu 200 Menschen auf dem Gelände hinter der East Side Gallery in der Nähe des Berliner Hauptbahnhofs. Anfangs eine Wagenburg wie andere auch, entwickelte sich das Areal mehr und mehr zum "Slum". Bewohnt von denjenigen, die von der Gesellschaft ausgeschlossen oder von dem immer löchriger werdenden Sozialstaat nicht mehr aufgefangen wurden: Junkies, Obdachlosen, Gescheiterten. Auf dem Areal entwickelte sich eine Art "informeller" oder "paralleler" Wirtschaft, in der sich die BewohnerInnen auf irgendeine Weise durch kleine Jobs, Tauschgeschäfte oder auch Bettelei und Diebstahl über Wasser hielten: an alten Autos wurde rumgeschraubt, mit Schrott gehandelt, Drogen verdealt. Der Ort verkam zur Müllhalde, das Klima, auch unter den BewohnerInnen selbst, wurde gewalttätiger - bot aber gleichzeitig auch einen Raum der gegenseitigen Hilfe und des Schutzes.

Nachdem im April ein 19jähriger Mann in der Nähe ermordet aufgefunden und kurz darauf ein Tourist schwer verletzt wurde, nahm der staatliche und öffentliche Druck auf die BewohnerInnen immer mehr zu. Mit dem Amtsantritt des Ex-Generals Schönbohm steigerte sich die polizeiliche Repression merklich. Alleine im Juni erfolgten vier Razzien. Gefunden wurden meist Drogen.

Ein angeblicher akuter Tuberkuloseverdacht diente dann als Begründung für die zu diesem Zeitpunkt überraschende Räumung. Daß es sich dabei lediglich um einen Vorwand handelte, läßt die Äußerung einer Streetworkerin vermuten, die den Platz seit zwei Jahren betreut: "Es hat vor einiger Zeit zwei TBC-Fälle gegeben. Die Leute befinden sich aber längst in Behandlung." (taz, 18.7.96) Indirekt bestätigte Schönbohm selbst diese Vermutung: "Auch wenn es kein TBC gegeben hätte, wäre geräumt worden." (taz Berlin, 18.7.96) Es war wohl nur der willkommene Anlaß, längst geplantes umzusetzen. So berichtete die FAZ schon im Juni, daß "nach dem Willen des Senats" die Räumung noch in "diesem Sommer" erfolgen könnte. (FAZ, 20.6.96)

An den Rand gedrängt

Den BewohnerInnen der geräumten Wagenburg wurde "generös" eine Ersatzstellfläche in West-Staaken am westlichen Stadtrand von Berlin zugewiesen. Monatelang hatte der Senat schon im ganzen Stadtgebiet, aber auch in Brandenburg, nach einem möglichen Ersatzplatz gesucht, war aber immer am Widerstand der Bezirke oder der Bevölkerung gescheitert. Der Platz in Staaken wurde so erst wenige Stunden vor der Aktion aus dem Hut gezaubert, Vorbereitungen zur Aufnahme der WagenburglerInnen fanden bis dahin nicht statt.

Bis heute ist unklar, ob dort überhaupt jemals Leute untergebracht werden können. Eine Industriefirma in unmittelbarer Nähe des Geländes, über deren Areal der Zugang erfolgen müßte, hat zwischenzeitlich eine einstweilige Verfügung erwirkt, die das Überfahren des Firmengeländes untersagt. (Berliner Zeitung, 3.8.96) Auch regt sich Widerstand aus den benachbarten Reihenhaus-Siedlungen. "Aufgebrachte" BürgerInnen organisierten sofort nach Bekanntwerden der Senatsentscheidung eine spontane Demonstration gegen diese "unzumutbare Entscheidung". Der Protest steigerte sich soweit, daß einige RollheimerInnen, die auf das Gelände ziehen wollten, und Senatsbeauftragte, die dort anwesend waren, von der Polizei vor dem Mob geschützt werden mußten. Zu guter Letzt wich mensch der Gewalt(-androhung) und wurde unter Polizeischutz zu einer Wagenburg in Pankow eskortiert.

Die Haltung des Berliner Senats zu dem Stellplatz in Staaken ist ambivalent. Einerseits ist ihm daran gelegen, daß die BewohnerInnen der East Side Gallery nicht - zumindest nicht alle - dorthin ziehen. Der Ex-General nennt offen die Gründe: "Ich war immer der Meinung, daß man einen gefährlichen Ort wie die East Side Gallery nicht geschlossen umsiedeln sollte". (Welt, 18.7.96) Insofern kommt dem Senat der Protest der Staakener gelegen. Andererseits aber muß der Senat an diesem Platz festhalten, um seine weitgehenden Vorstellungen umsetzen zu können: die Auflösung aller Wagenburgen in Berlin und ihre Konzentration in Staaken. Davon ausgenommen werden sollen nur die beiden Wagenburgen in Pankow und der Wuhlheide. Diese sind schon jetzt geduldet und es laufen Verhandlungen mit dem Senat, ihren Status zu "legalisieren"; sie liegen ja auch nicht in der Innenstadt.

Den Verantwortlichen war im vorhinein bekannt, daß nur der geringste Teil der East-Side-BewohnerInnen den scheinheilig "angebotenen" Ersatzstellplatz in Anspruch nehmen würde. Gleiches gilt auch für die angebotene Unterbringung in Obdachlosenunterkünften. Damit war klar, was nach der Räumung passieren würde: Die ehemaligen Wagenleute sind über die ganze Stadt verstreut, die wenigsten sind bei FreundInnen oder in anderen Wagenburgen untergekommen, der Rest campiert - bislang noch geduldet - unter freiem Himmel auf Grünstreifen in der Nähe des geräumten Geländes.

Ost-West-Drehscheibe Berlin

Größeren politischen Protest rief die Räumung der Wagenburg nicht hervor. Die PDS kritisierte, der Senat wolle die Innenstadt "hauptstadtrein kehren". (taz Berlin, 18.7.96) Die GRÜNEN warfen Schönbohm vor, "mit geradezu neurotischem Putzzwang" sich soziale Randgruppen vorzunehmen. (ebd.)

Auch in den übrigen Wagenburgen war die Reaktion eher verhalten. Zwar kritisierten auch sie, daß das Problem East Side Gallery nicht polizeilich zu lösen sei. Gleichzeitig wurde aber auch deutlich, daß ihnen nicht daran gelegen ist, Geräumte bei sich aufzunehmen. Zu sehr unterscheiden sich diese RollheimerInnen von den "Outlaws" der East Side. Die East Side Gallery war kein Ort alternativer Lebenskultur, dort sammelte sich das "Strandgut" der Metropole. Attraktiv war das nicht. Doch wer, wie Schönbohm meint, "daß solche Ansammlungen im Stadtzentrum nicht hingenommen werden können", (Welt, 18.7.96) will nur noch polizeistaatliches Handeln und offenbart zugleich, wessen Geistes Kind er ist: "Das Vertrauen der Bevölkerung in einem demokratischen, starken und handlungsfähigen Staat darf nicht dadurch beeinträchtigt werden, daß die Politik es kleinen, radikalen und kriminiellen Außenseitern gestattet, das Bild und das innere Klima dieser Stadt zu bestimmen." (Berliner Morgenpost, 18.7.96)

Das Bild von der Stadt, das dieser Kommißler hat, ist selbstverständlich ein anderes. Er und seine Freunde träumen von der "Ost-West-Drehscheibe" Berlin. Bevölkert von internationalen Marketingfirmen, großen Dienstleistern, Multis, Banken und nicht zuletzt von der Bundesregierung und ihrem Apparat. Damit dieser Traum Realisierungschancen bekommt, muß die Stadt einer enormen Restrukturierung unterworfen werden.

Berlin ist derzeit die größte Baustelle Europas. Überall entstehen Konsumtempel für den erwarteten Zuzug zahlungskräftiger Klientel. Der Bau von vollklimatisierten und modernen Bürokomplexen, dem bevorzugten Arbeitsplatz solcher Schichten, schreitet stetig voran (obwohl längst ein Überbedarf geschaffen ist). Eifrig wird daran gearbeitet, alles für den Regierungsumzug vorzubereiten. Und am Potsdamer Platz wird ein ganz neuer Stadtteil geschaffen, eine Zitadelle der Kapitalien und Symbol der Macht.

Gleichzeitig wird der Soziale Wohnungsbau eingeschränkt, Nobelmodernisierungen von Wohnungen in den attraktiven Innenstadtbezirken führen zur Verdrängung der bisherigen BewohnerInnen, die in den 80er Jahren entstandenen "Freiräume" für alternative und randständige Lebensformen werden immer enger. Der Berliner Senat benennt offen Problemgruppen, die er aus dem Stadtbild verdrängen will: Obdachlose, Armutsprostituierte, Drogenabhängige, "Hütchen-Spieler" und Schwarzmarkthändler. Die Wagenburg an der East Side Gallery war das erste sichtbare und extreme Ergebnis der sozialen und ökonomischen Verwerfungsprozesse, die sich zur Zeit in Berlin abspielen.

Widerstand gegen diese Ausgrenzung und das Herausdrängen ganzer sozialer Gruppen regt sich kaum. Im Fall der East Side Gallery war das dort sichtbar werdende Elend und die Verwahrlosung zu abschreckend, als daß sich irgendjemand engagiert für die BewohnerInnen eingesetzt hätte. Der Kriminalisierungsdiskurs sozialer Phänomene, der in letzter Zeit immer wirkungsmächtiger wird, tat ein übriges dazu bei.

Westberlin besetzerfrei

Neben den Wagenburgen gilt die besondere Aufmerksamkeit des Innensenators den rund ein Dutzend besetzten Häusern, die es in Berlin noch gibt (nach 1989 waren es noch über 150). Daß die Räumung einiger besetzter Häuser in Alt-Stralau vor einigen Wochen mittlerweile sogar gerichtlich als rechtswidrig eingestuft wurde, bringt den Ex-General dabei nicht von seiner Mission ab. Am 8. August wurden die letzten besetzten Häuser in Westberlin geräumt. Hier hätte akuter Handlungszwang bestanden, wenn Zustände wie an der East Side verhindert werden sollten - so stellt es jedenfalls Schönbohm dar: "Die Grundstücke entwickeln sich ähnlich wie die aufgelösten Wagenburgen an der East Side Gallery immer mehr zu Müllkippen." (taz Berlin, 10.8.96)

Zwar hätte auf die Häuser in der Marchstraße und am Einsteinufer die "Berliner Linie" Anwendung finden müssen, die für eine Räumung langjährig besetzter Häuser u.a. den anschließenden Abriß oder die Sanierung der Gebäude verlangt (beides ist aber weder geplant, noch genehmigt). Die "Berliner Linie" aber ist seit dem Amtsantritt Schönbohms ohnehin reine Makulatur. Der Sprecher der Innenverwaltung gab es unumwunden zu: "Die Berliner Linie muß hinter anderen Gesetzen zurückstehen." (taz Berlin, 9.8.96) Um die Stadt "hauptstadtgerecht" zu machen, sind alle Mittel erlaubt.

Solange kein wirkungsvoller politischer Widerstand gegen diese Politik des Senats organisiert werden kann, wird sich daran nichts ändern. Daß gegen die Räumung der Häuser in der Marchstraße und am Einsteinufer einige Tage später immerhin an die 1000 Leute auf die Straße gingen (ein breites politisches Spektrum hatte dazu aufgerufen), kann aber kaum als ermutigendes und hinreichendes Signal gewertet werden. Eher spiegelt es die realen Kräfteverhältnisse in Berlin wider.

mb., Berlin

14. Berlin 1936. Goebbels goes Olympia

Autor: Kt. · Rubrik: Zeitgeschichte; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak393/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:393:20

Vor sechzig Jahren, vom 1. bis 16. August 1936, fanden in Berlin die XI. Olympischen Spiele statt. Es waren die bis dahin größten und "schönsten" Spiele: Noch nie kamen so viele Zuschauer zusammen. Noch nie verfolgten weltweit so viele Menschen (angeblich über 300 Millionen) die Ereignisse am Rundfunkgerät. Die Bewältigung der Organisationsprobleme entsprach allen Erwartungen an deutsche Gründlichkeit und Präzision. Und natürlich war das Olympiastadion mit Platz für 100.000 Menschen die größte Sportanlage der Welt.

Berlin 1936 begründete die Tradition, daß Olympische Spiele jedesmal noch unendlich viel größer und "schöner" zu sein haben als alle vorangegangenen. Eine weitere Linie, die 1936 in Berlin begann, ist die Instrumentalisierung des Sports bis zum äußersten. Hinzugetreten ist inzwischen als eindeutiges Zentrum des Gesamtkunstwerks Olympia die kommerzielle Werbung.

Noch bis wenige Wochen vor der Eröffnung der Olympischen Spiele verliefen die Ereignisse im Deutschen Reich in den gewohnten Bahnen, die das Land seit Januar 1933 eingeschlagen hatte:

Am 7. Juli 1936 wurde bekanntgegeben, daß Juden nicht mehr Wirtschaftsprüfer sein durften. Damit war man ihrem absoluten Ausschluß aus dem deutschen Berufs- und Wirtschaftsleben wieder einen Schritt näher gekommen.

Am 10. Juli wurde in Hamburg der Kommunist Edgar Andre wegen illegaler Parteiarbeit zum Tod verurteilt. Die Hinrichtung erfolgte erst ein Vierteljahr nach Abschluß des olympischen Spektakels.

Am 11. Juli wurde angeordnet, daß "Mischlinge" in der Wehrmacht nicht mehr auf Vorgesetztenpositionen gelangen durften; "Volljuden" wurden völlig vom Wehrdienst ausgeschlossen.

Am 12. Juli wurde das Konzentrationslager Sachsenhausen (Provinz Brandenburg) "in Betrieb genommen".

Am 24. Juli begann mit der Entsendung mehrerer Kriegsschiffe die deutsche Intervention im Spanischen Bürgerkrieg.

Am 27. Juli starteten auf dem Berliner Flughafen Tempelhof die ersten Transportmaschinen, mit denen Francos Putschtruppen von Nordafrika auf das spanische Festland gebracht werden sollten.

Am 28. Juli wurde in Berlin der Internationale Sportärztekongreß eröffnet. Innenminister Frick sprach über die Erziehung der Sportjugend zu Erbgesundheit und Rassereinheit.

Am 31. Juli wurde in Bayern verfügt, daß kein jüdischer Religionsunterricht mehr stattfinden durfte.

Unmittelbar vor Beginn der Spiele wurden zur Bereinigung des Stadtbilds von Berlin die "Zigeuner" eingefangen und in ein Lager gesperrt. Sie blieben dort, bis sie einige Jahre später direkt zur Vernichtung weitertransportiert wurden.

Und dann endlich war es so weit: Am 1. August erklärte Hitler nach Reden des Reichsjugendführers Schirach, des Reichssportführers Tschammer und des Propagandaministers Goebbels die XI. Olympischen Spiele der Neuzeit für eröffnet. Am gleichen Tag flogen die ersten 86 deutschen "Freiwilligen", Vortrupp der späteren Legion Condor, nach Spanien ab. Seit Januar 1933 hatten annähernd 100.000 Juden das Land verlassen, in dem sich ihnen kaum noch eine Überlebensmöglichkeit bot und in dem sie auf Tausenden von Schildern als "unerwünscht" zurückgewiesen wurden. Seit 1935 waren die Juden auch ganz offiziell ohne staatsbürgerliche Rechte. Ehen zwischen Juden und "Ariern" waren verboten, "Rassenschande" war zum Verbrechen erklärt worden.

Nicht, daß dies der übrigen Welt alles völlig gleichgültig gewesen wäre. Vor allem in den USA und in Frankreich wurde sehr ernsthaft über einen Boykott der Berliner Spiele diskutiert. Im Olympischen Komitee der USA fiel die Entscheidung erst im Dezember 1935 mit denkbar knapper Mehrheit. Aber am Ende war die Staatenwelt dann doch bis auf die Sowjetunion und Spanien vollständig vertreten. Und die Regie des

Reichspropagandaministeriums kam den Gästen weit entgegen, um die Illusion von "unpolitischen", heiteren, friedensverheißenden Spielen mit nach Hause nehmen zu können.

Schon vor den Olympischen Winterspielen in Garmisch-Partenkirchen, im Februar 1936, hatte diese Regie dafür gesorgt, daß alle öffentlichen Signale des Antisemitismus aus dem Straßenbild verschwanden: Die "Juden unerwünscht"-Schilder an Restaurants und Hotels, die hunderte von Tafeln, die dem Vorbeifahrenden ein "Judenfreies Dorf" oder auch schon mal eine "Judenfreie Stadt" anzeigten, die Schaukästen, in denen Streichers unglaubliches Hetzblatt "Der Stürmer" zum Lesen ausgehängt war. Am 27. Januar wurde die Presse strikt angewiesen, in nächster Zeit keine Meldungen über Zusammenstöße mit Ausländern oder über Angriffe auf Juden zu bringen.

Das Spiel wiederholte sich, sehr viel umfassender und gründlicher, im Sommer 1936. Schon am 2. Juli erhielt die Presse Goebbels' Aufruf zur Olympiade, mit der Anweisung, der Text müsse "an hervorragender Stelle in allen Zeitungen gebracht werden". Die erwarteten hunderttausende ausländischer Gäste sollten, so hieß es da, "ein besonders glänzendes Beispiel deutscher Gastfreundschaft erleben". Jeder Deutsche müsse "seine Ehre dareinsetzen (...), den ausländischen Besuchern (...) zuvorkommend gegenüberzutreten und, wenn sie einer Hilfe bedürfen, ihnen mit Rat und Tat Beistand zu leisten."

Am 7. Juli wurde die Presse nachdrücklich getadelt, "daß man im allgemeinen vergesse hervorzuheben, daß es letzten Endes der Nationalsozialismus selbst gewesen sei, der durch seine unerhörte Anteilnahme erst die Vorbereitungen (der Olympische Spiele) ermöglicht habe. Der Führer und Reichskanzler sei es gewesen, der die großartigen Bauten geplant und die ganze Veranstaltung mit seinem Impuls erfüllt habe." - Der Gröfaz war eben auch ein Gröbmaz (Größter Baumeister aller Zeiten), und der Propagandaminister pflegte seinem Führer die Wünsche nicht bloß von den Augen, sondern sogar von den Stirnfalten abzulesen.

Am 10. Juli ordnete Goebbels als Reichspropagandaleiter der NSDAP für die Zeit vom 1. August bis 7. September eine vollständige Versammlungsruhe an, also noch über das Ende der Olympiade hinaus und praktisch bis zum Reichsparteitag, der am 9. September eröffnet wurde.

Am 22. Juli wurde die Presse angewiesen, in den kommenden Wochen bis zum 20. August nicht über Prozesse wegen "Rassenschande" zu berichten. Selbst in den Gerichtsverfahren trat offenbar eine olympische Verhandlungspause ein: Das nächste Urteil wegen "Rassenschande" wurde erst am 24. August gesprochen.

Am 25. Juli ließ der Propagandaminister die Presse ermahnen, "während der Zeit der Olympischen Spiele keine Angriffe gegen ausländische Sitten und Gebräuche zu richten"; die Chinesen hätten sich schon zweimal beschwert. Am 27. Juli kam die Anweisung, nichts über "interne Vorgänge innerhalb der amerikanischen Mannschaft" zu berichten: Eine Schwimmerin war wegen wiederholter Trunkenheit nach Hause geschickt worden.

Mit Beginn der Spiele wurde die detaillierte Steuerung der Presse verstärkt. Bezeichnend für das aufgeheizte Gesamtklima in Deutschland ist, daß die Regie des Propagandaministeriums nahezu ausschließlich darauf abzielte, den gewohnten Chauvinismus und Rassismus der Medien zu zügeln.

Am 3. August mußte die Presse zum erstenmal angehalten werden, in ihren Überschriften nicht nur deutsche Siege und Höchstleistungen zu erwähnen, sondern auch die Erfolge anderer Teilnehmer nicht zu verkleinern. Sich daran zu halten, fiel den Journalisten und Redakteuren angesichts des unglaublichen deutschen "Goldrausches" offenbar so entsetzlich schwer, daß die Ermahnung noch mehrmals wiederholt werden mußte. Als einige Zeitungen Medaillen und Plätze mit Punkten bewerteten und darauf gründend Tabellen veröffentlichten, in denen Deutschland weit vorn lag, wurden sie zunächst zurechtgewiesen, und am 6. August folgte ein kategorisches Verbot solcher Aufstellungen, unter Androhung der Beschlagnahme. Anlaß war offenbar eine Beschwerde des IOC. Das Reichspropagandaministerium wies die Medien sogar allen Ernstes darauf hin, "daß nicht Nationen kämpfen, sondern Einzelpersonen". Das an diese scheinheilige Belehrung anschließende Schenkelklopfen der Redakteure muß wohl recht fidel gewesen sein.

Am Ende war Deutschland, weit über alle Prognosen und nationalistischen Hoffnungen hinaus, "führende Sportnation der Welt" mit 33 Goldmedaillen vor den USA mit 24. 1932 in Los Angeles hatte die deutsche Mannschaft nur drei (nach anderen Angaben vier) Goldmedaillen gewonnen, die USA aber 40. Der Gedanke lag nahe, und wurde selbstverständlich auch vielfach enthusiastisch ausgesprochen, daß dieser qualitative

Sprung ein Ergebnis der Neuformierung Deutschlands durch den Nationalsozialismus sei. Dennoch wies das Propagandaministerium am 15. August , dem letzten Tag der Spiele, die Presse an, "daß kein Triumphgeschrei angestellt werden soll". Die Leistungen aller Länder sollten eine gerechte Würdigung finden. Deutschlands Erfolg sollte zwar angemessen herausgestellt werden, aber ohne "deutsche Überheblichkeit" erkennen zu lassen. Zugleich wurden nun aber die Zeitungen ausdrücklich aufgefordert, einen abschließenden Medaillenspiegel der Nationen zu bringen und Vergleiche mit den Ergebnissen von 1932 anzustellen. Am 17. August wurde angemahnt, daß einige Zeitungen dies bisher versäumt hätten. Die Rückkehr zur nationalsozialistischen Normalität hatte begonnen.

Entsprechend der Zielstellung, Mißklänge zu vermeiden, war Goebbels während der Spiele bemüht, beleidigende Angriffe gegen die schwarzen Sportler der US-Mannschaft zu verhindern. Am 3. August wurde die Presse ermahnt: "Der Rassenstandpunkt soll in keiner Weise bei Besprechung der sportlichen Resultate Anwendung finden; vor allem sollen die Neger nicht in ihren Empfindlichkeiten getroffen werden." - Am 6. August hieß es in den Regieanweisungen des Propagandaministeriums: "Es wird dringend gewarnt, die Berichterstattung der Olympischen Spiele mit rassischen Gesichtspunkten zu belasten."

Die rassistischen Instinkte und Gewohnheiten einiger Redakteure waren aber offenbar sogar stärker als die Angst vor Goebbels. Am 12. August mußte eine Zeitschrift wegen eines "höchst unpassenden Artikels" heftig gerüffelt werden. Sie hatte Auszüge aus dem kurz zuvor erschienenen Buch "Sport und Rasse" von Gottlieb Tirala nachgedruckt, in dem die notwendigerweise führende Rolle der nordischen Rasse im Sport biologistisch begründet wurde. Der Propagandaminister ließ dazu säuerlich anmerken: "Die Rassenlehre sei durch diese Veröffentlichung sicherlich nicht bereichert worden, aber unsere Olympiagäste würden dadurch verärgert." Schließlich stünde man doch "im Zeichen der olympischen Gleichberechtigung aller Nationen".

Als die Spiele in der Nacht des 16. August endeten und die olympische Flamme langsam erlosch, zauberten zahlreiche rundum postierte Flakscheinwerfer einen "Lichtdom" über das Stadion, makabre Vorwegnahme kommender Bombennächte. An der Anzeigentafel erschien der pathetische Satz: "Möge die olympische Flamme leuchten durch alle Geschlechter, zum Wohle einer immer höher strebenden, mutigeren und reineren Menschheit."

Es war offenbar höchste Zeit, in den normalen Lebensrhythmus des Dritten Reichs zurückzufinden und wieder ans Alltagsgeschäft zu gehen. Regieanweisung am 19. August: "Nach Abschluß der Olympischen Spiele wünschen Auswärtiges Amt und Propagandaministerium, daß die Frage der russischen Rüstungen, der russischen Einmischung in Spanien usw. in großem Stil tagelang in Artikeln, Glossen und Meldungen behandelt wird." - 20. August: Die Vorgaben des Propagandaministeriums über die sowjetische Rüstung usw. "hätten in der Presse bei weitem nicht den Widerhall gefunden, der wünschenswert war. Diese Dinge müßten in den nächsten Tagen mit größter Energie bearbeitet werden. (...) Auch die Aufmachung in den Zeitungen müßte den Ausführungen entsprechen." - Gegen Zeitungen, die dieser Anweisung nicht nachkämen, werde man strengstens vorgehen.

Am 21. August wurde die Presse nachdrücklich aufgefordert, die vorgegebenen Meldungen über die sowjetische Rüstung usw. "in allergrößter Aufmachung auf der ersten Seite" zu bringen. Gegen Zeitungen, die sich daran nicht hielten, werde "mit schärfsten Mitteln vorgegangen". Immerhin erhielten die Redakteure nun aber eine Andeutung, worum es überhaupt ging: "Der Sinn dieser scharfen Anweisung liegt darin, daß spätere außenpolitische, bzw. wehrpolitische Maßnahmen damit vor der Öffentlichkeit jetzt schon eine ausreichende Begründung erhalten sollen."

Am 24. August, acht Tage nach Abschluß der Olympischen Spiele, gab Deutschland unter dem Protest vieler Staaten bekannt, daß die Dienstpflicht für die gesamte Wehrmacht auf zwei Jahre heraufgesetzt werde. Am gleichen Tag ordnete Hitler an, die spanischen Faschisten im Bürgerkrieg "weitestgehendst materiell und militärisch zu unterstützen". Am 9. September wurde der alljährliche Reichsparteitag des NSDAP eröffnet. Diesmal stand er vollständig im Zeichen des "Weltkampfs gegen den Bolschewismus" und der Proklamation des Vierjahresplans. Dessen erklärtes Ziel bestand darin, Deutschland innerhalb von vier Jahren auf dem Gebiet strategisch wichtiger Rohstoffe autark und damit kriegsfähig zu machen.

Auch auf anderen Gebieten war es mit der olympischen Schonzeit vorbei: Am 21. August ließ Goebbels der Presse mitteilen, daß vier Tage später "eine neue Prozeßserie" gegen katholische Ordensangehörige wegen

Verbrechen nach § 174, 175 ff. StGB (Homosexualität, "Verführung Jugendlicher" usw.) beginnen werde. Das NS-Regime betrieb Prozesse und Kampagnen dieser Art systematisch, um die konkurrierende Autorität der katholischen Kirche zu untergraben. Die Presse wurde angewiesen, daß die Übernahme der offiziellen Meldungen der staatlichen Nachrichtenagentur das "Mindestmaß" des Erwarteten sei und daß eigene Berichte vom Prozeßverlauf "dringend erwünscht" seien.

Die Olympischen Spiele 1936 stellen in der Entwicklungsgeschichte des Dritten Reichs eine seltsame Episode des kurzzeitigen Zurückhaltens und Abbremsens dar. Diese Phase begann nicht erst im Sommer 1936, sondern schon im Vorfeld der Winterspiele, also etwa Ende 1935. In den Tagebüchern des Propagandaministers ist nachzulesen, wie schulbübisch er sich jeden Tag aufs Neue über seine eigene Listigkeit freute und wie er den Tag herbeisehnte, wo es mit der olympischen Rücksichtnahme vorbei sein würde.

Am 5. August notierte Goebbels, in völligem Gegensatz zu seinen Anweisungen an die Presse: Die USA hätten an diesem Tag drei Goldmedaillen gewohnen, "davon zwei durch Neger. Das ist eine Schande. Die weiße Menschheit müßte sich schämen. Aber was gilt das dort unten in diesem Lande ohne Kultur."

Am 8. August ist Goebbels mittags bei Hitler und notiert anschließend über das Gespräch: "Frage Spanien. Nach der Olympiade werden wir rabiat. Dann wird geschossen. Und 2jährige Dienstpflicht eingeführt. Das ist dann unser Vorteil." - Am 12. August, nach einem weiteren Plausch mit Hitler: "Führer möchte gern in Spanien eingreifen. Aber Situation noch nicht reif. Vielleicht kommt das noch. Erst Olympiade glücklich zu Ende führen." -

Am 17. August schrieb der Propagandaminister in sein Tagebuch: "Deutschland steht mit 33 Goldmedaillen weitaus an der Spitze. Die erste Sportnation. Das ist herrlich." - Nun galt es, sich darauf vorzubereiten, die deutsche Führungsstellung auch in den nichtolympischen Kampfsportarten unter Beweis zu stellen.

Kaum bekannt ist, daß sich Deutschland nur durch den Krieg die Chance vermasselte, gleich vier Jahre später ein zweites Mal die Olympischen Winterspiele zu beherbergen: Diese hätten eigentlich 1940 im Schweizer St. Moritz stattfinden sollen. Wegen eines aus heutiger Sicht läppischen Streits um die Teilnahmeberechtigung von Skilehrern zog sich das Schweizer Organisationskomitee jedoch im Juni 1939 zurück. Daraufhin beschloß das IOC tatsächlich, noch einmal Garmisch-Partenkirchen mit der Durchführung der Winterspiele zu beauftragen. Vorausgegangen waren der Anschluß Österreichs, die Annexion des "Sudetenlandes", das November-Pogrom 1938 und die militärische Besetzung der "Resttschechei" im März 1939. Der olympische Gedanke erträgt offenbar eine ganze Menge.

Kt.

15. Hitler und die Deutschen. Patriotischer Geschichtsunterricht in einem nicht ganz normalen Land

Autor: Js. · Rubrik: Medien; Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak393/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:393:17

Ein einheitliches Geschichtsbild als Grundlage "nationaler Identität" - das ist seit jeher das Anliegen der "Patrioten" unter den deutschen Historikern. Gefährlich wird die Angelegenheit spätestens, wenn die vermeintliche "Lehre der Geschichte" einem Millionenpublikum verabreicht wird. Die ZDF-Serie "Hitler - eine Bilanz" wurde schon im November und Dezember vergangenen Jahres gesendet. Ihre Botschaft: Hitler war krank und böse; die Deutschen konnten dem teuflisch genialen Verführer nicht widerstehen; erst mit Hitlers Tod verschwand "der Spuk".

Zum Ende des "Gedenkjahres" 1995 holte das ZDF noch einmal zum großen Wurf aus. "Hitler - eine Bilanz" hieß die sechsteilige Serie der ZDF-Redaktion Zeitgeschichte, die seit 1984 von Guido Knopp geleitet wird. Knopp, früher Redakteur der FAZ und der Welt, erhielt für seine zeitgeschichtlichen Dokumentationen neben mehreren Fernsehpreisen auch das Bundesverdienstkreuz. Während des "Gedenkmarathons" um den 8. Mai 1995 brachte das ZDF die von Knopp geleitete Serie "Das Ende 1945" (vgl. ak 379). Die Hitler-Serie, die im November und Dezember vergangenen Jahres ausgestrahlt wurde, haben durchschnittlich 3,6 Millionen ZuschauerInnen gesehen. Das laut Eigenwerbung "erste umfassende TV-Porträt" Hitlers wurde in 16 Länder verkauft. Anfang dieses Jahres erschien das dazu gehörige Buch und hielt sich mehrere Wochen auf der Bestsellerliste.

Lernziel Patriotismus

"Neueste Forschungsergebnisse" und "bislang unerschlossene Filmbestände" verspricht das ZDF in seinem vorab verteilten Presse-Special. Die größte Sensation wurde erst gar nicht zurückgehalten: "Neue verblüffende Bilder und Dokumente belegen, daß er (Hitler) zunächst mit der politischen Linken sympathisierte" - in der Tat mischte Hitler 1919 kurze Zeit im Münchner Soldatenrat mit und gab sich als Anhänger der Mehrheits-SPD aus.

Dennoch geht es dem ZDF keineswegs vorrangig um Enthüllungen nach dem Motto "Hitler, wie ihn keiner kennt". Guido Knopp will mehr: "Wir", die Deutschen, sollen uns von Hitlers Erbe befreien, mit dem er "unser Selbstvertrauen nahezu zerstört hat". Zu diesem Erbe gehören laut Knopp "ein ängstlicher Konformismus der Demokratie", die "unerfüllte Sehnsucht" nach Gemeinschaft und vor allem "eine eingeschränkte Fähigkeit, mit Gegenwart und Zukunft unbefangen umzugehen". So fühlen "wir in uns die innere Verpflichtung, unser Antinazitum tagtäglich beweisen zu müssen" - eine kühne These, die Knopp sogleich mit Beispielen untermauert: Hochbegabtenförderung unterbleibe wegen der "Elitezüchtung" der Nazis, und über "Sterbehilfe" und Gentechnologie könne in Deutschland nicht "gelassen" und "unbefangen" diskutiert werden, weil "Hitlers mörderische Euthanasie" und sein "Rassenwahn" uns davon abhalten.

Das von Knopp formulierte Lernziel ist der Patriotismus: "Wenn wir unbefangen sagen können: Beethoven und Goethe waren Deutsche, aber Hitler war es auch - dann sind wir auf dem richtigen Weg." Knopp fordert deutsche "Kollektiv-Verantwortung - für Auschwitz und für Hitler", denn: "Beide sind ein unauslöschlicher Bestandteil unserer Geschichte. Wer das einsieht, ist ein Patriot."

So steht es am Ende der Einleitung mit der programmatischen Überschrift "Keine Angst vor Hitler". Knopp macht Patrioten, indem er sich dem "weltweit bekanntesten Deutschen - immer noch vor Beckenbauer, Helmut Kohl und Boris Becker" furchtlos und unbefangen nähert. Allein die Beschäftigung mit Hitler immunisiere dagegen, auf ihn hereinzufallen: "Faszinieren kann Hitler nur den, der wenig oder gar nichts von ihm weiß." Diese offensichtlich falsche Behauptung widerlegt Knopp in seinem Film selbst: "Hitler-Sekretärinnen schwärmen heute noch vom sprichwörtlichen Handkuß-Charme des Chefs." Auch andere Zeitzeugen halten noch heute daran fest, der Führer habe von den schlimmsten Verbrechen seines Regimes nichts gewußt, nicht alles sei schlecht gewesen (Autobahnen, Arbeitsdienst und Kraft durch Freude), und der verweichlichten Jugend von heute täte eine harte Hand ganz gut.

Zur besseren Handhabung zerlegt Knopp seinen Forschungsgegenstand in sechs annähernd gleich große Teile (jeweils ca. 50 Fernsehminuten). Hitler erscheint zwischen dem ersten und dem sechsten Teil als "Privatmann", "Verführer", "Erpresser", "Diktator", "Kriegsherr" und "Verbrecher". Im Buch ist die Gliederung nicht ganz chronologisch; auf den ersten Teil, der Hitlers Durchbruch als Führer der extremen Rechten behandelt, folgt der Rückblick auf Herkunft und Familie. Knopp schreibt auch zumindest an einer Stelle, daß Hitler für ihn seit 1919 als Verbrecher gilt.

Dennoch ist die Abgrenzung der einzelnen Wesenszüge aufschlußreich. Der erfolgreiche Kriegsherr ist "Eroberer", der Mörder der europäischen Juden "Verbrecher". Knopp: "Eigentliches Menetekel seiner Herrschaft, eigentlicher Sündenfall des zwanzigsten Jahrhunderts, war nicht der Krieg mit seinen offenen Schrecken, sondern das verborgene Verbrechen. Auschwitz, die Erfahrung dessen, was der Mensch dem Menschen antun kann ..." Der Mensch dem Menschen. So wird die historische Einzigartigkeit des Völkermords an den europäischen Juden benannt und durch die Bezichtigung "des Menschen" in seiner Schlechtigkeit gleich wieder zurückgenommen.

Die in Knopps Formulierung enthaltene Verharmlosung des Vernichtungskriegs gegen die Sowjetunion dürfte die Herzen der alten Kämpfer gegen den Bolschewismus höher schlagen lassen. Daß sie nicht als Ausrutscher entschuldigt werden kann, zeigen die über die Serie (und das Buch) verstreuten Entschuldigungen zugunsten der "mißbrauchten" Wehrmacht (dazu weiter unten).

Hitler privat

Und wie war Hitler "als Mensch"? Knopp läßt an seiner Abneigung keinen Zweifel. Hitler war zwar ein "armer Teufel", aber auch ein "kranker Schweinehund", zu menschlichen Bindungen unfähig, ein Schwächling, der sich zu Hunden und minderjährigen Mädchen hingezogen fühlte. Wie wurde er so? Schuld waren zum einen die Eltern, vor allem die Mutter: "So mag die Verwöhnung durch die Mutter bei ihm Größenwahn und Ich-Kult, die Brutalität des Vaters hingegen Haß und Vorurteil hervorgerufen haben."

Aber auch "die Zeiten" machten krank. Im November 1918, Hitler befand sich nach einer Gasvergiftung im Lazarett, traf ihn "die Nachricht von Waffenstillstand und Revolution wie ein Granatsplitter ins Herz" - ein zweites Trauma nach dem Verlust der Mutter, die von einem jüdischen Arzt behandelt worden war. Guido Knopp versucht sich mit einer psychiatrischen Ferndiagnose: "Die Senfgasvergiftung und die Jodoformbehandlung seiner Mutter durch Dr. Bloch verschmolzen demnach zum Giftanschlag des Judentums auf das deutsche Volk." Daß solche Spekulationen zwar bestenfalls die Defekte des Patienten, nicht aber die Begeisterung seiner Anhängerschaft erklären, dämmert auch dem Professor Knopp. Seine Erklärung: Auch die Deutschen waren verrückt, der "Schlüssel zum Verständnis Hitlers" liege "in den Parallelen der Psychosen: Die Sehnsucht nach dem wollüstigen Rausch der Volksgemeinschaft, dem Augusterlebnis 1914, als das ganze Volk begeistert in den Krieg zog. Die Erinnerung an einen Krieg, in dem trotz aller Grausamkeiten die Klassenschranken in den Schützengräben aufgehoben schienen. Das bittere Gefühl, am Ende seien alle Opfer doch umsonst gewesen." Hinzu kamen das "Trauma" von Versailles, die allzu gern geglaubte Dolchstoßlegende, die "Angst vor all dem Neuen, Ungewohnten, Ungewollten".

So ließe sich folgern, die armen Irren hätten in Hitler den psychopathischen Führer gefunden, den sie suchten. Diese eigentlich zwingende Konsequenz zieht Knopp aber nicht. Erstens war Hitler bekanntlich Österreicher, also ein Zugereister. Vor allem aber stand er "in keiner deutschen Tradition". Hitlers Aufstieg zur Macht erklärt sich für Knopp vielmehr aus "Zufälligkeiten", den schwierigen "Zeiten" und seinen außerordentlichen Verführungskünsten und kriminellen Energien. Knopp beschreitet hier einen Weg, der Ernst Noltes apologetischen Argumentationen entgegengesetzt ist. Nolte ging es, behauptet sein Schüler Rainer Zitelmann, um "Gerechtigkeit für Hitler". Für Knopp dagegen ist Hitler der Erzschurke, dem ein ganzes Volk in seiner Einfalt und Verwirrung hilflos ausgeliefert war - eine gleichermaßen interessengeleitete Geschichtsfälschung.

Der Verführer und

die Verführten

Hitler hat in seinem 1924 geschriebenen programmatischen Buch "Mein Kampf" seine Ziele offen ausgesprochen. Auch die "Vernichtung des Judentums" wird dort angekündigt. Die nach dem "Zusammenbruch" millionenfach vorgebrachte Schutzbehauptung, man habe nichts gewußt und nichts wissen

können von Hitlers verbrecherischen Zielen, kann Knopp sich so natürlich nicht zu eigen machen. Da er aber das Volk zumindest entlasten will, muß er sich etwas einfallen lassen. Die von ihm vorgetragenen mildernden Umstände lesen sich, nur geringfügig polemisch zugespitzt, etwa so: Die Deutschen waren wegen ihrer durch die Kriegsniederlage bedingten Psychose (s.o.) nicht voll zurechnungsfähig. Dieses in seiner geistigen Widerstandsfähigkeit beeinträchtigte Volk hatte es aber auch mit einem ungewöhnlich gerissenen Täuscher und Verführer zu tun.

Hitler war "der rechte Mann", um die kollektiven "Ängste auszubeuten"; "sich der von ihm entfachten Hysterie zu entziehen oder zu widersetzen, schafften wenige"; "nur wenige durchschauten ihn"; Hitler wirkte "ähnlich einem Hypnotiseur" und gebärdete sich wie ein "Wunderheiler", der mit dem "wirklichkeitsfremden Wunderglauben" der Massen leichtes Spiel hatte; "der Enthusiasmus steigerte sich oft zur Ekstase"; "eine Vielzahl von Zeitzeugen berichtet, daß er tatsächlich über hypnotische Kräfte verfügt haben muß, um anderen den eigenen Willen aufzuzwingen ... - ob es die vielzitierten blauen Augen waren?" Wie auch immer - das Ergebnis der "Massenhypnose" war "kollektive Verblendung". Knopp suggeriert, daß der Rausch nicht nur diejenigen erfaßte, die den "Hypnotiseur" in Aktion erlebten, sondern auch Radiohörer und Zeitungleser.

An einem Punkt allerdings muß die wahnhafte Hitler-Begeisterung abrupt Halt gemacht haben: "Mein Kampf" blieb ein "ungelesener Bestseller in Millionenauflage"; "kaum einer hat sein Buch gelesen, in dem alles stand". Alles? An anderer Stelle nimmt Knopp diese Aussage zurück und behauptet das Gegenteil: "Niemals hat er sich getraut, die beiden bösen Ziele seines Lebens öffentlich zu proklamieren. Er erging sich allenfalls in düsteren Andeutungen. So täuschte er die Deutschen, und sie ließen sich nur allzu gerne von ihm täuschen."

Die Macht des Schicksals

Knopp hat zur Deutung der Geschichte noch mehr zu bieten als die Formel "Teuflisch genialer Verführer täuscht und mißbraucht ein ganzes Volk". Kaum zu glauben, aber wahr: Hitler hatte bei und nach seiner "Machterschleichung" unverschämtes Glück. "Hitlers Weg zur Herrschaft ist ein Lehrbeispiel für die Macht Fortunas in der Geschichte", schreibt Knopp und bringt noch etliche Male die römische Glücksgöttin ins Spiel: "Fortuna war mit Hitler", "war ihm wieder zu Hilfe gekommen" etc. Seine geschwächten Widersacher dagegen wurden noch zusätzlich durch die Sternenkonstellation benachteiligt: Am 30. Januar 1933, dem Tag seiner Ernennung zum Reichskanzler, kam "der Planet Mars der Erde so nahe wie seit langem nicht. Ein schlechtes Omen: Dieser rote Himmelsnachbar, das Symbol kriegerischer Gewalt, markiert den Anbruch stürmischer Zeiten."

Hindenburg und die Konservativen verloren denn auch schnell die Übersicht. Eine "Kette von Mißverständnissen und Zufällen", "zufällige Kabalen", "Zufälligkeiten", "Ränke hinter den Kulissen" ließen ihnen die Zügel entgleiten; schon war Hitler der starke Mann.

Verglichen mit Knopp erscheint Hitlers Rüstungsminister Speer wie ein kühler Rationalist. Er erklärte Hitler nach 1945 immerhin als "Produkt einer geschichtlichen Situation" und folgerte: "In normalen Zeitläufen wäre Hitler ein unglücklicher erfolgloser Kleinbürger geblieben ..." Knopp fügt dem Zitat den Satz hinzu: "Die Zeiten aber waren nicht normal." Und wer sie nicht erlebt hat, sollte überhaupt das Maul halten und sich kein Urteil anmaßen - ließe sich mit den Worten der Nazi-Generation fortfahren.

Tragische Verstrickungen

Schuldige gibt es für Knopp ebenso wenig wie Nutznießer des Nazismus. Nicht etwa "sozioökonomische Notwendigkeiten" brachten Hitler an die Macht, sondern das "Intrigenspiel um einen altersmüden Präsidenten". Das Kapital habe sich dezent im Hintergrund gehalten: "Industrielle und Banken mißtrauten, von wenigen Ausnahmen abgesehen, dem Volkstribun Hitler, der für ihren Geschmack viel zu weitgehende soziale Versprechungen machte." Daß die "wenigen Ausnahmen" - schwarze Schafe gibt es überall - die NSDAP nicht nur finanzierten, sondern auch Hitlers Ernennung zum Reichskanzler schließlich durchsetzten, verschweigt Knopp. Auch die vielzitierte Aussage des Bankiers Schröder vor dem Nürnberger Tribunal ist ihm keine Erwähnung wert: "Das wirtschaftliche Programm Hitlers war der Wirtschaft allgemein bekannt und wurde von ihr begrüßt." Knopp zufolge hätten die Kapitalisten geduldig abgewartet und erst nach Hitlers Ernennung auf den Sieger gesetzt - menschlich verständlicher Alltagsopportunismus, dessen sich bekanntlich auch die unteren Klassen schuldig gemacht haben.

Besonderes Engagement zeigt Knopp, wenn es gilt, die Wehrmacht gegen "pauschale" Vorwürfe in Schutz zu nehmen. Knopps Lieblingsvokabeln in diesem Zusammenhang sind "mißbraucht" und "verstrickt". Worin bestand die "Tragik der mißbrauchten Wehrmacht"? Eigentlich, so Knopp, wollten die Generäle den Krieg gegen die Sowjetunion als ganz normale "Auseinandersetzung zweier Armeen" führen - aber Hitler ließ sie nicht, "machte sie zu seinen Komplizen". Was sollten sie tun? Da war der Eid, die preußische Tradition, das Pflichtgefühl, die Liebe zum Vaterland. Schon war "auch die Wehrmacht in den Holocaust verstrickt". Knopp gibt immerhin zu, daß die Wehrmacht an den Judenmorden beteiligt war - natürlich nur in "beschämenden Einzelfällen".

Gründe zum Weiterkämpfen bis zum letzten Mann gab es dennoch: "Seit Oktober 1944 gab es an der Ostfront einen neuen Grund zur Gegenwehr: die Rote Armee erreichte deutschen Boden. Der Name ‚Nemmersdorf` geriet zum Fanal: Stalins Truppen rächten sich mit einem Blutbad unter der Zivilbevölkerung für jene Grausamkeiten, die in deutschem Namen (!) auf dem Boden der Sowjetunion begangen worden waren." Vor zehn Jahren hatte Andreas Hillgruber im "Historikerstreit" die Forderung aufgestellt, "wir" müßten uns mit dem letzten Aufgebot an der Ostfront "identifizieren". Ganz so weit geht Knopp nicht; er gesteht "nur" zu, daß es ehrenhafte Gründe für die Fortsetzung des verlorenen Kampfes gegeben habe.

Auch die Westalliierten hätten durch ihre Forderung nach bedingungsloser Kapitulation die Deutschen bis "fünf nach zwölf" an ihren Führer gebunden. Wer konnte schon ahnen, daß das angeblich auf der Konferenz von Casablanca (1943) angedrohte "Strafgericht über alle Deutschen" dann doch nicht kommen würde?

Ein Feind der Deutschen

Breiten Raum nimmt die Frage ein, ob der "Kriegsherr" Hitler mehr "Genie" oder mehr "Scharlatan" gewesen sei. Knopp zitiert das "Dilemma der deutschen Opposition" (das augenscheinlich auch sein eigenes ist) mit den Worten Ulrich von Hassels: "Man könnte verzweifeln unter der Last der Tragik, sich an den Erfolgen nicht freuen zu können." Knopp weiß den Aufbau der deutschen "Panzerwaffe" durch Hitler ("vor allem seine Leistung") durchaus zu würdigen; aber schon bald nach den "überraschenden Erfolgen" im Krieg gegen Frankreich habe der größte Feldherr Fehler über Fehler gemacht. Das "Wunder von Dünkirchen" war in Wahrheit der "von Hitler verdorbene Sieg": Sein "Zögern" ermöglichte es 330.000 britischen Soldaten, über den Kanal zu entkommen.

Es folgten "eine ganze Reihe militärischer Fehlentscheidungen" und der Verschleiß der "militärischen Elite". In den letzten drei Kriegsjahren "war der Feldherr Hitler nur noch der Verbrecher". Jetzt verfolgte er vor allem sein "zweites Ziel, die Vernichtung der jüdischen Rasse (!)", aber nicht nur das: "Zuletzt trieb Hitlers kriminelle Energie das deutsche Volk bis an den Rand des Untergangs." Damit zeigte sich, "was der Verbrecher Hitler außerdem noch war: ein Volksverräter." Und ein Feigling: Durch seinen Selbstmord stahl er sich "feige aus der Verantwortung". Sein Tod war "wie das Ende eines Zustandes der Massenhypnose", berichtet eine seiner Sekretärinnen: "Hitler interessierte uns nicht mehr." Knopp assistiert: Ohne Hitler zerfiel sein Reich "wie ein Spuk".

So geht die Geschichte dennoch halbwegs glimpflich aus. Der Führer wird zu Staub, das von ihm verachtete, weil unterlegene Volk aber überlebt - "wenigstens hierin hat er seinen Willen nicht durchsetzen können". Die bleibenden Defekte dieses gerade noch einmal davongekommenen Volkes können nun - dank Knopp und Gleichgesinnten - kuriert werden. "Keine Angst vor Hitler!" ruft Knopp uns zu - er ist doch tot.

Sehr lebendig sind dagegen die hochdotierten Volkspädagogen und fürchterlichen Historiker, die mit Hitler nicht nur gute Geschäfte machen, sondern auch die Geschichte zurechtbiegen und für die herrschende Politik instrumentalisieren. Die Deutschen müßten endlich "aus dem Schatten Hitlers treten", hatte Alfred Dregger schon 1983 gefordert. Guido Knopps Fernsehserie und sein Buch leisten dazu einen nicht zu unterschätzenden Beitrag. Ihre politische Absicht ist für die Mehrzahl der TV-Konsumenten und Leser vermutlich schwerer zu durchschauen, als die vorliegende Zitatensammlung vermuten läßt.

Js.

16. Sonderrecht für Juden. Eine Sammlung juristischer Maßnahmen im NS-Staat - Annotation

Autor: Angela Martin · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak393/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:393:12

Im September 1939 mußten die deutschen Juden ihre Rundfunkgeräte abliefern. Ein Jahr später, am 30. September 1940, wurden ihnen die Telefonanschlüsse gekündigt; ab Mitte Dezember 1941 durften sie nicht einmal mehr öffentliche Fernsprecher benutzen. Im Februar 1942 schließlich wurde ihnen auch noch verboten, Zeitungen, Zeitschriften, Gesetzes- und Verordnungsblätter zu beziehen.

Das sind nur einige der gesetzlichen Maßnahmen, mit denen die Nationalsozialisten Schritt für Schritt die jüdische Bevölkerung von den ohnehin gleichgeschalteten Informationen im "Dritten Reich" abschnitten, die Kommunikation der Juden behinderten und sie so zu unwissenden Opfern zu machen suchten. Die Nazis entwickelten eine perfide Phantasie bei der Diskriminierung, Erniedrigung und Verfolgung der Juden - auch auf der Ebene regulärer Gesetze, Verordnungen und Erlasse. So gelang es ihnen innerhalb weniger Jahre, die jüdische Bevölkerung aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens auszugrenzen und vollkommen zu entrechten.

Manche der Verfügungen wirken heute lächerlich - z.B. das Verbot für Juden, sich von "arischen" Friseuren die Haare schneiden zu lassen. Doch solcherlei amtliche Maßnahmen, mit denen die Juden in allen Lebensbereichen gegängelt wurden, erschwerten es auch "Deutschblütigen" (so der NS-Sprachgebrauch), sich über die Stimmungsmache der Nazis hinwegzusetzen; sie untergruben nachbarliche und Geschäftskontakte. Die Strafen bei Verstoß gegen diese Verordnungen waren hoch - nicht nur für Juden.

Joseph Walk hat knapp 2000 antijüdische Gesetze, Verordnungen und Richtlinien des NS-Staates gesammelt und herausgegeben. Lange war das Standardwerk, das 1981 in einer gebundenen Ausgabe erschienen ist, vergriffen. Jetzt ist es, als Taschenbuch, endlich wieder erhältlich. Die Lektüre der Sonderbestimmungen ist beklemmend. Doch das Handbuch, das auch ein Stichwortverzeichnis enthält, ist unverzichtbar für alle, die sich mit dem Antisemitismus der NS-Zeit befassen.

Angela Martin

Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien - Inhalt und Bedeutung, hrsg. von Joseph Walk, 2. Auflage, Verlag C. F. Müller (Uni-Taschenbücher 1889), Heidelberg 1996, 452 Seiten, DM 39,80.

17. Das republikanische Lager im Spanischen Bürgerkrieg. Politische Fragmentierung und Zersplitterung der Kräfte

Politische Fragmentierung und Zersplitterung der Kräfte - von Walther L. Bernecker

Autor: W.L. Bernecker · Rubrik: Geschichte der Kommunisten; Internationale Solidarität; Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak393/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:393:07

Die Forschung der letzten Jahre hat immer deutlicher hervorgehoben, daß der militärische Verlauf des Krieges und dessen internationale Aspekte sich nicht von der politischen Entwicklung, schon gar nicht von den revolutionären (und konterrevolutionären) Aspekten in beiden Bürgerkriegszonen trennen lassen. Während im Lager der Nationalisten zwangsweise alle politischen Kräfte unter einer Führung zusammengefaßt wurden, vollzog sich in der republikanischen Zone der entgegengesetzte Prozeß einer Desintegration der politischen Kräfte.

Bei Kriegsbeginn sah sich die Regierung Santiago Casares Quiroga zum Rücktritt gezwungen; die Ein-Tages-Regierung von Diego Martínez Barrios nahm nicht einmal die Amtsgeschäfte auf und wurde am 19. Juli 1936 von der lediglich aus bürgerlichen Republikanern bestehenden Regierung José Giral abgelöst. Angesichts seines Mißerfolgs beim Versuch, internationale Hilfe für die Republik zu erlangen, wich Giral Anfang September 1936 dem sozialistischen Gewerkschaftsführer Francisco Largo Caballero. Dessen Regierung aus Liberalen, Republikanern, Kommunisten und Sozialisten wurde Anfang November 1936 - zum ersten Mal in der Geschichte - durch Vertreter der anarchistischen Organisationen CNT und FAI erweitert. Mitte Mai 1937 stürzten die Kommunisten Largo Caballero; die nun folgende "Regierung des Sieges" des rechtssozialistischen Ministerpräsidenten Juan Negrín blieb (bei wiederholten Umbildungen) bis zum Ende des Krieges im Amt.

Der "kurze Sommer

der Anarchie"

Die politische Entwicklung im republikanischen Lager während des Bürgerkrieges wurde maßgeblich durch die Ereignisse der ersten Tage nach dem Putsch im Juli 1936 geprägt. Ohne nämlich die Weisungen oder Einwilligung der Regierung abzuwarten, bewaffneten sich am 18./19. Juli 1936 die Arbeiterorganisationen - allen voran die Anarchosyndikalisten - selbst. Sie warfen sich den rebellierenden Truppen entgegen und verhinderten einen sofortigen Sieg der Aufständischen. In den Landesteilen, in denen der nationalistische Aufstand niedergeschlagen werden konnte, wurde innerhalb weniger Wochen auf lokaler und regionaler Ebene das bestehende politische, soziale und ökonomische System weitgehend abgeschafft. Die Zentralregierung in Madrid und die autonome Regionalregierung von Katalonien, die Generalitat, blieben zwar bestehen, die wirtschaftliche und politische Macht aber ging an neue soziale Gruppen über; das traditionelle System der Herrschaft wurde von Grund auf verändert.

Es waren hauptsächlich die in der anarchosyndikalistischen CNT und in der anarchistischen FAI, zu einem geringeren Teil auch die in der sozialistischen UGT und dem marxistischen POUM organisierten Arbeiter, die nach dem Zusammenbruch der republikanischen Staatsgewalt die Enteignung und kollektive Bearbeitung größerer landwirtschaftlicher Güter betrieben, die Übernahme vieler Industriebetriebe und der Dienstleistungsunternehmen vollzogen, lokale Machtträger entmachteten und die Verwaltung in die eigenen Hände nahmen, das gesamte öffentliche Leben wieder in Gang brachten und kontrollierten.

Der Beginn des Bürgerkrieges überraschte den spanischen Anarchismus in einer Entwicklungsphase, in der (rein äußerlich) die Bewegung geeint war, in der faktisch aber wichtige Fragen bezüglich der angestrebten Revolution unentschieden waren. Als sich nach der Niederschlagung des Militärputsches die 'Soziale Revolution' unkoordiniert und unkontrolliert über weite Teile des republikanischen Territoriums ausbreitete, stellte sich für die Träger dieser Revolution nicht nur die Frage der wirtschaftlichen Neustrukturierung auf kollektivistischer Grundlage; zugleich galt es, das politische Verhältnis des organisierten Anarchismus zum bisher radikal abgelehnten Staat neu zu bestimmen.

Niedergang der Revolution

Betrachtet man nun die soziopolitische Konstellation ein Jahr nach Kriegsbeginn, so fällt die augenscheinliche Umkehrung der Ausgangssituation ins Auge. Die vor allem im Osten des Landes (Katalonien, Aragonien, Levante) nahezu allmächtige und auch in anderen Landesteilen einflußreiche anarchosydikalistische Gewerkschaft CNT (Confederación Nacional del Trabajo - Nationaler Bund der Arbeit) war Mitte 1937 politisch ausgeschaltet, sozial und wirtschaftlich marginalisiert, innerlich zerstritten, nach außen geschwächt. Die zuvor fast einflußlosen Kommunisten waren zur bedeutendsten Partei im republikanischen Herrschaftsgebiet geworden und konnten in der Volksfrontregierung schon seit längerem ihren Willen durchsetzen. Vor allem aber: Das zusammengebrochene Staatswesen hatte sich erstaunlich schnell wieder aufgerichtet, Regierungschef Juan Negrín hielt als "starker Mann" der Republik die Zügel straff in der Hand, die Revolution war auf allen Gebieten zurückgedrängt, zum Teil gewaltsam liquidiert worden.

Aus der Gegenüberstellung der Machtrelationen im Sommer 1936 bzw. 1937 und der auffälligen Veränderung, die das Verhältnis von Staat und Revolution im Vergleichszeitraum erfuhr, ergibt sich die Frage nach den Gründen für diesen Wandel. Nachdem rebellierende Truppenteile in einigen Gegenden Spaniens im Juli 1936 niedergeschlagen worden waren, behaupteten die anarchistischen Führer, daß die vollständige Realisierung ihres Gesellschaftsprogramms gegenüber politisch andersdenkenden Bevölkerungsteilen einer anarchistischen Diktatur gleichkommen würde. Also entschlossen sich die Anarchisten, unter Mißachtung ihrer Ideologie und jahrzehntelangen antistaatlichen Praxis, zur Zusammenarbeit mit Regierung und Staat. Die Entscheidung, mit der Regierung und den politischen Parteien zusammenzuarbeiten, war der Anfang einer ideologischen Entwicklung, die nicht nur zur Akzeptierung des Staatsapparates und der Regierung, sondern konsequenterweise auch zur Teilhabe an der Macht führte.

Der "Burgfrieden"

der Anarchisten

Der revolutionäre Syndikalismus befand sich im Kriegsverlauf sowohl im machtpolitischen wie im ideologischen Bereich weitgehend auf einem Rückzugsgefecht. Trotz des effektiven Machtverlustes der Anarchisten mobilisierten CNT und FAI jedoch nicht ihre Massengefolgschaft; sie besannen sich nicht auf bisher proklamierte Mittel und Ziele, sondern flüchteten in einen verbalen Eskapismus, der deutlich werden läßt, daß sie schließlich nur noch eine Position der Selbstrechtfertigung zu verteidigen suchten. Die vom Krieg allen Organisationen des republikanischen Spanien aufgenötigte Zentralisierung, Bürokratisierung und Hierarchisierung brauchte auch vor dem organisierten Anarchismus nicht Halt zu machen. Denn der Politisierungsprozeß, der in den anarchistischen Organisationen bereits in den ersten Tagen des Krieges eingesetzt hatte, führte im Juli 1937 zur Preisgabe wesentlicher Grundpositionen des klassischen spanischen Anarchismus. Die damals in Valencia von der FAI (Federación Anarquista Ibérica - Iberische Anarchistische Föderation) verabschiedete Resolution lehnte, obwohl ein Verzicht auf das angestrebte Endziel des herrschaftsfreien Kommunismus explizit zurückgewiesen wurde, den Staat nicht mehr schlechthin ab; die Anarchisten bezeichneten sich nurmehr als "Feinde der Diktatoren" und der "totalitären Regierungsform", forderten ihre Mitglieder jedoch zur Mitarbeit in bestehenden Staatsinstitutionen auf. Unter dem Schlagwort der nationalen Verteidigung und des national-revolutionären Krieges gegen den internationalen Faschismus wurde dem Anarchismus im Spanischen Bürgerkrieg sehr schnell ein politischer Burgfriede aufgenötigt, dessen Konsequenzen für den Fortgang der Revolution er aus politischer Naivität zuerst verkannte und schließlich nicht verhindern konnte. Die Revolutionäre vernachlässigten in den machtpolitisch weichenstellenden Monaten den staatlichen Bereich, was nicht nur zu ihrer baldigen Ausbootung aus allen Schaltstellen der republikanischen Politik, sondern außerdem zur rapiden Restauration des Staatsapparates und letztlich zum Niedergang der Revolution führte.

Der Verlauf der Revolution sowie Aufschwung und Niedergang des Anarchismus hingen im Spanischen Bürgerkrieg in entscheidendem Maße von der Entwicklung und Haltung der übrigen soziopolitischen Kräfte im republikanischen Lager ab. Von besonderer Bedeutung waren die beiden wichtigsten Gruppierungen der Volksfrontregierung: die Sozialisten (PSOE, Partido Socialista Obrero Español, Sozialistische Spanische Arbeiterpartei; UGT, Unión General de Trabajadores, Allgemeiner Arbeiterbund) und die Kommunisten (PCE, Partido Comunista de España, Kommunistische Partei Spaniens). Die Forschung hat sich lange Zeit auf die Kommunisten konzentriert, da deren spektakulärer Aufstieg im Bürgerkrieg zurecht als erklärungsbedürftig

eingeschätzt wurde; in den letzten Jahren jedoch hat sich - parallel zur realpolitischen Entwicklung von Kommunisten und Sozialisten in Spanien - das Interesse der Historiker zunehmend von den Kommunisten ab- und den Sozialisten zugewandt.

Der Aufstieg der Kommunisten

Die Zusammensetzung der Volksfrontregierung, in der die Arbeiterorganisationen über die "bürgerlichen" Kräfte dominierten, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die nicht-revolutionären Kräfte im republikanischen Spanien ab Herbst 1936 wieder deutlich an Boden gewannen: der katalanische Nationalismus in seiner bürgerlich-liberalen Form, der baskische Nationalismus in seiner katholisch-konservativen Ausprägung, der rechte Sozialistenflügel mit seinem Bestreben nach effizienter Staats- und Militärführung und die Kommunisten in ihrem Kampf um eine "demokratische und parlamentarische Republik neuen Typs". Die Trennungslinie zwischen den revolutionären und den reformistischen Kräften lief mitten durch die Sozialistische Partei und verhinderte damit, daß der spanische Sozialismus im Bürgerkrieg die Rolle spielte, die ihm aufgrund seiner Stärke eigentlich zukam. Das von den Sozialisten hinterlassene Machtvakuum wurde im Verlauf des Krieges sehr geschickt von den Kommunisten eingenommen. Die vor dem Bürgerkrieg weitgehend unbedeutende Partei - sie dürfte maximal zwischen 10.000 und 20.000 Mitgliedern gehabt haben - konnte sich mit Hilfe der Volksfront aus ihrer Isolierung befreien und immerhin 16 Delegierte in die Cortes entsenden; 1937 war der PCE mit 250.000 Mitgliedern zur dominierenden Partei auf republikanischer Seite geworden.

Um die Attraktivität der Kommunisten erklären zu können, muß deren Interpretation der politisch-ökonomischen Entwicklung berücksichtigt werden: Die theoretische Begründung der PCE-Haltung jener Jahre lieferte der Kominternbeauftragte Palmiro Togliatti. Nach seiner Interpretation kämpfte die Kommunistische Partei "nicht nur für die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse, sondern auch für eine breite antifaschistische Volksfront, die die eigentümliche Entwicklungsform der spanischen Revolution in der gegenwärtigen Etappe darstellt". Da in den Republikjahren die Aufgaben der bürgerlichen Revolution nicht erfüllt worden waren, galt für die Kommunisten 1936 unverändert: "Noch immer steht die bürgerlich-demokratische Revolution als unmittelbar zu lösende historische Aufgabe auf der Tagesordnung" (Eugen Varga). Von Februar bis Juli 1936 durchzogen die kommunistischen Parlamentsabgeordneten das ganze Land und riefen die Arbeiter dazu auf, "die Volksfront und die Regierung zu stärken und zu unterstützen" sowie "jederzeit bereit zu sein, die Republik zu verteidigen".

Die revolutionäre Entwicklung in der republikanischen Bürgerkriegszone konfrontierte den PCE in seiner Doppelfunktion als Komintern-Organisation und als nationale Kommunistische Partei mit zahlreichen taktischen und ideologischen Problemen. Unter Hervorhebung der deutsch-italienischen Intervention auf seiten der nationalistischen Truppen wurde von den Kommunisten das spanische Kampfgeschehen schon bald als "national-revolutionärer Befreiungskrieg" interpretiert.

Volksfrontpolitik

Die Revolution in der republikanischen Zone brachte die UdSSR und den internationalen Kommunismus in ein echtes Dilemma. Die Sowjetunion konnte das von ihr erstrebte Übereinkommen mit den Westmächten nur dann als realistisches Ziel anvisieren, wenn sie - zumindest als taktisches Manöver - das Ziel der Weltrevolution zugunsten einer pragmatischen, den ökonomischen Interessen der kapitalistischen Westmächte angepaßten Politik der Mäßigung aufgab. In Anbetracht dieser außenpolitischen Situation der UdSSR war die Politik des PCE seit Beginn des Bürgerkrieges darauf ausgerichtet, den Wandel auf republikanischem Gebiet als Vollendung der 1931 begonnenen "bürgerlich-demokratischen Revolution" erscheinen zu lassen; alle sozial, wirtschaftlich oder politisch darüber hinausreichenden Maßnahmen sollten verhindert, notfalls gewaltsam unterdrückt werden. Die Formel "demokratisch-parlamentarische Republik neuen Typs" bedeutete dabei für die Kommunisten eine Grenze gegenüber weitergehenden Sozialisierungsbestrebungen sowie den Vorwand zum Einschreiten gegen Anarchisten, Linkssozialisten und Marxisten des POUM, die eine weiterreichende Umwälzung des wirtschaftlichen, politischen und sozialen Lebens intendierten.

Kommunistischer Argumentation zufolge konnte das primäre Kriegsziel, nämlich der militärische Sieg über Franco, nur erreicht werden, wenn eine starke Aktionseinheit aller antifaschistischen Kräfte erreicht bzw. erhalten wurde. Um aber die bürgerlichen Republikaner - sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene -

nicht von einer breiten Koalition unter Einschluß der Kommunisten abzuschrecken, mußte jeglicher sozialistische Inhalt des revolutionären Geschehens propagandistisch geleugnet und faktisch verhindert werden. Die Machtbasis der Kommunisten blieb stets das Bündnis mit den reformistischen Sozialisten und Republikanern; verbindendes Element war die Ablehnung der proletarischen Revolution der Linkskräfte.

Fragt man danach, inwieweit der PCE im Bürgerkrieg seine selbstgestellte Aufgabe erfüllt hat und welche Konsequenzen seine Orientierung an dem oben skizzierten Programm hatte, so muß das Ergebnis kritisch ausfallen. Sicherlich hatten die Kommunisten wesentlichen Anteil an der Verteidigung der Republik - sie bildeten eine geordnete und disziplinierte Armee, forderten pausenlos zum Widerstand auf, mobilisierten die kleinbürgerlichen Schichten, organisierten die sowjetischen Waffenlieferungen sowie die Internationalen Brigaden -; sie ließen aber durch ihren gewaltsamen antisozialistischen Kurs, der auch vor der Zerstörung demokratischer Selbstverwaltungsansätze nicht haltmachte, im Proletariat sehr bald begründete Zweifel aufkommen, ob der militärische Sieg über die "faschistische Konterrevolution" auch den erstrebten Sozialismus bringen und dieser seinen Niederschlag in neuen Institutionen und Verhältnissen finden würde.

Spaltung der revolutionären Kräfte

Um das revolutionäre Lager zu schwächen, praktizierten die Kommunisten eine Politik der Teilung und Spaltung. Die ersten Angriffe erfuhr die schwächste Kraft des Landes, die Marxistische Partei Partido Obrero de Unificación Marxista (POUM, Arbeiterpartei Marxistischer Vereinigung), deren Existenz und Verfolgung im Bürgerkrieg erstmals durch George Orwells Homage to Catalonia international bekanntgeworden ist

Der PCE verleumdete den POUM ungerechtfertigterweise von Anfang an als Agentur Trotzkis; die Angriffe steigerten sich bis zu den absurden Vorwürfen des "Trotzki-Faschismus" und "Nazi-Trotzkismus". Als die Kommunisten während des ersten Kriegsjahres ihre Machtposition in der republikanischen Zone genügend gefestigt hatten, begann - zeitlich parallel zu den großen Moskauer 'Schauprozessen' - die Abrechnung mit allen realen und eingebildeten Gegnern. Einzelne Etappen im Kampf gegen den POUM waren dessen erzwungener Ausschluß aus der katalanischen Regierung, erste Verbotsmaßnahmen, einzelne Verfolgungen, eine richtige Ausschlußwelle aus Gewerkschaften, die Ermordung des POUM-Führers Andreu Nin, schließlich die systematische und direkte politische und physische Verfolgung der Partei und ihrer Mitglieder. End- und Höhepunkt dieser blutigen Abrechnung war ein "Hochverrats"-Prozeß gegen den POUM, in dem die Hauptangeklagten trotz fehlender Beweise zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt wurden.

Die Spaltung der revolutionären Kräfte läßt sich auch an der weiteren Geschichte der Gewerkschaften aufzeigen: Der von Kommunisten herbeigeführte Sturz von Ministerpräsident Largo Caballero, der noch bis Oktober 1937 UGT-Vorsitzender blieb, und der gleichzeitige Ausschluß der Anarchisten aus der republikanischen Regierung förderten in den Gewerkschaften die Tendenz, eine geschlossene Front gegen die neue Regierung Negrín zu bilden. Alle derartigen Versuche scheiterten allerdings.

Die politische Geschichte der Republik in der Bürgerkriegszeit läßt sich in die zwei großen Phasen der Regierungszeit Largo Caballeros und Negríns unterteilen. Diese Namen stehen für unterschiedliche politisch-militärische Konzepte ebenso wie für eine grundlegende Veränderung der Machtkonstellation. Von den drei entscheidenden politischen Lagern (Kommunisten, Anarchosyndikalisten und Sozialisten) konnten die Kommunisten im Verlauf des Krieges einen immer entscheidenderen Einfluß erringen, während die Bedeutung der Anarchosyndikalisten deutlich zurückging und die verschiedenen sozialistischen Strömungen vor allem die historische Funktion hatten, die kommunistische Politik in den einzelnen Kriegsphasen zu stützen.

Ein Vergleich der politischen Entwicklungen in beiden Bürgerkriegszonen läßt deutliche Unterschiede erkennen, die sich letztlich auch in erheblichem Umfang auf den Kriegsverlauf auswirken sollten. Während es im franquistischen Lager gelang, sämtliche soziopolitischen Kräfte unter einer Führung zusammenzufassen, ist auf der republikanischen Seite eine Zersplitterung der Kräfte zu registrieren. Die Kommunisten versuchten zwar mit allen Mitteln, den PSOE und den PCE zu einer "Einheitspartei" (Partido Unico) zu vereinigen, da sie darin ihre besten Chancen zur Errichtung einer "Einheitsfront" (Frente Unico) sahen; sie scheiterten aber an den erfolgreichen Abwehrmaßnahmen der Sozialisten, besonders Largo Caballeros. Die Machtübernahme durch Negrín führte jedoch andererseits zu einer weiteren Einflußzunahme der Kommunisten, zu einer vertieften Spaltung der Sozialisten und damit zu einer weiteren Schwächung der Stabilität der Republik. Die politische Fragmentierung der Linken und die Desintegration der Kräfte in der republikanischen Zone erhöhten

wiederum die Bedeutung der Kommunisten für Negríns Regierung. Der Erosionsprozeß der Organisationen im republikanischen Lager entsprach letztlich einer zunehmenden Desintegration des Volksfrontpaktes als einer klassenübergreifenden Allianz.

Das Scheitern

der Volksfrontpolitik

Daß die Volksfront als Pakt unterschiedlicher sozioökonomischer Interessen gegen Ende des Krieges zusammenbrach, hing mit zwei Entwicklungen zusammen: Zum einen war unter der Arbeiterschaft nach 30 Monaten Krieg eine Erschöpfung und Hoffnungslosigkeit zu registrieren, die mit der Münchner Konferenz - auf der allgemeiner Einschätzung zufolge auch die spanische Republik auf dem Appeasementaltar geopfert wurde - ihren Höhepunkt erreichte. Zum anderen fiel ganz besonders die Demoralisierung der Mittelschichten ins Gewicht - also jener Gruppen, die im Verlauf des Krieges immer deutlicher zur Basis der PCE-Politik geworden waren. Für diese (vor allem auch katalanischen) Mittelschichten war die Kommunistische Partei anfangs ein Schutzschild gegen die Volksrevolution, später das Mittel, den Krieg zu gewinnen. Je länger sich jedoch der Krieg hinzog, desto funktionsloser wurde der PCE für diese Schichten: Als Schutz gegen die längst abgewürgte Revolution war er nicht mehr vonnöten, und als Vehikel zur Gewinnung des Krieges hatte er letztlich versagt. Durch seinen unbedingten Durchhaltewillen wirkte er vielmehr kontraproduktiv, da Kapital- und Finanzinteressen gegen eine Strategie des unbedingten Widerstandes - und das hieß: der weiteren Zerstörung von Gütern - waren. Die Kommunisten entfremdeten sich somit im Bürgerkrieg sowohl die Arbeiterschaft (durch ihre antirevolutionäre Politik) als auch die Mittelschichten (durch ihre erfolglose Kriegführung). Die entscheidende Loyalität der Mittelschichten gegenüber der Republik war an militärische Fortschritte gebunden. Deren Ausbleiben führte dazu, daß einem (wie auch immer gearteten) Ausgleich mit der Franco-Seite immer größere Bedeutung beigemessen wurde.

Auswahlbibliographie:

Walther L. Bernecker: Krieg in Spanien, Darmstadt 1991.

Julián Gorkin: Stalins langer Arm. Die Vernichtung der freiheitlichen Linken im Spanischen Bürgerkrieg, Köln 1980.

Helen Graham: The Spanish Popular Front and the Civil War, in: Helen Graham/Paul Preston (Hrsg.), The Popular Front in Europe, London 1987, S. 106-130.

Paul Heywood: Marxism and the Failure of Organised Socialism in Spain, 1879-1936, Cambridge 1990.

Santos Juliá: República, revolución y luchas internas, in: El socialismo en España. Desde la fundación del PSOE hasta 1975, Madrid 1986, S. 231-254 (= Anales de Historia, Bd. 1, 1986).

César M. Lorenzo: Los anarquistas españoles y el poder, 1868-1969, Paris 1972.

Georg Orwell: Homage to Catalonia, London 1937 (dt.: Mein Katalonien, München 1964).

Manuel Tuñón de Lara: El socialismo español en la Guerra Civil, in: El socialismo en España. Desde la fundación del PSOE hasta 1975, Madrid 1986.

Manuel Tuñón de Lara: Socialismo y Guerra Civil, Madrid 1987 (= Anales de la Fundación Pablo Iglesias, Bd. 2, 1987).

18. Angst und Hoffnung in Guatemala. Interview mit Juan León

Interview mit Juan León (FDNG)

Autor: FDNG · Rubrik: Guatemala · CD-Datei: daten/aksuche/ak393/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:393:08

Der Menschenrechtler Juan León, 41, kandidierte auf der Liste der Oppositionspartei "Demokratische Front Neues Guatemala" (FDNG) für das Amt des Vize-Präsidenten. Die neugegründete Partei wurde mit knapp 10% der abgegebenen Stimmen und sechs Parlamentssitzen (von insgesamt 80) auf Anhieb drittstärkste politische Kraft. Damit ist die Linke erstmals seit 1954 wieder im Parlament vertreten. Die FDNG erzielte in der Hauptstadt sowie im indianisch geprägten Hochland besonders gute Resultate. Mit unserem Interviewpartner Juan León sowie der FDNG-Abgeordneten Rosalina Tuyúc und Rigoberta Menchú, die selbst Quiché-Indianer sind, spielen Führungspersönlichkeiten der Maya-Nachkommen (ca. 65% der Gesamtbevölkerung in 22 Ethnien) zum ersten Mal seit der Unterwerfung durch die Spanier eine maßgebliche Rolle im politischen Leben.

In Guatemala finden derzeit Friedensgespräche zwischen der linken Guerillabewegung URNG und der Regierung statt, um den mehr als 30 Jahre währenden bewaffneten internen Konflikt durch ein Friedensabkommen beizulegen. Nach mehreren Teilabkommen wird im Herbst die Unterzeichnung des Friedensvertrags erwartet. Unser Gesprächspartner zeigte die Schwächen des Verhandlungsprozesses auf und nahm zu den Debatten in der FDNG Stellung, in denen es um die politische Perspektive der Opposition geht.

Das Interview führte Albert Sterr.

1. Die "Demokratische Front Neues Guatemala"

Frage: Wie bewerten Sie das erste Halbjahr der Regierung des Präsidenten Alvaro Arzú?

Juan León: Was die Wirtschaftspolitik betrifft, knüpft er nahtlos an die neoliberale Doktrin seiner Vorgänger an. Arzú will privatisieren, was nur irgend möglich ist, egal welche Konsequenzen das für die verarmten Bevölkerungsschichten hat.

Wie beurteilen Sie dessen politischen Kurs?

Seine politischen Vorstöße machen uns große Sorgen. Arzú setzt sich rücksichtslos durch und verweigert anderen Parteien oder den sozialen Bewegungen das Gespräch. Dieser Regierungsstil ist alles andere als demokratisch. Mich erinnert das eher an eine zivile Form der Diktatur.

Konnte die "Demokratische Front" im Parlament konkrete Erfolge verbuchen?

... Wir brachten einige Gesetzesvorhaben ein, wurden jedoch niedergestimmt. Da wir im Parlament kaum Mehrheiten finden werden, geht unsere Arbeit hauptsächlich in Richtung Bevölkerung. Unsere Anträge sollen der Bevölkerung zeigen, daß die rechten Parteien konsequent Positionen gegen die Interessen der Mehrheiten einnehmen.

Wie sehen Sie die Rolle der "Demokratischen Front"? Soll sie weiter als Oppositionspartei wirken oder soll sie, wie die FDNG-Abgeordnete Nineth Montenegro meint, diese Phase abschließen und statt dessen versuchen mitzugestalten?

Für mich ist die "Demokratische Front" eine Oppositionspartei. Hierin liegt ihre Bedeutung und Stärke. Wobei soll denn die FDNG konkret mitwirken? Etwa in der Wirtschaftspolitik? Ich sehe nicht, wie sich das mit unseren programmatischen Grundsätzen vereinbaren ließe. Die FDNG lehnt das Konzept des Neoliberalismus ab, weil es zu Lasten der Armen geht. Die PAN-Regierung hingegen forciert den Neoliberalismus, der nur den Reichen und Mächtigen dient.

Offenbar findet innerhalb der "Demokratischen Front" sowie in den sozialen Bewegungen eine Ausdifferenzierung der Standpunkte statt. Die FDNG-Abgeordnete Nineth Montenegro nimmt zu verschiedenen Fragen Positionen ein, die man "gemäßigt" oder auch "sozialdemokratisch" nennen könnte. Die

Flüchtlingsorganisation "Comisiones Permanentes" hat sich gespalten. Auch dort deutet sich die Herausbildung eines Flügels an, der sich von der Radikalität anderer Basisorganisationen absetzt. Sind dies die Anfänge einer Sozialdemokratisierung von Teilen der Opposition?

Zunächst haben die Probleme der "Comisiones Permanentes" oder anderer Volksorganisationen nichts mit der "Demokratischen Front" zu tun. In Falle der Flüchtlinge oder auch in einigen Bereichen der Campesino-Organisation CUC (Komitee für Campesinoeinheit) und bei der Maya-Menschenrechtsorganisation CERJ ist es so, daß es an der Basis Probleme gibt. Diese haben jeweils unterschiedliche Ursachen. Gemeinsam ist ihnen aber, daß sie mit den veränderten Umständen zusammenhängen, in denen die jeweiligen Organisationen aktiv werden. Was die "Demokratische Front" betrifft, ist mir nicht bekannt, daß es eine ausgeprägte Tendenz oder Strömung gäbe, wie dies in der Frage anklingt. Nineth Montenegro hat sich als Einzelperson geäußert, was ihr gutes Recht ist. Soweit ich weiß, haben keine anderen FDNG-Politiker in ähnlichem Sinne Stellung bezogen.

Aber es ist nicht abzustreiten, daß sich die Opposition zerfasert. In vielen Bereichen gibt es Parallelorganisationen, wobei die inhaltlichen Differenzen für Außenstehende vielfach nicht wahrzunehmen sind. Liegt dies daran, daß der Repressionsdruck nachläßt und deshalb die Positionen auseinanderstreben?

Es stimmt, daß zum Teil neue Projekte aus der Taufe gehoben werden, die nicht in erster Linie den Nutzen der Allgemeinheit zum Ziel haben. Sie dienen vielmehr Führungspersonen, die zwar auch Anhänger hinter sich wissen, jedoch nur einen Teil der betreffenden Bevölkerung. Dieses Phänomen wird sich nach Abschluß der Friedensverhandlungen noch ausweiten. Meiner Ansicht nach wird die Opposition einen Prozeß durchlaufen, in dem sich die Spreu vom Weizen trennt. Ein Teil wird nach Lösungen suchen, die für sie persönlich vorteilhaft sind, während andere an der langfristigen politischen Perspektive einer grundlegenden gesellschaftlichen Veränderung festhalten.

Die FDNG hat in einigen Kommunen die Bürgermeisterwahlen gewonnen, darunter auch in Provinz (s diesen Gemeinden vernimmt man ebenfalls neue Töne, so den Ruf nach "Regierbarkeit". Was hat sich in den Kommunen mit FDNG-Vergleich zu vorher geändert?

Vor allem die Art zu administrieren und zu regieren. Wir brechen mit der autoritären Tradition, die jahrzehntelang systematisch gefördert wurde. Ein einmal gewählter Bürgermeister konnte tun und lassen was er wollte, Vetternwirtschaft, Veruntreuung öffentlicher Gelder und Amtsmißbrauch eingeschlossen. In den Kommunen, die von der FDNG regiert werden, finden öffentliche Anhörungen statt, in denen die Exekutive über ihre Arbeit Rechenschaft abgibt. Mit diesen "cabildos abiertos", die sehr gut besucht sind, wird die politische Beteiligung der Bevölkerung gefördert.

Favorisiert die FDNG bestimmte Wirtschaftsprojekte?

Abgesehen von Einzelprojekten stecken wir in diesen Fragen erst in den Anfängen. Wir sollten nicht vergessen, daß der Spielraum für die Kommunen minimal ist. Guatemala ist ein armes Land und die Gemeinden sind die politische Gliederung, die am ärmsten ist. In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, daß die PAN versucht, unsere Bürgermeister mit der Steuerung der Vergabe von Projektgeldern unter Druck zu setzen. Im Falle der Provinzhauptstadt Santa Cruz Quiché, in der erstmals ein Indígena für die FDNG gewann, boykottiert der PAN-Gouverneur dessen Arbeit und zieht Parallelprojekte auf. Die Einwohner sollen den Eindruck gewinnen, daß ein Indígena unfähig sei zu regieren, während der Regierungsmann scheinbar gute Arbeit macht. Vor kurzem hat ein erstes Koordinationstreffen von 38 indianischen Bürgermeistern stattgefunden. Sie wollen im Ausland Gelder auftreiben, jedoch vermeiden, daß die Mittel über die guatemaltekische Staatsbürokratie ausgezahlt werden.

Wie kommt es, daß es so viele sind? Die FDNG hat doch nur eine Handvoll Bürgermeisterämter gewonnen.

Die Frente wurde erst sehr kurz vor den Wahlen gegründet. In vielen Gemeinden waren die Listen schon aufgestellt und Leute, die uns nahestehen, hatten sich auf die Listen anderer Parteien setzen lassen, um überhaupt antreten zu können. Nachdem sie gewonnen hatten, traten sie in die FDNG ein. Dies ist in Gemeinden wie San Antonio Jilotenango und Chiché der Fall.

Die Integration der Guerillabewegung URNG in die Legalität steht bevor. Es verlautete, die revolutionären Organisationen wollten im Rahmen Ihrer Partei politisch aktiv werden. Was ist an diesen Meldungen dran?

Zum jetzigen Zeitpunkt sind das Spekulationen. Der FDNG liegt kein Antrag vor, daß die URNG in ihren Reihen mitarbeiten möchte. Wenn dies der Fall wäre, müßte die Parteiführung darüber befinden.

2. Zum Stand der Friedensverhandlungen

Besteht das historische Ergebnis des Friedensprozesses darin, daß die bislang aus dem politischen Leben Ausgeschlossenen, die indianische Bevölkerungsmehrheit, in Zukunft darin eingeschlossen sind?

Das ist nur ein Gesichtspunkt. Wenn wir von einem wirklichen Frieden reden, dann ist dieser nur zu erreichen, wenn alle Beteiligten, also auch Regierung, Armee und Großgrundbesitzer bereit sind, die Abkommen zu erfüllen. Was die Maya betrifft, so geht es nicht nur darum, daß wir am öffentlichen Leben gleichberechtigt teilnehmen können. Es geht auch nicht nur um politische Autonomierechte für die indianischen Gemeinden. Wenn es uns nicht gelingt, einen Ausweg aus der schrecklichen Armut unserer Gemeinden zu finden, fehlt ein wesentlicher Grundpfeiler für einen soliden Frieden.

Aber es zeichnet sich doch schon heute ab, daß das Friedensabkommen dafür nicht viel hergibt.

Es gibt im Teilabkommen über sozioökonomische Aspekte einige Ansatzpunkte, an die man anknüpfen kann. Die Vereinbarungen sind weit davon entfernt die Armut zu beseitigen, sie können jedoch als Ausgangsbasis dienen.

An welche Teilaspekte denken Sie dabei?

Das am 6. Mai unterzeichnete Teilabkommen definiert die soziale Verantwortung des Staates. Unter anderem wird festgelegt, daß die Gesundheitsversorgung, das Schulwesen usw. verbessert werden sollen.

Gut, aber wie soll das im Rahmen der herrschenden Wirtschaftspolitik vonstatten gehen, die doch gerade dadurch gekennzeichnet ist, daß sich der Staat aus diesen Bereichen zurückzieht?

Das paßt schlicht und ergreifend nicht zusammen. Die wirtschaftsliberale Regierungspartei PAN will die sozialen Dienste privatisieren. Das Abkommen hingegen widerspricht diesem Ansinnen.

Außer in Guatemala gibt es in El Salvador, Kolumbien oder auch Palästina vergleichbare Friedensprozesse. Trotz aller Unterschiede ähneln sie sich darin, daß nur ein Bruchteil dessen verwirklicht wird, was vorher unterschrieben wurde. Nach Applaus und großen Erwartungen folgte jeweils die Ernüchterung. Hat es überhaupt Sinn, sich auf derartige Abkommen einzulassen?

Ich denke schon. Die Verträge beinhalten die Hoffung auf Reformen. Die Befreiungsbewegung URNG und auch die Zivilgesellschaft verbinden mit den Verträgen diese Intention. Die URNG hat die Stimmung im Lande richtig eingeschätzt, als sie zu verhandeln anfing. Wir haben den jahrzehntelangen Krieg satt. Einen Krieg, der außerdem immer als Vorwand diente, um die Unterdrückung der Protestbewegungen oder Armeemassaker in Konfliktzonen zu rechtfertigen.

Wie steht es mit Regierung und Armee?

Sie verhalten sich sehr widersprüchlich. Einerseits unterschreiben sie die Abkommen, und andererseits debattiert die PAN gerade ein Gesetz, das die Streikrechte drastisch einschränken soll. Die Armee spricht von Frieden, will aber nicht akzeptieren, daß viele junge Männer keinen Kriegsdienst leisten wollen. In nahezu diktatorischer Art und Weise wurde ein Gesetz durchgepeitscht, das den obligatorischen Wehrdienst zur Pflicht erklärt.

Nehmen wir die Verwirklichung der bisherigen Teilabkommen etwas genauer unter die Lupe, beispielsweise die Menschenrechte.

Wir müssen mit beiden Beinen auf dem Boden bleiben. Es ist für uns ein hohes Ziel zu erreichen, daß niemand mehr gefoltert oder aus politischen Gründen ermordet wird. So sieht jedoch die Realität derzeit noch nicht aus. Die Regierung behauptet, daß für die Toten Kriminelle oder Regierungsfeinde verantwortlich seien. Es wäre naiv anzunehmen, daß die Menschenrechtsverletzungen mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages aufhören. Die Regierung hat zwar die Pflicht dafür zu sorgen, und daran soll die internationale Öffentlichkeit sie auch messen. Aber davon ist die Regierung noch weit entfernt. Mittlerweile werden zwar keine führenden Oppositionspolitiker mehr umgebracht, sehr wohl aber weniger bekannte Basismitglieder.

Wie weit ist die vereinbarte Entmilitarisierung der Gesellschaft gediehen?

Die angebliche Abschaffung der Militärbeauftragten, die in den Gemeinden als verlängerter Arm der Armee fungieren, zeigt sehr deutlich, wie widersprüchlich die Lage ist. Offiziell wurden die "comisionados militares" abgeschafft. Die Armee veranstaltete sogar eine große öffentliche Abschiedsfeier zu diesem Anlaß. Aber das war nur eine Sache für die internationale Öffentlichkeit. Denn in den Gemeinden im Landesinneren sind sie weiter aktiv. Die Militärbeauftragten schüchtern Leute ein und bereichern sich, indem sie Geld fordern, da andernfalls die Sicherheit der Personen in Gefahr sei.

Schon vor gut einem Jahr wurden die Rechte der Indígenas neu definiert. Welche Taten folgten bisher?

Die indianischen Gemeinden organisieren sich selbständig. Die Indígenas haben ihrerseits bereits alle vorgesehenen Kommissionen gebildet, um das Abkommen mit Leben zu füllen. Von Seiten der Regierung ist bisher gar nichts geschehen. Für Präsident Arzú hat das Thema keine Priorität.

Sind im Staatshaushalt entsprechende Gelder ausgewiesen?

In der Presse tauchten Grafiken auf, aus denen zu ersehen war, welche Summen für die einzelnen Teile des Friedensabkommens zur Verfügung stehen sollen. Im Falle der Indígenas war es wirklich peinlich und schockierend. Denn für die Streitkräfte, die drastisch verkleinert und in die Kasernen zurückgeschickt werden müssen, sind 250 Mio. US$ vorgesehen. Indessen sollen wir uns mit 68 Mio. US$ zufriedengeben. Die Summe ist lächerlich, wenn man bedenkt daß wir immerhin 70% der Bevölkerung repräsentieren. Diese Regierung hat bisher den Maya nichts zu bieten.

Guatemala geht dem Ende eines 35jährigen bewaffneten Konflikts entgegen, an dessen Ausgangspunkt nicht zuletzt die extreme Ausbeutung breiter Bevölkerungsschichten stand. Nun schweigen zwar die Waffen, die sozialen Ursachen des Krieges bestehen jedoch weiter. Ist ein auf dieser Grundlage abgeschlossener Friede tragfähig?

Solange die Ursachen des Krieges nicht beseitigt sind, wird es sich um einen fiktiven Frieden, einen papierenen Frieden handeln. In die bisherigen Teilabkommen sind, zumindest zu einem gewissen Teil, Forderungen eingeflossen, die in der Zivilgesellschaft formuliert wurden. Sollten, was ich befürchte, Regierung und Armee die Abkommen nach der Entwaffnung der URNG einfach auf den Müllhaufen der Geschichte werfen wollen, weil es keine bewaffnete Opposition mehr gibt, die sich ihnen entgegenstellt, dann verlieren wir nur Zeit. Aber mit Frieden hat das nichts zu tun.

Vielen Dank für das Gespräch.

19. Kurze Geschichte des Staates Libanon

Teil 1: Von der Doppelregierung 1988 zur Regierung der Nationalen Einheit 1992

Rubrik: Libanon · CD-Datei: daten/aksuche/ak393/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:393:05

Was vor einigen Jahren noch undenkbar schien, ist heute im Libanon Realität: Der Staat hat auf 90% des libanesischen Territoriums seine Autorität wiederhergestellt und die meisten libanesischen und palästinensischen Organisationen entwaffnet. Das Land befindet sich in einer Phase des Wiederaufbaus und des wirtschaftlichen Aufschwungs. Im Folgenden soll das Ende des Bürgerkrieges und die Entstehung der "Zweiten Republik", wie das politische System des Nachkriegs-Libanon auch genannt wird, nachgezeichnet werden.

Im September 1988 endete die Amtszeit von Präsident Amin al-Jemayyel, ohne daß sich Präsident und Regierung, der Armeechef, die Führer der wichtigsten Milizen sowie die einflußreichen ausländischen Parteien Syrien und die USA auf einen Nachfolger einigen konnten. Jemayyel, von verschiedenen Seiten unter Druck gesetzt, entschloß sich, den maronitischen (1) Armeechef Michel Aoun mit der Bildung einer Übergangsregierung zu beauftragen. Damit stieß er auf die Ablehnung des amtierenden Ministerpräsidenten Salim al-Huss, der sich weigerte, den Weg zu einer Regierungsbildung unter Aoun freizugeben.

Zwei Regierungen

Aoun stellte dessen ungeachtet sein Kabinett zusammen, so daß der Libanon nun zwei miteinander konkurrierende Regierungen hatte. Aoun regierte Ostbeirut und einen Teil der christlichen Gebiete, während al-Huss, zumindest formal, Westbeirut sowie die muslimischen und gemischten Gebiete regierte. Am 18. Oktober 1988 lief auch die Amtszeit des Parlamentspräsidenten ab, so daß von diesem Zeitpunkt an das Parlament nicht mehr zusammentrat. Aouns Hauptziel war der Abzug der syrischen Truppen und die Wiederherstellung der Staatsmacht. Er erhielt dafür Rückendeckung - und Waffen - vom Irak, der in der Arabischen Liga für die Einsetzung einer Kommission plädierte, die die Krise regeln sollte.

Syrien befand sich zu diesem Zeitpunkt in politischer Isolierung und in einer schweren wirtschaftlichen Krise. Als einziges arabisches Land hatte es den Iran im Krieg gegen den Irak unterstützt und war dafür mit der Streichung von Hilfsgeldern aus Saudi-Arabien und den Golf-Staaten bestraft worden. Auch die Sowjetunion, bemüht um bessere Beziehungen zu den USA und interessiert an der Beilegung internationaler Konflikte, hatte ihre Unterstützung eingeschränkt. Der Irak wollte auf keinen Fall eine syrische Hegemonie über den Libanon dulden (2), die, wie es unter den gegebenen Umständen erschien, nun gebrochen werden konnte.

Anfang 1989 nahm die Kommission der Arabischen Liga ihre Arbeit zur Befriedung des Landes auf. Die Initiative scheiterte an der Frage über den Verbleib syrischer Truppen im Libanon. Die Rolle als "Ordnungsfaktor" im Libanon und als Konfrontationsstaat im israelisch-arabischen Konflikt waren die letzten Trümpfe in syrischer Hand, deren Aufgabe einem politischen Selbstmord gleichgekommen wäre. Erst unter dem Druck der nun folgenden Ereignisse kam die Initiative voran.

In seinem Regierungsbereich geriet Aoun zunehmend in Konflikt mit den dort seit mehreren Bürgerkriegsjahren herrschenden Forces Libanaises (FL). Wie andere Milizen auch, hatten sich die FL ursprünglich öffentliche Einrichtungen angeeignet. Sie finanzierten sich durch die Erhebung von Gebühren und Zöllen in ihrem Machtbereich. Da im Gebiet der FL die Häfen von Beirut und Jounieh lagen, waren die Einnahmen hier besonders profitabel. (3) Aoun forderte diese Häfen für den Staat zurück. Nach einer heftigen Schlacht zwischen FL und den Armeebrigaden unter Aoun im Februar 1989, erhielt der Staat die Kontrolle über diese wichtige Einnahmequelle wieder.

Mit dieser Aktion hatte Aoun gezeigt, daß er die Wiederherstellung der staatlichen Autorität höher stellte als konfessionelle Bande. Dies brachte ihm auch auf muslimischer Seite viele Sympathien ein.

Die Regierung Aoun forderte nun auch die Übergabe der Häfen in anderen Teilen des Landes. Doch die schiitische Amal und die Sozialistische Fortschrittspartei (PSP) (4) weigerten sich, die von ihnen genutzten Häfen in Khalde und Ouzai bzw. Jiyeh aufzugeben. Aus einer Blockade der Häfen durch libanesische Armeeeinheiten entwickelte sich schnell ein Kampf zwischen PSP, Amal und syrischer Armee auf der einen sowie Aouns Brigaden auf der anderen Seite. Im März bekam die Auseinandersetzung eine dramatische

Dimension, als Aoun die Kämpfe zum "Befreiungskrieg" gegen die syrische Armee erklärte und damit die syrische der israelischen Besatzungsarmee gleichstellte. Der Krieg sollte über sechs Monate andauern und auf beiden Seiten verheerende Schäden anrichten, denn das von Kampfhandlungen betroffene Gebiet gehörte zu den am dichtesten besiedelten des Landes. (5)

Das Abkommen von Taef

Im Mai 1989 hatte der Arabische Gipfel von Casablanca die Staatsoberhäupter von Saudi-Arabien, Marokko und Algerien beauftragt, eine umfassende Lösung des Konflikts in die Wege zu leiten. Im September/Oktober 1989 konnten 62 der ursprünglich 99 Abgeordneten des libanesischen Parlaments im saudi-arabischen Ort Taef versammelt werden, wo ihnen von den Gastgebern ein "Dokument nationaler Verständigung" vorgelegt wurde. (6) Diesmal hatten die Syrer zugestimmt, denn der umstrittene Punkt der syrischen Präsenz war, zwar in eine Kompromißformel gekleidet, aber doch immerhin aufgenommen worden. Besonders die Kämpfe um die Häfen in Ouzai, Khalde und Jiyeh hatten wieder einmal gezeigt, daß die Befriedung des Landes ohne die Unterstützung Syriens nicht möglich war.

Nach dreiwöchigen Diskussionen und diversen Veränderungen verabschiedeten die Parlamentarier das Papier, dessen Inhalte 1990 in der Verfassung verankert wurden und das im wesentlichen nur eine Machtverschiebung im politischen System von der maronitischen zur sunnitischen (7) Bourgeoisie vorsah.

Dieses Abkommen beinhaltete u.a. folgende Punkte:

- Die exekutive Gewalt geht von dem (maronitischen) Präsidenten an den (gemischten) Ministerrat über.

- Stärkung der Position des (sunnitischen) Ministerpräsidenten, der nicht mehr durch den Präsidenten abgesetzt werden kann.

- Kompetenzzuwachs für den (schiitischen) (8) Parlamentssprecher.

- Herstellung einer christlich-muslimische Parität im Parlament und zu diesem Zweck Erhöhung der Zahl der Parlamentssitze auf 108.

- Graduelle Abschaffung des politischen Konfessionalismus und Herstellung von "sozialer und ökonomischer Gerechtigkeit" durch langfristige, öffentliche Entwicklungsprojekte bei gleichzeitigem Festhalten an einem "freien ökonomischen System, das private Initiative und das Recht auf Eigentum" garantiert.

- Entwaffnung der Milizen, Verringerung der syrischen Truppen und deren Verlegung in die Beqaa.

Laut Abkommen sollte die syrische Armee dem libanesischen Staat "helfen", dessen Autorität im Lande wieder herzustellen. Über die syrische Truppenstärke und deren Verbleib im Libanon sollte zu einem späteren Zeitpunkt von den beiden Regierungen verhandelt werden. (9) Dies genügte Aoun, das Abkommen rundweg abzulehnen. Er erklärte das Parlament für aufgelöst. Trotzdem trat das Parlament im November 1989 im Nordlibanon zusammen, um das Taef-Abkommen offiziell zu bestätigen und einen neuen Staatspräsidenten zu wählen.

Der neugewählte Präsident Rene Mu'awwad kam 17 Tage darauf bei einem Anschlag ums Leben. Nachfolger wurde der als pro-syrischer Pragmatiker bekannte Elias Hrawi (10), der Aoun sogleich seines Amtes als Oberkommandierender der Armee enthob und ihn aufforderte, den Präsidentenpalast in Baabda zu räumen.

Aoun:

Idol einer Volksbewegung

Mit seiner Haltung stand Aoun bald allein da.

Der maronitische Patriarch Sfeir hatte in Übereinstimmung mit dem Vatikan seine Unterstützung für das Abkommen erklärt. Die Kirchenführung befürchtete, daß die Zahl der Christen bei anhaltenden Kämpfen weiter abnehmen würde. Zehntausende waren bereits ins Ausland geflüchtet.

Die FL, die sich während der Kämpfe gegen die syrische Armee auf die Seite Aouns gestellt hatten, lösten sich nun wieder von ihm und erkannten die Legitimität des neuen Präsidenten an. Sie sahen in der Anlehnung an den stärkeren Trend eine Chance, ihren Einfluß in der christlichen Enklave zurückzugewinnen.

Während Aoun sich auf internationaler als auch libanesischer Ebene durch seine kompromißlose Haltung immer mehr Feinde schuf, gewann er zunehmend Unterstützung bei der jungen christlichen Bevölkerung, bei denen seine Forderung nach einem starken, modernen Einheitsstaat, Entmachtung der Milizen und Abzug der Syrer auf große Sympathien stieß. Gleich nach Zustandekommen des Taef-Abkommens war es Aoun gelungen, zehntausende zumeist junge Menschen in Baabda zu einer Demonstration gegen die Beschlüsse zu versammeln. Im November 89 stürmten Anhänger Aouns den Sitz des maronitischen Patriarchen und zwangen ihn, der sich für die Beschlüsse von Taef ausgesprochen hatte, zur Flucht. Und als Präsident Hrawi Aoun mit Krieg drohte, versammelten sich wieder Zehntausende vor Aouns Hauptquartier in Baabda. Diese volksfestartigen Demonstrationen dauerten mehrere Wochen an. Eine regelrechte politische Bewegung hatte sich entwickelt, deren Idol Aoun geworden war. Sie war Ausdruck der Ablehnung des althergebrachten Systems mit seinem traditionellen religiösen und politischen Establishment, das sich mit den Milizen und ausländischen Armeen arrangiert hatte und als bestechlich aufgefaßt wurde. Aoun verkörperte den aus eigener Kraft aufgestiegenen Kleinbürger, mit dem sich ein großer Teil der christlichen Bevölkerung identifizieren konnte.

Im Januar 1990 begann Aoun eine Offensive gegen die FL. Die Kämpfe dauerte zwei Monate und wurden mit großer Brutalität geführt. Sie endeten für Aouns Brigaden mit dem Verlust von zwei Dritteln des christlichen Gebietes.

Zu den Schäden des Vorjahrs, die während des anti-syrischen "Befreiungskrieges" entstanden waren, kam die Zerstörung von rund 30.000 Wohnungen und 600 Betrieben hinzu. (11) 44% der libanesischen Industrie war in diesem Gebiet angesiedelt. 50% des Gesamtabsatzes an Waren sowie 63% der für den Export bestimmten Waren wurden dort produziert. 80% der libanesischen Exporte wurden über diesen Sektor abgewickelt, so daß das Wirtschaftsleben des ganzen Landes durch die Kriege Aouns in viel stärkeren Maße betroffen war als durch alle anderen Auseinandersetzungen vorher. (12) Ein Generalstreik, zu dem alle libanesischen Gewerkschaften im Mai 1990 aufforderten, drückte mit seinen Hauptforderungen - Krieg beenden, Staat schaffen, den Lebensstandard über die Armutsgrenze heben - die Hoffnungen des größten Teils der libanesischen Bevölkerung aus.

Im September 1990 wurden die vom Taef-Abkommen vorgesehenen Verfassungsänderungen wirksam, doch die Durchsetzung der Beschlüsse setzte den Rücktritt Aouns voraus.

Der Sturz Aouns

Die Ära der "Neuen Weltordnung" mit ihrem kriegerischen Auftakt am Golf konnte nicht ohne Auswirkungen auf den Libanon bleiben.

Der irakische Einmarsch in Kuwait hatte die Annäherung der USA und der Golfstaaten mit Syrien zur Folge. Bis dahin hatten nicht nur Frankreich und der Vatikan, sondern auch die USA für eine politische Lösung des Aoun-Problems optiert. Bemüht, Syrien für die anti-irakische Koalition zu gewinnen, wurde diese Haltung jetzt modifiziert.

Am 13. Oktober 1990 griff die syrische Luftwaffe Aouns Hauptquartier in Baabda an. Syrische Panzerbrigaden und Artillerie sowie die sechs libanesischen Brigaden unter dem Kommando des neuen, von der Regierung Hrawi und Huss eingesetzten Militärchefs Emile Lahoud, eroberten in wenigen Stunden alle Positionen der Aoun loyalen Armee. Aoun flüchtete in die französische Botschaft, aus der er erst ein Jahr später mit der Auflage, nicht vor September 1996 in den Libanon zurückzukehren, ausgeflogen werden konnte.

Die USA hatten mit Israel die Flugroute der syrischen Kampfflugzeuge vereinbart - dies zeigt, wie weit die internationale Übereinstimmung ging, Aoun fallen zu lassen. (13)

Das Kabinett der Nationalen Einheit

Nach der Wiedervereinigung des Libanons wurde im Dezember unter einem Vertreter der traditionellen sunnitischen Notablen, Omar Karameh, eine neue Regierung mit 30 Ministern gebildet. Ursprünglich war vorgesehen worden, Führer aller relevanten libanesischen Organisationen im Kabinett aufzunehmen. Die Milizen hatten durch das Taef-Abkommen am meisten zu verlieren. Sollte es jemals umgesetzt werden, mußten sie an der politischen Macht beteiligt werden. Tatsächlich standen auf der Ministerliste letztendlich nur Namen, die syrischen Vorstellungen entsprachen. Aufnahme ins Kabinett fanden u.a. Führer pro-syrischer

Organisationen ohne Massenbasis (14), wohingegen Hizbullah und die Kommunistische Partei Libanon (KPL) nicht berücksichtigt wurden.

1992 mußte die Regierung Karameh zurücktreten, nachdem sich die Wirtschaftslage verschlechtert hatte und Proteststreiks in allen Teilen des Landes stattfanden. An ihre Stelle trat die Regierung Rashid al-Sulh, die bis zu den Parlamentswahlen im Oktober 1992 im Amt blieb.

Daß die vom Taef-Abkommen vorgesehene Entwaffnung der libanesischen Milizen und palästinensischen Organisationen wirklich stattfinden würde, konnte sich zu diesem Zeitpunkt noch niemand so recht vorstellen. Die Hauptfrage war zunächst: Würden sich die 10.000 von Israel unterstützten Milizionäre der Forces Libanaises die Waffen wegnehmen lassen?

Brigitte Pagendamm

Im nächsten Teil: Die Entwaffnung der Milizen - Aufbau und Konsolidierung der Staatsorgane

Anmerkungen und Quellen

1. Maroniten: Im 7. Jahrhundert entstandene christliche Religionsgemeinschaft, deren Mitglieder in das Libanongebirge zogen und in den Bergtälern Klöster gründeten. Nach zeitweiligem Abbruch der Beziehungen seit dem 16. Jahrhundert und bis heute mit der römisch-katholischen Kirche verbunden. (Anm. der Red.)

2. Der Irak und Syrien sind langjährige Rivalen um die Vormachtstellung in der arabischen Welt. Mit Hilfe Aouns konnten die Iraker die syrische Armee schwächen ohne selbst aktiv werden zu müssen.

3. 1980 konnte der Staat noch 97% der Zölle einnehmen, während 1986 die gesamten Zolleinnahmen nur noch 10% der zu erwartenden Einkünfte entsprachen. Vgl. Salim Nasr in: Middle East Report, Jan./Feb. 1990.

4. PSP, Abkürzung für Progressive Socialist Party; die Mitglieder der PSP sind überwiegend Drusen.

5. Paul E. Salem spricht von über 1000 Toten, 5.000 Verwundeten und 1,2 Milliarden US-Dollar an Sachschäden. Vgl. Paul E. Salem: Two Years of Living Dangerously - General Awn and the Precarious Rise of Lebanon's 'Second Republic', in: The Beirut Review, Vol. 1, No. 1, Spring 1991, Beirut.

6. Die letzten Parlamentswahlen hatten 1972 stattgefunden. Von den 99 Abgeordneten waren 1989 nur noch 72 am Leben.

7. Sunniten: Sunna, arab. für "Brauch, Gewohnheit" - gemeint sind die vorbildliche Handlungsweise von Muhammad und seinen Gefährten, die schriftlich niedergelegt wurden und den Koran ergänzen. Die Anhänger Sunna, die Sunniten, stellen etwa 90 Prozent der Muslime. (Anm. der Red.)

8. Schiiten: Schia, arab. für "Gruppe, Partei" - gemeint sind die Anhänger Alis, des Schwiegersohns von Muhammad, die ihn bei seinem Anspruch, das Kalifat, die Führung der Muslime, stehe einem Mitglied der Familie des Propheten zu. Die Schiiten blieben mit dieser Forderung in der Minderheit, sie stellen heute etwa 10 Prozent der Muslime; mehr als die Hälfte von ihnen lebt im Iran, dem einzigen schiitischen Staat der Welt. (Anm. d. Red.)

9. Vgl. The New Constitution of Lebanon and The Taif Agreement, in: The Beirut Review; Vol. 1, No. 1, Spring 1991.

10. Vgl. Theodor Hanf: Koexistenz in Krieg, Staatszerfall und Enstehen einer Nation im Libanon. Baden-Baden 1990, S. 741; und Kurzbiographien: Elias Hrawi, in: Orient (Hg. Deutsches Orient-Institut, Hamburg), Heft 1, 1990.

11. Ende des Jahres waren rund 80% der Industriebetriebe zerstört und die restlichen 20% nur beschränkt arbeitsfähig. Vgl. Nahost-Jahrbuch 1990 (Hg. Deutsches Orient-Institut, Thomas Koszinowski / Hanspeter Mattes), Opladen, 1991; S. 109.

12. Vgl. Palästina Info, Nr.12, August 1990.

13. Vgl. Middle East International, 26.10.1990. - Israel beansprucht die Lufthoheit über dem Libanon für seine Luftwaffe und hätte unter anderen Umständen nicht einmal das Überfliegen des Gebietes durch syrische Flugzeuge kommentarlos akzeptiert.

14. Wie z.B. der Führer der Arabischen Sozialistischen Baath-Partei im Libanon und der Führer der Waad-Partei, Elie Hobeika, der als verantwortlich für die Massaker in Sabra und Shatila (September 1982) gilt.

Kurze Geschichte des Staates Libanon

1920 wurde der Libanon in seinen heutigen Grenzen unter französischer Mandatsherrschaft gegründet. Dem wesentlich kleineren, bis 1914 autonomen und hauptsächlich von Maroniten und Drusen (1) bewohnten Gebiet "Mont Liban" wurden der Distrikt Tripoli im Norden, die Küstenstädte Beirut, Saida, Sour, das Hinterland im Süden und die Beqaa-Ebene im Osten, die bislang zu den syrischen Provinzen zählte, angegliedert. Ein großer Teil der ungefragt Eingemeindeten, insbesondere die Angehörigen der sunnitischen Religionsgemeinschaft, empfanden sich jedoch weiterhin zugehörig zu Syrien. Die Maroniten stellten im neuen "Groß-Libanon" keine klare Mehrheit mehr. Ein Grundproblem für die folgenden existentiellen Krisen des Staates war so geschaffen worden.

1943 wurde der Libanon formal unabhängig. Der sogenannte "Nationalpakt", eine von Vertretern der sunnitischen und maronitischen Bourgeoisie getroffenen Abmachung, sollte die Grundlage für das zukünftige Zusammenleben der verschiedenen Gemeinschaften in einem Staat bilden. Die Führer der sunnitischen Gemeinschaft verpflichteten sich, ihre Vereinigungsbestrebungen mit Syrien aufzugeben und den neuen Staat zu unterstützen, während die Maroniten auf die besondere Protektion durch Frankreich und andere westliche Mächte verzichteten. Ämter in Politik und Verwaltung wurden nach einem bestimmten Schlüssel vergeben, der den Maroniten wichtige Schaltstellen im Staat garantierte und den christlichen Gemeinschaften im Verhältnis 6:5 mehr Parlamentssitze zuordnete als den muslimischen. Die Interessen der schiitischen sowie zahlreicher anderer, kleinerer Konfessionsgruppen blieben weitgehend unberücksichtigt.

1958 entluden sich die Unzufriedenheit mit dem politischen System und soziale Spannungen vor dem Hintergrund der Suez-Krise und dem Erstarken des arabischen Nationalismus in einem ersten, kurzen Bürgerkrieg.

Der zweite libanesische Bürgerkrieg begann 1975 unter neuen Voraussetzungen. Nach der Vertreibung aus Jordanien, war es den palästinensischen Fedayin gelungen, ihre Stellungen im Südlibanon auszubauen. Die muslimische Seite empfand die bewaffnete palästinensische Präsenz als eine Rückenstärkung in der inner-libanesischen Auseinandersetzung um politische und soziale Veränderungen.

Zwei Bündnisse standen sich gegenüber:

- Zum einen waren das die in der Libanesischen Front zusammengeschlossenen, überwiegend christlich-maronitischen Organisationen, deren stärkste Gruppe die Kata'eb war und aus der später die Forces Libanaises (FL) hervorgehen sollten. Einigkeit herrschte in der Libanesischen Front darüber, daß die Macht der Palästinenser gebrochen werden müsse. Was Reformen betraf, waren nur wenige Kräfte in der Front bereit, Muslime stärker als bisher am politischen System teilhaben zu lassen. Die Mehrheit hielt am Status quo fest oder wollte die maronitische Dominanz auch um den Preis der Teilung des Landes auf jeden Fall aufrecht erhalten.

- Auf der anderen Seite stand die Libanesische Nationalbewegung, ein Zusammenschluß von traditionellen muslimischen und linken Kräften, die sich mit den PLO-Organisationen verbündet hatten.

Die Nationalbewegung verlangte, den politischen Konfessionalismus abzuschaffen oder zumindest die Proporzregelungen den veränderten demographischen Verhältnissen anzupassen. Die Linken in der Nationalbewegung forderten Reformen, um soziale und regionale Unterschiede auszugleichen.

1976 intervenierten syrische Truppen, um den Sieg der Nationalbewegung und der mit ihr verbündeten palästinensischen Organisationen zu verhindern. Syrien wollte einer eventuellen israelischen Intervention und einem womöglich sozialrevolutionären Regime der Nationalbewegung in Beirut zuvorkommen und die palästinensischen Organisationen in eine pro-syrische Politik zwingen. Die syrische Intervention fand den Beifall der USA und wurde im Nachhinein von dem libanesischen Präsidenten und der Arabischen Liga sanktioniert.

Die ägyptische Friedensinitiative ermöglichte es Israel 1978, Truppen aus dem Sinai abzuziehen und im Norden zur Okkupation eines Teils des Südlibanon einzusetzen, der von Israel bis heute als "Sicherheitszone"

beansprucht wird. Die israelische Invasion führte zu einer Annäherung Syriens und der Libanesischen Nationalbewegung und gleichzeitig zur Verschlechterung der syrischen Beziehungen zur Libanesischen Front, die sich mehr und mehr an Israel band.

1982 fand eine zweite, großangelegte israelische Invasion statt, deren Ziel es war, die palästinensische bewaffnete Präsenz zu vernichten, den syrischen Einfluß zurückzudrängen und ein israelfreundliches Regime an die Macht zu bringen. Nichts davon konnte jedoch dauerhaft durchgesetzt werden. Israel wurde Schritt für Schritt gezwungen, von seinen Plänen Abstriche zu machen. Ein Teil der im September 1982 aus Beirut evakuierten palästinensischen Fedayin konnte in den Libanon zurückkehren; Syrien gewann seinen Einfluß zurück und seine Armee blieb in der Hälfte des Landes präsent. Die Aktionen der Nationalen Widerstandsfront (2) und der neuen Widerstandsbewegung im Süden des Landes unter Führung schiitischer religiöser Kräfte zwangen die Israelis 1985 schließlich zum Rückzug.

Die palästinensischen Kräfte erlangten ihre dominante Rolle nicht wieder; sie wurden durch interne Auseinandersetzungen und durch Kämpfe mit der schiitischen Amal geschwächt, hinter denen unschwer die syrische Absicht auszumachen war, die Palästinenser als Machtfaktor im Libanon nicht wieder hochkommen zu lassen.

Mit dem Beginn des israelischen Rückzugs setzten die inner-libanesischen Konflikte wieder ein. Im Schufkrieg erkämpfte 1983/84 die drusische Sozialistische Fortschrittspartei (PSP) (3) gemeinsam mit der Kommunistischen Partei Libanon (KPL) und palästinensischen Verbündeten Gebiete zurück, in die die Forces Libanaises (FL) während der israelischen Invasion eingezogen waren.

Die libanesische Armee wurde 1984 von der PSP, Amal und anderen prosyrischen Kräften aus Westbeirut verdrängt. Seitdem fanden die wichtigsten Auseinandersetzungen nicht mehr zwischen "Ost" und "West" oder zwischen "Christen" und "Muslimen" statt, sondern nur noch innerhalb der ehemaligen Bündnisse, was die Bevölkerung beider Seiten mit zunehmender Antipathie gegenüber den Milizen quittierte.

In den FL kam es 1985 und 1986 zu internen Kämpfen um die Führung, in denen das Verhältnis zu Syrien wichtigster Streitpunkt war. Kämpfe zwischen PSP und Amal, Hizbullah und Amal führten zum Einmarsch syrischer Truppen - 1987 in Westbeirut und 1988 in die südlichen Vororte von Beirut.

Die Bündnisse der Kriegsgegner von 1975 waren zerfallen und zwei ausländische Armeen hatten sich permanent auf libanesischem Territorium eingerichtet. Nur eine Minderheit der libanesischen Bevölkerung konnte sich mit einer der vorhandenen politischen Strömungen identifizieren. (4)

Der letzte Akt des libanesischen Bürgerkrieges, die Auflösung der nur noch formal existierenden Staatsmacht, konnte beginnen.

Anmerkungen und Quellen

1. Drusen - eine Variante der schiitischen (s. Anm. 8 zum Hauptartikel) Islam. Sie hatten sich ursprünglich im Schuf, der Berglandschaft südöstlich von Beirut angesiedelt. Drusische Gemeinschaften leben heute im Libanon, in Syrien und auf den von Israel besetzten Golan-Höhen. Sie sind in der Regel loyal gegenüber dem Staat, in dem sie leben - neben Beduinen sind Drusen die einzigen Muslime, die bei den israelischen Sicherheitskräften tätig sind. (Anm. d. Red.)

2. Die Nationale Libanesische Widerstandsfront wurde 1983 als Reaktion auf die israelische Invasion von der Kommunistischen Partei Libanon (KPL), der Organisation für Kommunistische Aktion im Libanon (OKAL) und palästinensischen linken Organisationen gegründet. Später beteiligte sich auch die Syrisch-Nationale-Soziale Partei (SNSP) an den Widerstandsaktionen.

3. "PSP" steht für die englische Bezeichnung Progressive Socialist Party.

4. Vgl. Theodor Hanf: Koexistenz im Krieg. Staatszerfall und Entstehen einer Nation im Libanon. Baden-Baden 1990, S. 632 ff.

20. Englands Freiheit - Irlands Knechtschaft? Orange Day und Glorious Revolution - ein nationaler Mythos

Autor: Sascha Möbius · Rubrik: Geschichte; Irland · CD-Datei: daten/aksuche/ak393/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:393:06

Die gewaltsame Durchsetzung der diesjährigen "Orange Marches" in Nordirland hat die Kluft zwischen protestantischer und katholischer Bevölkerung weiter vertieft. Nach den Straßenschlachten und der Hetzjagd auf katholische Iren sah man den orangebeschärpten Herren mit Schirm und Melone den Siegerstolz auf die Gesichter geschrieben. Gut abgeschirmt von der Polizei fühlte sich wohl so manch einer wie ein Streiter jenes Wilhelm von Oranien, der am 12. Juli 1690 an der Boyne die Armee Jakobs II., seines Rivalen um die englische Krone, schlug. Daß damals die Zukunft Irlands ausgefochten oder gar eine katholische, französisch-irische Invasion in England verhindert worden sei, ist einer jener vielen Mythen, durch die privilegierte Nationalitäten ihre Vorherrschaft historisch rechtfertigen.

In der Schlacht an der Boyne spielten die Engländer weder eine zentrale noch eine rühmliche Rolle. Wilhelms Armee bestand nur etwa zur Hälfte aus englischen Einheiten. Loyalität und Effizienz der Mehrzahl dieser Regimenter waren so zweifelhaft, daß sie vorwiegend im zweiten Treffen eingesetzt werden mußten. Lediglich protestantische nordirische Regimenter galten als zuverlässig. Gewonnen wurde die Schlacht an der Boyne von Dänen, Holländern, Deutschen, Finnen und einem Kontingent französischer Hugenotten. Die Holländer waren mit Wilhelm gekommen, der nicht nur englischer König, sondern auch Statthalter der Niederlande war. Dänen, Deutsche und Finnen waren gegen klingende Münze von ihren Landesherren an England und die Niederlande vermietet worden. Trotz fehlender patriotischer Begeisterung waren sie die kampfstärksten Truppen.

Die Hugenotten stellen einen Sonderfall dar. Sie waren "politische Söldner". Genauso wie andere Soldtruppen wurden sie von ihren Geldgebern für geleistete Kriegsdienste entlohnt und hatten Anspruch auf Beute. Als Emigranten, die 1685 vor der Katholisierungspolitik Ludwigs XIV. aus Frankreich hatten fliehen müssen, verbanden sie mit ihrem Dienst aber auch politische Ziele oder zumindest die Feindschaft gegenüber dem Sonnenkönig. Ähnliche Einheiten gab es auch in anderen Heeren. Freilich war das Mieten ausländischer Truppen in dieser Zeit weder ungewöhnlich, noch wurde es als anrüchig empfunden.

Ein europäischer Krieg

Wilhelms Rivale, Jakob II., hatte 1685 den englischen Thron bestiegen, war aber schon 1688 als bekennender Katholik vom vorwiegend protestantischen englischen Parlament abgesetzt worden und versuchte nun, mit französischer Hilfe über Irland seinen Thron wiederzugewinnen. Dies war nicht nur wegen des zu erwartenden Widerstands in England unrealistisch, sondern auch wegen der Haltung der irischen Bündnispartner. Diese strebten vor allem nach Unabhängigkeit und nicht nach einer absoluten britisch-irischen Monarchie von Frankreichs Gnaden. Ludwig XIV. wollte vor allem einen katholischen, ihm verpflichteten Monarchen auf Englands Thron sehen und die enge Verbindung zwischen den "Seemächten" England und Holland verhindern.

Die französischen Truppen in Jakobs Armee verband mit den Iren höchstens die konfessionelle Solidarität. Die Iren waren geworbene Freiwillige, die nicht nur für ihr Land kämpften, sondern ebenso wie die Hugenotten auf der Gegenseite auf Sold und Beute angewiesen waren. Nahrungsmittelknappheit, Mißernten und die schlechte soziale Lage der irischen Bauern ließen viele den Söldnerberuf ergreifen, so daß fast alle größeren Heere katholischer Herren über irische Kontingente verfügten.

Im Normalfall war der Soldat des Sonnenkönigs Bauernsohn und in seinem Bezirk ausgehoben worden, hatte sich freiwillig gemeldet, weil er kein Auskommen hatte oder war gar ein flüchtiger Krimineller, den "des Königs Rock" vor Gefängnis oder Strick rettete. Ludwig beschäftigte aber auch zahlreiche ausländische Söldner. Mit der Schweiz existierte sogar ein Vertrag über regelmäßige Lieferungen: jene männlichen Jugendlichen, die das Land nicht ernähren konnte, wurden für gutes Geld exportiert. Die Soldaten aus deutschen Landen waren ebenfalls Bauernsöhne aus dem entsprechenden Staat, die sich aufgrund sozialer Notlagen anwerben ließen.

Paradoxerweise wurde zu dieser Zeit die brutale Praxis des "Pressens" zum Militärdienst nicht in Preußen, Schweden oder Frankreich praktiziert, sondern im ökonomisch und sozial fortgeschrittenen England. Beim

Pressen wurde auf den letzten Anschein von Freiwilligkeit verzichtet. Männer wurden einfach auf offener Straße von einem Schlägertrupp aufgegriffen und unter Gewaltandrohung zur Unterzeichnung des Vertrages gezwungen.

Die meisten Soldaten starben an Krankheiten auf dem Marsch, Verwundungen im Kampf führten zumeist zu Verstümmelung oder Tod. Auf 100 getötete Söldner kam einer, der durch Beute reich wurde oder es auch nur bis zum Rang eines Unteroffiziers brachte. Es ist ein interessanter Widerspruch, daß auf dem rein kapitalistisch funktionierenden Soldatenmarkt des Barock eine strikt ständisch organisierte Ware angeboten wurde. Das Offizierskorps bestand fast ausschließlich aus Adeligen, die Männer aus den untersten Gesellschaftsschichten kommandierten. (Dieses Konglomerat aus Elite und Mob erinnert tatsächlich an einen heutigen Orangistenmarsch: Vorneweg die Honoratioren mit "Bowler-hat" und Regenschirm, hinterdrein das Fußvolk, welches sich nicht selten aus den paramilitärischen Verbänden der "Ulster Volunteer Force" rekrutiert.) Es gab zwar einige steile Militärkarrieren, die vom Seilerlehrling zum Admiral führen konnten, doch im Regelfall war kein Soldat in der Lage, jemals ein Offizierspatent zu erwerben. All dies galt für beide Armeen, die sich an der Boyne gegenüberstanden - nicht gerade überzeugender Stoff für ein nationales Epos.

Eine unbedeutende Schlacht

Die Schlacht wird selbst in der etablierten englischen Geschichtsschreibung als "aus militärischer Sicht nahezu unbedeutend" bezeichnet. Wilhelm, dessen Ruf als schlechter General ebenso legendär war wie sein Geschick als Politiker, konnte die Truppen Jakobs zum Rückzug zwingen, ohne sie entscheidend zu schlagen. Für damalige Verhältnisse waren die Verluste auf beiden Seiten gering. 1.600 Männer hatten auf katholischer Seite Leben, Gesundheit oder Freiheit verloren, ca. 600 auf protestantischer. Die eigentliche militärische Entscheidung fiel etwas mehr als ein Jahr später in der Schlacht bei Aughrim, in der fünfmal so viele Menschen wie an der Boyne ihr Leben verloren. Diese Schlacht bedeutete das Ende der französisch-irischen Operationen.

Die der Schlacht an der Boyne zugemessene Bedeutung beruht auf einer simplen Fehlinterpretation. Der Kontext der irischen Ereignisse vom Juli 1690 zeigt jedoch, daß die nordirischen "Loyalists" nicht ohne Grund eine unbedeutende Schlacht in einem für die Unterwerfung Irlands untypischen Krieg gewählt haben, um jedes Jahr ihre Überlegenheit gegenüber den katholischen Iren zu demonstrieren: Im Unterschied zu anderen englischen Feldzügen in Irland war dieser Feldzug Wilhelms nicht von Massakern an der Zivilbevölkerung und Massenhinrichtungen begleitet. Als im Oktober 1691 die letzte irische Festung, Limerick, kapitulierte, brachte der Friedensvertrag ("Artikel von Limerick") eher einen Kompromiß als eine Unterjochung Irlands. Selbst bewaffneten "Rebellen" wurde freigestellt, sich vom Sonnenkönig anwerben zu lassen. Ihre Überfahrt wurde sogar von den Siegern organisiert. Die Masse der römisch-katholischen Bevölkerung stellte zwar weiterhin den ärmsten Teil der Bevölkerung, wurde aber an der Ausübung ihrer Religion nicht gehindert. Auch protestantische Sekten oder hugenottische Flüchtlinge wurden toleriert.

So wird eine eher glimpfliche Episode aus der langen Reihe von Unterwerfungsaktionen zum zentralen Ereignis in den englisch-irischen Beziehungen hochstilisiert, um eine ganz andere Art von Politik zu rechtfertigen. Der Bezug auf die 40 Jahre vor der Schlacht an der Boyne durchgeführte "Rückeroberung" Irlands durch Oliver Cromwell wäre heute nicht so einfach zu vermitteln. 1641 hatten sich die Iren angesichts der Spannungen zwischen Parlament und König in England erhoben. England konnte erst nach einer vorläufigen Ruhepause an die Niederschlagung gehen. Der König war Anfang 1649 nach mehreren Niederlagen und überzogenen Ränken hingerichtet worden. Kurze Zeit später ging die jetzt mächtige Armeeführung des Parlaments unter Oliver Cromwell gegen die linken Bewegungen vor und schaltete im Mai 1649 die sogenannten "Levellers" (Gleichmacher) aus. Diese demokratische Basisbewegung aus Handwerkern und Mittelbauern hatte auch in der Armee Fuß gefaßt und sich gegen einen Einmarsch in Irland ausgesprochen. Obwohl viele von ihnen aus den radikalen protestantischen Sekten stammten, wollten sie die "Rechte freigeborener Engländer" auch den Iren gewähren. Der Feldzug in Irland hatte Erfolg, weil Cromwells Gegner, irische Katholiken, englische Katholiken aus Nordirland und Anhänger des verbannten Sohns des hingerichteten Königs, keine einheitliche Strategie entwickeln konnten.

Hinzu kam allerdings die terroristische Kriegführung der Engländer. Als im September 1649 die Stadt Drogheda im Sturm genommen wurde, erschlugen die rasenden englischen Soldaten nicht nur die Mehrzahl

der 4.000 Mann starken irischen Besatzung, sondern auch viele Zivilisten. Wenig später wurde bei der Einnahme von Wexford ein ähnliches Massaker verübt.

Diese Eroberung Irlands, die nach ebenfalls blutigen Guerillaaktionen 1652 ein vorläufiges Ende fand, taugt aus verständlichen Gründen nicht für einen nationalen Mythos, der die protestantischen Bewohner Nordirlands und ihre englische Schutzmacht als Träger von Freiheit und Fortschritt darstellt. Bedeutsamer ist aber, daß der Bezug auf die Unterwerfung von 1691 eine Traditionslinie herstellt, die von breitesten Schichten in der englischen Bevölkerung als positiv angesehen wird. Im Gegensatz zu Cromwell, der noch in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg als Buhmann der englischen Geschichte galt, wird Wilhelms "Glorreiche Revolution" von 1688 von Konservativen, Sozialdemokraten und Marxisten als fortschrittlicher Akt gesehen, der nicht nur die dominante Stellung des Parlaments festschrieb, sondern auch durch die Verbindung von niederländischer Statthalterschaft und englischer Krone in Wilhelms Person den Kraftkern für die große Koalition schuf, die die Hegemonialpläne des Sonnenkönigs zunichte machte.

Eine Revolution

für den Freihandel

Die Glorreiche Revolution beendete die Lähmung Englands durch den permanenten Konflikt zwischen Krone und Parlament. Sie wurde glorreich genannt, weil sie vergleichsweise glimpflich verlief. Dabei vergißt die nationale englische Geschichtsschreibung allerdings, daß sie in Schottland und Irland durchaus Menschenleben forderte.

1688 wurde das alte Gesellschaftssystem nicht zerstört, sondern reformiert, ohne daß die sozialen Hierarchien verändert worden wären. Auf politischer Ebene kann schon eher von einer Revolution gesprochen werden. Jakobs Regime hatte jede relevante Basis in der Bevölkerung verloren. Nicht einmal die extra für innenpolitische "Aufgaben" zusammengezogene Armee stand zu ihm.

Die Glorreiche Revolution war eine Revolution für den Freihandel. Vom König vergebene Monopole und überkommene Handelsstrukturen hatten die Ausdehnung von Handel und Industrie behindert. Die "Afrikanische Kompanie" hatte vor 1688 noch gemäß ihrer Charta von 1672 alle anderen Händler auf ihren Routen - teilweise mit Gewalt - abgefangen und bestraft. Nach 1688 wurde diese Praxis unterlassen, 1698 wurde der Afrikahandel unter dem Vorbehalt eines zehnprozentigen Zolles freigegeben und 1712 wurden endgültig alle Beschränkungen aufgehoben.

Auch die Aufnahmegebühren in die großen Handelsgesellschaften wurden drastisch gesenkt oder vollständig abgeschafft. 1689 hoben die "Merchant Adventurers" ihre Aufnahmebeschränkungen auf. Durch diese Maßnahmen wurden größere Kapitalmengen für Handel und Industrie verfügbar.

Die politischen Veränderungen zielten vor allem anderen auf eine Stabilisierung der politischen Verhältnisse ab. Die beiden Hauptströmungen unter den besitzenden Schichten, die Whigs (eher parlamentarisch orientiert, für gewisse Toleranz nach innen und expansive Außenpolitik) und die Tories (eher monarchisch orientiert, für eine harte Hand nach innen und eine moderate Haltung gegenüber dem Hauptgegner Frankreich), mochten zwar viele Differenzen haben. Sie vertraten aber keine unversöhnlich entgegengesetzten Schichten. Darüber hinaus erinnerten sich alle politisch Aktiven unter den Angehörigen der besitzenden Klassen an die verheerenden Folgen der Uneinigkeit untereinander, die im Bürgerkrieg an den Rand einer Machtübernahme von Basisbewegungen geführt hatte.

Die "Declaration of Rights" von 1689 regelte wichtige Punkte im Verhältnis zwischen Monarchen und Parlament. Die Aufrechterhaltung eines stehenden Heeres in Friedenszeiten innerhalb des Landes wurde verboten, "brutale und ungewöhnliche Strafen" wurden abgeschafft und Steuern ohne Zustimmung des Parlaments verboten. Gleichzeitig wurden freie Parlamentswahlen (natürlich innerhalb des Zensuswahlrechts, das nur 20% der männlichen Bevölkerung als wahlberechtigt anerkannte), freie Rede im Parlament und regelmäßig einzuberufende Parlamente anerkannt. Das Parlament bekam das Recht, Richter abzusetzen, und der König sollte im Falle einer Anklageerhebung wegen Amtsmißbrauchs ("impeachment") seitens des Parlaments kein Pardon geben können.

Die aufgezwungene Moderne

Eine idealisierte Darstellung der "Glorreichen Revolution" als (Wieder-)Herstellung englischer Freiheiten und Sieg demokratischer Prinzipien hat noch dazu beigetragen, den Sieg an der Boyne als Triumph der gesamten englischen Nation gegen rückständige Iren und französische Invasionspläne darzustellen.

Den nordirischen Republikanern bleibt als Trost, daß 1690 nicht etwa eine Chance vertan wurde, Irland zu befreien. Schon die erwähnte Zusammensetzung der Heere verdeutlicht, daß der Konflikt in Irland nur ein Teil jenes europäischen Ringens war, in dem England, die Niederlande, Österreich und die Mehrheit der deutschen Fürsten den Vormachtbestrebungen der französischen Krone entgegentraten. Die katholischen irischen Oberschichten hatten zwar kurz vor Wilhelms Eingreifen auf der grünen Insel bedeutende Fortschritte machen können. Doch sie waren eindeutig Juniorpartner Ludwigs XIV. Dieser sah in Irland vor allem ein Sprungbrett nach England. Ähnlich verhielt es sich mit Jakob II. Die irischen Kommandeure spielten schon an der Boyne eine untergeordnete Rolle, und Jakob konnte allen Schaden anrichten, zu dem er fähig war.

Symptomatisch an 1690 ist allerdings, daß die Moderne auf Bajonetten nach Irland exportiert wurde und über Jahrhunderte von den Frauen und Männern in Irland untrennbar mit Besatzung und Unterdrückung empfunden wurde. Die daraus resultierende soziale und religiöse Verkarstung ist noch heute ein zentrales Problem der Auseinandersetzung um ein geeintes Irland, in dem sich alle Bewohner und Bewohnerinnen der grünen Insel wiederfinden.

Wenn der Mythos der "Orange Marches" die sanften Seiten der Besetzung Irlands hervorheben und sich in eine gesamtenglische, fortschrittliche Tradition stellen will, so sollten Linke bemüht sein, die Erinnerung an jene wachzuhalten, die wie die "Levellers" von 1649 schon früh erkannt hatten, daß die Freiheit Irlands auch die Freiheit Englands war.

Sascha Möbius

Ersatzkrieg zum Gedenken an " King Billy"

In Nordirland finden alljährlich ca. 2.000 Märsche des protestantischen Orange Order und verwandter Organisationen statt. Den Höhepunkt bildet der 12. Juli, der Jahrestag der Schlacht am Boyne (1690), als der protestantische "King Billy" (Wilhelm von Oranien) seinen katholischen Widersacher James II. schlug.

Bis zur Einführung der Direktherrschaft durch London (1972) war der heute noch 100.000 Mitglieder starke Orange Order das Rückgrat des sektiererischen "Protestant State". Über den Orange Order wurden politische Positionen und Arbeitsplätze besetzt. Seit den republikanischen und loyalistischen Waffenstillständen - der republikanische wurde inzwischen wieder aufgekündigt, existiert aber de facto immer noch - haben die Märsche den Charakter von Ersatzkriegen angenommen.

Etwa ein Prozent dieser Märsche führen durch Straßen, die aufgrund der demographischen Entwicklung und Bevölkerungsverschiebungen, die sich im Zuge der "troubles" ereignet haben, heute mehrheitlich katholisch-nationalistisch sind. Für die Loyalisten sind diese Märsche, so der protestantische Eiferer Ian Paisley, eine Frage von "Leben und Tod", bei der es um die Alternative "Freiheit oder Sklaverei, Republik Irland oder Ulster" gehe. Der 12. Juli wird als Test verstanden, wie protestantisch der "Protestant State" noch ist. Am 12. Juli demonstrieren die Loyalisten ihr Verständnis von der katholischen Minderheit, demzufolge es keine katholischen Straßen und Gegenden gibt, sondern nur solche, die von den Katholiken "vorübergehend besetzt" sind.

In diesem Sommer kam es anläßlich der Märsche zu schweren Auseinandersetzungen. In Porterdown und Belfast wurden die Orangemen gegen den Widerstand der lokalen Bevölkerung von der zu über 90 Prozent protestantischen Polizei durch katholische Straßen geleitet. Die Anwohner wurden unter Hausarrest gestellt; wer sich dem widersetzte, wurde brutal zusammengeschlagen.

Dietrich Schulze-Marmeling

21. Unabhängigkeit für Frankreichs letzte Kolonien? Interview mit Bewohnern von Guyana, La Martinique und La Réunion

Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak393/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:393:03

Das folgende Interview führte Bernhard Schmid anläßlich des "Gegengipfels" zum G7-Treffen am 22./23. Juni in Lyon. Seine Gesprächspartner waren: M. Bechet von der MCDS, einer Organisation von Afroamerikanern in Französisch-Guyana; Garcin Malsa, Bürgermeister von Saint-Anne auf La Martinique und Präsident der MODEMAS (Bewegung der Demokraten und Ökologen für ein souveränes Martinique); Jean-Marc Majo, Architekt und Bewohner von La Réunion; Jean-Francois R. vom Veranstalterkollektiv des Gegengipfels zum Treffen der G7-Staaten.

Frage: Können Sie ein kurzes Bild von der Situation in "Ihrer" Kolonie geben?

M. Bechet: Französisch-Guyana hat 91.000 Quadratkilometer und rund 150.000 Einwohner. Seine Ökonomie ist im wesentlichen auf zwei Aktivitäten ausgerichtet: Da ist zum ersten die Raketenabschußbasis in Kourou. Die zweite Aktivität, die die multinationalen Konzerne interessiert, ist der Abbau von Gold.

Die Weltraumbasis von Kourou allein ist so groß wie die gesamte Kolonie La Martinique. Sie trägt schlicht und einfach nichts zur Entwicklung von Französisch-Guyana bei. Das neue Programm "Ariane 5" bringt eine beträchtliche Gefahr für die Bevölkerung mit sich: Statt flüssigem Treibstoff, wie bisher, wird ein neuer Fest-Treibstoff verwendet und statt einem werden zwei Antriebe benutzt. Bei Kindern und schwangeren Frauen sind mit den Raketenabschüssen Krankheiten aufgetreten, und Bäume haben ihre Blätter verloren. Toxikologen und Biologen haben einen Bericht darüber erarbeitet, doch die Ergebnisse haben der französischen Regierung nicht gefallen - sie wurden zurückgeschickt. Wir verlangen die Einstellung aller Raketenabschüsse so lange, bis eine unabhängige Untersuchungskommission eingesetzt ist. Für die Abschußbasis hat man eine ganze Bevölkerungsgruppe vertrieben; man hat eine dritte Autobahn zu dem Gelände nur deshalb gebaut, um die Bevölkerung weiter abzudrängen. Da die Basis auch militärischen Zwecken dient, etwa im Golfkrieg für den Einsatz von Spionagesatelliten, bringt sie auch eine potentielle Gefährdung der Bevölkerung als Angriffsziel mit sich.

Umweltprobleme sind auch auf La Martinique mit dem Kolonialismus verbunden.

Garcin Malsa: Auf La Martinique, unserer Insel in der Karibik, haben wir 360.000 Einwohner. Sie leidet unter einem verfehlten Entwicklungsmodell. So gibt es bei uns ein völlig überdimensioniertes Straßennetz, das auf 1,5 Autos pro Einwohner (einschließlich Kindern und Greisen) ausgerichtet ist. 40 Prozent der aktiven Bevölkerung sind arbeitslos; wir leben von Transferzahlungen aus der "Metropole". Die aufeinanderfolgenden französischen Regierungen haben jede martiniquanische Ökonomie zerstört, die in diesem Land existiert hat. Heute ist die alles dominierende Monokultur die Banane, nachdem es früher die Monokultur des Zuckerrohrs gewesen ist.

1980 haben wir eine ökologische Bewegung begründet, um weitere Zerstörungen zu verhindern. Insbesondere kämpften wir gegen den Bau von Hotels und Casinos auf dem gesamten martiniquanischen Küstenstreifen, in denen wir als Dienstboten hätten arbeiten dürfen. Wir haben Landbesetzungen mit Bauern organisiert. Wir haben lange Zeit den Bau eines neuen Flughafens in den Mangroven gestoppt, ebenso lange Zeit den Bau eines Touristenkomplexes in einer der schönsten Buchten blockiert. Zusammen mit "Greenpeace" haben wir den Transport von Plutonium per Schiff von Frankreich nach Japan verhindert, der durch die Karibik führen sollte. Das französische Umweltgesetzbuch ist angereichert mit Rechtsprechung, die aus unseren Kämpfen in La Martinique hervorgegangen ist. Wir haben eine Expertendebatte vorangebracht über die Schädlichkeit elektromagnetischer Wellen für die menschliche Gesundheit. Es ging um einen Radar, der bei uns installiert werden sollte. Der Verantwortliche für zivile Luftfahrt selbst erklärte seinen Bau für nicht dringlich; dieser Radar wird auch militärischen Zwecken dienen.

Ihr Kampf hat nicht allein eine ökologische Komponente, sondern auch eine politische des Unabhängigkeitskampfs.

Garcin Malsa: Es gibt eine enge Verbindung zwischen unserem ökologischen Kampf und der politischen Dynamik, die wir schaffen müssen, um uns von den Fehlentwicklungen der "Metropole" zu entfernen. Wir sagen, daß Unabhängigkeit nicht genügt, denn die Unabhängigkeit der afrikanischen Staaten in den 60er Jahren hat nicht zu einer tatsächlichen Entkolonisierung geführt; wir sprechen daher von "Souveränität". 1994 haben wir den Fernsehsender "TV Martinique" gegründet, der für alle Bewohner der Insel und ein bißchen auch für die Bewohner der (ebenfalls französischen) Insel La Guadeloupe offen war. Die Gendarmeriekräfte haben den Sitz des Senders angegriffen. Ich bin von französischen Polizeikräften geschlagen worden, als Bürgermeister innerhalb der Französischen Republik. Ich habe Anzeige erstattet, die Aggressoren gleichzeitig auch. Am 8. Februar 1995 kam es zu einer gerichtlichen Untersuchung, seitdem habe ich von der Sache nie wieder etwas gehört. Wir haben uns für die Schaffung von Symbolen des souveränen La Martinique entschieden und am 12. Oktober 1995 auf unserem Kommunalparlament die martiniquanische Flagge gehißt. Der Präfekt der französischen Regierung hat Anzeige erstattet, das Gericht hat ihm am Dienstag letzter Woche Recht gegeben.

Fürchten Sie nicht, als souveränes La Martinique allein den internationalen wirtschaftlichen Zwängen, der Weltbank usw. ohnmächtig unterworfen zu sein?

Garcin Malsa: Man kennt diesen Diskurs: "Wir sind zu klein... Wir sind eine Insel und kein Kontinent... Wir haben keine Rohstoffe..." Die Situation des "Beistands" und der Abhängigkeit führt zu einer psychischen Desaktivierung: Die gute Nachricht kommt aus Frankreich, die letzte Entscheidung auch. Die Beziehung zu Frankreich, zu Europa oder anderen ökonomischen Gebilden läßt sich anders vorstellen als in Form von Bruch, von Einschließen, von Rückzug auf sich selbst. Das souveräne La Martinique könnte bevorzugte Beziehungen zu Frankreich behalten, Solidaritäts- und Austauschabkommen mit Europa abschließen, ohne in ihm aufzugehen. Um mit dem anderen zu sprechen, um in einem Chor mitzusingen, muß man jedoch eine Stimme haben.

Jean-Marc Majo: Garcin Malsa hat von dem militärischen Radar auf La Martinique gesprochen. Auch auf La Réunion gibt es eine sehr aktive französische Militärbasis. La Réunion ist eine Insel, die dem südlichen Afrika benachbart ist. Die Basis ist nicht mehr gleichermaßen aktiv wie zu Zeiten der Apartheid in Südafrika, der Bürgerkriege in Mosambik und Angola und der rhodesischen Kriege. Aber sie bleibt da.

Die europäische Bevölkerung gewinnt immer mehr die Oberhand. Sie allein kontrolliert die Verteilungsnetze, über die der Import und Export gegenüber der "Metropole" Frankreich läuft. Die Bevölkerung hat keinen Nutzen davon. Die ehemals landwirtschaftlich tätige Bevölkerung arbeitet nicht mehr als Agrarproduzent, denn ihre Erzeugnisse können gegenüber den Produkten aus der Metropole nicht standhalten. Sie lebt von "Unterstützung". Seit den 80er Jahren lebt sie weitgehend von den "Hilfen" der Metropole, wie Indianer in einem "Reservat". Die Jugend ist zur Untätigkeit verurteilt, so bauen sich Spannungen auf, Waffen werden unter der Hand verbreitet. Während des Golfkriegs 1991 hat es Zusammenstöße mit dem französischen Staat gegeben, die offiziell elf Tote forderten; auf La Réunion sagt man jedoch, es habe mindestens 100 Tote gebeben.

Wie wirkt sich das französische Entwicklungsmodell auf die Insel aus?

Jean-Marc Majo: Als Architekt betrachte ich, was vor sich geht. La Réunion ist ein "Hochrisikogebiet": die Insel ist vulkanischen Ursprungs und zu 80 Prozent Gebirge. Die Réunionaisen haben verlernt, aus Holz zu bauen, die Europäer konstruieren alles aus Beton. Dies ist hochgefährlich angesichts der vulkanischen Aktivitäten und Erdbeben auf der Insel. Man hat auf der Insel, die 70 km lang und 50 km breit ist, große Autobahnen gebaut, und das Straßennetz ist auch hier völlig überdimensioniert, auf zwei Autos pro Einwohner ausgelegt. Ein völlig verrücktes Entwicklungsmodell. Die Autobahn, die die Hauptstadt mit den weißen Stränden verbindet - wir haben 27 Kilometer Strand - ist die teuerste Autobahn der Welt: Sie verabschiedet sich jedes Jahr wegen der Zyklone und der untermeerischen Erdbeben. 90 Milliarden Francs (30 Milliarden DM) sind in diese Autobahn investiert worden. Auch die Strände verabschieden sich: man hat große Häfen angelegt für den Tourismus und die Großfischerei.

Gibt es heutzutage eine kritische Öffentlichkeit für die "Kolonialfrage" in Frankreich?

Jean-Francois R.: Die antikoloniale Bewegung in Frankreich ist leider sehr zurückgegangen. In den 80er Jahren hatten die Unruhen in der französischen Kolonie Neu-Kaledonien/Kanaky 1984 und 1988 für diese

Frage eine gewisse Öffentlichkeit geschaffen. Beim letzten G7-Gipfel auf französischem Boden, der 1989 stattfand, lautete das Motto noch: "Arbeitslosigkeit, Krieg, Verschuldung, Kolonien - es reicht!" Dieses Jahr fehlen in dem Motto, das ansonsten dasselbe geblieben ist, die Kolonien.

Dabei gibt es gerade derzeit eine Bewegung der Rekolonisierung der französischen "Überseegebiete". Mit dem Anstieg der Arbeitslosigkeit in Frankreich kommt es zu einem Zustrom europäischer Bevölkerungsgruppen. Beim Arbeitsamt wird den Leuten gesagt: "Es gibt Arbeit - in Nouméa" (Hauptstadt Neu-Kaledoniens; Anm. B.S.). Wer sein Haus dort baut oder sein Schiff dort unterhält, bezahlt dafür keine Steuern. Während früher ein Flugticket von Paris nach Nouméa 15.000 Francs kostete, kostet es heute nur noch 4.500 Francs (1.500 DM), und statt früher zwei Flügen pro Woche startet heute jeden Tag ein Flugzeug von Paris nach Nouméa. Ein ministerielles Rundschreiben des Überseeministeriums definierte als Ziel die Verdopplung der europäischen Bevölkerung in den letzten französischen Kolonien.

Welche Aktionen planen Sie für die Zukunft?

Garcin Malsa: Wir schlagen für das Jahr 1998 eine große Aktion vor. Dieses Jahr bringt nicht nur die Parlamentswahlen in Frankreich, sondern auch den 150. Jahrestag der Abschaffung der Sklaverei in den französischen Territorien. Wir schlagen eine große Demonstration mit allen unterdrückten Bevölkerungen der Erde vor, mit der Forderung, die Sklaverei endlich als "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" anzuerkennen. Im Laufe von Hunderten von Jahren sind 250 Millionen Menschen in die Sklaverei deportiert worden - von den Folgen hat sich der afrikanische Kontinent nie wieder erholt. Außerdem ist 1998 das Referendum in Neu-Kaledonien/Kanaky, das eine wichtige Weichenstellung für oder gegen den Kolonialismus bedeutet.

22. "Wir geben dem Frieden die Maximum-Chance." Interview mit Nur Misuari von der Moro National Liberation Front

Interview mit Nur Misuari von der Moro National Liberation Front (MNLF)

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Philippinen · CD-Datei: daten/aksuche/ak393/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:393:11

"Moros" - in Anlehnung an die "Mauren" oder "Mohren" Nordafrikas - schimpften die spanischen Kolonialisten abschätzig die muslimische Bevölkerung im Süden jenes südostasiatischen Archipels, der nach dem spanischen König Philipp II. schließlich die Philippinen genannt wurde. Selbst nach über 300jähriger Herrschaft war es den Spaniern nicht gelungen, die Moros und ihre Sultanate auf der Südinsel Mindanao und in der Sulu-See unter ihr Joch zu zwingen. Erst während der US-amerikanischen Kolonialherrschaft (1898-1946) wurden die Moros in verlustreichen sogenannten Befriedungsfeldzügen militärisch in die Knie gezwungen. Gänzlich besiegt wurden sie nie. Widerstand gegen die USA flammte sporadisch immer wieder auf und hielt auch nach der Unabhängigkeit der Republik der Philippinen im Sommer 1946 an, deren Staatsbürger die Moros ungefragt wurden.

Nach der externen Kolonilisierung forderte die (christliche) Zentralregierung in Manila seit den 50er Jahren systematisch die interne Kolonisierung. Ihren Höhepunkt erreichte diese in der Ära des vor zehn Jahren mit Schimpf und Schande aus seinem Amt verjagten Präsidenten Ferdinand E. Marcos (1969-86). Große inländische sowie transnationale Konzerne, darunter Dole und Del Monte, bemächtigten sich schrittweise riesiger Bodenflächen der überaus rohstoffreichen, taifungeschützten Insel und bewirkten infolge einer massiven Nord-Süd-Migration nachhaltige demographische Veränderungen in Mindanao. Während die indigenen Völker auf der Insel, die nicht-muslimischen Lumad, ohne nennenswerte Gegenwehr Zug um Zug ins unwirtliche Hinterland verdrängt wurden, nahmen Protest und Widerstand seitens der mittlerweile sich selbst stolz Moros nennenden Bevölkerung zu. Vor 28 Jahren entstand mit der Moro Nationalen Befreiungsfront (MNLF), als deren militärischer Arm die Bangsa Moro Army (BMA) fungiert, die bis dato politisch bedeutsamste Moro-Organisation.

Militärische Konfrontationen mit den philippinischen Regierungstruppen (AFP) und paramilitärischen, von christlichen Siedlern aufgestellten und ausgerüsteten Banden waren vorprogrammiert. Anfang und Mitte der 70er Jahre eskalierten die Auseinandersetzungen in einen offenen, in der internationalen Medienberichterstattung allenfalls randläufig wahrgenommenen Krieg, der seitdem über 80.000 Tote forderte. In Schutt und Asche zerbombte Städte und Dörfer hinterließen Zehntausende interner Flüchtlinge. Auf dem Höhepunkt der Kämpfe suchten überdies etwa 120.000 Menschen Zuflucht im benachbarten malaysischen Sabah.

Die zentrale politische Forderung der MNLF, der Kampf für einen unabhängigen Moro-Staat, hatte von Anfang an kaum reale Erfolgschancen. Sämtliche Staaten in der Region, vor allem Indonesien, Malaysia, Birma und Thailand, in denen immer wieder Organisationen mit separatistischen Forderungen auftraten, haben zentrifugale Kräfte stets als Bedrohung ihrer Herrschaft betrachtet und sie entsprechend hart bekämpft bzw. militärisch zerschlagen.

Nicht zuletzt aufgrund von Vermittlungen der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) kam es am 23. Dezember 1976 im libyschen Tripolis zum Abschluß eines Abkommens zwischen der MNLF und der philippinischen Regierung. Im Tripolis-Abkommen verzichtete die MNLF auf ihre maximalistische Forderung nach Unabhängigkeit zugunsten einer Regionalen Autonomen Regierung (RAG) und erkannte gleichzeitig an, daß diese "im Rahmen der Souveränität und territorialen Integrität der Republik der Philippinen" entstehen sollte. Im Gegenzug verpflichtete sich Manila, "alle erforderlichen konstitutionellen Maßnahmen zu ergreifen", um den Moros in 13 von 23 Provinzen und neun Städten des Südens und Südwestens (neben Teilen von Mindanao die Insel Palawan und Sulu-See) Autonomie zu gewähren. Der damalige Präsident Marcos feierte dieses Abkommen als politisch-diplomatischen Sieg; zahlreiche MNLF-Kader konnten kooptiert oder mit finanziellen Vergütungen zur Aufgabe des Kampfes bewegt werden. Von Autonomie indes wollte Manila fortan

nichts wissen. Statt dessen wurde Mindanao zum Hauptaufmarschgebiet der philippinischen Streitkräfte - und ist es bis heute, auch unter den Marcos-Nachfolgern Corazon Aquino und Ex-General Fidel Ramos, geblieben.

Seit nunmehr reichlich zweieinhalb Jahren führen Delegationen der Regierung der Republik der Philippinen und der MNLF unter der Schirmherrschaft des indonesischen Präsidenten Suharto und des OIC-Generalsekretariats Friedensverhandlungen in Djakarta. Derweil fanden, hauptsächlich in Mindanao, über zwanzig Arbeitstreffen von drei Unterausschüssen statt, wobei das Prozedere der Umsetzung des Autonomiestatus und Detailfragen des künftigen Verhältnisses zwischen Manila und der RAG die Tagesordnung bestimmten. Zwar beteuern alle Beteiligten, bislang seien große Fortschritte erzielt worden

und in etlichen Fragen bestehe Konsens. Doch noch herrscht in Mindanao ein Zustand jenseits von Frieden. Aber auch ein Frieden als krönender Abschluß der laufenden Verhandlungen wäre mit beträchtlichem politischen und sozialen Konfliktpotential befrachtet. Schließlich sieht sich die MNLF auch mit Kritikern und Gegnern anderer Moro-Organisationen wie der Moro Islamischen Befreiungsfront (MILF) konfrontiert, die vor Jahren aus der MNLF ausscherten und die Vision eines eigenen unabhängigen Staates aufrechterhalten.

Rainer Werning

"Wir geben dem Frieden die Maximum-Chance"

Interview mit Nur Misuari von der Moro National Liberation Front (MNLF)

Der frühere Politologie-Dozent Nur Misuari ist seit ihrer Gründung Vorsitzender der MNLF. Etliche Jahre hielt er sich in verschiedenen Ländern des Nahen und Mittleren Ostens auf; erst im Frühjahr besuchte er wieder seine Heimatprovinz Sulu. Dort befragte ihn ak-Mitarbeiter Rainer Werning über die aktuellen Geschehnisse in Mindanao und die Perspektiven einer Konfliktregelung in der Region. Hier wesentliche Passagen des knapp dreistündigen Interviews.

Frage: Seit Anfang dieses Jahres ist es in und um Zamboanga City (im Südwesten Mindanaos gelegen; R.W.) sowie auf der ihr vorgelagerten Insel Basilan wiederholt zu Bombenanschlägen gekommen. Wer stand Ihrer Meinung nach hinter diesen Anschlägen und welche Ziele sollten dadurch verfolgt werden?

Nur Misuari: Mir sind die Schuldigen und der Kreis von Personen bekannt, die diese Anschläge verübten und befürworteten und damit den laufenden Friedensprozeß zwischen der philippinischen Regierung und der MNLF unterminieren wollen. Konkrete Namen möchte ich Ihnen hier allerdings nicht nennen.

Es sind Mutmaßungen angestellt worden, sowohl einflußreiche Geschäftsleute in Zamboanga als auch ihre eigenen Leute steckten hinter diesen Anschlägen ...

Oh nein. Ich kann Ihnen versichern, daß wir, die MNLF, nichts mit diesen Anschlägen zu tun haben. Das ist eine Schmutzkampagne. Doch in Zamboanga City gibt es durchaus Leute, denen der Friedensprozeß nicht paßt, die darüber offen Unmut äußern und aus ihrer Unzufriedenheit auch keinen Hehl machen. Hierbei handelt es sich um zivile wie militärische Kräfte, die ihre Macht und Pfründe bedroht sehen - ein Syndikat, das Einbußen beim lukrativen Barter-Handel mit Sabah und Singapur befürchtet und darum bangt, die Kontrolle über das städtische Geschäftsleben und Teile seines immensen Grundbesitzes zu verlieren.

In Manilas Medien sind Sie mit den Worten zitiert worden, daß ein neuerlicher Krieg unvermeidlich sei, wenn der nunmehr zweieinhalbjährige Friedensprozeß - aus welchen Gründen auch immer - scheitern sollte. Hat man Sie korrekt wiedergegeben?

Mir ist unterstellt worden, ich hätte eine entsprechende Anweisung gegeben, den Krieg im Falle eines Scheiterns der Friedensverhandlungen fortzusetzen. Das ist aus dem Kontext gerissen. Drei Dinge sind hier zu berücksichtigen:

Als ich am 27. Februar in Jolo landete und auf dem Flughafen von etwa 30.000 Menschen begrüßt wurde, erfuhr ich, daß innerhalb weniger Tage vor meiner Rückkehr allein 50 Personen in der Stadt Opfer von Vergeltungsmaßnahmen geworden waren bzw. aus Rache über Anschläge gegen Moscheen in einigen umliegenden Dörfern ermordet wurden. Mir wurde mitgeteilt, daß diese Anschläge ausdrücklich gegen den Friedensprozeß und meine Präsenz hier gerichtet waren.

Zweitens: Wir haben Informationen erhalten, wonach die Moro Islamic Liberation Front (MILF) in jüngster Zeit ihr Arsenal hochkalibriger Waffen beträchtlich aufgesteckt haben soll, um sie unverzüglich einzusetzen, sollten die Friedensverhandlungen platzen.

Schließlich beunruhigt mich insbesondere die vom Generalstab in Manila mehrfach vorgetragene Äußerung, man habe die Truppenstärke der AFP (Armed Forces of the Philippines, R.W.) allein in Mindanao um zusätzlich 20.000 Mann erhöht. Offensichtlich soll Stärke demonstriert und uns signalisiert werden, die AFP hätten sämtliche strategisch bedeutsamen Punkte in Mindanao und Jolo unter Kontrolle.

Im philippinischen Abgeordnetenhaus und Senat sowie von der Ramos-Regierung ist wiederholt gefordert worden, Sie sollten sich im Rahmen der Autonomiebestrebungen einem Plebiszit in den von Ihnen gemäß dem Tripolis-Abkommen vom Dezember 1976 beanspruchten 13 Provinzen und neun Städten stellen. In vielen dieser Provinzen haben sich die demographischen Verhältnisse einschneidend geändert, die muslimische Bevölkerung stellt dort längst nicht mehr die Mehrheit. Wie stehen Sie zu einem entsprechenden Plebiszit?

Ein Plebiszit oder Referendum ist nicht die einzig adäquate Methode. Wenn man ernsthaft Frieden will, sollen entsprechende Verhandlungen ohne Vorbedingungen geschehen. Ein Referendum kann da hinderlich sein und stellt meines Erachtens darüber hinaus eine unnötige Hürde dar.

Sie als Vertreter der MNLF und die Moros insgesamt haben langjährig um eine Friedensregelung gerungen. Sie haben mit Präsident Ramos und seinen beiden Vorgängern, Corazon Aquino und Ferdinand E. Marcos, verhandelt. Ihre Kritiker, ja selbst Leute in Ihren eigenen Reihen, werfen Ihnen zuviel Geduld vor, die sich bislang so gut wie gar nicht ausgezahlt habe ...

Ja, wir haben viel Geduld aufgebracht. Wir sind Moslems, mehr noch: wir sind Mujaheddin, Kämpfer im Auftrag Allahs. Wir haben ein göttliches Mandat. Allah sagt uns im Heiligen Koran, daß wir stets unseren Verpflichtungen nachkommen und dem Feind mit Ausdauer entgegentreten sollen.

Sie selbst mögen ja diese Geduld aufbringen. Was aber ist mit anderen Organisationen wie der MILF, die den Heiligen Krieg ausrufen will, sollten die jetzigen Friedensverhandlungen letztlich ergebnislos versanden?

Zunächst einmal gilt es festzuhalten, daß die Anhänger der MILF ursprünglich mit uns zusammen waren und sich zu einem späteren Zeitpunkt von uns trennten. Von einigen ihrer namhaften Führungspersönlichkeiten wissen wir allerdings, daß sie den Friedensprozeß und unseren Verhandlungsstil schätzen und ihn unterstützen. Sie haben uns überdies versichert, daß ihre Mitglieder ein normales Leben führen werden, sobald Frieden in unserer Region gewährleistet ist. Ich gehe folglich davon aus, daß unsere Brüder von der MILF sich daran halten werden. Da die überwältigende Mehrheit in Moslem-Mindanao Frieden herbeisehnt und wir uns dafür mit Nachdruck einsetzen, würde sich die MILF, hielte sie strikt an ihrer Position fest, selbst ins Abseits manövrieren und isolieren.

In philippinischen Offizierskreisen kursieren Überlegungen, sich mittels eines sogenannten "chirurgischen Schlages" (surgical strike) des Moro-Problems zu entledigen, sprich: deren bewaffnete Kämpfer durch eine großangelegte, flächendeckende Militäroffensive binnen eines Monats aufzureiben. Von Friedenswillen keine Spur.

Richtig. Doch derartige Überlegungen sind eine Ausgeburt von Verrückten, die zudem keine Ahnung davon haben, was Krieg wirklich bedeutet. Ich kann mich gut daran erinnern, daß einst Kommodore Fernandez schwadronierte, uns - so wörtlich - innerhalb von zwei Stunden zu besiegen. Diese zwei Stunden dauern nunmehr fast drei Jahrzehnte!

In den vergangenen Monaten hat es in verschiedenen Orten Mindanaos und auf der Zamboanga City vorgelagerten Insel Basilan Massaker gegeben, die von der gemeinhin als fundamentalistisch eingestuften Abu Sayyaf-Gruppe unter Führung von Ustadz Abdurajak Abubakar Janjalani verübt wurden. Was bezwecken diese Leute mit ihren Aktionen und wie definieren Sie Ihr Verhältnis zu ihnen?

Die MNLF hat nichts mit Abu Sayyaf gemein. Doch da, wie auch im Falle der MILF, Mitglieder und selbst Führungskader von Abu Sayyaf einst in unseren Rängen gekämpft haben, versucht man immer wieder, uns in die Nähe dieser Gruppe zu rücken und uns als terroristisch zu brandmarken. Diese Leute haben uns verärgert den Rücken zugekehrt und uns vorgeworfen, trotz intensiver, niemals unterbrochener Verhandlungen

mehrfach verraten und schließlich über den Tisch gezogen worden zu sein. Da bislang greifbare Ergebnisse ausstehen, halten sie ungebrochen am Krieg fest. Ein solcher Militarismus führt unweigerlich in die Sackgasse und ist selbstzerstörerisch.

Gewiß eine delikate Frage: Aber sind Sie willens, etwas über die Stärke der MNLF und ihre Unterstützung durch das Ausland - namentlich seitens der OIC - zu sagen?

Was unsere zahlenmäßige Stärke betrifft, kann ich Ihnen keine exakten Daten nennen. Was jedoch unsere Massenverankerung angeht, so genießen wir die Unterstützung von einigen hunderttausend Leuten. Erst jüngst sind wiederum etwa 50.000 Jugendliche von uns ausgebildet worden. Und solche Trainingsprogramme dauern an. Was die militärische Schlagkraft der BMA, (Bangsa Moro Army, des bewaffneten Arms der MNLF; R.W.) betrifft, ist davon auszugehen, daß wir etwa 25-30.000 Mann unter Waffen haben. Die MNLF wird ihre Stärke nutzen, um den Friedensprozeß erfolgreich abzuschließen. Wir gehen davon aus, daß Präsident Ramos das genauso sieht und dem Frieden endlich eine reelle Chance gibt.

Sie scheinen große Hoffnungen in Präsident Ramos zu setzen. Muß es nicht nachdenklich stimmen, daß Präsident Ramos bei sieben von zehn Neuernennungen oder Umbesetzungen in seiner Administration auf mittlerweile in den Ruhestand versetzte Generäle zurückgreift?

Tatsächlich zeigt sich der Präsident streckenweise unschlüssig und neigt dazu, alte, vertraute Methoden anzuwenden. Er muß sich letztlich, da die Hälfte seiner sechsjährigen Amtszeit bereits um ist, entscheiden, ob die Reststrecke mit Frieden und Fortschritt oder mit Gewalt und Stagnation gepflastert sein wird. Wir werden unsererseits dem gegenwärtigen Friedensprozeß die Maximum-Chance einräumen.

23. Türkei: Die letzten Tage des Hungerstreiks. Eine Reportage

Aus Istanbul von Maria Jansen (Text), Kenan (Dolmetscher) und Günter Zint (Fotos)

Autor: Maria Jansen, Kenan - Fotos: Günter Zint · Rubrik: Türkei; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak393/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:393:32

Freitag, 17.45 Uhr in Sarigazi, wenige Kilometer vor Istanbul: Staub liegt in der Luft und hüllt die Militärkompanien ein, die die Straße zu beiden Seiten abriegeln. Wir sind eingekesselt. Rund 250 türkische und kurdische Trauergäste rufen Parolen, singen Lieder und tanzen. Gekommen sind sie, um den 30jährigen Ali Ayata zu beerdigen. Aber die Militärs lassen die Trauergäste nicht zum Grab. Während eine Delegation der Trauergäste mit den Militärsprechern verhandelt, rücken die Soldaten langsam näher.

Ali Ayata ist eines der dreizehn Todesopfer aus dem Hungerstreik türkischer Gefangener. Gestorben ist er am 67. Streiktag im Bursa-Gefängnis bei Ankara. Er wollte mit den anderen Hungerstreikenden erzwingen, daß die türkische Polizei aufhört zu mißhandeln, zu foltern und morden. Die in demokratischen Staaten selbstverständliche Garantie, sich vor Gericht zu verteidigen, gehört zu ihren Forderungen wie die ärztliche Versorgung aller Gefangener, das Unterlassen außergerichtlicher Exekutionen und der Verzicht auf Repressionen gegen Angehörige.

Schon seit zwei Stunden warten die Trauergäste auf den Sarg, der aus Ankara gebracht werden soll. "Vielleicht", so ist zu hören, "würde er auch gar nicht kommen." Fünf Tage zuvor, als der erste Tote aus dem Hungerstreik ebenfalls in Sarigazi beerdigt werden sollte, haben die Militärs den Sarg entführt.

Auch heute demonstriert das Militär seine Macht. In Uni-Mogs made in Germany und Mannschaftswagen von M.A.N. patrouillieren sie vor den wartenden Trauergästen. Die Milizen halten deutsche G3-Gewehre im Anschlag. "Die Regierung will verhindern, daß es zu Sympathiekundgebungen an den Gräbern kommt", erläutert der Dolmetscher. "Die Behörden haben Angst. Niemand soll sehen, daß die politischen Gefangenen viele Freunde haben, auch wenn ihre Ideen verfolgt und unterdrückt werden." Die Einschüchterung der Bevölkerung gehört zum politischen Kalkül. Wirksam sorgt die türkische Regierung dafür, daß möglichst wenig Gäste an der Beerdigung teilnehmen können. Bei der Anreise zum Friedhof staute sich der Verkehr schon auf der Autobahn. Das Militär kontrollierte die Fahrzeuge. Viele Autos wurden zurückgeschickt. Als internationale Pressevertreter durften wir passieren.

Freitag, 20 Uhr in einem Café: Der Fernseher läuft. Der neue Justizminister Sevket Kazan setzt auf Eskalation. Vor laufenden Kameras weist er jede Verantwortung von sich und warnt die Gefangenen: "Für die Toten verantwortlich sind die politischen Organisationen. Wir werden die Zellen angreifen, um dem ein Ende zu machen. Ich sage es zum letzten Mal, hört jetzt auf mit dem Hungerstreik. Zwingt uns nicht, anzugreifen. Es nutzt nichts, daß die ausländische Presse anwesend ist oder amnesty international."

Ein Raunen geht durch das Café, ein Mann spuckt auf den Boden. Die Befürchtung: "Wenn das passiert, wird es Tote und Verletzte geben." Aus vergangenen Polizeiangriffen ist bekannt, daß die Inhaftierten versuchen werden, sich gegen derartige Übergriffe in ihren Zellen zu verbarrikadieren. Wie zur Einschüchterung zeigt das Fernsehen zu dem Bericht Bilder von brutalen Polizeieinsätzen des heutigen Tages. Eine Frau in Ankara steht am Wegrand und weint, während Polizisten knüppelschwingend an ihr vorüberlaufen. Da drehen sich zwei um, knüppeln zwei, drei Mal auf die Frau ein, und laufen weiter. Auch wegen solcher Bilder ist bei den Angehörigen die Zuversicht auf ein friedliches Ende im Hungerstreik der Verzweiflung gewichen.

Vor circa zwei Wochen war Hoffnung aufgekeimt, daß der Hungerstreik beigelegt werden könnte, bevor jemand stirbt. Justizminister Sevket Kazan hatte einen Tag nach seinem Amtsantritt in Ankara versprochen, die Haftverschärfungserlasse seines Vorgängers, des ehemaligen Polizeipräsidenten und Hardliners Mehmet Agar, zurückzunehmen. Es schien, als würde die Regierung die Forderungen der Häftlinge akzeptieren und damit indirekt auch die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei anerkennen. So hat der neue Justizminister die ärztliche Versorgung für alle Gefangenen versprochen. Er wollte dafür Sorge tragen, daß Angehörige von Gefangenen nicht länger mißhandelt werden. Alle Gefangenen sollten so nah bei ihrem Verhandlungsort untergebracht werden, daß die Teilnahme an Gerichtsverhandlungen garantiert werden könnte.

Doch statt zu enden hat sich der Hungerstreik noch ausgeweitet. 2.070 Gefangene befänden sich derzeit im Hungerstreik, berichtet Yildrim Aktuna vom türkischen Gesundheitsministerium im Fernsehen. 290 davon sind bereit zu sterben und beteiligen sich am Todesfasten. Fünfzig Gefangene schweben in Lebensgefahr. Sie können keine Flüssigkeiten mehr zu sich nehmen, sind erblindet und erbrechen Blut. Immer mehr Hungerstreikende liegen im Koma.

Samstag, 10 Uhr beim türkischen Menschenrechtsvereins IHD: "Der Justizminister lügt", sagt Ercan Kanar. Das Hauptproblem der Gefangenen sei die durch Kazans Vorgänger angeordnete und die von Kazan weiter betriebene Verlegung von Häftlingen in Gefängnisse, die oft einige hundert Kilometer vom Ort der Gerichtsverhandlung entfernt liegen. Die Verteidigung werde dadurch erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht. "Der Justizminister", so Kanar, "versucht sich nun damit aus der Verantwortung zu reden, daß in den Gefängnissen in Istanbul, Ismir und Diyarbakir kein Platz für die Rückverlegung der Gefangenen sei." Doch für die 100 Häftlinge, die in das 400 Kilometer entfernte Hochsicherheitsgefängnis Eskisehir verlegt worden sind, stünden mindestens 400 freie Plätze in Istanbul und Umgebung zur Verfügung. Kanar ist überzeugt: "Wenn diese Gefangenen nach Istanbul zurückgebracht würden, dann gäbe es kein Todesfasten." Daß die Regierung den militanten Widerstand der politisch Andersdenkenden durch die Verlegung der Häftlinge zerschlagen will, bleibt unwidersprochen. "Natürlich mag der Staat viele Pläne haben. Wir müssen als Menschenrechtsverein darauf achten, daß er bei der Umsetzung seiner Ziele die international anerkannten Menschenrechte einhält." Die Europäischen Regierungen und Parlamentarier fordert Kanar auf, endlich ihr Schweigen zu brechen und sich schriftlich für die Menschenrechtsforderungen der hungerstreikenden Gefangenen einzusetzen, zu denen auch das Recht auf Verteidigung gehört.

Samstag, 12 Uhr auf dem Platz Galata Saray: Frauen, Kinder und Männer binden sich schwarze Bänder um den Mund und heben Fotos hoch. "Die dort abgebildeten sind ihre vermißten Kinder", erklärt der Dolmetscher. Seit 67 Wochen protestieren die Angehörigen jeden Samstag auf die gleiche Weise. Fünf Schweigeminuten lassen die angespannten Nerven zur Ruhe kommen. Dann folgen einige Reden. "Die Regierung soll die Folterungen in den Gefängnissen zugeben," fordert ein Redner. "Sie soll die Probleme lösen oder zurücktreten. Seid nicht für den Tod. Seid für das Leben. Schweigt nicht." Eine Mutter: "Wach auf mein Volk, steh auf. Sie kämpfen für Euch. Die Reichen schicken ihre Kinder nach Europa, damit sie dort eine gute Ausbildung bekommen. Die Armen, die sterben hier."

An diesem Samstag sind besonders viele Menschen zum Protest gekommen. In allen Seitenstraßen warten Hundertschaften der Polizei mit Schild, Schlagstöcken und Gewehren auf den Einsatzbefehl. Nach Kenntnis von amnesty international kamen allein 1995 mehr als 2.000 Menschen in der Türkei auf nicht geklärte Weise ums Leben. Mindestens 35 Personen "verschwanden", unter ihnen OppositionspolitikerInnen und JournalistInnen.

Samstag, 12.55 Uhr auf dem Rückweg von der Protestkundgebung: Eine Mutter, Yayla Tut, beginnt mit den Polizeiposten zu schimpfen. Sie berührt die jungen Männer tief: "Tötet unsere Kinder nicht. Sind wir Mütter nicht auch wie eure, die euch großgezogen haben jahrelang, schlicht und ohne Lippenstift auf den Lippen? All die Kinder sind doch Kinder armer Leute. Wir haben bei den reichen Menschen die Toiletten geputzt, nur damit ihr aufwachsen konntet. Haben nicht Eure Großväter und Väter 1923 neben unseren gegen die Besatzer gekämpft, damit auch ihr besser leben könnt? Und auch eure Mütter haben doch kaum zu essen."

Samstag, 13.20 Uhr in den Räumen des Menschenrechtsvereins: Wir sitzen am Tisch mit der Mutter von Osman Akgün und weiteren Angehörigen von Hungerstreikenden, als uns die Nachricht von Osmans Tod erreicht. Weil das Pressegespräch angesetzt ist, versuchen alle die Haltung zu wahren. "Als die Wale in Not waren, da hat die ganze Weltpresse davon berichtet," klagt Cemile Yalcin an. Ihr Neffe, Muslum Yalcin, beteiligt sich am Todesfasten. "Bis heute sind elf unserer Kinder ums Leben gekommen und bisher ist die Weltpresse nicht da. Dabei fordern unsere Kinder nur die Einhaltung der Menschenrechte."

"Unsere Kinder sind seit 69 Tagen im Hungerstreik," sagt Aynur Kucukemre, deren Tochter Guler Kucukemre sich am Todesfasten beteiligt. "Was sie wollen ist in jedem Rechtsstaat normal. Ich will von allen Demokraten, daß sie nicht erlauben, daß unsere Kinder sterben. Wir hören jeden Tag von neuen Toten. Wir können seit Tagen nicht mehr schlafen. Doch was will der Justizminister? Wenn alle tot sind, gehört ihm dann die Welt?"

Beim Hungerstreik 1984 hatte der politische Druck aus Europa geholfen, daß die Haftbedingungen in türkischen Gefängnissen, menschenwürdiger wurden. Jetzt wünschen die verzweifelten Familien sich wieder Unterstützung durch andere Regierungen. Yayla Tut, deren Sohn Huseyin Tut sich am Todesfasten beteiligt: "Die wollen unsere Kinder töten. Wenn wir sie besuchen gehen, nehmen sie uns in Untersuchungshaft. Wenn wir Essen bringen, wird das Essen verschmutzt oder nicht weitergegeben. Unsere Kinder wollen, daß wir nicht mißhandelt oder gefoltert werden. Wir als Mütter wollen, daß andere Staaten Druck auf die Türkei machen, damit die Probleme gelöst werden."

Der Justizminister behauptet, die Hungerstreikenden stünden unter dem Druck ihrer politischen Leiter und das Todesfasten wäre eine Bestrafung für Denunziation. Muarem Yildiz, dessen Tochter Serpil Yildis sich am Todesfasten beteiligt, widerspricht: "Ich war gestern zu Besuch bei meiner Tochter. Sie ist im Todesfasten und konnte nur mit Hilfe von Freunden in die Besucherzelle kommen. Ich habe meine Tochter gefragt: Könnt ihr denn nicht aufhören? Und die Antwort war: Vater, die Menschen in diesem Land trauen uns. Wenn wir aufhören, ohne daß unsere Forderungen erfüllt sind, dann haben wir den Kampf verloren. Deswegen werde ich lieber fallen in diesem Kampf." Das Problem wären nicht die politischen Führer. Das Problem wären die Regierenden. "Heute regiert die Anschauung nach der vor drei Jahren 37 Intellektuelle im Madimac Hotel in Sivas verbrannt wurden. Heute wiederholt sich diese Tat in den Gefängnissen. Der heutige Justizminister ist auch vor Gericht der Verteidiger der damaligen Täter."

Samstag, 16.15 Uhr auf einer ehemaligen Müllhalde vor dem neu gebauten Ümraniye-Gefängnis: Nuriye und Nurhan Akgün, Mutter und Schwester des elften Toten, sind im Gefängnis, um die Leiche zu identifizieren. Sechs Angehörige sind gerade angekommen und setzen sich vor die Gefängnismauer, um auf die beiden Verwandten zu warten. Wenige Minuten später fährt ein Mannschaftswagen der Polizei vor, fünfzig Polizisten steigen aus, treten an. Ein Einsatzleiter in Zivil spricht mit den Verwandten - wenn sie nicht sofort verschwänden, müsse man eingreifen. Die Frage "warum" wird ignoriert. Ein Anwalt, der mit dem Einsatzleiter diskutiert, wird festgenommen und abgeführt. Ein Panzerwagen der Polizei fährt auf. Die Familie geht zurück zum Auto und fährt weg. Die anderen Anwälte bekommen ihren Kollegen wieder frei.

Samstag, 16.45 Uhr vor dem Ümraniye-Gefängnis: Mutter und Schwester von Osman Akgün kommen erschöpft aus dem Gefängnis und setzen sich vor die Mauer. Die Schwester klagt an: "Bevor die Wohlstandspartei ins Parlament kam, hat der derzeitige Ministerpräsident Necmetin Erbakan gesagt: Mal sehen ob wir mit Blut gewinnen oder ohne Blut. Jetzt ist er an der Macht und es fließt Blut. Doch die als Terroristen hingestellt werden, das sind die Mütter, die Kinder, die Familien."

Samstag, 22.15 Uhr im Hotel am Telefon: Der Justizminister hat seine harte Linie aufgegeben und ist ins Gefängnis gegangen, um mit Gefangenenvertretern zu verhandeln. Der Vorsitzende der Ärztekammer, Kommunalpolitiker, der Schriftsteller Yasar Kemal, der Musiker Zülüf Livanelli und der Anwalt Esber Yagmur Dereli vermitteln. Eine Lösung im Hungerstreik ist in Sicht.

Samstag, 22.45 Uhr im Hotel: Ein Anruf bringt die erlösende Nachricht. Der Hungerstreik ist beendet. Die Gefangenen aus Eskisehir werden nach Istanbul zurückverlegt. Seit 22.30 Uhr werden die Kranken medizinisch versorgt und in verschiedene Krankenhäuser gefahren. Dreizehn Menschen sind gestorben, einer davon auf dem Weg ins Krankenhaus, einer im Krankenhaus. Dreißig Menschen schweben in akuter Lebensgefahr. Die Politiker hatten vor den Kameras einen großen Auftritt. Die Familien der Getöteten und Vermißten trauern.

24. Lehren nach der Niederlage. Russische Linke nach Jelzins Sieg

Russische Linke nach Jelzins Sieg - von A. Kolganov & A. Buzgalin

Autor: Andrei Kolganov, Alexander Buzgalin · Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak393/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:393:39

Gennadi Sjuganov, der Kandidat der russischen Kommunisten, hat die Präsidentschaftswahlen verloren. Die Mehrheit der Wähler hatte Angst vor einer Rückkehr zum Stalinismus. Hätte die KPFR ein Bündnis mit demokratisch-sozialistischen Kräften gesucht, wäre das Ergebnis möglicherweise anders ausgefallen.

Jelzins überzeugender Sieg in der zweiten Runde der russischen Präsidentschaftswahlen ist weniger ein Beweis für die Unterstützung seiner Politik als vielmehr ein erneuter Vertrauensbeweis in seine Person, in seine persönliche Integrität. Bei den Wahlen im Dezember 1995 stimmten rund zehn Prozent der Wähler für die Partei "Unser Haus Rußland" des Ministerpräsidenten Viktor Tschernomyrdin. Dies zeigte sehr genau, wie weit das Vertrauen der Bevölkerung in diese Politik tatsächlich reicht. Es war kein Zufall, daß Jelzin zu diesem Zeitpunkt in Meinungsumfragen nur fünf bis zehn Prozent erhielt. Aber wie sich herausgestellt hat, haben die Wähler noch weniger Vertrauen in Gennady Sjuganov als in Boris Jelzin. Selbst als die Umfrageergebnisse für Jelzin recht schlecht aussahen, erklärten mehr als 40 Prozent der Wähler, daß sie unter keinen Umständen einen Kandidaten der KPRF unterstützen würden.

Die aktuelle Krise in Rußland hat zwei Hauptursachen. Die erste besteht aus Problemen der Vergangenheit, dem Erbe des "realen Sozialismus". Die zweite Ursache sind die überstürzten "Reformen", die sich nur an den Interessen und Bedürfnissen der neuen Eliten orientieren. Sjuganov sieht die KPRF als Nachfolgerin der KPdSU, die von Zeit zu Zeit Sympathien für Stalin hegt und die alte Parteigarde mit ihrer konservativ-konformistischen Haltung hätschelt. Damit lud er sich die Last der Vergangenheit selbst auf die Schultern. Dagegen ist Jelzin verantwortlich für die zweite Ursache. Die Situation erscheint für die Wähler mehr oder weniger wie folgt: Die Zukunft kann und wird keine Verbesserungen bringen, aber es gibt zumindest die Möglichkeit, sich an die Unannehmlichkeiten der Gegenwart anzupassen.

Die Regierungspropaganda präsentierte den Wählern zwei Alternativen. Sie wurden gefragt: Welche Krise finden Sie weniger furchterregend? In der "neuen" Krise ist die Gesellschaft klar gespalten: auf der einen Seite die Armen, die die Mülltonnen nach Eßbarem durchsuchen, und auf der anderen die reichen "neuen Russen". Diese "neue" Krise wird in einem gewissen Maße versüßt durch demokratische Freiheiten und durch den Anblick voller Regale in den Geschäften. Als Alternative mag man die "alte" Krise vorziehen, in der es Brot und Arbeit für jeden gab. Dazu gehören aber auch das GULAG, die Schlangen in den Geschäften und die allgegenwärtigen Parteikomitees.

Jelzins Wahlkampagne konzentrierte sich darauf, alle zu mobilisieren, die zwar den Präsidenten nicht lieben, die aber auf alle Fälle verhindern wollten, daß das alte, autoritäre Regime zurückkehrt. Jelzins Leute machten intensiven Gebrauch von den Reden und Schriften Sjuganovs. Sie spickten sie vorsätzlich mit Lügen und fragwürdigen Interpretationen. So gelang es, eine Angst vor einem Zurück zum Stalinismus, zu Unterdrückung und Warenmangel zu schüren. So konnten die unentschlossenen Teile der Intelligentsia davon abgehalten werden, Sjuganov zu unterstützen. Ihr materielles Dasein hat sich zwar unter Jelzin verschlechtert, aber mehr als dieses fürchten sie eine Rückkehr der Vergangenheit.

Gleichzeitig wurde Sjuganov die Unterstützung derjenigen abgegraben, die einer sozialistischen Ideologie recht distanziert gegenüber stehen, die aber eine Politik von Recht und Ordnung, die Wiederherstellung der Großmacht Rußland und den Kampf gegen die "Verwestlichung" sowie gegen das Plündern des Landes durch westliche Monopole unterstützen. Dieses wurde im letzten Augenblick durch die Einbeziehung des "unabhängigen" Generals Lebed erreicht, der vorher gleichermaßen Abstand zu den Kommunisten und den "Demokraten" zu halten schien.

Eine wichtige Rolle bei Jelzins Erfolg spielten das bereits erwähnte Wahlkampfteam und die antikommunistische Hysterie in den abhängigen und "unabhängigen" Massenmedien. Aber dessen ungeachtet

war die Niederlage der KPRF in einem bestimmten Umfang durch eigene grobe strategische Fehler vorherbestimmt.

Von der KPdSU zur KPRF

Das erste Versagen der KPRF entstand aus ihren "angeborenen" Defekten. Es gab keinen Anlaß zu hoffen, daß bei den Präsidentschaftswahlen 1996 eine große Anzahl von Proteststimmen (für unterschiedliche Kandidaten, aber gegen das Regime) abgegeben würden. Die Stabilisierung der wirtschaftlichen Situation war eine Tatsache, auch wenn sie nur auf unsicheren Füßen steht. Die Ausbreitung der Krisenerscheinungen hatte sich merklich verlangsamt. Das Regime hatte sich in der Zeit unmittelbar vor den Wahlen keine groben politischen Ausfälle erlaubt. Somit ging es nicht um Protest, sondern um die Wahl einer politischen Linie.

In dieser Frage zeichnete sich bereits lange vor den Wahlen eine Niederlage Sjuganovs ab. Der entscheidende Zeitpunkt war, als er den Kampf um den Führungsposten der KPRF gewann und sofort begann, das politische und ideologische Erscheinungsbild der Partei zu bestimmen. Warum gehen wir zu diesen Ereignissen zurück? Als die KPRF als neue politische Kraft Form angenommen hatte, wurde ihr öffentliches Erscheinungsbild nicht von der Parteiführung bestimmt, sondern vom Apparat. Die neue KPRF behielt den organisatorischen und politischen Dogmatismus der KPdSU bei. Gleichzeitig aber veränderte sich der wirtschaftliche Teil des Parteiprogrammes spürbar: Privatbesitz und Marktwirtschaft wurden akzeptiert. Die Partei fing damit an, in größerem Stil Großmacht-Rhetorik zu verwenden. Diese Mischung war dafür prädestiniert, die konservativsten, oder genauer gesagt, konformistischsten Teile der alten Partei zur Fahne der KPRF zu locken. Für die neue Kommunistische Partei bedeuten diese Leute eine beachtliche Massenbasis.

Der Kampf um die Modernisierung der Kommunistischen Partei war nicht verloren, solch ein Kampf hat nie stattgefunden. Die Führung der neuen KPRF verzichtete bewußt darauf, eine moderne Partei zu etablieren, die in Zukunft dazu in der Lage wäre, die Bürger Rußlands hinter sich zu bringen. Mit ihrer strengen internen ideologischen Disziplin, der Weigerung, Stalin zu verdammen, ihrem offensichtlichen Widerspruch zu Chruschtschows "Tauwetter" und Gorbatschows Perestroika, erschien die KPRF den Wählern als eine Partei, die zwar für soziale Gerechtigkeit kämpfen würde, dies allerdings mit den Methoden, die schon einmal zur Errichtung eines bürokratisch totalitären Regimes geführt hatten. Für manche war dies sicherlich attraktiv, aber die meisten wurden abgeschreckt.

Eine starke Oppositionspartei zu sein und die stärkste Duma-Fraktion zu stellen, ist sicherlich ein taktischer Sieg. Dennoch erlitt die Führung der KPRF im gleichen Augenblick eine strategische Niederlage. Sie hat sich selbst dabei blockiert, die Straße zu beschreiten, die einmal dazu führen mag, daß sie das Vertrauen eines Großteils der russischen Gesellschaft gewinnt.

Unflexible Bürokraten

Mit ihren rund 500.000 Mitgliedern ist die KPRF die größte Partei in Rußland. Doch hat es sich in der Wahlkampagne gezeigt, daß sie aufgrund ihres Bürokratismus in Kombination mit der Orientierung auf die "Leute der Vergangenheit" sowie pragmatisch ausgerichteten kleinen Bürokraten, die mit Jelzin unzufrieden sind, eigentlich eine schwache Organisation ist. Sie war unfähig, den schmutzigen Tricks und der Propaganda der offiziellen Stellen etwas Adäquates entgegenzusetzen. Angesichts der Tatsache, daß die Massenmedien von Jelzin monopolisiert sind, war es sicherlich eine gute Idee, die Agitation von Tür zu Tür zu tragen. Doch es zeigte sich, daß die Mitglieder der KPRF nicht dazu in der Lage waren, diese Politik in die Praxis umzusetzen. Sie hatten keine Vorstellung davon, wie man solch eine Arbeit vollbringt, ganz zu schweigen davon, wie man die Herzen der Menschen gewinnt - ausgenommen derer, die sich eh schon für Sjuganov entschieden hatten.

Die Stärke der KPRF, nämlich ihre Größe und daß sie erprobte und erfahrene Parteikader der alten KPdSU zu ihren Mitgliedern zählt, verwandelte sich in Schwäche. Es stellte sich heraus, daß disziplinierte Parteisoldaten unter den Bedingungen eines Mehrparteiensystems, das durch den Kampf von verschiedenen Ideologien und Interessen geprägt ist, wenig zu gebrauchen sind. Denn die erfahrenen Kader hatten nur Erfahrung im Bürokraten-Kotau, aber nicht in der politischen Propagandaarbeit.

Das zweite Versagen ist direkt mit dem ersten verbunden. Die KPRF wählte ein taktisches Vorgehen, das vollkommen ungeeignet war, neue Wähler zu gewinnen. Sjuganovs Unterstützung beschränkte sich folglich

auf paternalistische Bürokraten und die Teile der Arbeiterschaft, die sich zurücksehnen zu einer starken UdSSR und dem "realen Sozialismus". Von einem politischen Standpunkt aus betrachtet ist dies das größte Problem, und deswegen wollen wir im folgenden näher darauf eingehen.

Ein linkes Gegengewicht zur KPRF

Die Art und Weise, wie versucht wurde, einen volkstümlich-patriotischen Block zu bilden, war von vornherein zum Scheitern verurteilt. Die Leute, die ihn repräsentierten, kamen allesamt aus dem Spektrum konservativ-kommunistischer und nationalistischer Gruppen. Um die Wählerbasis des Blocks zu erweitern, hätte es wesentlich mehr Sinn gemacht, zu versuchen, andere sozialistische Kräfte, modernere, demokratischere und konsequenter sozialistische Kräfte als die KPRF für diesen Block zu gewinnen. Damit hätte man für die Wähler ein humanistisches und demokratisches Gegengewicht zur steifen, dogmatischen und nationalistischen KPRF gehabt, was den Block als Ganzes sicherlich für die Mehrheit der Wählerschaft akzeptabel gemacht hätte.

Es wäre notwendig gewesen, neben Sjuganov - auch als kritisches Korrektiv - einen zweiten Vorsitzenden aus der jungen Generation zu haben, einen überzeugten Demokraten und Sozialisten, der keine Verbindung zur KPdSU oder zur Nomenklatura hat und auch nicht in Nostalgie für die Vergangenheit schwelgt. Solch eine Persönlichkeit an der Spitze eines oben skizzierten Wahlbündnisses hätte die Stimmen vieler Unentschlossener gewonnen, während gleichzeitig das nostalgische Wählerpotential der KPRF sich nirgendwo anders hätte hinwenden können.

Solch eine Persönlichkeit, Partei oder Bewegung ist leider derzeit in Rußlands politischer Szene nicht zu finden. Genau darin liegt eines der zentralen Probleme der Linken. Tatsache ist, daß es heute in Rußland eine demokratisch-sozialistische Tendenz gibt. Dies hat sich bei den Parlamentswahlen 1995 gezeigt, wo selbst solche Halbsozialisten mit demokratischem Anstrich wie die Partei der Arbeiterselbstverwaltung von Svyatoslav Fjodorov und eine Anzahl weiterer kleiner Gruppen, die sich selbst als sozialdemokratisch betrachten, immerhin zusammen auf fünf Prozent der Stimmen kamen. Rußland hat eine Vielzahl von kleinen politischen Gruppen und Theoriezirkeln, die demokratisch-sozialistische Ideen verbreiten. Im Augenblick haben diese sogar Zuspruch innerhalb der KPRF, obwohl sie ihre Ideen nicht offen propagieren, was innerhalb der KPRF so gut wie unmöglich ist.

Mangelnde Ressourcen

Moderne demokratisch-kommunistische und sozialistische Ideen können derzeit in Rußland alleine nicht ausreichende Ressourcen beschaffen, um eine große und einflußreiche Organisation auf die Beine zu stellen. Dies muß ganz klar erkannt werden. Ohne entsprechende Ressourcen aber sind die zahlreichen linken Gruppen, Grüppchen und Zirkel nicht dazu in der Lage, sich zu konsolidieren zu etwas Dauerhaftem, das dazu in der Lage wäre, die aufrechte politische Unterstützung eines signifikanten Teils der Bevölkerung zu gewinnen.

Ein Versuch in dieser Richtung wurde bereits unternommen. Es war ein operaistisches Projekt, ein Versuch, eine linke Partei basierend auf den radikalsten Teilen der aktiven Gewerkschaftsbewegung zu gründen. Doch um gegen die Opposition der Gewerkschaftshierarchie und die Passivität der Gewerkschaftsbasis anzurennen, war die organisatorische und politische Schwäche der linken Aktivisten selber zu groß, so daß dieser Versuch scheiterte. Eine andere Möglichkeit wäre gewesen, daß die KPRF oder eine ihr nahestehende Organisation direkte oder indirekte Unterstützung für solch ein linkes Projekt gegeben hätte. Aber entgegen ihrer eigenen guten Interessen wollte die KPRF keinen solchen Verbündeten - aus Furcht, durch eine derartige neue Partei die Hegemonie innerhalb der Oppositionsbewegung zu verlieren.

Es ist klar, daß eine demokratisch-sozialistische Partei nicht dazu in der Lage sein wird, als echte Rivalin mit der KPRF um politischen Einfluß zu streiten. Denn solch eine Partei wird notgedrungenermaßen kleiner und instabiler sein, und ihre Anhänger werden nicht aus dem Stand weg zu mobilisieren sein wie etwa bei der KPRF. Es gibt auch keinen Grund anzunehmen, daß eine starke soziale Bewegung eine solche linke Partei unterstützen würde.

Unterstellt, Rußland hätte Arbeiter-, Gewerkschafts-, Umwelt- und andere soziale Bewegungen, und ebenso unterstellt, die Führung der KPRF würde nicht um einen Platz auf der politischen Bühne streiten, sondern sich

für Veränderungen im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung einsetzen, dann wäre ihre Wahl möglicherweise anders ausgefallen. Aber dies würde andere objektive Bedingungen erfordern. Die KPRF selber wäre eine andere Partei - offener und mehr an der Zukunft als an der Vergangenheit interessiert.

Keine Veränderung

ohne Massenbewegung

Eine optimale Wahlstrategie vorausgesetzt, könnten Kommunisten und Sozialisten heute in Rußland Wahlen gewinnen? Die klare Antwort heißt "nein". Denn es gab und gibt keine Massenorganisationen der Werktätigen und anderer unterdrückter Schichten, die danach streben, die Macht in ihre Hände zu nehmen, und die dazu auch in der Lage wären. Ein Sieg der Linken und echte Veränderungen im sozio-ökonomischen, politischen und kulturellen Leben des Landes sind ohne solche Organisationen nicht denkbar. Ohne derartige Organisationen kann den clan-ähnlichen Strukturen, die sich bereits in Rußland herausgebildet haben, die Macht nicht aus den Händen gerissen werden. Ein großer Teil geduldiger und hartnäckiger Arbeit steht noch aus, bevor in Rußland eine durch und durch demokratische, starke und konstruktive sozialistische Oppositionsbewegung der Unterdrückten entstehen wird.

Zusammengefaßt: Sjuganovs Hauptfehler bestand darin, den politischen Kampf darauf zu reduzieren, mehr Wähler hinter sich zu bringen als sein Opponent. Selbst ein Erfolg bei diesem Versuch hätte nicht in einen politischen Sieg verwandelt werden können, da Sjuganov nicht von einer breiten Bewegung unterstützt wurde, die dazu in der Lage gewesen wäre, das aktuelle Machtsystem zu ändern. Ohne solch eine Bewegung würde sich jeder Wahlerfolg in eine bittere Niederlage wandeln.

Es ist unumgänglich, daß die KPRF ihre Strategie und Taktik überdenkt. Die Erfahrungen der Vergangenheit zwingen uns leider anzunehmen, daß die derzeitige Führung der KPRF zu solch einer Selbstkritik nicht fähig ist. Wahrscheinlicher ist das Folgende: Die Niederlage wird Wahlmanipulationen zugeschrieben werden sowie dem unbestreitbaren schamlosen Mißbrauch der Massenmedien seitens des Jelzin-Lagers. Dennoch bleibt die Frage: Warum waren die Linken nicht dazu in der Lage, effektive Gegenmaßnahmen zu ergreifen? Warum gehören zu den Unterstützern der KPRF so wenige Journalisten und Autoren, die bereit wären, ihr derzeitiges Wohlergehen aufs Spiel zu setzen für einen Wahlsieg? Warum waren die Medien der Linken so schwach und begrenzt in ihrem Einfluß?

Es ist sehr wahrscheinlich, daß insbesondere auf regionaler Ebene viele Sympathisanten und Führer der KPRF ins System der Macht einsickern werden. Gleichzeitig werden die Basisorganisationen der KPRF weiter austrocknen, besonders dann, wenn die Jelzinisten klug genug sind, sie leise zu ersticken anstatt zu versuchen sie mit großem Trara zu beseitigen. Die Betonkopf-Stalinisten werden unter diesen Bedingungen die beständigsten und aktivsten Parteieinheiten stellen. Die linke Intelligentsia, die sich vor sechs Monaten zögerlich Sjuganov annäherte, war während der Wahlkampagne etwas von ihm abgeschreckt worden. Jetzt ist sie aufgrund der Niederlage ernsthaft besorgt und befürchtet eine Hexenjagd. Diese Leute werden sich nun ruhig verhalten und abwarten, bis irgendjemand kommt und die Bedingungen für ein neues "Tauwetter" bereitet.

Was können demokratische Linke unter diesen Umständen tun? Vor allem sollten sie nicht ihre Hände in den Schoß legen und die tägliche Arbeit einstellen. Während der Jahre der "Reformen" haben wir vertreten und werden es weiterhin vertreten, daß die einzige linke Kraft, die eine echte Chance der Veränderung in Rußland und in der Welt haben wird, eine qualitativ neue sozialistische Bewegung sein wird, die aus machtvollen demokratischen Massenbewegungen der Werktätigen und Bürger entsteht.

Die aktuelle Niederlage ist nicht tragisch - zumindest noch nicht. Mit einer Organisation wie der KPRF und einem Vorsitzenden wie Sjuganov sind 40 Prozent der Stimmen gar kein so schlechtes Ergebnis. Die sozial-ökonomische Lage in Rußland wird sich in der nächsten Zeit nicht verbessern. Die politische Situation ist gefährlich, und die Bedrohung durch einen Lebed-Bonapartismus oder etwas Vergleichbares ist nicht von der Hand zu weisen. Wir wissen, was auf uns zukommt: neue Streiks und Proteste der Arbeiter, neue Initiativen, linke Ideen zu verbreiten, neue politische und theoretische Debatten und neue Anstrengungen, einen Fuß vor den nächsten zu setzen beim Versuch, in Rußland eine beständige demokratisch-sozialistische Bewegung in Gang zu setzen.

Und natürlich die wichtigste Überlegung von allen: Für die Linke wird die allernächste Zukunft in Rußland schwierig. Aber wir fürchten uns vor dieser Aussicht nicht. In Zeiten der Bewährung für uns alle sind Solidarität, Zusammenarbeit und Internationalismus besonders wichtig. Wenn wir uns vereinigen, sind wir unbesiegbar!

Andrei Kolganov und Alexander Buzgalin sind Ökonomen an der Moskauer Staatlichen Universität. Sie waren Mitglieder der Partei der Arbeit (gemeinsam mit Boris Kagarlitzky) und geben heute die Theorie-Zeitschrift "Alternative" heraus. (Übersetzung aus dem Englischen: ak).

25. "Kündigen Sie ihn!" Kurdischer Arbeiter von MAD, Kripo und anderen Behörden verfolgt (Aus: Kurdistan-Rundbrief)

Rubrik: Geheimdienste; Ausländer- und Asylpolitik; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak393/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:393:28

Wie verheerend sich die bundesdeutsche Verbots- und Diskriminierungspolitik gegen die Kurden auch auf deren Arbeitsalltag auswirkt, mögen die Erlebnisse eines kurdischen Arbeiters aus Ulm zeigen.

Serhat Ünal, Klempner und Monteur, ist 26 Jahre alt; seit seinem zweiten Lebensjahr lebt er in der Stadt Ulm (Baden-Württemberg), in der er aufgewachsen ist und die Schule besucht hat. Er ist Vorsitzender des örtlichen kurdischen Vereins (jetzt: "Med-Kulturzentrum") und bis jetzt in keinem Fall aus politischen Gründen bestraft oder angeklagt worden.

Am Mittwoch, dem 20.3.1996, um sechs Uhr morgens ist Serhat Ünal im Begriff, im Arbeitsanzug seine Wohnung zu verlassen, um eine Außenarbeitsstelle der Firma Fink (Gas- und Wasserinstallation) bei der er seit Jahren beschäftigt ist, aufzusuchen. Da erscheinen Polizeibeamte: Gegen ihn sei Unterbindungsgewahrsam angeordnet, weil er verdächtigt werde, die für den Nachmittag angesetzte und verbotene Newroz-Veranstaltung des kurdisch-deutschen Freundschaftsvereins trotz Verbots durchführen zu wollen. Sein Hinweis, das er das keineswegs beabsichtige, nützt ihm nichts, er wird festgenommen.

Serhat bittet darum, daß sein Arbeitgeber benachrichtigt werde, und gibt den Beamten dessen Telefonnummer. In der Polizeihaft stellt sich heraus, daß außer Serhat noch drei weitere Kurden aus Ulm mit derselben Begründung verhaftet worden sind.

Da der Haftrichter den Verdacht, der der Verhaftung zugrundeliegt, für unbegründet hält, ordnet er die Freilassung an; nach acht Stunden, um 14.00 Uhr, werden die Kurden entlassen.

Serhat begibt sich zu seiner Firma und erklärt seinem Chef, die Polizei habe "... den Falschen erwischt". Da er aber aufgrund der Tatsache, morgens um sechs unschuldig verhaftet worden zu sein, einen Schock habe, bittet er, die nächsten beiden Tage frei nehmen zu können. Der Arbeitgeber ist freundlich zu ihm und hat nichts dagegen einzuwenden.

Zwei Tage später, am Freitag, wird Serhat morgens von seinem Chef angerufen: Er möge kommen und seinen Ausweis mitbringen. Er folgt dieser Anweisung und es stellt sich heraus, daß nicht sein Paß, sondern der persönliche Passierschein gemeint war, der ihm erlaubte, das Kasernengelände der Bundeswehr zu betreten; dort führte die Fa. Fink zu dieser Zeit Reparaturen aus. Auf telefonische Anweisung des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) und des Staatlichen Hochbauamtes müsse der Firmenchef diesen Passierschein einziehen; Serhat Ünal sei unerwünscht und dürfe die Kaserne nicht mehr betreten. Weiter sagte sein Chef zu ihm, er habe im Augenblick keine Arbeit für Serhat; dieser möge für einige Tage "Kurzarbeit" machen und sich zu Hause bereithalten. (...)

Nach Ablauf von dreieinhalb Wochen wird Serhat Ünal wieder von seiner Firma eingesetzt, auf einer privaten Baustelle. Jetzt erst erfährt er von einem befreundeten Arbeitskollegen, daß der MAD diesen zwei Stunden lang verhört und dabei massiv eingeschüchtert habe. Der Kollege mußte alle Plätze im Kasernengelände zeigen (Rohrschächte und Aufzugsanlagen), auf denen Serhat in letzter Zeit gearbeitet hatte; alles wurde genau untersucht und z. T. mit einer Spezialkamera durchleuchtet, wegen des Verdachts, Serhat Ünal könnte "eine Bombe plaziert" haben. Auch alle Fahrzeuge der Fa. Fink waren auf dem Firmengelände genauestens durchsucht worden, ebenfalls wegen Verdachts auf einen Sprengstoffanschlag. Weiter wurde der deutsche Kollege befragt, ob Serhat Propaganda für eine verbotene Partei gemacht habe. Den Ton der Vernehmung erlebte der deutsche Arbeiter als massive Einschüchterung; er hätte nicht gewagt, sich in der ganzen Zeit auch nur eine Zigarette anzuzünden. Auf seine Frage, was das solle, Serhat sei ein guter Arbeiter und völlig unauffällig, wird ihm drohend gesagt: "Wenn sie hier dumme Fragen stellen, bekommen Sie's mit uns zu tun!"

Am nächsten Tag kommt der Chef auf die Baustelle. Von drei Seiten aus, dem MAD, der Ulmer Kriminalpolizei und dem Staatlichen Hochbauamt, habe man ihm nahegelegt, Serhat Ünal zu kündigen. Zur Begründung wäre

gesagt worden: "Damit er leichter abgeschoben werden kann." Zu Serhat Ünal sagt der Chef, er solle gute Arbeit leisten, sonst würde er wirklich entlassen. Auf seine Frage, was das solle, ob der Arbeitgeber mit seiner Leistung bisher unzufrieden gewesen sei, lenkt der Chef ein.

Einige Zeit später erkrankt Serhat für zwei Wochen. Mit der Begründung, er habe die Folgebescheinigung (nach der ersten Krankheitswoche) verspätet abgegeben, wird Serhat fristlos entlassen.

Es ist anzunehmen, daß auf den Firmenchef, der sich nach den Angaben Serhats bisher immer fair zu ihm verhalten habe, von Seiten der Behörden Druck ausgeübt worden ist - vermutlich in dem Sinn, daß ihm die Kasernenaufträge, die einen großen Teil seiner Gesamtaufträge ausmachen, bei Weiterbeschäftigung des Kurden entzogen würden.

Serhat ist seitdem arbeitslos; aber eine Klage beim Arbeitsgericht ist noch nicht entschieden.

Aus: Kurdistan-Rundbrief 15/96

26. Das ging ins Auge. Kritik der Ausstellung "Das deutsche Auge"

Autor: Günter Zint · Rubrik: Zeitgeschichte; Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak393/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:393:37

Als Fotograf steht es mir eigentlich schlecht an, eine Kritik über eine Ausstellung von KollegInnen zu schreiben. ak hat mich aber gebeten, etwas zu der Ausstellung "Das deutsche Auge" zu machen. Wenn eine Ausstellung einen derart hochtrabenden Titel hat, muß es meinem deutschen Auge gestattet sein, einen kritischen Blick darauf zu werfen.

Kennen Sie eine Badeanstalt, in der das Baden verboten ist? Ich kenne eine Fotoausstellung, in der das Fotografieren verboten ist. Gleich an der Kasse wird dies dem Fotografenauge unmißverständlich durch ein Schild vermittelt. Klar, daß ich davon erstmal ein Foto machen mußte (Triebtäter).

Ich habe mir die Ausstellung dreimal angeschaut. Zuletzt unter kundiger Führung des "Machers", Herrn Professor F. C. Gundlach, und in Begleitung von Dr. Roland Klemig (Ex-Direktor des Bildarchivs Preußischer Kulturbetrieb und Verwaltungsratsvorsitzender der VG Bild-Kunst). Aber auch die hochkarätige Begleitung hat mir keine tiefere Erkenntnis über "Das deutsche Auge" gebracht. Der Zeitabschnitt 1926 bis 1996 soll in der Hamburger Deichtorhalle dargestellt sein. Die erste Hälfte dieses Zeitabschnittes ist ausführlich dargestellt. Klassische Reportagen, Zeitschriftentitel, Fotos mit Originaltexten der FotografInnen sind aus dieser Epoche zu sehen. Das "Dritte Reich" kommt mit martialischen Bildern daher, die unkommentiert oder sehr knapp beschriftet sind. Hilmar Pabel wird mit einer "Heimkehrerreportage" gewürdigt. Seine Arbeit für das NS-Regime ist mit dem Faksimile einer Reportage aus einem jüdischen Getto gestreift. Keine Diskussion, keine Erläuterung zur Moral des wendehälslerischen Bildjournalismus.

Ich kann und will an dieser Stelle die fehlende Auseinandersetzung nicht nachholen. Diese Ausstellung ist von einem Modefotografen und engagierten Fotosammler gemacht. Das ist der Ausstellung anzumerken.

Der Titel ist allerdings ein Etikettenschwindel. Die letzten 15 Jahre sind fast nicht vertreten. Bildjournalismus muß ein Spiegelbild unserer Zeit sein. Ob er es in unserer Medienlandschaft, die sich inzwischen ihre eigenen Realitäten produziert, noch ist, bezweifle ich. Trotzdem halte ich die Dokumentarfotografie nach wie vor für eines der wichtigsten Werkzeuge der Geschichtsschreibung. Elektronische Medien sind flüchtig und nur mit großem technischen Aufwand vorzeigbar. Fotos stecken in jeder Brieftasche, sind überall und ohne technische Hilfsmittel anzuschauen. Eine Ausstellung und der dazugehörige Katalog haben die Chance, die Mängel unserer Medienlandschaft auszugleichen. Diese Chance ist hier vertan worden.

Die Anti-AKW Bewegung, die Friedens- und Ökologiebewegung, das alltägliche Verkehrschaos und die sich verschärfenden Lebensbedingungen in unseren großen Städten, dies alles ist in der Ausstellung mit keinem Foto vertreten. Der "Zeitgeist" und die "Technowelle" wird durch einen Fotografen mit Motiven repräsentiert, die mit Sicherheit ein sehr schnelles Verfallsdatum haben.

Am 14.8.96 fand eine Podiumsdiskussion mit allen Hamburger Museumsdirektoren im Rahmen der Ausstellung statt. Fast eine Stunde hab ich mir angehört, wie die Hamburger Museumsdirektoren ihr Engagement für die Fotografie selbstherrlich darstellten, dann war ich so gelangweilt, daß ich Gefahr lief, schnarchend vom Stuhl zu fallen, und lieber nach Hause fuhr.

Diese Ausstellung macht auf mich den Eindruck, als werde die Tauglichkeit von Fotografie für den Kunstmarkt getestet. Ein legales Anliegen. Dies aber als Überblick über den deutschen Bildjournalismus verkaufen zu wollen, ging ins Auge.

"Das deutsche Auge" habe ich darin nicht entdecken können. Das deutscheste an dieser Ausstellung ist die Größenbeschreibung der einzelnen Exponate. Sie ist nach Millimetern genau vermessen und angegeben.

Günter Zint, August 1996

27. Ende der politischen Justiz? EU beschließt Auslieferungskonvention

Autor: Mark Holzberger, Ulla Jelpke · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak393/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:393:24

Im Rahmen der sogenannten Terrorismus-Bekämpfung der EU kommt der Auslieferung insbesondere politischer StraftäterInnen seit über 20 Jahren eine herausragende Bedeutung zu. Dabei geht es den Regierungen nicht zuletzt darum, politische StraftäterInnen zu überstellen, ohne daß die Öffentlichkeit darauf aufmerksam wird.

In dieser Hinsicht galt das 1977 beschlossene "Europäische Übereinkommen zur Bekämpfung des Terrorismus" (EuTerrÜbk) bisher als Meilenstein: Mit einem Federstrich wurden damals ganze Deliktgruppen von der Privilegierung als politische Straftaten ausgeschlossen. Trotzdem kam es auch nach 1977 bei der Überstellung von politischen StraftäterInnen immer wieder zu Reibereien zwischen den westeuropäischen Staaten (vgl. Rote Hilfe, "Terroristen fliegen raus", 1994). Unmittelbar nach der Unterzeichnung des Schengener Übereinkommens, in dem die Frage der vereinfachten Auslieferung nur gestreift worden war, verständigten sich die zuständigen Innen- und Justizminister der EU darauf, nunmehr ein für alle Mal klar Schiff in dieser strittigen Frage zu machen. Nach drei Jahren intensiver und teilweise kontroverser Verhandlung hat die EU am 26. Juni 1996 das "Abkommen über die Auslieferung zwischen den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union" (EuAuslK) beschlossen.

Obwohl der Vertragstext bis Redaktionsschluß noch nicht veröffentlicht worden ist, lassen die Vorentwürfe der EuAuslK nichts Gutes erwarten. Das soll an einigen Beispielen demonstriert werden.

Mit der EuAuslK soll der sogenannte Spezialitäts-Grundsatz ausgehöhlt werden. Danach darf bisher eine Person nach ihrer Überstellung nur aufgrund derjenigen Straftaten vor Gericht gestellt werden, die in der Auslieferungsbewilligung bezeichnet worden sind. In dem Entwurf der EuAuslK vom 6.11.95 hingegen ist vorgesehen, daß "jeder Mitgliedsstaat die erforderlichen Maßnahmen trifft", damit eine auszuliefernde Person "freiwillig und in voller Kenntnis der daraus resultierenden Folgen" auf die Inanspruchnahme des Rechts auf Spezialität verzichten kann. Ziel der Repressionsorgane ist eine möglichst schnelle und reibungslose Überstellung von beschuldigten Personen. Später soll sie in einer rein polizeilichen Kooperation erfolgen, wobei weder Justiz noch Diplomatie mit ihren Spezialitätsprüfungen der Polizei in die Quere kommen sollen.

Für den effektiven Schutz der Rechte von Beschuldigten sind diese Regelungen, wie sie der Entwurf der EuAuslK vorsieht, äußerst problematisch. Wie soll beispielweise die "volle Kenntnis über die Rechtsfolgen" eines Verzichts auf Spezialität erreicht werden? Und was ist mit den "erforderlichen Maßnahmen" gemeint, die ergriffen werden sollen, um die Beschuldigten zu einem solchen Verzicht zu bringen? Unklar ist auch, ob hierfür in allen EU-Staaten gleiche Standards gelten. Schließlich ist zu fragen, ob ein Verzicht auf den Spezialitäts-Grundsatz auch ohne vorherige Anwaltskonsultation erklärt werden kann - die EuAuslK spricht nur von der Möglichkeit, "einen Berater hinzuzuziehen" - bzw. inwiefern diese Verzichtserklärung wieder rückgängig gemacht werden kann.

Erklärtes Herzstück der EuAuslK ist die weitere Einschränkung der Auslieferungsausnahme für politische StraftäterInnen. Bereits das EuTerrÜbk hatte die bis dahin völkerrechtlich übliche Praxis der Privilegierung politischer StraftäterInnen fast vollständig ausgehöhlt. Dabei konnte oder wollte man den Begriff des Terrorismus nicht definieren.

Bei den Verhandlungen um das EuTerrÜbk von 1977 war der Bundesregierung in einem Punkt kein Erfolg beschieden: Der Vorwurf der Zugehörigkeit zu einer "terroristischen Vereinigung" reichte auch nach 1977 nicht aus, um eine Auslieferung zu begründen - es sei denn, daß den zu überstellenden Personen weitere Straftaten zur Last gelegt werden konnten. Aber auch dann wurden die angeblichen "Terroristen" oft nur wegen der Begleitdelikte, nicht aber wegen Mitgliedschaft bzw. Unterstützung einer "terroristischen Vereinigung" ausgeliefert.

§129a auslieferungs-

fähig machen

Diese von der Bundesregierung stets beklagte Regelungslücke soll nun mit Hilfe der EuAuslK geschlossen werden. In dem Entwurf vom 6.11.1995 heißt es: Bei der "Verabredung einer Straftat (‚conspiracy`) oder der Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung (...) muß eine Auslieferung auch dann bewilligt werden, wenn diese Handlungen nach dem Recht des (um Auslieferung) ersuchten Staates keinen Straftatbestand darstellen, sofern (dies) mit dem Ziel erfolgt ist, eine oder mehrere auslieferungsfähige strafbare Handlungen (...) zu begehen.

Auf einem Treffen der Lenkungsgruppe der EU für die Ausarbeitung der EuAuslK Ende Oktober 1995 wurde deutlich, daß es sich bei der geplanten Einschränkung der Auslieferungsausnahme für politische StraftäterInnen "um einen besonders heiklen Punkt" handelt. Griechenland verwies auf verfassungsrechtliche Schwierigkeiten, Belgien und die Niederlande meinten, auf die Regelung verzichten zu können, Frankreich zeigte Vorbehalte. Nur sechs EU-Mitgliedstaaten (D, B, NL, E, I und P) sprachen sich dafür aus, im Falle eines "Anschlusses an eine bewaffnete Gruppe" auszuliefern. Die übrigen EU-Staaten plädierten für eine fakultative Lösung bzw. für eine Regelung dieser Frage zu einem späteren Zeitpunkt.

"Politische Delikte gibt es nicht"

Früher gaben sich RichterInnen in Auslieferungsverfahren oftmals Mühe, "terroristische" Straftaten deswegen für unpolitisch und für auslieferungsfähig zu erklären, weil sie zu einem Zeitpunkt erfolgt waren, der als nicht-umstürzlerisch angesehen wurde, oder weil die Straftat in keinem vertretbaren Verhältnis zu dem angestrebten politischen Ziel stand bzw. als ungeeignet erschien, dieses Ziel zu erreichen. Andere Richter wiederum hoben darauf ab, ob es sich bei den Opfern eines Attentats z.B. um Soldaten oder um Zivilisten handelte. All dieser Schnickschnack wird fortan überflüssig. Denn innerhalb der EU gibt es keine politischen Delikte mehr: "Für den Zweck der Auslieferung zwischen den Mitgliedsstaaten wird keine strafbare Handlung (...) als politische strafbare Handlung (...) oder als eine auf politischen Beweggründen beruhende strafbare Handlung angesehen", heißt es in dem Entwurf zur EuAuslK. Die EU zeigt sich nicht einmal mehr willens, die klassischen politischen Delikte wie Spionage, Landes- und Hochverrat anzuerkennen, ebensowenig simple Meinungsäußerungsdelikte.

Die ideologische Dimension der Debatte um die Auslieferungsfähigkeit politischer Delikte wird in einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten der Bündnisgrünen, Anke Dietert-Scheuer, deutlich: "Nach Überzeugung der Bundesregierung besteht in der EU der Demokratien und Rechtsstaaten kein Bedürfnis, insbesondere Straftaten gegen die politische Ordnung und die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse als sogenannte politische Straftaten zu privilegieren und den Täter vor der Strafverfolgung zu schützen." Die "Demokratien und Rechtsstaaten der EU" begreifen sich mittlerweile offenbar als Endpunkt der Menschheitsgeschichte, gegen den es keinen legitimen Widerstand außerhalb der bestehenden Rechtsordnung geben kann.

Das Europäische Auslieferungsabkommen von 1957 schrieb noch vor, bei einem Auslieferungsersuchen zu überprüfen, ob die zu überstellende Person aus rassischen oder religiösen Gründen verfolgt wurde, ob Nationalität oder politische Anschauungen Ursachen für das Auslieferungsverlangen waren. Doch auf diese Nachforschungen legten insbesondere die Regierungen Großbritanniens, Belgiens, Italiens und der BRD keinen Wert.

Auf dem Deutschen Richtertag 1995 hat sich der Generalbundesanwalt Kai Nehm ausführlich über die "Grenzüberschreitende Strafverfolgung bei extremistischen Straftaten" geäußert (vgl. Deutsche Richterzeitung 2/96). Unter anderem beschwerte sich Nehm über die Gründlichkeit, mit der im Ausland über deutsche Auslieferungsersuchen verhandelt wird. Als Beispiel führte er den Fall des in britischer Auslieferungshaft einsitzenden kurdischen Politikers Kani Yilmaz an: Dessen deutscher Verteidiger durfte, so Nehm, "sozusagen als ‚Experte des deutschen Unrechts` (...) dem Auslieferungsgericht ausführlich die der beantragten Maßnahme entgegenstehende bundesdeutsche Justizpraxis" unterbreiten.

Auch die menschenrechtlichen Zustände des ersuchenden Landes sollen in Auslieferungsverfahren künftig nicht mehr allzu eingehend untersucht werden. Nehm: "Zwar gibt es auch im europäischen Haus Mißstände, die Zweifel an der ernsthaften Durchsetzung des europäischen Menschenrechtsstandards erwecken." Es sei aber nicht sinnvoll, in den wenigen Ausnahmefällen "den ersuchenden Staat ohne konkreten Anlaß an den Menschenrechtspranger zu stellen".

"Unerwünschte Gäste" möchte der Generalbundesanwalt "schnellstmöglich und ohne Rücksicht auf hemmende Formalitäten loswerden". Die Verteidigung soll kein Recht mehr haben, auf rechtsstaatliche Bedenken in dem um Auslieferung ersuchenden Staat auch nur hinzuweisen.

Offenkundig können es "die Demokratien und Rechtsstaaten der EU", die sich als Glanzpunkte der menschlichen Entwicklung verstehen, nicht ertragen, kritische Stimmen auch nur vor Gericht anzuhören.

Ulla Jelpke (MdB), Mark Holzberger

28. Linke Journalistin in Paris festgehalten

Autor: Peter Nowak · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak393/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:393:09

Am 10. September 1995 wurde die für die linke türkische Wochenzeitung "Kurtulus" arbeitende deutsche Journalistin Ursula Ünlü in Paris verhaftet. Sie war auf der Reise von Paris nach Brüssel, wo sie eine Delegation von AnwältInnen und JournalistInnen, die in Istanbul einen Prozeß gegen türkische Polizisten beobachten wollten, auf ihren Besuch vorbereiten wollte.

Ursula Ünlü setzte sich seit Jahren als Journalistin für die Menschenrechte von türkischen Linken ein, u.a. für den Generalsekretär der türkischen DHKP (Revolutionäre Volksbefreiungspartei), Dursun Karatas. Ihm drohte im September 1994 die Auslieferung in die Türkei, nachdem er an der französisch-italienischen Grenze verhaftet worden war. Eine Fülle von Protestresolutionen aus aller Welt erreichte die französische Justiz. In Deutschland und Frankreich war Ursula Ünlü an dieser Solidaritätskampagne maßgeblich beteiligt. Karatas wurde unter Auflagen freigelassen und tauchte kurz darauf unter, was für Verstimmungen im französisch-türkischen Verhältnis sorgte.

Die französischen Behörden erklärten, an Karatas Flucht sei eine unbekannte Frau beteiligt gewesen. Sie wollen in Ursula Ünlü diese Frau erkannt haben und bereiten gegen sie eine Anklage wegen Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung und wegen Vorbereitung terroristischer Akte vor. Die Anschuldigungen wechseln häufig, Beweise gibt es offensichtlich keine. So wird Ünlü vorgeworfen, Generalsekretärin der "FreundInnen der DHKP" zu sein, obwohl diese Organisation in verschiedenen Ländern, auch in Frankreich, legal arbeitet.

Ünlü bekam zwar bis zum Prozeß Haftverschonung, darf aber den Großraum Paris nicht verlassen und muß sich dreimal in der Woche bei der Polizei melden. Kontakte zu linken türkischen Organisationen in Paris und Deutschland wurden ihr untersagt. Zwei Anträge von Ursula Ünlü, für einen Monat nach Deutschland reisen zu dürfen, um persönliche Dinge zu regeln und sich um die Versorgung ihrer Kinder zu kümmern, wurden von der französischen Justiz abgelehnt. Ihre finanzielle Situation ist äußerst prekär. Jegliche finanzielle Unterstützung wird ihr verweigert, und arbeiten darf sie ebenfalls nicht. Das Deutsche Sozialwerk in Paris bemüht sich mittlerweile um die Weitervermittlung von Spenden und Darlehen für Ünlüs Lebensunterhalt.

Zahlreiche Unterstützungsschreiben für Ursula Ünlü von Menschenrechtsorganisationen, dem Republikanischen Anwaltsverein, politischen Parteien und Abgeordneten blieben bisher ohne Erfolg. Die Zeitung der IG-Medien bezeichnete in ihrer Ausgabe vom Mai dieses Jahres Ursula Ünlüs Zwangsaufenthalt in Paris als "eine Geschichte von Freiheitsberaubung und Einschränkung von Meinungs- und Pressefreiheit". Der Prozeß gegen Ursula Ünlü ist für kommenden September vorgesehen. Bis dahin muß Ursula Ünlü wohl noch als "Stadtgeisel" in Paris leben.

Peter Nowak

29. Die großen Lauscher werden gespitzt. Argumente gegen den Großen Lauschangriff

Autor: Mark Holzberger, Ulla Jelpke · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; Geheimdienste · CD-Datei: daten/aksuche/ak393/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:393:34

Ende Juni hat die Bundesregierung in einem sogenannten "Eckpunktepapier" dargelegt, mit welchen Maßnahmen sie den Großen Lauschangriff legalisieren möchte. Bei einen bunten Sammelsurium von Verdachtsmomenten möchte das Bundeskabinett künftig seine großen Lauscher aufstellen: nicht nur, um Mord- und Totschlag, Geiselnahmen und Drogenkriminalität zu verhindern, sondern auch bei mutmaßlichen kriminellen und terroristischen Vereinigungen sowie Schleuserbanden, bei Verdacht auf Menschenhandel oder wenn Verstöße gegen Vereinsverbote ("PKK-Verbot") befürchtet werden.

Ermutigt wurde die Bundesregierung hierzu durch das kollektive Umfallen der FDP im Zuge ihrer Mitgliederbefragung und durch deutliche Signale aus der SPD-Baracke. Die SozialdemokratInnen haben bereits vor zwei Jahren, dann im Oktober letzten Jahres gemeinsam mit der baden-württembergischen CDU in einer Bundesratsinitiative ihre Bereitschaft zur Änderung des Grundgesetzes verkündet, um die Einführung des Großen Lauschangriffes zu ermöglichen

Dabei ist die BRD bereits heute Weltmeister im Abhören: Allein 1995 wurden 3.596 polizeiliche Telefonüberwachungsmaßnahmen gerichtlich angeordnet. Nach wissenschaftlichen Berechnungen ist davon auszugehen, daß hierbei Gespräche von 496.248 Personen mitgeschnitten worden sind. Die Telefonüberwachungsmaßnahmen der Landesämter und des Bundesamtes für Verfassungsschutz sind dabei noch nicht berücksicht: Die Zahl der nachrichtendienstlichen Lauschaktionen wird grundsätzlich nicht veröffentlicht. Schließlich werden auch noch täglich 4.000 Auslandsgespräche vom Bundesnachrichtendienst aufzeichnet.

In einem Punkt zumindest ist die unseelige Debatte um den Großen Lauschangriff einen Schritt weitergekommen: Mittlerweile dürfte es als unstrittig gelten, daß seine Einführung ohne eine Verfassungsänderung grundgesetzwidrig wäre. Nach der faktischen Abschaffung des Asylrechts ist die Bundesregierung nun dabei, mit Hilfe einer Ergänzung von Artikel 13 GG den Grundrechtsschutz für Wohnungen auszuhebeln. Es ist jedoch fraglich, ob der Große Lauschangriff auch nach der Änderung dieses Grundgesetzartikels verfassungskonform wäre. Der Große Lauschangriff greift nämlich in eine Vielzahl von Grundrechten ein.

Grundrechte werden verletzt

So verstößt der Große Lauschangriff z.B. gegen das Recht, über persönliche Daten selbst zu verfügen. Im Falle von gerichtlich angeordneten Telefonüberwachungen haben die Betroffenen immerhin noch die Möglichkeit, mit entsprechenden Vorsichtsmaßnahmen zu reagieren. Beim Großen Lauschangriff hingegen werden die Verdächtigten nicht über die Überwachungsmaßnahmen informiert; sie können daher die Preisgabe persönlicher Informationen kaum verhindern.

Man kann sich nur gegen staatliche Eingriffe wehren, von denen man Kenntnis hat. Dies zu verhindern ist aber Ziel des Großen Lauschangriffes. Er verstößt somit gegen das Grundrecht auf Rechtsschutz (Artikel 19 GG) und unterläuft das Recht auf Aussageverweigerung. Bei polizeilichen oder staatsanwaltschaftlichen Vernehmung müssen die Betroffenen auf dieses Recht aufmerksam gemacht werden. Dieser Rechtsschutz wird jedoch hinfällig, wenn geheim erlangte Aussagen aus einem Großen Lauschangriff in einem Strafprozeß verwertet werden können.

Ob der Große Lauschangriff überhaupt geeignet ist, die "Organisierte Kriminalität" aufzuklären, ist keineswegs erwiesen. Die Bundesregierung versucht, die Vorzüge des Großen Lauschangriffes mit Erfahrungen aus den USA zu begründen, wo die "technische Wohnraumüberwachung" zulässig ist. In den Jahren 1987 bis 1992 sind dort insgesamt 567 Große Lauschangriffe angeordnet worden. Mit dem Einsatz von Mikrofonen wurden jedoch - im Vergleich zur Telefonüberwachung - sehr wenige belastende Gespräche erfaßt, und nur 7,2 Prozent der so aufgezeichneten Gespräche wurden strafrechtlich relevant. Auch der Anteil von Verurteilungen, die sich auf den Einsatz von Mikrofonen stützen, ist mit 20,4 Prozent im Vergleich zur Telefonüberwachung

niedrig. Die besten Ermittlungserfolge werden in den USA durch den kombinierten Einsatz von Telefonüberwachung und Mikrofoneinsatz erzielt. Dies wird jedoch mit einem extrem hohen Kreis überwachter Personen erkauft.

Das Bundesverfassungsgericht hat bereits vor Jahren entschieden, daß dem einzelnen um der freien und selbstverantwortlichen Entfaltung seiner Persönlichkeit willen ein "Innenraum" verbleiben muß, in dem er "sich selbst besitzt" und in den er sich "zurückziehen kann, zu dem die Umwelt keinen Zutritt hat, in dem man in Ruhe gelassen wird und ein Recht auf Einsamkeit genießt." Zudem postulierte es einen "absolut geschützten Kernbereich privater Lebensgestaltung." Dieser Schutz vor staatlicher Gewalt gilt selbst dann, wenn "überwiegende Interessen der Allgemeinheit" für den Eingriff sprechen würden: Eine "Abwägung nach Maßgabe der Verhältnismäßigkeit findet nicht statt."

Durch den Großen Lauschangriff verliert der Mensch sein letztes Refugium, den innersten Raum seiner privaten Existenz wie auch der anderen Personen, die in der betreffenden Wohnung leben. Dies gilt um so mehr, als diese staatliche Maßnahme geheim ist: Der Große Lauschangriff entfaltet eine unabsehbare präventiv einschüchternde Wirkung, weil faktisch niemand mehr sicher sein kann, nicht selbst Ziel eines Lauschangriffes zu werden - auch unschuldige "andere Personen" nicht.

Der im Grundgesetz garantierte Schutz der Menschenwürde wäre bei einer Legalisierung des Großen Lauschangriffes in seinem Wesensgehalt berührt. Selbst bei der geplanten Grundgesetzänderung würde lediglich verfassungswidriges Verfassungsrecht geschaffen.

Alternativen zum

Großen Lauschen

Der Große Lauschangriff bietet keine ursachenorientierte Lösung derjenigen Kriminalitätsphänomene, die er zu bekämpfen vorgibt. Anstatt die Polizei mit einem weiteren nachrichtendienstlichem Mittel auszustatten, sollte die Regierung andere Maßnahmen ergreifen, die die Einführung des Großen Lauschangriffes unnötig machen könnten. Einige Beispiele:

Der Argumentation der Bundesregierung zufolge machen Drogenhandelsdelikte einen Großteil der sogenannten organisierten Kriminalität aus. Eine Entkriminalisierung, d.h. die Legalisierung des Besitzes und Erwerbs von Cannabis zum Eigenkonsum sowie die ärztlich kontrollierte Abgabe sogenannter harter Drogen - wie von der PDS-Bundestagsgruppe gefordert - zöge nicht nur das Verschwinden der mit der Abhängigkeit von Drogen zusammenhängenden Beschaffungskriminalität und Prostitution nach sich. Vielmehr würde auch der heute noch illegale Handel mit Betäubungsmitteln - den Gesetzen des Marktes folgend - in sich zusammenbrechen.

Die sogenannte Schlepper- und Schleuserkriminalität ist allein auf die zunehmende Abschottung Westeuropas gegenüber Flüchtlingen und MigrantInnen zurückzuführen. Ein Abbau der Festung Europa könnte zu einem Rückgang diesbezüglicher "Kriminalitätsformen" führen.

Seit Ende 1993 sind die bundesdeutschen Strafverfolgungsbehörden mit einer Fülle von Verstößen gegen ein Vereinsverbot konfrontiert, die alle auf das "PKK-Verbot" zurückgehen. Seit dem Erlaß dieses Vereinsverbots sind für die kurdische Bevölkerung in der Bundesrepublik das Recht auf freie Meinungsäußerung und das Versammlungsrecht faktisch außer Kraft gesetzt, da Versammlungen, Demonstrationen und Feste regelmäßig mit Hinweis auf das PKK-Verbot untersagt werden. Wenn Bund und Länder die Verbote kurdischer Organisationen aufheben würden - wie es von der PDS-Bundestagsgruppe gefordert worden ist - würden die damit zusammenhängenden Straftaten vollständig verschwinden.

Schließlich gibt es auch geeignetere Maßnahmen als den Großen Lauschangriff, um Verstöße z.B. gegen das Außenwirtschafts- und Kriegswaffenkontrollrecht zu verhindern oder zu ahnden: Eine Demokratisierung der öffentlichen Verwaltung wäre vermutlich ebenso effektiv wie die geheimpolizeiliche Kontrolle von Amtsstuben.

Mit dem Großen Lauschangriff wird eine staatliche Maßnahme legalisiert, wie sie zuletzt von der Staatssicherheit der DDR angewandt worden ist. Gerade vor diesem Hintergrund setzt sich die PDS nachdrücklich gegen geheimdienstliche Methoden der Polizei und für eine an Demokratie und Bürgerrechten orientierte Strafrechts- und Kriminalpolitik ein.

Ulla Jelpke (MdB)

Mark Holzberger

Totalüberwachung

für nichts und wieder nichts

In den Polizeigesetzen sämtlicher Bundesländer wurde in den vergangenen Jahren die Möglichkeit zum sogenannten Kleinen Lauschangriff geschaffen. Im wesentlichen ist nunmehr (jenseits der ohnehin schon bestehenden Möglichkeit der Telefonüberwachung) zur Abwehr einer konkreten Gefahr das Abhören auch des gesprochenen Wortes in Wohnungen zulässig - z.B. mittels einer am Körper eines Spitzels mitgeführten Wanze. Das längerfristige Abhören in Wohnungen zum Zwecke der Beweismittelsicherung für einen künftigen Strafprozeß ist der Polizei bislang jedoch verwehrt.

Doch was schert die Strafverfolgungsbehörden derartiger Schnickschnack? In dem § 129a-Verfahren gegen mutmaßliche RedakteurInnen der Zeitschrift "radikal" wurden 1993 zwei Ferienhäuser von der rheinland-pfälzischen Polizei für einen Zeitraum von 30 Wochen verwanzt. Zum Großen Lauschangriff wurde geblasen, weil die Polizei bereits "in einem frühen Stadium Erkenntnisse über Planungen und Vorbereitung von Anschlägen (...) und Hinweise auf mögl. Aufenthaltsorte mutmaßlicher RAF-Mitglieder gewinnen" will. Der Bundesgerichtshof erklärte, daß die Verwendung von Informationen aus einem aus präventiven Gründen angeordneten Lauschangriff in einem Strafprozeß rechtens sei, obwohl ein Großer Lauschangriff hierfür unzulässig ist. Der BGH hob damit selbst die Grenze präventiver und repressiver polizeilicher Ermittlungstätigkeit faktisch auf. Also gibt es auch ohne Grundgesetzänderung die Möglichkeit eines Großen Lauschangriffes, sofern sich eine irgendwie geartete "Gefahrenabwehrsituation" konstruieren läßt - und an diesbezüglicher Phantasie hat es dem Staatsschutz noch nie gemangelt.

Doch damit nicht genug: Die verfolgten "radikal"-MacherInnen wurden in einer der größten bislang bekanntgewordenen Obserservationsmaßnahmen über Monate hinweg bis in den letzten Winkel ihres Lebens hinein ausspioniert: Ihre Telefone wurden abgehört und selbst Gespräche aus Telefonzellen mitgeschnitten. Gegenüber ihren Wohnungen wurden polizeiliche Kontrollstellen eingerichtet: Mit versteckten Kameras wurde beobachtet, wer wann das Haus verließ - egal ob es sich um verdächtigte Personen, FreundInnen und Bekannte oder aber um vollkommen unbeteiligte Leute handelte. Die Post wurde 18 Monate lang geöffnet und kontrolliert, bei den Banken wurden sämtliche Kontobewegungen abgefragt. Schließlich ergab sich aus den Ermittlungsakten (allein für eine Person wurden 90 Leitz-Ordner angelegt) der Hinweis, daß die Autos der Beschuldigten mit Peilsendern versehen worden waren, um die Bewegungsbilder der vermeintlichen "radikal"-RedakteurInnen zu komplettieren. Inzwischen erging von der Bundesanwaltschaft der Hinweis, daß trotz solcher Methoden des Staatsschutzes die Beschuldigten allenfalls mit Haftstrafen zu rechnen hätten, die "mit Sicherheit" zur Bewährung ausgesetzt würden. (taz, 29.6.96)

Der erste Lauschangriff in Sachsen

Als echte Räuberpistole entpuppte sich der erste große Lauschangriff der sächsischen Polizei: Der CDU-Landrat von Mittweida, Andreas Schramm (ehemals Vorsitzender des sächsischen Innenausschusses und damals Kandidat für die Nachfolge des zurückgetretenen sächsischen Innenminister Eggers), sollte angeblich von dem örtlichen Sparkassendirektor Kurt Fischer entführt werden. Fischer arbeitete mit Rainer Kapelke zusammen, einem - wie sich später herausstellte - V-Mann des bayerischen Landeskriminalamtes. Kapelke wollte einem bayerischen Gebrauchtwagenhändler gegen Provision 3.834 Autos vermitteln - angeblich aus der Konkursmasse von Karl-Josef Zulier, das ist derjenige, der 8.000 Sinti um ca. 50 Mio. DM geprellt hat. Kapelke hatte schon lange geschäftliche Kontakte zu Fischer. Fischers Sparkasse übernahm für das Gebrauchtwagengeschäft eine Millionenbürgschaft. Doch Kapelke konnte die Gebrauchtwagen nicht termingerecht liefern, so daß Fischer in Finanznot geriet. Fischer und Kapelke heckten nun einen Tatplan aus. Auf einem Laptop des bayerischen LKA, das auch zwei Handies zur Verfügung stellte, wurde ein Erpresserbrief geschrieben. Kapelke informierte nun die sächsische Polizei. Für den Zweck strafprozessualer Beweisermittlung konnte kein Lauschangriff aufgrund des Landespolizeigesetzes angeordnet werden. Also wurde eine ominöse "dritte Person" ins Spiel gebracht, die in einem Hotelzimmer angeblich zu der Entführung von Schramm angestiftet werden sollte. Um die sich so ergebende "Gefährdung des potentielles Entführungsopfers zu minimieren bzw. ganz auszuschließen" wurde nun der Große Lauschangriff gem. §40

des Sächischen Polizeigesetzes richterlich genehmigt. In der Folge wurde in der Zeit vom 5. bis 9. November 1995 ein Hotelzimmer abgehört, in dem sich Fischer eingemietet hatte. Fischer wurde daraufhin festgenommen. Auch hier wird das Verbot des Großen Lauschangriffes ohne vorherige Grundgesetzänderung über den Trick einer künstlich erzeugten "Gefahrenabwehr"-Situation umgangen. Außerdem läßt sich an diesem Fall illustrieren, was der Polizeikritiker Rolf Gössner bereits im März 1992 mit der Gefahr des "staatlichen (Mit)-Organisierens von Kriminalität" gemeint hat. (vgl. ak Nr. 340)

30. Die unerträgliche Beschwichtigung. VS-Bericht 1995: Persilschein für Neofaschisten

Autor: Ulla Jelpke · Rubrik: Geheimdienste; Rechtsradikale, Altnazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak393/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:393:16

"Auch 1995 war die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland durch gewalttätige Linksextremisten bedroht, wie etwa die zahlreichen Sprengstoff- und Brandanschläge und die hohe Zahl gefährlicher Eingriffe in den Bahnbetrieb insbesondere im Rahmen der Kampagne gegen Kernenergie und Atommülltransporte zeigen." So charakterisiert das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) in seinem neuesten Bericht für das Jahr 1995 die Bedrohung des Staates von links. Als Beleg werden u.a. dafür angeführt, die "Antiimperialistischen Zellen" (AIZ) hätten die "Serie ihrer Straftaten mit vier Sprengstoffanschlägen gegen Personen aus Politik und Wirtschaft" fortgesetzt. (Bundesminister des Innern, Verfassungsschutzbericht 1995, Bonn 1996, S. 15).

In dieser Bedrohungsanalyse wird die Gefahr "von links" aufgebauscht, während die Gefährlichkeit des Neofaschismus in auffälliger Weise heruntergespielt wird. Der VS schreibt: "Das rechtsextreme Potential ging 1995 erneut deutlich zurück. Insbesondere die rechtsextremen Parteien hatten Mitgliederverluste. (...) Auch die Zahl der Gewalttaten mit erwiesenem oder zu vermutendem rechtsextremen Hintergrund ist weiter rückläufig" (S. 17).

Im folgenden soll gezeigt werden, mit welcher Sturheit aber auch mit welcher makabren Kreativität die Gefährlichkeit des bundesdeutschen Neofaschismus heruntergespielt wird und wie beträchtliche Teile neofaschistischer Organisationen ausgeklammert werden.

Der angebliche Rückgang "rechtsextremer Straftaten"

In dem Verfassungsschutzbericht 1995 stellt das BfV einen Rückgang der Straftaten mit erwiesenem oder zu vermutendem rechtsextremen Hintergrund fest. 1995 wurden 7.896 derartiger Straftaten gezählt, 1994 waren es 7.952. Besonders auffällig sei der Rückgang der neofaschistischen Gewalttaten: Für 1995 wurden 837 durch das BfV festgestellt gegenüber 1.489 Gewalttaten 1994.

Es mag vielleicht stimmen, daß es 1995 im Vergleich zum Vorjahr einen leichten Rückgang neofaschistischer Straftaten allgemein und eine größere Abnahme der Gewalttaten gibt. Trotzdem müssen die konkreten Zahlenangaben des BfV stark bezweifelt werden. Die Bundesregierung hat für das Jahr 1994 keinen von Rechten begangenen Mord registriert. Nach Recherchen des Archivs für Sozialgeschichte und der PDS-Bundestagsgruppe wurden 1994 tatsächlich 22 Morde mit erwiesener oder zu vermutender neofaschistischer Motivation begangen. Im nachhinein versucht das BfV sich im Verfassungsschutzbericht 1995 krampfhaft dafür zu rechtfertigen, wieso der rassistische Brandanschlag 1994 in Stuttgart durch den am 30.6.95 verhafteten Täter nicht als rechtsextrem eingestuft wird. Bei dem Anschlag auf ein vorwiegend von AusländerInnen bewohnten Haus waren sieben Menschen ums Leben gekommen. Im Bericht heißt es dazu: "Nach seinem Geständnis hat er von April bis Juni in Esslingen vier Brandanschläge aus Haß gegen Ausländer verübt." Die Tat im März 1994 "soll er dagegen aufgrund eines pyromanischen Triebs begangen haben" (S. 95).

In einem Artikel über die Beschönigung der Statistiken nach Art des BfV und des BMI hatte der "taz"-Autor Bernd Siegler angemerkt: "Mit Spannung darf gewartet werden, ob der am Vatertag (1995) am Stausee Oberwald in Sachsen von Skinheads erschlagene 24jährige Peter T. in die Statistik eingehen wird" (taz, 21.7.95). Das BfV gibt die Antwort: "Nach Einschätzung der Polizei" war diese Tat "nicht rechtsextremistisch motiviert" (S. 90). Und dies gilt auch für das Tötungsdelikt von Velbert in Nordrhein-Westfalen am 5.2.95 (S. 90), bei dem sieben neofaschistische Jugendliche einen Obdachlosen zunächst brutal zusammenschlugen und kurz darauf einer der Neofaschisten den bewußtlosen Mann mit einem Messer erstach (Antifaschistische Zeitung NRW Nr. 8, Mai-Juli 1995, S. 32).

Bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes machte Bundesinnenminister Kanther in einer Pressemitteilung der Öffentlichkeit klar, daß er auch nicht bereit ist, die 1995 und 1996 von dem Neofaschisten

Thomas Lemke begangenen Morde als politisch motiviert einzustufen: Sie hätten vielmehr "einen allgemein kriminellen Hintergrund" (Pressemitteilung vom 24.5.96).

Wenn man derart über den neofaschistischen Terror hinwegsieht und ihn leugnet, dann kann man natürlich behaupten, daß sich die "Zahl der schweren Gewaltdelikte (...) erheblich" reduzierte (S. 91). Und man kann auch die Existenz neofaschistischer Terrorgruppen bestreiten. Kanther äußerte bei der Vorstellung des Berichtes über die Gewalttaten und die Täter: "Wie im Vorjahr waren dabei Einzeltäter oder spontan entstandene Kleinstgruppen - und nicht etwa rechtsextremistische Organisationen - für die Straftaten verantwortlich. Da diesen Tätergruppen organisatorische Strukturen und dauerhafte Zielsetzungen fehlen, kann nicht von einem extremistischen Terrorismus gesprochen werden." (Pressemitteilung vom 24.5.96)

Das organisierte neofaschistische Terrornetz wird also geleugnet, obwohl die bewaffneten Gruppierungen aus gewaltbereiten Aktivisten bekannt sind; das BfV selbst gibt für 1995 die Zahl dieser Aktivisten mit 6.200 an (1994: 5.400). Genauso unübersehbar ist auch die Zahl der Anschläge, die in diesen Kreisen diskutiert und geplant und dann aus ihnen heraus auch begangen werden. Im VS-Bericht heißt es lakonisch: "Nach Einschätzung der Sicherheitsbehörden besteht dennoch zur Zeit keine konkrete Gefahr, daß sich eine aus der Illegalität heraus operierende rechtsterroristische Vereinigung bildet. Hierzu fehlt es an der notwendigen Unterstützung in der rechtsextremistischen Szene" (S. 17).

Weiter zahlreiche antisemitische Straftaten

In den zurückliegenden Jahren sehen die Zahlen der Straftaten mit antisemitischem Hintergrund wie folgt aus:

1991: 367

1992: 627

1993: 656

1994: 1.366

Für 1995 zählt das BfV 1.155 antisemitisch motivierte Straftaten (S. 93).

Die beträchtliche Steigerung dieser Zahlen in den letzten Jahren - bei leichtem Rückgang 1995 - ist ein Hinweis auf die im bundesdeutschen Neofaschismus vorhandene Einschätzung, daß man vor dem Hintergrund verbreiteter antisemitischer Vorurteile in der Bevölkerung mit Propaganda gegen Juden Einfluß gewinnen kann. Diese Einschätzung hat sich offenbar im gesamten Spektrum des bundesdeutschen Neofaschismus durchgesetzt, also von den REPs bis zu den Militanten. Aber auch innerhalb des konservativen Spektrums und in den Vertriebenenverbänden sind die Auswirkungen derartiger Überlegungen anzutreffen.

Kein geschichtsrevisionistischer Aufruf, keine antisemitische Äußerung aus diesen Reihen hat in den letzten Jahren zu staatlichem Einschreiten geführt. In den Vertriebenenblättern wie dem "Ostpreußenblatt" kann mittlerweile der Holocaust geleugnet werden. Jene Leute, die die Ermordung von sechs Millionen Jüdinnen und Juden und überhaupt die Existenz von Verbrennungsanlagen in den Vernichtungslagern bestreiten, werden nicht nur nicht verfolgt, sie bekommen vielmehr beträchtliche staatliche Mittel. Alle Hinweise auf dieses Treiben in den Revanchistenverbänden werden vom BMI hartnäckig ignoriert.

Die traditionelle Rechte

Bei der Darstellung der traditionellen Rechten weist das BfV vor allem auf den desolaten Zustand der Organisationen hin. Das Potential der Wahl-Parteien sei 1995 "erneut deutlich zurückgegangen"; diese Parteien hätten 9.500 Mitglieder verloren und hätten jetzt insgesamt 46.100 Personen organisiert. "Wahlniederlagen, anhaltende Finanzmiseren und heftige Richtungskämpfe prägten darüberhinaus das öffentliche Bild rechtsextremistischer Parteien" (S. 17).

Immerhin konnte das BfV ausmachen, daß NPD und Deutsche Liga "mittlerweile die Mitarbeit von ehemaligen Mitgliedern verbotener neonazistischer Vereinigungen" akzeptieren (S. 18). Die REPs will das BfV weiterhin nicht als rechtsextrem klassifizieren. Nach der Wahl von Rolf Schlierer zum Bundesvorsitzenden seien "die nachweisbaren Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen 1995 quantitativ rückläufig", da Schlierer - im Gegensatz zu dem ehemaligen Vorsitzenden Franz Schönhuber - darauf bedacht sei, "dem Staat keine Angriffsflächen zu bieten" und die REP "als demokratische Partei darzustellen" (S. 127).

Trotzdem erkennt das BfV in den Fragen "Überfremdung", Antisemitismus, "Kollektivismusvorstellungen" (in Richtung einer "Volksgemeinschaft") und Geschichtsrevisionismus eine rechtsextreme Ausrichtung der REPs.

Die "Intellektualisierung des Rechtsextremismus"

Im Anhang enthält der Bericht für 1995 ein Kapitel über die "Intellektualisierung des Rechtsextremismus". Im Vergleich zum Vorjahr hat das BfV hier den großen Sprung nach vorn gemacht. Hatte man 1994 in sage und schreibe zehn Zeilen die "Neue Rechte" dargestellt und von einer "bedenklichen Erosion" bei "der exakten Abgrenzung zwischen rechtsextremistischen und ultra-konservativen Ausrichtungen" gesprochen (Verfassungsschutzbericht 1994, S. 157), so hat man 1995 in den Bericht erstmals und in überraschender Weise die intellektuelle Strömung der "Konservativen Revolution" in den Bericht aufgenommen und sie der "Neuen Rechten" zugeordnet.

Immerhin kann man sich nun zu der Feststellung durchringen, daß es sich um eine Strömung "antidemokratischen Denkens in der Weimarer Republik" um rechte Intellektuelle wie Edgar Julius Jung, Artur Moeller van den Bruck und Carl Schmitt handelte, deren Inhalte heute von der "Neuen Rechten" aufgegriffen und aktualisiert werden (S. 164). Die heutigen Vertreter der "Konservativen Revolution" werden verteidigt, in dem sie unbenannt bleiben.

Der Einfluß der "Neuen Rechten" wird im Bericht heruntergespielt: "Die ‚Neue Rechte` in Deutschland verfügt weder über eine homogene Ideologie noch ist sie einheitlich organisiert. Von der Erlangung einer ‚kulturellen Hegemonie`, also der Meinungsführerschaft in politischen Diskursen, kann nicht gesprochen werden. So existieren etwa im universitären Bereich lediglich in einzelnen Städten Lesekreise von Zeitschriften. Studentische Hochschulgruppen, die die ideologischen Vorstellungen der ‚Neuen Rechten` propagieren (...) bestehen nicht. Über eine Unterstützung namhafter Wissenschaftler verfügt die deutsche ‚Neue Rechte` im Vergleich zur ‚Nouvelle Droite` ebenfalls nicht" (S. 163).

Zwar ist es richtig, daß die Bedeutung der "Neuen Rechten" häufig überschätzt wird. Zweifelsohne hat sie nicht die Meinungsführerschaft in politischen Diskursen übernommen. Aber in einigen wichtigen politischen Bereichen wie der "Asylfrage", der Auseinandersetzung gegen die "drohenden Überfremdung Deutschlands", der Uminterpretation der Geschichte unter den Stichworten "Historisierung des Nationalsozialismus" und Kampf gegen die "political correctness" hat sie durchaus beachtliche Erfolge erzielen und ihr Gedankengut in breiten Kreisen der Gesellschaft und der konservativen Parteien verankern können (vgl. dazu Wolfgang Gessenharter, Kippt die Republik? Die Neue Rechte und ihre Unterstützung durch Politik und Medien, München 1994).

Mit seinem Hinweis, es gebe lediglich in einigen Städten "Lesekreise", verschweigt das BfV schamhaft, daß es sich hierbei um die "Junge Freiheit" handelt. Daß aber die "Neue Rechte" ansonsten nicht auf studentische Hochschulgruppen und namhafte Professoren zurückgreifen könne, ist falsch und völlig verharmlosend. Tatsächlich verfügt die "Neue Rechte" über beträchtlichen Einfluß auf studentische Hochschulgruppen wie die studentischen Korporationen, auf Denkfabriken wie das "Studienzentrum Weikersheim", das "Collegium Humanum", auf Verlagsgruppen wie "Ullstein" und "Langen Müller", auf Vertriebenenverbände, die Bundeszentrale für politische Bildung usw. Und natürlich hat die "Neue Rechte" eine ganze Reihe von Professoren und Hochschullehrern um sich herum gruppiert, mit denen sie in einer intensiven Auseinandersetzung steht - von Nolte bis Hornung, von Knütter bis Hepp. Das BfV aber will bis heute keine der Einrichtungen, Medien und Organisationen benennen, die im Umfeld der "Neuen Rechten" wirken. Lediglich wo es um die zunehmende Aufweichung "der Abgrenzung zwischen Demokraten und Extremisten" geht, wird beispielsweise die "Junge Freiheit" erwähnt. Aber vor einer Einstufung als "rechtsextrem" hüten sich das BfV und das BMI noch (S. 164/165).

Deutsche Burschenschaft erstmals erwähnt

Erstmals wird - gleichfalls überraschend - im VS-Bericht die Deutsche Burschenschaft (DB) aufgeführt. Es wird angemerkt, daß sich seit 1993 Informationen aus den Bundesländern mehren, "wonach Rechtsextremisten in einzelnen Burschenschaften Fuß fassen konnten". Das BfV stellt fest, daß mit Blick auf die Abspaltungen von Burschenschaften aus dem Dachverband wegen dessen Rechtslastigkeit den "Hinweisen auf rechtsextremistische Aktivitäten in Burschenschaften auch künftig nachzugehen" sei (S. 152).

Am 18.7.1995 antwortete die Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der PDS zum Wartburgfest der DB noch, es gebe keine "verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse" über rechtsextreme Durchsetzung der Burschenschaften. Trotz der nun immerhin schon seit 1993 eingeräumten Erkenntnisse über neofaschistische Aktivitäten in den DB schickte die Bundesregierung als offiziellen Vertreter ihren Mann fürs Grobe, Staatssekretär Bernd Neumann aus dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, auf das Wartburgfest, der dort eine Grußadresse der Bundesregierung vortrug. Noch in der Antwort auf die Anfrage betonte die Bundesregierung, sie halte die DB "für eine wichtige gesellschaftliche Gruppe" (Bundestags-Drucksache 13/2019).

Offenbar mußte die Bundesregierung auch hier dem öffentlichen Druck nachgeben und erstmals von diesem rechtsextrem durchsetzten Dachverband abrücken.

Was fehlt?

Bei der Lektüre des Berichtes ist es nach wie vor spannender festzustellen, welche neofaschistischen Gruppierungen, Denkfabriken und Zeitungen fehlen. Bei der PDS geht man nach dem Motto vor: 5.000 durch das BfV als linksextrem definierte Mitglieder der "Kommunistischen Plattform" (KPF) reichen aus, um die Partei mit ihren 121.000 Mitgliedern insgesamt als linksextrem einstufen zu können (S. 22). Als Beweis wird angeführt, daß die PDS die KPF innerhalb der Partei "akzeptiert" (S. 16).

Am rechten Rand geht man anders zu Werke. Hier reichen in der Regel 5 Prozent Konservative in der Mitgliedschaft einer derartigen Gruppierung aus, um eine ansonsten von der Mitgliedschaft und der Ideologie her reine rechtsextreme Organisation nicht als rechtsextrem einzustufen; so etwa beim "Deutschen Seminar" oder beim "Askania-Verlag".

Besonders hartnäckig ist die Bundesregierung bemüht, die Vertriebenenverbände aus dem VS-Bericht herauszuhalten. Obwohl das BMI seit Jahren einräumen mußte, daß es "Anhaltspunkte" für eine rechtsextreme Ausrichtung der Zeitung "Der Schlesier" gibt, wird dieses Vertriebenenorgan nicht im Verfassungsschutzbericht aufgeführt. Gleiches gilt für die neofaschistisch beeinflußte "Junge Landsmannschaft Ostpreußen", den "Witikobund" und "Witiko-Brief", das "Ostpreußenblatt".

Auch fehlen vollständig die militaristischen Traditionsverbände von der "Hilfsgemeinschaft der ehemaligen Angehörigen der Waffen SS" bis hin zur neofaschistisch durchsetzten "Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger". Und erst recht fehlen natürlich Einrichtungen wie das "Studienzentrum Weikersheim" und die "Siemens Stiftung". Die politische Nähe der Bundesregierung zu diesen Verbänden und Denkfabriken schützt diese davor, ins Visier genommen zu werden. Wie soll man der Öffentlichkeit und dem Ausland auch erklären, daß man einer Zusammenarbeit mit Neofaschisten in vielen Fragen durchaus gewogen ist?

Ulla Jelpke

31. Sozialstaat, Globalisierung und "moralische Ökonomie". Blauer Montag-Diskussionstag: Über Sozialpolitik und Gegenwehr

Blauer Montag - Diskussionstag: über staatliche Sozialpolitik und linke Gegenwehr

Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Sozialbewegung; DGB und Einzelgewerkschaften; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak393/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:393:02

Die folgenden Ausführungen sind eine systematische Zusammenfassung einer längeren Diskussion in der Gruppe Blauer Montag (Hamburg). Sie sind der Versuch, eine zweijährige themen- und "szenen"-übergreifende Veranstaltungsreihe zur Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik inhaltlich auszuwerten. Die Veranstaltungen (Tarifrunde 1994, Lean Production, Arbeitsmigration am Beispiel polnischer WanderarbeiterInnen, zweites Seeschiffahrtsregister, aktive Arbeitsmarktpolitik und staatlicher Arbeitsmarkt) sollten zum einen dazu dienen, einen umfassenden und zusammenhängenden Blick auf die heterogene und widersprüchliche Klassenrealität in der Bundesrepublik zu entwickeln. Sie sollten zum anderen dazu dienen, über die unterschiedlichen Teilbereiche und "Szenen" hinweg (etwa der Betriebs- und Gewerkschaftslinken, antirassistischer Gruppen oder Resten der Jobber- und Erwerbslosenbewegung) zu einer gemeinsamen Diskussion zu kommen.

1. Globalisierung und Internationalisierung

Zunächst ist es sinnvoll, einmal festzuhalten, daß die sog. Globalisierung zumindest unter einem Gesichtspunkt kein so besonders neues Phänomen ist: Das Kapital als soziales Verhältnis ist von seiner Grundlage her "beweglich" ("capital moves"; J. Holloway). Diese "Beweglichkeit" resultiert aus dem grundlegenden Konflikt zwischen Kapital und Arbeit: aus dem Bestreben der lebendigen Arbeit, der Ausbeutung "zu entfliehen" einerseits, und dem Bestreben des Kapitals, seinerseits den Restriktionen, die der Ausbeutung in den Klassen- und anderen Kämpfen auferlegt werden, zu entkommen. Diese "innere Beweglichkeit" ist damit auch der Grund dafür, daß das Kapital als Kampfverhältnis (nicht die personelle Charaktermaske des einzelnen Kapitalisten) von seiner Basis her international, d.h. ohne nationale Bindung ist. Begriffe wie "nationales Kapital" oder "nationale Kapitalfraktionen" sind damit genauso problematisch wie die Behauptung von Ausbeutungsverhältnissen zwischen "Nationen" oder "Nationalstaaten".

Ausgangspunkt für die Diskussion um "Globalisierung" ist damit zunächst einmal die Feststellung, daß es sich um neue Formen der "Beweglichkeit" des Kapitals als sozialem Verhältnis handelt. Es geht in erster Linie darum, die Ausbeutungsbedingungen und damit die Klassenkämpfe neu zu bestimmen und zu organisieren. In Anlehnung an Holloway: Die Art und Weise, wie das Kapital vor diesen Kämpfen flieht, wird neu bestimmt. Letztlich geht es auch bei der jetzigen Globalisierung darum, die Ausbeutungsrate zu erhöhen und den "Zwang zur Arbeit" durch Deregulierung und Flexibilisierung und auf möglichst niedrigem Lohnniveau durchzusetzen. Wenn also von "Globalisierung" gesprochen wird, sollte von "Lean Production", "Toyotismus" oder ungesicherten Beschäftigungsverhältnissen nicht geschwiegen werden.

In der Diskussion um "Globalisierung" werden verschiedene Seiten dieses Prozesses unterschieden. Anfang der 70er Jahre unter dem Stichwort der "Neuen Internationalen Arbeitsteilung" wurde vor allem ein neuer Internationalisierungsschub des Produktivkapitals in die Debatte gebracht. Die Produktion wird ausgelagert, neue technologische Schübe in der Datenverarbeitung, dem Transport, der Lagerhaltung und der Logistik allgemein ermöglichen eine Zerlegung des Produktionsprozesses, seine Verteilung und blitzschnelle Umverteilung über den gesamten Globus. "Global sourcing" und ein über den Erdball vagabundierendes (Produktions-)Kapital sind die Stichworte für diesen Prozeß. Bis heute bleibt fraglich und teilweise auch kontrovers, welche Rolle dieser Prozeß faktisch wirklich spielt, in welchem Ausmaß Auslagerungen im internationalen Maßstab überhaupt möglich sind. Allerdings - und das ist eigentlich wichtiger - gibt es eine Globalisierungsideologie und -propaganda, die in den Köpfen der Menschen schon viel weiter wirkt als die bereits vorhandenen internationalen Auslagerungen: Drohungen mit internationaler Auslagerung reichen oft schon aus, auch wenn ihre Umsetzung nicht immer realistisch ist.

Ein weiterer Aspekt der Globalisierungsdiskussion im Rahmen (und außerhalb) unserer Veranstaltungen ist die Internationalisierung des Arbeitsmarktes. Zugespitzt wird die These eines "Weltmarktes für Arbeitskraft" formuliert, wie er sich in den internationalen Migrationsbewegungen ausdrückt. Diese These darf jedoch nicht zu der falschen Analogie führen, der Weltarbeitsmarkt sei vergleichbar mit dem Weltmarkt für Kupfer, für Siemens-Aktien oder für Devisen. Im Gegensatz zu allen anderen Waren und Dienstleistungen unterliegt die Ware Arbeitskraft einer ausgeprägten nationalstaatlichen Regulierung: Ausländergesetze, Grenzregulierungen, Einwanderungsbestimmungen etc. bilden ein national- und auch supranational abgestimmtes Netz der selektiven Migrationssteuerung. Im Gegensatz zu anderen Waren ist der Weltarbeitsmarkt nach wie vor in hohem Maße politisch vermittelt und reguliert. Gerade wenn man davon ausgeht, daß die Verwertungsbedingungen des global agierenden Kapitals dadurch verbessert werden, daß nationale Unterschiede in den sozialen Verhältnissen, Kampfbedingungen, Entlohnungsstrukturen etc. ausgenutzt werden (vgl. Hirsch), dann kann durchaus bezweifelt werden, daß es wirklich eine Tendenz zu einem einheitlichen Weltarbeitsmarkt gibt. Die Vereinheitlichungs- und Nivellierungstendenzen, die ein solcher Prozeß beinhalten würde, wären am Ende ein erhebliches Hindernis für die Kapitalverwertung. Es ist von daher auch kein Zufall, wenn der ehemalige Chef des Instituts der deutschen Wirtschaft und jetziges Mitglied des Sachverständigenrats, Juergen B. Donges, im Handelsblatt vom 13.6.1996 gegenüber einer harmonisierten europäischen Sozialpolitik für eine möglichst lange nationale Tarif- und Sozialpolitik plädiert. Nichtsdestotrotz können Migrationsbewegungen als eine (gesteuerte) Internationalisierung des Arbeitsmarktes interpretiert werden.

In den Veranstaltungen zum zweiten Seeschiffahrtsregister und zu polnischen WanderarbeiterInnen zeigte es sich, daß diese Tendenzen von den allermeisten Betriebs- und Gewerkschaftslinken nur als eine Vergrößerung der industriellen Reservearmee, als Lohnkonkurrenz und als Bedrohung angesehen wird. Zweifellos haben nicht-deutsche ArbeiterInnen diese Funktion für die Kapitalisten, und der Unmut über oder auch Widerstand gegen Lohndrückerei ist ja völlig legitim und hat erstmal nichts mit Rassismus zu tun. Es ist von daher seitens antirassistischer Initiativen beschränkt und falsch, "den deutschen Bauarbeiter" als Rassisten zu beschimpfen oder die Fahne der "Offenen Grenzen" hochzuhalten, aber die entstehenden Klassenauseinandersetzungen zu ignorieren. (Laut Junge Welt vom 26.3.1996 fordern US-Kapitalisten und das Wall Street Journal gegen den nationalistischen Protektionismus eines Pat Buchanan ganz offen einen Verfassungszusatz "Die Grenzen sollen offen sein".) Das Problem ist, daß es der Politik und den Gewerkschaften zunehmend gelingt, diese Konflikte innerhalb der Klasse in nationalistische Bahnen zu lenken. Selbst die Überlegungen der Betriebs- und Gewerkschaftslinken auf unseren Veranstaltungen orientierten eher auf einen verstärkten nationalstaatlichen Arbeitsmarktprotektionismus, auf nationalstaatliche Regulierung und Abschottung des nationalen Arbeitsmarktes als auf Versuche, Kommunikationsstrukturen und praktische Solidarität von unten in den Betrieben oder auf den Baustellen aufzubauen.

Die entscheidende neue Qualität in den globalen Kapitalbewegungen stellt der neue Schub an Flexibilität und Geschwindigkeit dar, mit dem sich das Kapital als Finanzkapital bewegt. Man könnte sagen, in den weltweiten Finanzmärkten, in der schrankenlosen und blitzschnellen weltweiten Reaktion von Geld und Kredit auf kleinste Änderungen der Profitabilität kommt die Beweglichkeit des Kapitals auf seinen Begriff. Dabei ist die Verflüssigung des Kapitals seit Beginn der 70er Jahre - von der Krise des Dollars, dem Ende des Systems von Bretton-Woods über die Herausbildung der Off-Shore-Finanzmärkte und der sog. "Verschuldungskrise" bis zum Entstehen des Derivaten- und Terminhandels - im Kern eine Reaktion auf die Krise der Ausbeutungsbedingungen, mit der sich das Kapital seit Ende der 60er Jahre weltweit konfrontiert sieht. Über diese Bewegungen des Kapitals in seiner Geld- und Kreditform findet die Herausbildung einer Weltprofitrate statt, die Maßstab sowohl für alle Formen des Kapitals, insbesondere des Produktionskapitals, als auch Maßstab für die unterschiedlichen regionalen Bedingungen der Kapitalverwertung sind.

Aber das Kapital mag noch so schnell und beweglich sein, es kann dem Zwang, lebendige Arbeit ausbeuten zu müssen, nicht entfliehen; insofern kann es auch den Klassenkämpfen nicht entfliehen: In den Finanzzentren der Welt und an den internationalen Börsen wird kein Mehrwert produziert sondern lediglich Mehrwert umverteilt und mit tatsächlichen und erwarteten Ausbeutungsverhältnissen spekuliert. Die Geschwindigkeit, mit der Geld über die Erde transferiert werden kann, mag seine Bindung von den realen Produktionsbedingungen gelockert haben, aber letztlich ist die tatsächliche Ausbeutung, die tatsächliche Produktion von Mehrwert im unmittelbaren Produktionsprozeß die Basis, die gesichert sein muß. Gelingt die Erhöhung der Ausbeutungsrate nicht, endet auch die Glitzerwelt des Casino-Kapitalismus mit einer Bauchlandung.

2. Globalisierung des Kapitals und Nationalstaat

Mit dem neuen Globalisierungsschub des Kapitals verändert sich das Verhältnis zwischen dem international beweglichen Kapital einerseits und der regional starren nationalstaatlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik andererseits. Diese grundlegende Veränderung ist politisch von unmittelbarer Bedeutung. Dies kommt ganz gut in dem Bild von den kapitalistischen (National-)Staaten als Stau-Becken im internationalen Fluß des Kapitals (Holloway) zum Ausdruck. Um in diesem Bild zu bleiben: Die Staaten kontrollieren nicht den Gesamtdruck, die Fließgeschwindigkeit und das Fließvolumen des Stroms. Sie können lediglich versuchen, möglichst viel Wasser auf ihrem Territorium zu binden. Die Bedingungen, unter denen dem Nationalstaat dieses gelingt, haben sich dramatisch verändert. Was im sog. "fordistischen Akkumulationsregime" bis zu Beginn der 70er Jahre als "Binnenmarktorientierung des Kapitals" oder als "nationale Ökonomie" erschien, beruhte auf einem Verhältnis von (National-)Staat und Kapital, bei dem die Profitraten im Produktionsbereich so hoch waren, daß die flüssige Geldform für die Kapitalbewegung eine relativ untergeordnete Rolle spielte. Kapital war relativ stabil und "unbeweglich". Diese relative Stabilität des Kapitals war die Grundlage für den sog. keynesianischen Klassenkompromiß in allen seinen Ausformungen auf staatlicher Ebene: keynesianischer Wohlfahrtsstaat, Integration der Gewerkschaften in den Staat ("Konzertierte Aktion"), sozialstaatliche Ideologiebildung etc.

Die Verflüssigung des Kapitals in seine Geldform, der Kern der sog. Globalisierung, hat nun die regionale Unbeweglichkeit und Stabilität des Kapitals abgelöst und damit die "fordistische" Bindung von (National-)Staat und "nationalem Kapital" ausgehöhlt und aufgelöst. Für die (National-)Staaten ist es ungleich schwieriger geworden, ihre "Stau-Becken-Funktion" zu erfüllen und Kapital an die jeweilige Region zu binden. Diese Aushöhlung des traditionellen Verständnisses von "Nationalstaat" und "nationalem Kapital" ist der Hintergrund für alle Ideologien vom "Bedeutungsverlust des Nationalstaats" oder dem "Ende nationaler Wirtschafts- und Sozialpolitik". Aber diese ideologischen Bilder sind durchaus einseitig. Der fordistische Nationalstaat transformiert zum "nationalen Wettbewerbsstaat" (Hirsch). Der Staat hört keineswegs auf, Versuche zu unternehmen, um Kapital zu binden. Was sich ändert, sind die Formen, unter denen dies geschieht. Was als Rückzug des Staates aus den gesellschaftlichen Aufgaben erscheint, ist der Versuch, die Ausbeutungsbedingungen im unmittelbaren Produktionsprozeß zu verbessern sowie die Belastungen für das Kapital (Steuern, technologische Restriktionen etc.) zu verringern.

Worauf der Staat allerdings verzichtet, sind alle Versuche einer nationalen Einkommenspolitik bzw. einer Sozialpolitik, die die sozialen Einkommen der Bevölkerung sichert oder ausbaut. Ansprüche auf soziale Absicherung bzw. der frühere gesellschaftliche Sozialstaatskonsens werden in der Tat aufgekündigt. Doch der Staat zieht sich damit keineswegs aus der Sozial- und Wirtschaftspolitik zurück. Im Gegenteil: In Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik betreibt er eine höchst aktive Politik der (Sozial-)Lohnsenkung, Deregulierung und Flexibilisierung, begleitet von verstärkt repressiven Formen der sozialen Kontrolle. Die gesellschaftliche Polarisierung oder Segmentierung wird immer weniger sozialpolitisch abgefedert, sondern zunehmend durch aggressive Ausgrenzungs- und Abspaltungspolitiken und -ideologien repressiv kontrolliert. Der Staat kündigt gewissermaßen die "moralische Ökonomie des keynesianischen Klassenkompromisses" auf und ersetzt sie durch eine Politik und Ideologie des "Workfare - Staates".

Dieser Rückzug des Staates aus den Verpflichtungen einer "moralischen Ökonomie des keynesianischen Klassenkompromisses" gilt dem Kern nach für alle Nationalstaaten, unabhängig von den jeweils konkret unterschiedlichen gesellschaftlichen Bedingungen der jeweiligen Regionen. Dies ist auch kein Wunder, denn angesichts des hochmobilen Kapitalflusses und des Diktats der Profitrate an den internationalen Finanzmärkten sehen sich alle Staaten einem verschärften Zwang ausgesetzt, Kapital in seiner Form als Produktivkapital durch die Verbesserung der Rahmenbedingungen der Mehrwertabpressung zu binden. Alle Staaten befinden sich somit in einem Wettbewerb der profitabelsten Ausbeutungsbedingungen, und zwar sowohl als Zentralstaaten als auch als Regionen, Gebietskörperschaften oder Kommunen. Die These vom "nationalen Wettbewerbsstaat" kann also in die Richtung zugespitzt werden, daß sich "Nationalökonomie" auflöst und infolge dessen neben dem "Nationalstaat" andere staatliche Instanzen als Akteure mit eigenen Interessen auftreten: Es entstehen neue und ausdifferenzierte Stau-Becken. Dies ist der Hintergrund für die frappierende Gleichzeitig und Gleichförmigkeit des weltweiten "Neo-Liberalismus".

3. Umkämpfter Sozialstaat

Die hier diskutierte Globalisierung des Kapitals stellt den keynesianischen Sozialstaat und die in ihm geronnene Ausprägung des keynesianischen Klassenkompromisses in Frage. Unter den Schlagworten der "Kostenreduktion" und des "Standortwettbewerbs" werden die Ausbeutungsbedingungen neu organisiert, Sozialeinkommen gekürzt und der Zwang zur Arbeit verschärft. Gleichzeitig ist dieser "Umbau des Sozialstaates" - wie die Beispiele Frankreichs und Italiens zeigen - Anknüpfungspunkt von sozialen Konflikten, Kämpfen und Widerstand.

Die liberale Ideologie von der Machtlosigkeit des Staates angesichts der globalisierten Märkte trifft auf verschiedene Varianten einer Nationalstaatsorientierung von unten. Dies reicht von einem eher hilflosen Pochen auf nationalstaatliche Regulierung, Abschottung und Protektionismus (z.B. in der Debatte um das Entsendegesetz in der BRD oder einem neuen Keynesianismus wie in der französischen Streikbewegung) bis hin zu einer Art "moralischer Ökonomie des Wohlfahrtstaates" (ebenfalls in der französischen Streikbewegung oder den Generalstreiks in Italien 1994). Der traditionelle Sozialstaat bzw. die Sozialstaatsidee ist damit ein mehr oder weniger heftig umkämpftes Terrain. Die Richtung von Auseinandersetzungen um den Sozialstaat ist dabei offen und in sich widersprüchlich: Zum einen kann eine "moralische Ökonomie", ein Festhalten an tradierten Gerechtigkeitsvorstellungen über Sozialeinkommen und soziale Sicherung die Basis für heftigen und revoltenhaften Widerstand sein. Gleichzeitig ist ihr Ausgangspunkt ein konservatives Moment, nämlich das Festhalten oder Zurückholen "besserer Zeiten", Zeiten größerer nationalstaatlicher Regulierungsmacht. Dies ist der Hintergrund für eine (neue) Staatsfixiertheit mit potentiell nationalistischen und protektionistischen Inhalten, die gerade angesichts der Globalisierungstendenzen merkwürdig anachronistisch anmutet. Jedoch sind die Inhalte einer solchen "moralischen Ökonomie" veränderbar und verändern sich in realen Kämpfen auch. Es geht also um eine Gratwanderung zwischen einer Verteidigung der Lebensansprüche der Menschen, der Verteidigung von Sozialstaatsleistungen und einer gleichzeitigen Überwindung der erwähnten Staatsfixierung.

Gerade wenn wir die Konflikte um den Sozialstaat mit Kategorien einer "moralischen Ökonomie" beschreiben wollen, kommt der Sozialsstaatsidee und ihrer Umwandlung und Umdeutung bzw. ihrer Verteidigung oder Überwindung in unserem Sinne eine entscheidende Bedeutung zu. Die Sozialstaatsidee ist Gegenstand eines ideologischen Klassenkampfes, in dem in der BRD die Linke völlig in der Defensive ist. Relativ widerstandslos wird im öffentlichen Raum daran gebastelt, eine ideologische Umdefinition dessen durchzusetzen, was unter Sozialstaat zu verstehen ist. Im Kern geht es darum: Der Sozialstaat sei zu teuer. Zum Teil, weil er ineffizient organisiert sei, zum Teil weil er zu umfassend konzipiert sei und zum Teil, weil die Leistungen zu ungenau verteilt werden. Darüber hinaus sei der Zusammenhang zwischen Arbeit und Sozialleistungen zu locker; es gehe nicht mehr an, daß so viele Menschen mit durchgefüttert werden, obwohl sie arbeiten könnten. Das Bedarfsdeckungsprinzip und das Prinzip, daß bei aller Verpflichtung auf Arbeit in dieser Gesellschaft eine menschenwürdige Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gesichert werden soll, wird ideologisch geschleift und materiell abgeschafft. Damit ist der eigentliche Gehalt einer "moralischen Ökonomie des Wohlfahrtsstaates" aber bereits ausgehöhlt. Ganz gezielt wird ein gesellschaftlicher Konsens gegen diejenigen konstruiert, die aus dem Verwertungsprozeß herausfallen. Es geht auf der Ebene der ideologischen Hegemonie darum, die Legitimität arbeitsfreier Sozialleistungen zu untergraben. Plötzlich ist es gerecht, wenn Erwerbslose zur Arbeit verpflichtet werden oder so wenig Geld erhalten, daß sie in die ungesicherte Beschäftigung getrieben werden. Gleichzeitig wird "Arbeit" wieder zu einem Wert an sich, ohne daß noch nach Arbeitsbedingungen, gesellschaftlichem Sinn von Arbeit, ArbeiterInnenrechten oder gar Löhnen gefragt werden darf.

In diesem Zusammenhang ist es fraglich, ob sich die Gerechtigkeitsvorstellungen, die den Kern einer "moralischen Ökonomie des Wohlfahrtsstaates" ausmachen, dominant an einem Egalitätsprinzip orientiert haben oder orientieren. Egalitäre Vorstellungen spielen wahrscheinlich überall mit, aber die These dürfte nicht allzu gewagt sein, daß der Sozialstaat in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg auch ideologisch leistungs-, produktivitäts- und arbeitszentriert gewesen ist und "unproduktive" Menschen nicht unbedingt mitgemeint hat. Die sich jetzt vollziehende Umdeutung der Sozialstaatsidee ist damit nicht soweit vom "objektiven Klassenstandpunkt" der produktiven Arbeit entfernt:

Alle Ressourcen/Einnahmen, über die der Staat verfügt, stammen aus einem Verwertungsprozeß, nämlich aus der Ausbeutung der Ware Arbeitskraft. Faktisch eignet der Staat sich über das Steuersystem Teile des Mehrwerts und Teile des Lohns an. In beiden Fällen ist die letztliche und einzige Quelle der Einnahmen des Staates die lebendige Arbeit in Form von Mehrwert und variablem Kapital. Durch die Aneignung und

Umverteilung von Mehrwert und Lohnanteilen sichert der Staat sowohl Teile der Reproduktion der Ware Arbeitskraft als auch die Reproduktion des gesamten institutionellen Rahmens der Mehrwertabpressung. Teilweise sichert er die Ausbeutung auch direkt. Unabhängig davon, wie lohnabhängig Beschäftigte ihren Lohn wahrnehmen und unabhängig davon, wie in dieser individuellen Wahrnehmung eine Fetischisierung stattfindet: Es ist der unmittelbare Produktionsprozeß und die Verausgabung der Arbeitskraft die Quelle aller staatlichen Einnahmen. Insofern ist es auch richtig, wenn es heißt, der Staat gebe "unsere Steuergelder" aus oder, noch überspitzter, der Staat sei im Kern "die Gemeinschaft der Steuerzahler".

Das richtige Bewußtsein über die lebendige Arbeit als Quelle und Basis des Staatshaushalts ist die Grundlage vielfältiger Ideologien (inklusive der meisten Vorstellungen, die in der historischen Arbeiterbewegung zum Staat entstanden sind), die eines gemeinsam haben: Der Staat als Staat der (produktiven) Arbeit. In welcher Variante auch immer bergen diese Ideologien immer das Potential der Abspaltung unproduktiver, nicht verwertbarer Teile aus der Gesellschaft in sich. Die gegenwärtige Umdeutung des Sozialstaatsprinzips als ideologischer Angriff kann damit an Bewußtseinsstrukturen ansetzen, die richtigerweise in der lebendigen Arbeit die Quelle der Staatstätigkeit sehen. Die beabsichtigte Spaltung ist nicht unabwendbar und notwendigerweise erfolgreich. Ein solcher Erfolg der Herrschenden ist aber auch nicht durch die Klassenlage des Proletariats gewissermaßen logisch ausgeschlossen.

Daraus folgt, daß sich eine ideologische Gegenposition zu diesen Spaltungsversuchen nur entwickeln läßt, wenn man den Standpunkt der verwertbaren Arbeit und der Reproduktion der Ware Arbeitskraft verläßt. Es ist daher nach wie vor richtig, eher auf ein Naturrecht eines jeden Menschen auf einen, eine menschenwürdige Existenz sichernden Bedarf zu orientieren - unabhängig davon, ob jemand dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht, unabhängig vom Geschlecht und der Hautfarbe etc. Eine solche Position weist deutlich über die Betriebsorientierung sowohl des Gewerkschaftsapparats als auch der verbliebenen Gewerkschafts- und Betriebslinken hinaus, die angesichts der aktuellen Angriffe auf die Sozialeinkommen über die Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung, Mindestlöhnen oder die Verteidigung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall nicht hinauskommen. Ein umfassender Begriff von sozialer Sicherung und Existenzrecht weist auf ein Leben jenseits des Betriebs und der Arbeit hin. Für die Entwicklung solcher Vorstellungen werden vermutlich Bewegungen außerhalb der Betriebe und aus den Betrieben hinaus von wachsender Bedeutung sein. So haben etwa für die Inhalte der Streikbewegung in Frankreich die eigenständigen Kämpfe und Bewegungen der SchülerInnen, Jugendlichen und MigrantInnen eine erhebliche Rolle gespielt. Um nicht mißverstanden zu werden: Es geht nicht um ein "anstatt". Ohne Kämpfe in den Betrieben sind Bewegungen von Erwerbslosen, Prekarisierten und Marginalisierten ohne Perspektive. Dies gilt jedoch umgekehrt auch.

4. Krise der Linken

Solche Kämpfe und Bewegungen lassen sich nicht voluntaristisch als Kopfgeburten konstruieren. Aber wir denken, daß es auch im Gebälk der bundesdeutschen Klassenbeziehungen heftig knirscht. In aller Widersprüchlichkeit sind der Sozialstaat und die traditionellen Institutionen des keynesianischen Klassenkompromisses auch in der Bundesrepublik zum umkämpften Terrain geworden. Dabei stoßen als Reflex der Krise des keynesianischen Sozialstaats die traditionellen gewerkschaftlichen Vermittlungsformen zunehmend an ihre Grenzen: In dem Maße, wie Beschäftigungsverhältnisse heterogener werden und das "Normalarbeitsverhältnis" als gesellschaftliche Norm zunehmend aufgelöst wird, verlieren die Gewerkschaften ihre Fähigkeit, zumindest ideologisch die ökonomischen Interessen aller VerkäuferInnen der Ware Arbeitskraft zu vertreten. In ihrer Orientierung auf die Stamm- und Kernbelegschaften der Großbetriebe haben sich die Gewerkschaften von quantitativ immer bedeutungsvolleren Teilen der Klasse verabschiedet. Sie sind damit nicht nur anfällig für die Reproduktion vielfältiger Spaltungslinien, sondern sie agieren auf ihrem ureigensten Terrain der Tarifauseinandersetzungen immer hilf- und zahnloser.

Als Sozial- und Tarifpartner zunehmend bedeutungslos und bei der eigenen Mitgliedschaft unglaubwürdig, werden die Gewerkschaften auf ihre Kontrollfunktion über die Klasse reduziert. Aber selbst für diese Funktion bleibt die Fähigkeit zu Massenmobilisierung ihr einziger Faustpfand. Die jüngsten Aktionen des DGB gegen das Bonner Sparpaket offenbarten die Hilflosigkeit der Gewerkschaften in aller Klarheit: Ihre Fähigkeit, ein Ventil für wachsende Unzufriedenheit anzubieten und damit den "sozialen Frieden" zu garantieren, wird gezielt eingesetzt, um sich für zukünftige Kanzlerrunden wieder ins Spiel zu bringen. Die Hoffnungen mancher Betriebs- und Gewerkschaftslinken auf einen neuen radikalen Reformismus der deutschen Gewerkschaften scheint uns vor diesem Hintergrund in hohem Maße trügerisch (wie z.B. in dem Papier "Gegen die Konkurrenz-

und Standortlogik und gegen ihre Akzeptanz durch die Gewerkschaften", mit dem im letzten Jahr versucht wurde, eine neue strategische Diskussion in linken Betriebs- und Gewerkschaftskreisen zu initiieren).

Die Krise der gewerkschaftlichen Vermittlung und die Hilflosigkeit des DGB wird nun aber keineswegs vom Erstarken einer gewerkschaftsunabhängigen Klassenbewegung begleitet. Vielmehr ist die klassenorientierte Linke in und außerhalb der Betriebe von einer ähnlichen Hilflosigkeit erfaßt wie die Gewerkschaften. Um nicht lediglich in der Position der kritischen Rechthaberei zu verharren, möchten wir zum Schluß zumindest andeuten, wo unserer Meinung einige der zentralen Probleme liegen und in welcher Richtung wir nach Möglichkeiten strategischer und praktischer Handlungsansätze zur Überwindung dieser Hilflosigkeit suchen.

Die Betriebs- und Gewerkschaftslinke scheint derselben Orientierung auf Großbetriebe zu folgen wie die Gewerkschaften als ganzes auch. Dafür gibt es aus dem politischen Alltag heraus auch gute Gründe: In der Regel gibt es in diesen Betrieben zumindest Reste von Strukturen und Vertretungsorganen, die ein politisches Abarbeiten am betrieblichen Alltag erleichtern. Darüber hinaus stehen auch diese GenossInnen mit dem Rücken zur Wand und müssen als Betriebs- oder Personalräte natürlich erst einmal mit der Umorganisation der Ausbeutung in "ihrem" Betrieb umgehen. Wir glauben aber, daß diese Betriebsorientierung mittlerweile zu einer Fußangel wird:

Zum einen bedeutet Neuorganisation der Ausbeutung nicht nur verschärfte Angriffe auf betriebliche Kernbelegschaften sondern vor allem auch eine Neuzusammensetzung der Klasse durch "Verringerung der Fertigungstiefe", Auslagerungen, Subcontracting, Produktionsverlagerungen etc. Die in steigendem Maße prekär, halblegal oder illegal Beschäftigten in den Zuliefererklitschen, Subunternehmen oder Handwerksbetrieben fallen aber aus dem Blickfeld der Organisations- und Mobilisierungsbemühungen sowohl der Gewerkschaften als auch der Betriebs- und Gewerkschaftslinken heraus, obwohl die Möglichkeiten, sich politisch im Betrieb zu bewegen hier deutlich schlechter sind. Unseres Erachtens wird es immer wichtiger, Kommunikationsstrukturen zu organisieren, mit denen sowohl die unterschiedlichen Realitäten in den verschiedenen Betrieben und Beschäftigungsverhältnissen als auch in den Maßnahmen des zweiten Arbeitsmarktes oder die Umgehensweisen mit Arbeits- und Sozialämtern gemeinsam diskutierbar werden, so daß überhaupt eine Basis für sich aufeinander beziehende Kämpfe in den unterschiedlichen Segmenten der Ausbeutung entstehen kann.

Zum zweiten besteht die Gefahr, daß auch die Betriebs- und Gewerkschaftslinke die laufende Neukonzeption des Sozialstaats nur durch eine betriebliche Brille wahrnimmt, sich dazu gar nicht verhält oder sich auf Aspekte wie Lohnfortzahlung oder Kündigungsschutz konzentriert. Es ist verblüffend, wie wenig das gesamte Ausmaß der Angriffe bekannt ist, die in den letzten Jahren auf die Gesundheits- und Altersversorgung, auf die Arbeitslosenversicherung oder auf die Sozialhilfe durchgeführt worden sind. Wir denken, daß es darauf ankommt, einen umfassenderen Begriff von sozialem Einkommen zu entwickeln und diesen sowohl bei innerbetrieblichen Abwehrkämpfen als auch außerhalb zum Thema zu machen. Auch in diesem Sinne halten wir einen Blick über die betriebliche Wirklichkeit hinaus für unabdingbar.

Gruppe Blauer Montag

Hamburg, Juni 1996

Die Gruppe Blauer Montag ist eine Gruppe von Männern und Frauen, die seit mehreren Jahren kontinuierlich zu Fragen einer neuen Klassenpolitik diskutiert und arbeitet. Einige von uns kommen aus den alten Jobber- und Erwerbslosenzusammenhängen in Hamburg, andere aus der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit und aus internationalistischen Gruppen. Neben dem Konzept eines themen- und szenenübergreifenden Diskussionsangebotes haben wir uns in der letzten Zeit in Hamburg an der Solidarität mit den Streiks in Frankreich, der Unterstützung des Arbeitskampfes bei JURID/Allied Signal in Glinde oder den Aktionen gegen die DGB-Kampagne gegen "illegale Beschäftigung" beteiligt.

Gruppe Blauer Montag

c/o Christian Brunotte

Susannenstr. 6

20357 Hamburg

Anmerkung:

Den Begriff der "moralischen Ökonomie" verwenden wir in lockerer, aber bewußter Analogie zu E.P. Thompsons "moral economy" (E.P. Thompson: "The Making of the British Working Class"). Bei Thompson sind mit "moralischer Ökonomie" die verankerten und tradierten Gerechtigkeitsvorstellungen von Handwerkern, Arbeitern und entwurzelten Bauern gemeint, die mit dem neuen Rhythmus und den neuen Normen des beginnenden Industriekapitalismus und des "freien Marktes" kollidierten und Antriebsfeder für heftige Klassenauseinandersetzungen zu Beginn des 19. Jahrhunderts waren.

Literatur:

Holloway, John: "Reform des Staats: Globales Kapital und nationaler Staat", PROKLA, Nr. 90, März 1993

Holloway, John: "Capital Moves", Capital and Class, Nr. 57, Autumn 1995

Hirsch, Joachim: "Der nationale Wettbewerbsstaat", Edition ID-Archiv, Berlin/Amsterdam 1995

32. "Speichern Sie sich bitte an der Meldesäule". "Leben online" - die schleichende Überwachung unseres Alltags

"Leben online" - die schleichende Überwachung unseres Alltags - von Beat Leuthardt

Autor: Beat Leuthardt · Rubrik: Geheimdienste · CD-Datei: daten/aksuche/ak393/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:393:01

Die rasende Entwicklung der Telekommunikation und Informatik ermöglicht immer besser die Überwachung des Alltags. Hightech und Videokameras kontrollieren Flüchtlinge und Fabrikarbeiter, VerbraucherInnen und Angestellte. Verwaltungsabläufe werden dank Online-Technik anonymisiert, die Verantwortlichkeiten für Pannen und Ausgrenzung werden weniger erkennbar, der stille Sozialabbau wird leichter durchsetzbar. Testpersonen waren und sind Flüchtlinge und Süchtige, die Anwendung von Online-Technik dient erklärterweise ihrer Abwehr. Anders in unserem "durchschnittlichen Alltag", wo ähnlicher Einsatz von Online-Techniken uns eine "positive Überwachung" vormacht, die, wie etwa beim bargeldlosen Zahlungsverkehr, zu unserem Nutzen bestehe. Dies beschreibt FR-Mitarbeiter Beat Leuthardt in seinem neuen Taschenbuch "Leben online", aus dem wir vom Autor leicht bearbeitete Ausschnitte abdrucken.

"Negative Überwachung" staatlicher Behörden

Aad Kosto lag sicher richtig. "Wir können feststellen, daß das laute Rufen nach Privatsphäre in gewisser Weise vorbei ist", erklärte im März 1993 der unscheinbar wirkende niederländische Staatssekretär, der im Justizministerium heimlich die Fäden zog, warum die Einrichtung neuer, ausgreifender elektronischer Ausländer-Informationssysteme in den Niederlanden nicht auf Kritik stieß. "Es scheint", sagte er, "daß gegenwärtig keinerlei Interesse mehr besteht am Anspruch der Gemeinschaft, sich gegen obrigkeitliche Erlasse zu schützen." Indirekt gab der Staatssekretär auch eine Antwort auf die Frage nach dem Grund für das ausbleibende öffentliche Interesse: "Es gibt Änderungen im Klima um die illegalen Fremden." Mit anderen Worten: Wo eine ernsthafte politische Kontrolle des Verhaltens der Behörden fehlt, können sich deren Kontrollbedürfnisse voll entfalten. Daß sie keine starke Lobby hat, hat für eine ganze soziale Gruppe - die AusländerInnen - das Tempo ihrer informationellen Erfassung beschleunigt. Eine Schlußfolgerung, die für alle westeuropäischen Staaten gilt, insbesondere für Deutschland und die Schweiz.

Doch sie erklärt nur, daß und warum die AusländerInnen die EDV-Kontrolle als erste sehr direkt zu spüren bekommen. Auch eine stärkere Lobby hätte den Technologiesprung an sich und damit die Entwicklung des behördlichen Informationsmanagements nicht be- oder gar verhindert. Denn gemäß der Vorstellung von Europas Innen-, Justiz- und Einwanderungsministerien soll sich Europa im Rahmen dessen, was unter dem Stichwort "neue Weltordnung" diskutiert wird, ein- bzw. ausgrenzen. Tendenziell sollen nur noch jene Menschen, welche der europäischen Wirtschaft nach solchem politischen Verständnis nützen, als "Fremde" Einlaß oder als "Einheimische" ein Auskommen finden. Der nie sehr offene Umgang mit Fremden und Fremdem weicht einer Art Numerus-clausus-Politik. In den Verträgen der Europäischen Union (Maastricht, Schengen) und in neueren Richtlinien kommt dies deutlich zum Ausdruck. Es ist die Kehrseite des im selben Jahr 1993 von denselben Ministern mit Pomp verkündeten Hebens der Schlagbäume und des "freien Personenverkehrs" innerhalb der Europäischen Union.

Sicherheitspolitisch bedeutet dies einen Systemwechsel. Ausgrenzung, Überwachung, Kontrolle und Kriminalisierung werden alltäglich. Ein vorgängiger Tatverdacht oder Schuldvorwurf wird damit bewußt nicht mehr verbunden. Eine Personenkontrolle muß nicht mehr "anlaßbezogen" sein, sondern soll - siehe auch die Autorazzien auf bayerischen Autobahnen - jederzeit erfolgen können. Vielfach bleibt solche Überwachung ohne direkte und vielleicht auch indirekte Folgen (zum Beispiel eine allgemeine Speicherung), und der behördliche Zugriff auf einzelne bleibt aus. Mit diesem Zugriff soll sozusagen stets gerechnet werden müssen. Hierzu bedarf es zwingend der Online-Systeme. Ohne sie wäre ein solcher Systemwechsel nicht denkbar. Diese Informationssysteme arbeiten meist im Hintergrund, sind beispielsweise der öffentlichen Videoüberwachung nach- und der gezielten Beobachtung vorgeschaltet.

"Positive Überwachung" der Privatmanagements

Aus älteren Krimis kennt man sie noch, die umständliche Fangschaltung, mit deren Hilfe Kriminalbeamte sämtliche Anrufe beim Opfer überwachen lassen, um fieberhaft die fremde Rufnummer abzuklären, sobald sich der mutmaßliche Erpresser meldet, während ein Spulentonband dessen Stimme aufzeichnet. Heute ist es schon beinahe Alltag: Anrufende werden von Kreditbanken, Seelsorgeeinrichtungen oder Polizeidienststellen mit dem ersten Klingeln und noch vor Abheben des Hörers an der Nummer erkannt, ihre Anrufe verlieren den Charakter der Anonymität. Daß arglose Anrufende am anderen Ende der Fernleitung mit ihrem Namen angesprochen werden, noch ehe sie sich selbst zu Wort melden, überrascht und verärgert ständig neu die Telekom-KundInnen.

Von dieser technischen "Selbstpreisgabe" sind heute bereits breite Kreise betroffen, ohne sich dessen bewußt zu sein. Über zwei Drittel aller Anschlüsse in der Schweiz, ein gutes Drittel in Deutschland hängen an digitalen Telefonzentralen. Eine Unterdrückung der Anrufidentifikation ist zwar möglich, beseitigt indes die neuartigen Online-Probleme nicht: Betriebe und auch Einzelpersonen nehmen vielfach nur noch solche Anrufe entgegen, bei denen sich die Anrufenden identifizieren lassen. "Anonym" Anrufende oder Unerwünschte zappeln in der Leitung. Das Telefonierverhalten verändert seinen Charakter von Grund auf.

Die euphorisch als "intelligent" oder skeptisch als "gläsern" bezeichneten Telefonapparate, die Glasfaserkabeltechnik und die Digitalisierung der Telekommunikation überhaupt eröffnen viele neue Möglichkeiten. Von den Chancen - die Werbebüros erklären sie uns täglich - soll hier weniger die Rede sein als von den Risiken. Kein Lebensbereich, auf den die Telekom-Leitungen nicht ihren Einfluß ausüben würden - bei der Arbeit und im Konsum, im Verkehr, bei der Krankenvorsorge, erst recht zu Hause in den eigenen vier Wänden. Überall befindet sich heute ein Online-Anschluß, überall gerät oder begibt sich der Mensch in den Einflußbereich von Informationsmaschinen, die im Hintergrund und von ihm nicht mehr durchschaubar nützliche Verbindungen herstellen, die sein Dasein bezeugen, um es zu erleichtern, die seine Handlungen steuern und kontrollieren, um ihm zu helfen - oder anderen. Und wir hinterlassen dabei elektronische Spuren, die wir selbst oft nicht wahrnehmen und die an ganz anderen Orten zu ganz anderen Zeiten für ganz andere Leute - oder auch uns selbst - wieder sichtbar werden können. Diese Art "positiver Überwachung" steht im Gegensatz zur negativen Überwachung, die sich überall dort zeigt, wo der Einsatz von Videokameras, optischen Sensoren oder von smart cards (Chip-bewehrten Speicherkarten) eindeutig abschreckende Funktionen haben sollen.

Am weitesten fortgeschritten und am offensten präsentiert scheinen Kontrolle und Überwachung am Arbeitsplatz zu sein. Heute deklarieren Unternehmen Monitoring - Beobachtung also - ganz offen. Im Online-Kontinent USA geschieht die Kontrolle von Angestellten an Flugschaltern und in Reisebüros beispielsweise per Online-Anschluß in der Sprechgarnitur an ihrem Kopf. Ein Steuersignal registriert alle Sekunden, ob gesprochen wird oder nicht. Der angeschlossene Rechner produziert täglich und wöchentlich Ausdrucke über die Durchschnittslänge sowohl der Kundengespräche wie der Zeit dazwischen und der eingelegten Pausen und vergleicht die Werte mit den Verkaufserfolgen der betreffenden Angestellten.

In Einzelfällen waren maximal 11 Sekunden Ruhezeit zwischen den Anrufen erlaubt und 12 Minuten tägliche Pause. Bei Schreibkräften wird online neben der Zahl der erledigten Rechnungen auch die angeschlagene Zeichenzahl kontrolliert, dazu die Fehlerquote und die Zeitspanne, während der sie dem Computer fernblieben. Krankenschwestern und medizinisches Hilfspersonal haben in manchen US-Spitälern einen Kleincomputer mit sich zu tragen, der die bei den Patientinnen und Patienten verbrachte Zeit registriert - was hinterher ausgewertet wird. Ein Expreß-Kurierdienst schließlich nutzt Computer, um Dauer und Häufigkeit der WC-Besuche seiner Angestellten zu registrieren.

Ähnliches berichten im übrigen auch österreichische Gewerkschaften: Auf dem alten Kontinent scheint man insofern noch weiter "fortgeschritten" als in den USA, da Angestellte eine smart card (also eine Art Speicherkarte), nicht nur für den Gang zu den Waschräumen benutzen müssen, sondern auch beim Wechsel von einem Arbeitsplatz zum andern innerhalb der eigenen Gebäude.

Online-Technik überwacht auch den übrigen Alltag: von der Internet-Software, welche automatisch und unbemerkt die Daten von der eigenen Festplatte an die Software-Unternehmung weiterleitet, über Gesundheitsdatensysteme, welche höchstpersönliche Gesundheits- und Krankendaten zu Kassen und Ärzten abfließen, bis hin zum öffentlichen und privaten Personen- und Güterverkehr, wo Staumelde-, Linienbeeinflussungs-, Wegleit-, Wägekontroll- oder Flotten- und Gefahrengutmanagementsysteme LKWs und

PKWs an die elektronische Leine nehmen und Satelliten deren Stand- oder Durchfahrtsort weitermelden. Ganz zu schweigen von der Werbe- und Direktmarketingbranche, die sich das heimliche Erheben möglichst vieler Strukturdaten über Verhalten und soziales Umfeld eines jeden Konsumenten und einer jeden Konsumentin auf die Flagge geschrieben hat. Immer im Interesse von VerbraucherInnen, MieterInnen, Angestellten und Verkehrsteilnehmenden, wohlverstanden - die "positive Überwachung" eben.

"Frühwarnsysteme" sollen Sozialabbau erleichtern

Leben online - das ist die Vorprägung unseres Alltags durch Entscheidungen und technisch-administrative Vorgaben, die von immer größeren, supranationalen Zentren und Organisationsnetzwerken getroffen und gemacht werden, ob auf politisch-sozialer oder wirtschaftlicher Ebene. Die technischen Möglichkeiten und wirtschaftlichen Tendenzen zu Kontrolle, Überwachung und neuer Abhängigkeit, unbestreitbar vorhanden, werden nicht mit sichtbarer Gewalt durchgesetzt; sie ergeben sich vielmehr wie von selbst aus der wirtschaftlichen Marktlogik unter den neugeschaffenen Rahmenbedingungen. Sie sind auch nicht Hauptzweck der technologischen Großforschungen und Entwicklungen, sondern eher Nebenprodukte oder erwünschte "Abfallprodukte" von Konzernstrategien, deren sichtbarster Ausdruck die wirtschaftlich zur Weltdominanz strebende Glasfaserkabel- und Chip-Großindustrie ist.

Wie weit staatliche beziehungsweise überstaatliche Behörden und Privatmanagements ihre Möglichkeiten, das soziale Leben der BürgerInnen zu erfassen, bereits ausgeweitet und auch harmonisiert haben, läßt sich mit einer zusammenfassenden parallelen Beschreibung zeigen: Absichten und Methoden zur Ermittlung von Zielpersonen oder -gruppen, die entweder "negativ" - als möglicherweise bedeutsam im Zusammenhang einer Straftat - oder positiv - als mögliche KonsumentInnen - ins Visier genommen werden, gleichen sich wie die Informationstechnologie, mit der das geschieht:

- Die staatlichen Ermittlungsbehörden wollen noch vor der Begehung deliktsverdächtiger Handlungen wissen, wer sich zu einer späteren Tat entschließen könnte. Möglichst viel an sogenannten Vorfelddaten soll im Einzelfall erfaßt und ausgewertet werden können, Falschverdächtigungen werden dabei in Kauf genommen. Das EUROPOL-Informa- tionssystem, in dessen "Analysedateien" Personendaten auf Vorrat gespeichert werden dürfen, bringt diese neue Begehrlichkeit der Behörden zum Ausdruck. Was mit dem Wirken sogenannter Antiterroreinheiten begonnen hat - den Menschen aufgrund bestimmter allgemeiner Persönlichkeitsmerkmale unter grundsätzlichen Verdacht zu stellen - wurde später auf Bereiche wie Geldwäsche- oder Drogenfahndung ausgedehnt und dabei stetig ausgebaut. Abkoppelung der Fahndung/Überwachung von der Deliktsaufklärung ist heute gang und gäbe.

- Auch die privatwirtschaftlichen Direktwerbungsinstitute wollen noch vor dem Kauf oder Konsum von Produkten immer genauen wissen, wer sich zu einem solchen späteren Kauf oder Konsum entschließen könnte. Ihre zahl- und namenlosen Informationssysteme und Analysedateien enthalten Personendaten möglicher KundInnen. Was einmal mit der Marktforschung zur Lancierung eines neuen Produkts begonnen hat, wird seither ebenfalls ständig ausgeweitet und verfeinert. Abkoppelung der Markt- und Kundenforschung von Kauf und Konsum ist heute ebenfalls gang und gäbe.

Beiden Seiten geht es also um eine Art Früherkennung "auffälliger" Verhaltensweisen der BürgerInnen. Beide Seiten fühlen sich dafür zur Beschaffung vielfältigster Personendaten und damit zum weitreichenden Eingriff in die Individualsphäre der direkt Betroffenen berechtigt und bestreiten eine Pflicht zur Offenlegung solcher Datensammlungen. Beide Seiten berufen sich auf "höherwertige" Rechtfertigungsgründe: Wahrung der "Inneren Sicherheit" im Staat beziehungsweise Wahrung der "Planungssicherheit" auf den Märkten. Im Bereich der staatlichen und überstaatlichen Sicherheitsorgane setzt sich die Umkehr des Fahndungsgrundsatzes durch. Im parallelen Privathandel könnte man von einer Art Umkehr der Werbeethik sprechen. Es geht nicht länger darum, Angebote zu machen, sondern "Potentiale" gezielt auszuloten und abzuschöpfen.

Die Ähnlichkeit der Methodik läßt sich an folgenden Beispielen zeigen:

- Einzelpersonen: Im Einzelfall zeichnen staatliche Ermittlungsorgane ausgiebige Personenprofile ihrer "Zielperson", speichern typische Verhaltensweisen und alle möglichen Erkenntnisse über die Person, die - wohlverstanden - unschuldig ist oder als unschuldig gilt, weil kein konkreter oder auch nur allgemeiner Tatverdacht vorliegt. In ähnlicher Weise zeichnen Privatunternehmen Käuferprofile und Konsumprofile von Einzelpersonen, indem sie die Einzelerkenntnisse über typische Verhaltensweisen bei Einkauf und im sozialen

Leben aus allen generellen und individuellen Quellen gewinnen, speichern und verwerten. Die Ergebnisse sind in beiden Fällen freilich vielfach ungenau oder falsch.

- Personengruppen: Bei Personengruppen zeichnen die staatlichen Ermittlungsorgane sogenannte kleinräumige Bezugsrahmen. Diese kleinräumigen Bezugsrahmen ergeben sich aus einer Rasterung oder kartographischen Aufteilung des jeweiligen Territoriums in kleinste räumliche Einheiten. Dies kann zum Beispiel eine Blockseite sein, also eine Straßenseite von der einen bis zur nächsten Einmündung. Es handelt sich bei diesem Verfahren ursprünglich um ein kriminalstatistisches EDV-Hilfsmittel zur Herstellung mehrdimensionaler Raum-Zeit-Verhaltens-Karten in bezug auf abweichendes kriminogenes Verhalten innerhalb eines Gebietes, wie Wilhelm Steinmüller in seiner Einführung in die Angewandte Informatik (Darmstadt, 1993) überzeugend darlegt.

Diese Methode entspricht bis ins Detail jenem Vorgehen im Konsumbereich, bei welchem potentielle KundInnen in kleinräumige "Zellen" eingeteilt werden, welche 50 räumlich aneinandergrenzende Haushalte umfassen. Wie beim kriminal- und verwaltungstechnischen kleinräumigen Bezugsrahmen werden auch bei der konsumorientierten "Zelle" die Erfaßten anhand der ihnen zugeschriebenen Merkmale vergleichbar. Weil sie sich im selben räumlich-sozialen Umfeld bewegen, kann auf ähnliches soziales Verhalten geschlossen werden.

Da dieser Vorgriff auf die Individualsphäre zeitlich und räumlich immer ausgreifender erfolgt, fragt sich, ob und inwieweit er ethisch und rechtlich zulässig ist. Weder das Strafprozeßrecht noch das Konsum- oder Datenschutzrecht sind reine Erlaubnisgesetze, welche Eingriffe in die Individualrechte in umfassender Weise rechtfertigen würden. Der Tendenz allerdings, daß sie durch die Praxis unterlaufen und ihr dann am Ende angepaßt werden, ließe sich nur dann begegnen, wenn sich anhaltende Kritik regen würde, Kritik, die heute eher ansatzweise vorhanden ist, zum Beispiel in den Reihen fortschrittlicher Richter- und Strafverteidigervereinigungen, der Deutschen Vereinigung für Datenschutz, bei Bürgerrechtsbewegungen und Bürgerkomitees in ganz Deutschland und vereinzelt (wie die Gruppe "augenauf") in der Schweiz.

Wie die BürgerInnen auf die neuen Formen der Verwertung ihrer Individualdaten reagieren werden, ist noch weitgehend unklar. Einerseits ist für viele bereits spürbar, daß technikgestützte soziale Kontrolle kein individuelles Problem mehr darstellt. Andererseits treffen schon die mahnenden Worte der Datenschutzbeauftragten kaum auf ein konkretes Echo in der Bevölkerung. "Individuelle, kollektive oder Gruppen-Beeinflussungsmöglichkeiten werden zur quasi-normalen ‚industriellen` Massenware in der Hand des Staates und der Wirtschaft", hält Steinmüller in seinem Werk fest: Mit den Risiken industrieller Massenware stumm auszukommen sind die Leute aber gewohnt, es kann sie daher kaum schrecken.

"Asylcard", "Sozialcard" ...

Daß die Beunruhigung über die Folgen der neuen Informationstechniken in der Mitte der Gesellschaft eher gering ist, hängt nicht nur mit ihrer Ambivalenz zusammen, sondern auch damit, daß die negativen Effekte sich hier allenfalls sporadisch zeigen. Das Gefühl der Ohnmacht, das in der Auseinandersetzung mit einem maschinell erstellten, aber ungerechtfertigten Bußgeldbescheid oder einer Fehlbuchung der Telekom entsteht, läßt sich verwinden, wenn man ansonsten in "sicheren Verhältnissen" lebt; es kann sogar zur Herausforderung werden, die eigene Position mit einigem Aufwand durchzusetzen. Anders sieht es für viele aus, deren Verhältnisse höchst unsicher sind und die deshalb von sozialen und staatlichen Institutionen existentiell abhängig werden. Die negativen Folgen der neuen Technologien für die Menschen und die Gesellschaft zeigen sich - vorerst - an ihren "Rändern". Denn auch bei der Verwaltung von Not, Armut und Fürsorge bauen die Behörden auf die neuen Online-Technologien. Sie tragen dazu bei, daß die Umsetzung politischer und gesetzlicher Vorgaben immer weniger auf den individuellen "Einzelfall" zugeschnitten wird, und der einzelne Mensch demgegenüber immer eher machtlos wird.

Computerisierte Textbausteine, welche in einer Art EDV-Fließbandarbeit Asylablehnungsentscheide fertigen, werden von den Schweizer Behörden schon seit Mitte der 80er Jahre eingesetzt (und wurden seither unter anderem auch nach Deutschland exportiert). Vernetzte Rechnersysteme beschleunigen seit den 90er Jahren die Asylverfahren und kombinieren verfahrens-, arbeits- und sozialrechtliche Ansprüche der asylsuchenden Flüchtlinge über Ämter und Hierarchien hinweg, um Zeit zu gewinnen und das Anerkennungs- beziehungsweise Abschiebeverfahren rascher einleiten zu können.

Das hat für die Behörden mehrere Vorteile. Wo digital statt sozial verwaltet wird, kann die Distanz zu den Bedürftigen besser gewahrt werden. Entscheide erfolgen rechnergesteuert. Sie wirken daher unanfechtbar, also nicht mit menschlichen Fehlern behaftet. Und der Vollzug unangenehmer Entscheidungen kann mit Hilfe von Online-Technik sozusagen gänzlich virtualisiert werden, etwa bei Abschiebungen. So scheint kein Mensch mehr Verantwortung zu tragen, niemand kann mehr als Einzelperson zur Rechenschaft gezogen werden, denn das Rechenzentrum des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zirndorf beziehungsweise des Bundesamtes für Flüchtlinge in Bern liefert den Ausdruck der Entscheidungen online aus. Der Drucker anonymisiert sozusagen das Verwaltungsverfahren, Menschen sind dahinter nicht mehr wahrnehmbar, der Einspruch der direkt Betroffenen findet keinen Adressaten mehr - außer den AbschiebepolizistInnen des deutschen Bundesgrenzschutzes oder der Schweizer Kantonspolizeien, doch diese Polizeibehörden sind "nicht zuständig" - sie vollstrecken bloß.

Online-Technik und Chipkartenanwendungen neuester Generationen bringen neue Anpassungsschritte "nach unten" mit sich. Hierzu dienen die neuen Bereiche der "Asyl-Card" in den Niederlanden (in Deutschland noch immer in der Diskussion) und der "Social Benefit Security Card" (einer Art Sozialhilfe-Chipkarte) in den USA. Asylsuchende Flüchtlinge müssen sich beim niederländischen Nachbarn bis zu viermal pro Tag an einer elektronischen Meldesäule einspeichern und kontrollieren lassen; die verschiedensten Ämter haben selektiven Zugriff auf ihre Personendaten aller Art, die nun sämtlich auf der Chipkarte aufgespeichert sind und die die asylsuchenden Flüchtlinge ständig mit sich herumtragen müssen, ohne sie selber lesen zu können.

Auf Flüchtlinge ist diese "cleane Personenverwaltung" indes nicht beschränkt, die USA liefern einen Vorgeschmack dessen, was auch hierzulande noch kommen könnte. Dort ist ein Testbetrieb mit einer Chipkarte im Aufbau, welche die Bargeldleistungen im gesamten staatlichen Sozialbereich ersetzen soll. US-weit will Al Gore bis zum Jahre 1999 mit sämtlichen 31 Millionen Fürsorgeabhängigen online gehen. Jährlich würden auf diese Weise 111 Milliarden Dollar neu über die Datenleitungen und Infrastruktur bestehender Kartenanbieter verbucht - ein Riesengeschäft für die provider (Anbieter). Neben der eigentlichen Sozialhilfe, den staatlichen Wohlfahrtsprogrammen und diversen Beihilfen (Familien-, Essens-, Energiezuschüsse) sollen auch die Leistungen der Arbeitslosenversicherung, Ergänzungsleistungen, Veteranen-, Militär- und Berufsrenten per Chipkarte ausbezahlt werden. Soweit so gut.

Während aber die Bankinstitute an Geldaufspeicherungen allein ökonomische Auflagen wie Gebühren knüpfen können, könnten sich die staatlichen Sozialinstitutionen dazu veranlaßt sehen, mit der Chipkarte als zusätzlichem Machtinstrument auch ihren ordnungspolitischen Auftrag zu Kontrolle und Schutz vor Mißbrauch staatlicher Gelder zu verknüpfen. Technisch ist es bei Chipkarten ein leichtes, sowohl die spätere Abbuchung an Bedingungen und Auflagen zu knüpfen als auch sofort oder hinterher eine genaue Kontrolle und Überwachung der Buchungen vorzunehmen.

Überlegungen dazu sind vorhanden, wie einer der Leiter des Projekts der Benefit Security Card, John S. Radzikowski von der Federal Electronic Benefits Transfer Task Force in Washington freimütig erklärt. Er verbindet die Online-Ausbezahlung von Sozialleistungen mit der Suchtproblematik. Die auf der Chipkarte registrierten Geldbeträge würden sich, meint er, im Idealfall verschiedenen Haushaltsposten zuordnen lassen. Die könnten dann bloß in bestimmten, von den Behörden ausgewählten Geschäften abgebucht werden. So könnte das Leben eines Junkies von den Sozialbehörden vom Morgen bis zum Abend durchgerastert werden, ohne daß dieser noch groß darauf Einfluß nehmen könnte. Dieses System der Zwangsbuchungen könnte gut auf positives Echo stoßen, denn es würde wohl als fürsorgerische Unterstützungsleistung dargestellt. Der dealer wäre, so jedenfalls Task-Force-Mann Radzikowski, aus dem Rennen. Der Junkie indes wäre mittendrin im Fokus der Sozialbehörden und ihrer "positiven Überwachung".

"Leben online" von Beat Leuthardt - Wie Telekommunikation und Informatik die schleichende Überwachung unseres Alltags ermöglichen. rororo-Taschenbuch; 224 Seiten; DM 14,90.

Text zur Faksimile:Dateiname:

"Leben online. Von der Chipkarte bis zum Europol-Netz: Der Mensch unter ständigem Verdacht", das neue Taschenbuch von FR-Mitarbeiter Beat Leuthardt, ist als rororo-Taschenbuch erschienen, 224 Seiten, DM 14.90, Bezug im Buchhandel oder beim Autor (Postfach 2260, D-79557 Weil am Rhein).

33. Wer solche Freunde hat, braucht keinen (Klassen-)Feind mehr! Große Tarifkommission der ÖTV spart für Deutschland

Die Große Tarifkommission der ÖTV spart für Deutschland

Autor: K. Schönsee · Rubrik: Sozialpolitik; DGB/Regierung · CD-Datei: daten/aksuche/ak393/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:393:18

Mit ihrer Zustimmung zum Schlichterspruch der beiden ehemaligen Länderchefs Wagner (CDU) und Koschnick (SPD) segneten zwei Drittel der Mitglieder der großen Tarifkommission der ÖTV auch gleich das Krisenbewältigungsprogramm der Regierenden mit ab: Sparen für den Standort Deutschland mit einem "schlanken Staat" und Lohnkürzungen!

Nominell bekommen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst bis Ende 1997 eine Lohnerhöhung von insgesamt 0,89 Prozent. Doch diese von den Papiertigern der Verhandlungskommission herausgeschlagene "Lohnerhöhung" wird den öffentlichen Arbeitgebern zum Großteil schon durch Arbeitszeitverlängerung wieder ersetzt: Ein freier BAT-Tag wird gestrichen, der Anspruch auf Arbeitsbefreiung bei Familienereignissen oder -festen wird reduziert. Daß letztendlich von dieser "Lohnerhöhung" im Geldbeutel der Beschäftigten nur ein dickes Minus ankommt, zeichnet sich schon jetzt ab. Die Preissteigerungsrate (von 2,8 Prozent im Osten und 1,5 Prozent im Westen für dieses Jahr) wird aus dieser Tarifrunde eine weitere Minusrunde machen - nachdem die Reallöhne aller lohnabhängig Beschäftigten seit 1991 schon um mehr als fünf Prozent gesenkt wurden. (1)

Der Anteil der Lohnabhängigen am Volkseinkommen ist inzwischen auf das Niveau von 1960 (2) gesunken. Eine Tarifpolitik wie die der ÖTV führt dazu, daß zur relativen Verelendung nun auch noch die absolute Verarmung durch die anhaltenden Reallohnverluste hinzukommt.

Besonders betroffen von dieser Verarmung werden die unteren Lohngruppen sein. Denn durch die Art der Auszahlung der "Lohnerhöhung" mit einer Einmalzahlung von 300 Mark (für 1996) und einer prozentualen Erhöhung von 1,3 Prozent (ab dem 1.1.1997), werden gerade sie benachteiligt. Weiterhin bleiben die Vergütungen der Auszubildenden bis Ende 1997 eingefroren, weil die Arbeitgeber das vage Versprechen abgaben, 1.170 zusätzliche Lehrstellen zu schaffen. Daß an dieses Versprechen nicht einmal ihre Vertragspartner glauben, beweist die ÖTV, indem sie Bund, Ländern und Gemeinden die Möglichkeit offenläßt, sich mit einer billigen Einmalzahlung zwischen 50 und 170 Mark an die Auszubildenden von eben dieser Versprechung freikaufen zu können.

Den Beschäftigten in der ehemaligen DDR bringt dieser Abschluß die Anhebung ihrer Bezüge um ein Prozent auf 85 Prozent des Westniveaus. Und der Bremer ÖTV wird mit einer Öffnungsklausel die Möglichkeit gegeben, zusammen mit dem Senat einen Sparhaushalt zu entwerfen. Damit wird den eigenen Mitgliedern ein noch größerer Lohnverzicht zugemutet - angeblich zur "Sicherung der Arbeitsplätze".

All diese fetten Kröten will die ÖTV-Spitze ihren Mitgliedern mit dem altbekannten Griff in die Trickkiste der Dummenfänger schmackhaft machen. Mit diesem sogenannten Kompromiß habe man "Schlimmeres verhindern" und die noch radikaleren Arbeitgeberforderungen abschmettern können. Die Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, die Arbeitszeitverlängerung mit der Einführung der 40-Stunden-Woche usw. sei angeblich abgewehrt worden. Verschwiegen wird, daß die Arbeitgeber spätestens zu Weihnachten 1997 ein neues Sparpaket vorlegen und mit den dann erfolgten Gesetzesänderungen argumentieren werden, die die Lohnfortzahlung bei Krankheit auf 80 Prozent der normalen Vergütung senken oder das Renteneintrittsalter erhöhen.

Mit einem Streik gegen eben diese Sparpakete und Lohnkürzungen der Regierenden, den die ÖTV in dieser Tarifrunde hätte einleiten können, wären die DGB-Gewerkschaften in der Lage gewesen, wirksamen und breiten Widerstand gegen die Politik im Interesse des Kapitals zu entwickeln. Statt dessen werden nun folgenlose Großdemonstrationen organisiert, die den Herrschenden nicht einmal schlechte Träume bereiten, dafür aber die Möglichkeit bieten, die aufgestaute Wut der Gewerkschaftsbasis in geordnete Bahnen zu lenken.

Den Kampf wagen!

Das Zurückweichen vor den Angriffen der Regierenden und des Kapitals bedeutet für die Lohnabhängigen immer weitere Verarmung, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, längere Arbeitszeiten bei niedrigeren Löhnen, wachsende Arbeitslosigkeit und Entrechtung. Der Kampf gegen die Arbeitgeberforderungen war, ist und wird die einzige Möglichkeit der Lohnabhängigen sein, sich gegen diese Angriffe effektiv zu wehren und die eigenen Forderungen durchzusetzen. Der Streik ist das wichtigste Kampfmittel dafür.

Da gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen aber zur Zeit nicht mit den Gewerkschaftsvorständen eingeleitet werden können, ist es die Aufgabe der Basis in den Betrieben und Verwaltungen, diesen Kampf eigenständig aufzunehmen. Dafür müssen unabhängige Organe in den Betrieben und Verwaltungen geschaffen werden, die von der ganzen Belegschaft gewählt werden, um einen Streik oder eine konkrete Kampfaufgabe zu organisieren und zu leiten.

Die Forderung nach eigenständigen Kampf- oder Streikkomitees bedeutet nicht, sich gegen gewerkschaftliche Organisierung zu stellen oder einen Gewerkschaftsaustritt zu propagieren. Gleichzeitig muß innerhalb der DGB-Gewerkschaften dafür eingetreten werden, daß diese wieder Kampf- und Solidaritätsorganisationen der Lohnabhängigen werden und sich nicht endgültig in Verbände der Co-Manager und der Betriebsgefolgschaft verwandeln.

Karsten Schönsee

(Mitglied im Bezirksjugendausschuß der ÖTV Niedersachsen)

Anmerkungen:

1) nach Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München (Hg.), Der Steuerskandal, München 1996, S. 12

2) So sank die strukturbereinigte Bruttolohnquote von 72,5% (1982) auf 65,0% (1995). Dieses Niveau wurde auch schon 1960 erreicht. (aus DGB-Bundesvorstand (Hg.), Zur Entwicklung von Löhnen, Gewinnen, Kapitalrenditen und Lohnstückkosten, Düsseldorf, 1996, S. 6)

34. Chiapas und die Angst in den Metropolen

Autor: Detlef Hartmann · Rubrik: Sozialpolitik; Imperialismus und Weltwirtschaft · CD-Datei: daten/aksuche/ak393/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:393:25

Wir dokumentieren den - stark gekürzten - Vortrag von Detlef Hartmann, beim Ya basta-Treffen in Berlin. Detlef Hartmann ist Rechtsanwalt und lebt in Köln.

Im folgenden soll anhand von drei Beispielen aus Köln verdeutlicht werden, wie wenig Begriffe wie Markt, Globalität, Liberalismus taugen um der sozialen Realität des Kapitalismus von heute gerecht zu werden.

Neue Drogenpolitik

Vor anderthalb Jahren, einige Monate vor Weihnachten, wurde eine strategisch aufgebaute Kampagne eingeleitet, die nicht auf Köln beschränkt war, sondern ihr Vorbild in der Säuberung des Drogenumschlagplatzes Letten in Zürich hatte. Das Schema war dasselbe wie in Zürich. Über einen längeren Zeitraum hinweg waren Drogenabhängige zunächst an den "Neumarkt", einen innerstädtischen Platz, regelrecht "eingeladen" und quasi konzentriert worden. Es setzte dann eine Pressekampagne ein, in der die Drogenabhängigen rassistisch als abgerissene Figuren dargestellt wurden, als Elemente, die in der Stadt nichts zu suchen hätten, als Menschen, die unsere Kinder an die Nadel brächten. Die Bilder hohlwangiger Menschen wurden zur Zeit des Weihnachtsmarktes auf dem Neumarkt veröffentlicht, wo die Kinder hingebracht werden, um sich im Kaufrausch auf den 24. Dezember vorbereiten zu können. Dies wurde systematisch eskaliert, und in den ersten Dezemberwochen kam dann der Zugriff: In der Zeitung wurde ein Territorium in der Innenstadt definiert, in dem sich Menschen, die drogenabhängig sind oder so aussehen, nicht mehr aufzuhalten hätten. Freizügigkeit hin oder her, die gehörten da nicht mehr hin. Die Perfidie lag darin, daß unmittelbar am Neumarkt auch ein von der Stadt betriebenes Methadon-Zentrum liegt, d. h. die Drogenabhängigen mußten da durch. Das Ergebnis war, daß "kaputt" aussehende Leute in Verwahrzellen gesperrt und mit einem Aufenthaltsverbot belegt wurden. Bei entsprechenden Sozialinstitutionen, Anwaltsbüros etc. meldeten sich zahlreiche Menschen, denen dies häufiger passiert ist. Die Gerichte haben diese Linie durchgehalten, und für einige Wochen gab es in Köln einen gesäuberten Bezirk Innenstadt. Diese Strategie wiederholte, was in Rostock passiert ist: Nämlich die Stigmatisierung von absichtlich in einem bestimmten Bereich in der Innenstadt konzentrierten Menschen, die damit auf dem Tablett als Ausgesonderte praktisch Objekt wurden, und die dann das Resultat provozierten, daß die Einstellung der Bevölkerung sich ihnen gegenüber rassifizierte.

In Köln empfingen wir während einer Demonstration nicht nur eindeutige Blicke, sondern wurden auch mit Schimpfwörtern belegt: "Raus aus der Stadt, dreckiges Pack!" Wir haben einige gute Aktionen mitgemacht, aber insgesamt war das Ganze für uns, für die Linke, eine Niederlage. Für die klassische Linke sowieso, weil sie mit "Lumpen" nichts anzufangen weiß, für die moderne Linke, weil sie zu einem neuen Vokabular und zu neuen Begriffen von sozialer Auseinandersetzung noch nicht gefunden hat.

Klagemauer

auf der Domplatte

Eine ähnliche Strategie "sozialer Säuberung" wurde auf der Domplatte durchgezogen. In diesem innerstädtischen Bereich, direkt vor dem Dom und neben dem Hauptbahnhof, treffen sich Obdachlose, Skateboarder, Spinner, Religiöse - alles, was die bunte Palette von der Esoterik bis zu Ausgegrenztsein anbietet. Auf der Domplatte in Köln befindet sich aber auch eine Institution namens "Klagemauer". Sie wurde von Friedensgruppen während des Golfkrieges und in der Auseinandersetzung mit der Wohnungsnot in Köln unter dem Motto "Wohnen ist Menschenrecht" eingerichtet. Sie ist zu einer internationalen Begegnungsstätte von Leuten geworden, die sich auf ähnliche Situationen in anderen Ländern beziehen. Viele schreiben oder schicken ihre Gedanken und sozialen Sehnsüchte auf Karten, die an der Klagemauer befestigt und von jedem gelesen werden können. Der Bürgermeister von Hiroshima ist dort regelmäßiger Gast, berichtet von den Auseinandersetzungen mit der japanischen Atompolitik. Häufige Besucherinnen sind AntifaschistInnen aus anderen Ländern, die sich mit den Leuten von der Klagemauer über den neuen Rassismus austauschen. Ganze Reisegruppen und Schulklassen kommen, kritzeln Hoffnungen, Wünsche und Gebete. Aber das eigentlich wichtige ist, daß die Klagemauer der Kristallisationspunkt für Demonstrationen und

Selbstorganisation von Obdachlosen, Jugendlichen, Ausgegrenzten, Punks usw. ist, die in den Augen der Stadtverwaltung in Köln als "Schmutz" gelten. Der Begriff "soziale Säuberung" tauchte bei einem Arbeitstreffen der Dezernenten der Stadt Köln im Juni 1994 auf. Sie diskutierten, wie sie durch Platzverweise, Bußgelder, oder Rücktransport von Jugendlichen in ihre Heimatstädte versuchen könnten, diesen innerstädtischen Bereich zu säubern.

Es begann eine Säuberungskampagne, die zum Einsatz des gesamten ordnungspolitischen und -rechtlichen Arsenals bis zum symbolischen Einsatz von Reinigungsfahrzeugen reichte. Das Problem für die Stadt ist, daß die Klagemauer selbst ein so großes internationales Renommee hat, daß sie nur auf rechtlichem Wege zu beseitigen ist; die Prozesse laufen noch immer.

In den letzten zwei Jahren fanden und finden immer wieder Aktionen von Obdachlosen statt, die mit dieser Säuberungspolitik konfrontiert wurden. Entscheidend daran ist nicht, daß da ein abstrakter Begriff von Sauberkeit zur Richtschnur gemacht werden soll. Kern sind die Geschäftsinteressen von Innenstadt-Firmen, wie zum Beispiel die Douglas-Parfümerie-Kette, Karstadt, Kaufhof etc., in deren Aufsichtsräten sich die Prominenz der Ratsparteien tummelt. Sie sagen, die Innenstadt müsse privatisiert werden, sozusagen eine neue Form von Innenstadteigentum. Sie wollen die Elemente, die sie da nicht haben wollen, mit den Mitteln der privaten Polizei, mit schwarzen Sheriffs, raussäubern. Raab Kracher dient sich an, ein Polizeimulti, der 40.000 Sicherheitskräfte beschäftigt, und in einem rasanten Ausbau in Osteuropa ehemalige Teile der Sicherheitsapparate an sich bindet. Zu diesem Bereich gehört der Kölner Bahnhof. Obdachlose wärmen sich dort im Winter und nutzen den Bahnhof als öffentlichen Raum, in dem alle ein Recht haben zu sein. Sie haben gegen sich den Bundesgrenzschutz und schwarze Sheriffs. Es ist tatsächlich der Politik der Leute um die Klagemauer zu verdanken, daß eine Säuberung dieses Bereichs bisher noch nicht hat greifen können.

Plastikkarten als Zugangskontrollen

Ein Instrument, das in diesem Zusammenhang immer wichtiger wird, ist die Plastikkarte. Ungefähr seit einem Jahrzehnt testet Siemens-Nixdorf, Geld-Chipkarten als Zugangsmittel für Innenstadtbereiche, mit denen gleichzeitig gekauft werden kann. Es gibt ein Pilotprojekt einer anderen Firma in Holland und in anderen europäischen Städten, wo die Berechtigung, am Innenstadtverkehr teilzunehmen, gekoppelt ist an den Besitz einer Plastikkarte, auf dem bestimmte Beträge sein müssen. Die Plastikkarte dient dazu, in diesen ausgegrenzten Bereichen an einem Kauferlebnis teilhaben zu können, aber gleichzeitig auch als sozialpolitisches Instrument der Aussonderung. Das ist lange keine Utopie mehr, denn in den USA existieren längst solche Bereiche, die nur über Chipkarten betreten werden können, die einen ganz großen Teil der amerikanischen Bevölkerung aussondern. In Europa ist das noch nicht weit gediehen, aber da wird ganz systematisch daran gepusht. Interessiert daran sind die innovativen Industrien der Informationsverarbeitung. Es geht erstens um gigantische Profite und zweitens um die Möglichkeit, ihre Akkumulationsstrategien in Fabrik, Know-how, Forschung und Entwicklung auf ein neues Niveau zu heben, und drittens um neue Formen der sozialen Kontrolle und Ausgrenzung.

Alle Einwohner von Städten mit metropolitanem Zuschnitt wie Frankfurt, Berlin oder Hamburg, wissen von ähnlichen Geschichten wie in Köln zu berichten. Die Leute, die auf der Domplatte oder am Neumarkt damit konfrontiert sind, ahnen, daß ihr Gegner ein sozialer Angriff des Kapitals ist, der gleichzeitig eine Form der Modernisierung und der Akkumulation beinhaltet. Über die Formen der Auseinandersetzungen lernen sie allmählich, ihre Erfahrungen zu verallgemeinern.

Ein weiteres Beispiel dieser Konfrontation zwischen Akkumulations- und Innovationsinteressen auf der einen und sozialem Widerstand auf der anderen Seite sind funkvermittelte Verkehrsleitsysteme. Das ist ein gigantischer Markt der Zukunft, ein milliardenschwerer Innovationskomplex, in dem große multinationale Unternehmen der Informations- und Datenverarbeitung mitmischen. Zwischen Köln und Bonn gab es ein Pilotprojekt der Straßenzollerhebung mit Funk und Datenverarbeitung, das faktisch zur Serienreife gediehen ist und überallhin exportiert werden kann. Siemens-Nixdorf hat sogar vor einem Jahr eine Eigenfinanzierung von mehreren Milliarden Mark für die Realisierung eines solchen Projektes angeboten.

Die genannten Formen von sozialer Säuberung und sozialer Kontrolle stellen nur kleine Facetten aus einem sozialen Krieg dar, von denen wir inzwischen viele thematisieren: Die Zerstörung der Solidarität durch Gesundheitsreform, Mieten und Mietrechtsreform, Formen von sozialer Entrechtung und Deregulierung usw.

All das summiert sich zu einem komplexen Schock, der auf etwas hinzielt, was der Ökonom Schumpeter - an dem sich inzwischen alle ökonomischen Theorien und Strategien in den USA und in Deutschland orientieren- die "schöpferische Zerstörung" genannt hat.

Sie greift in dem neuen Akkumulationszyklus so tief wie nie zuvor nach neuen Dimensionen sozialer Produktivität weit über die Fabrik hinaus und erfaßt ihre produktive Zurichtung als "Sozial-Kultur-Ethik-Kapital" usw. In der Tat haben alle großen multinationalen Unternehmen Ethik-Abteilungen, in denen die Durchsetzbarkeit von technologischen Strategien diskutiert wird.

Perspektive von unten

Diese sozialen Strategien, ob sie nun technologisch, sozialpolitisch, stadtplanerisch oder verkehrspolitisch sind, lassen sich nur richtig beschreiben aus der Perspektive von unten, nämlich der Konfrontation.

Das ist der Ansatzpunkt darüber nachzudenken, ob wir die Unterstützung oder den Bezug auf den Widerstand in Chiapas nutzen können. Denn die Konfrontation in Chiapas wird eindeutig bestimmt von einer Auseinandersetzung mit einem neuen sozialen Angriff, von schöpferischer Zerstörung. All die bewaffneten Eingriffe der Dorfzerstörung, der Landvertreibung, all die neuen Formen über ökonomischen Druck Menschen zu vertreiben, haben eins im Sinn: die Bevölkerung verfügbar, unterwerfbar zu machen, soziale Solidarität zu zerstören, aber vor allen Dingen, den Keim des Widerstands aus diesen kommunitären Strukturen zu beseitigen, und der Gefährlichkeit der Einwirkung auf die städtischen Regionen einen Riegel vorzuschieben.

Und ich glaube, daß es notwendig ist, sich hier in Europa mit diesen und ähnlich gelagerten Widerstandsformen auseinanderzusetzen - global - um nicht dem Irrtum zu erliegen, daß wir der Nabel der Welt wären und als ob unser Widerstand eine sozialrevolutionäre Chance hätte, wenn es diese Beziehung nicht herstellte. Wir müssen lernen Parallelen herzustellen, wo es einen eindeutigen Nenner nicht gibt: Denn eins ist natürlich noch immer klar: Jeder Obdachlose in Deutschland lebt noch von dem ungeheuren Wertschöpfungsgefälle, das im Verhältnis zur Ukraine oder zu Lateinamerika etwa 1:10 beträgt. Wir können jedoch unter keinen Umständen behaupten, daß unsere geistige idealistische Auseinandersetzung damit eine Garantie dafür sei, daß wir das richtige tun. Denn wir können natürlich viel von Freiheiten und inneren Werten schwätzen. Wenn wir uns jedoch nicht auf diesen sozialen Krieg beziehen, dann landen wir sehr schnell auf der Gegenseite. Und das heißt natürlich auch, sich nicht nur auf die Auseinandersetzungen in Chiapas zu beziehen und uns im Revolutionstourismus zu üben, sondern sich auch zu beziehen auf ähnliche Auseinandersetzungslinien, z. B. in China oder Tschetschenien.

Es ist nicht so, daß sich der Casino-Kapitalismus mit dickem Geld in die Casinos zurückgezogen hat und abwartet, daß jetzt alle Leute zu Kreuze kriechen. Sondern, schon allein aufgrund der Marxschen Werttheorie wissen wir, daß Geld als solches , dieses Substrat, nichts wert ist, ohne den realen Arbeitswert der dahinter steht und durch Ausbeutung eingeholt wird.

Das heißt also, das Kapital ist permanent darauf angewiesen, diese Strategien der Unterwerfung, der Wertschöpfung, der sozialen Zerstörung voranzutreiben, und das Kapital ist dabei barbarisch, aber auch scheu wie ein Reh, wo ihm der Zugriff fehlt.

Es hat etwas mit Chiapas zu tun, daß plötzlich die Kredite an Mexiko wieder anfingen notleidend zu werden. Denn der Banker in der Wall Street hat überhaupt zunächst nicht das geringste Gegenmittel. Also reagiert er erst einmal verschreckt und zieht Kredite zurück. Und plötzlich entsteht eine Kreditkrise in Mexiko. Die soziale Blockierung von unten zeigt auf einmal, wie schwach das Kapital ist.

Wenn der Konflikt in Tschetschenien außer Fugen gerät, fängt das Kapital in Deutschland, die Banken und auch der IWF an, von diesem Schnupfen einen leichten Husten zu kriegen. Ähnlich ist es bei den sozialen Unruhen in China, über deren Ausmaße hierzulande wenig berichtet wurde. Aber wer die Wirtschaftsseiten Ende letzten Jahres aufmerksam verfolgt hat, konnte einen interessanten Zusammenhang beobachten. Es gab eine Zunahme dieser Aufstandsbewegungen der vom Land vertriebenen WanderarbeiterInnen, und die chinesische Regierung überlegte, wie viel Geld sie sozial investieren mußte. Es hieß: "Tut uns leid, BASF und Hoechst, wir können die Politik sozialer Zerstörung nicht so weiter treiben, wir kaufen von Euch keine Chemikalien mehr!" Das hatte zum Ergebnis, daß die chinesische Spielzeugindustrie nicht mehr genügend Chemikalien erhielt und deshalb ein Produktions-, Ausbeutungs-, Wertschöpfungsrückgang stattfand, und daß

hier auf einmal Hoechst und BASF anfingen, Krisengefühle zu kriegen. Solche Nachrichten werden normalerweise nicht an die große Glocke gehängt. Aber hier ist ein Zusammenhang zwischen sozialer Zerstörung, Wertschöpfung einerseits und auf der anderen Seite Widerstandsbewegungen und Blockierung von Akkumulation.

Der Neoliberalismus ist eine Strategie der faktischen Gewalt, der Unterwerfung von Arbeit, der Modernisierung. Die Gegenmacht der schöpferischen Rekonstruktion im revolutionären Prozeß können wir nur entwickeln in der Auseinandersetzung mit dieser Macht. Als Gegenmacht müssen wir jetzt anfangen. Wir haben in diesem Jahr eine neue Chance. Wir müssen jetzt über Gegenstrategien nachdenken und überlegen, wie wir das in der BRD, in Europa gemeinsam organisieren.

35. Wider die "Ökologisierung von Politik". Diskurs um Sustainable Development - für eine "politische Ökologie"

Diskurs um Sustainable Development: Plädoyer für eine " politische Ökologie"

Autor: Peter Döge · Rubrik: Umweltpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak393/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:393:15

Seit der Vorstellung der Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" (ZD) ist nun fast ein Jahr ins Land gegangen und seit diesem Zeitpunkt wird die ökologische Linke von der Frage umgetrieben: Wie halte ich es mit Sustainable Development (SD)? Existieren Anknüpfungspunkte für einen linken Diskurs? Wir setzen heute die Diskussion in ak mit einem Beitrag von Peter Döge fort. Artikel zur aktuellen Debatte sind nachzulesen in den ak-Ausgaben 383, 384, 385, 386, 388, 389 und 392.

Bei der Beurteilung oben genannter Fragen stehen sich im wesentlichen zwei Positionen gegenüber: Aus einer eher verschwörungstheoretischen Position heraus wurde die Studie ZD und der Nachhaltigkeitsdiskurs insgesamt als Diskurs der Herrschenden zur Absicherung eines lean capitalism entlarvt. Andere hingegen räumten ein, daß in ZD wichtige Fragen angesprochen und diskutierbare Vorschläge unterbreitet wurden. Da jedoch bei dieser Auseinandersetzung auf der einen Seite einige erkenntnistheoretische Prämissen und Begrifflichkeiten der SD-Debatte als Faktum akzeptiert, auf der anderen eine diskurstheoretische Einordnung des SD-Diskurses nur unzureichend vorgenommen wurde, sind die eingangs gestellten Fragen bisher nur ansatzweise geklärt.

Herrschender Diskurs vs. Diskurs der Herrschenden

Spätestens seit Beginn der 70er Jahre ist das fordistische Akkumulationsmodell, das im wesentlichen auf Massenkonsum und Massenproduktion basiert, in eine Krise geraten. Ein zentrales Krisenmoment stellt dabei die Krise der mit ihm verbundenen Naturverhältnisse dar. Die technologische Basis des Fordismus - zentral angelegte Produktionsmaschinen mit einem hohen Energiedurchsatz - erforderten eine kontinuierliche Versorgung mit fossilen Brennstoffen und bewirkten eine dementsprechende Zurichtung der natürlichen Lebensgrundlagen. Dieser Prozeß wurde noch durch die sukzessive Durchkapitalisierung der Gesellschaft forciert.

Mit der Krise der fordistischen Naturverhältnisse geriet eine ihrer wesentlichen ideologischen Grundlagen ins Wanken: der Glaube an einen unendlichen Fortschritt sowie die - auch von der ArbeiterInnenbewegungen mehrheitlich vertretene - Gleichsetzung von technischem und sozialem Fortschritt. Industrialismuskritik, Technikkritik und Ökofeminismus markieren hier einen wesentlichen Einschnitt im Diskurs der Linken. Auch der gegenwärtige SD-Diskurs schließt in weiten Bereichen an diese Debatten an und bildet dabei einen Bestandteil der gegenwärtigen diskursiven Auseinandersetzung um eine hegemoniale Vision für ein postfordistisches Akkumulationsmodell. Indem der SD-Diskurs in der Bundesrepublik jedoch mehrheitlich an den vorherrschenden gesellschaftstheoretischen Mainstream anschließt, verwirft er viele der in der technik- und industrialismuskritischen Debatte der 80er Jahre erarbeiteten Konzepte. Besonders gravierend ist dabei, daß die hier vorhandene Verbindung zwischen ökologischem Umbau und dem Aufbau egalitärer sozialer Strukturen sowie ein herrschaftskritischer Ansatz aufgegeben werden.

Die ZD-Studie - als vorläufiger Höhepunkt der Mainstream-SD-Debatte - spiegelt dabei die gegenwärtigen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in diesem Diskurs wider. Nur in einem solchen Sinne kann der herrschende SD-Diskurs als Diskurs der Herrschenden gesehen werden - und nicht als Elaborat irgendwelcher herrschender Agenten des Weltmarktkapitals. Der SD-Diskurs sollte vielmehr im Anschluß an Gramsci als ein strategisches Feld gesehen werden, in welchem ein Kampf um begriffliche und visionäre Hegemonie geführt wird. In diesem Zusammenhang ist es dann um so wichtiger, zentrale Begriffe des Diskurses zu klären und gegebenenfalls ihre ideologische Qualität offenzulegen.

Ökologische Politik statt Politischer Ökologie

Insgesamt sind die Überlegungen zum nachhaltigen Umbau der Industriegesellschaft von ZD und weiter Teile der SD-Debatte von einer naturwissenschaftlich-technischen Sichtweise geprägt. Sozialwissenschaftliche

Perspektiven sind eher die Ausnahme. So geht die ZD-Studie auf der Grundlage eines naturwissenschaftlich verengten Naturbegriffs von der Annahme einer objektiven, quantitativen Bestimmbarkeit des sogenannten Umweltraums aus. Dieser wird definiert als Raum, "den die Menschen in der natürlichen Umwelt benutzen können, ohne wesentliche Charakteristika nachhaltig zu beeinträchtigen. Der Umweltraum ergibt sich aus der ökologischen Tragfähigkeit von Ökosystemen, der Regenerationsfähigkeit natürlicher Ressourcen und der Verfügbarkeit von Ressourcen" (S. 14). Folgerichtig werden "physische ‚neue Grenzen des Wachstums` ... ausdrücklich anerkannt". Der Umweltraum ist als solcher objektiv gesetzt.

Diese Herangehensweise mißachtet die gesellschaftliche Dimension und Bestimmtheit des Begriffs Natur: "Natur ist eine gesellschaftliche Kategorie. D.h., was auf einer bestimmten Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung als Natur gilt, wie die Beziehung dieser Natur zum Menschen beschaffen ist, und in welcher Form seine Auseinandersetzung mit ihr stattfindet, also was die Natur der Form und dem Inhalt, dem Umfang und der Gegenständlichkeit nach ist, nach zu bedeuten hat, ist stets gesellschaftlich bedingt." (1) So bildete beispielsweise Darwins Naturinterpretation (seine Vorstellung von der Entwicklung des "Umweltraums") wiederholt die Grundlage rassistischer Politiken. (2) Die soziale Dimension des Begriffs Natur und ihr ideologischer Gehalt wird auch an der mit der Durchsetzung der experimentellen Naturwissenschaft verbundenen "objektiven" Zuordnung der Frauen zur Natur und ihrer Gleichsetzung als eine ausbeutbare und beherrschbare Ressource evident. Die in diesem Zusammenhang erfolgte Ablösung des "organischen" Naturbildes, das etwa Untertagebau nicht zuließ, durch eine Vorstellung von Natur als Rohstofflieferant, findet sich auch im Konzept des Umweltraums wieder.

Es ergibt sich somit an dieser Stelle, daß die Frage nach der inhaltlichen Bestimmung des Umweltraums und der sich daraus ergebenden Form seiner Vernutzung eine primär gesellschaftliche ist. Diese hier vertretene sozial-ökologische Perspektive führt im nächsten Schritt zur Frage nach gesellschaftlichen Herrschafts- und Kräfteverhältnissen bei der Gestaltung des "sozio-ökologischen" Raums - sie konstituiert ökologische Politik als offenes strategisches Feld, ökologische Politik wird so zur politischen Ökologie.

Im Gegensatz hierzu wirkt das Ausblenden der sozialen Dimensionen aus der im SD-Diskurs verwendeten Kategorie "Umweltraum" eher entpolitisierend und leistet dabei hierarchisch-technokratischen Politikmodellen Vorschub. Denn Politik wird aus einer solchen Perspektive quasi nur noch zum Nachvollzug scheinbar objektiver Natur- und Umweltvorgaben. So spricht beispielsweise Reinhard Loske, Projektleiter der ZD-Studie, folgerichtig auch von einem "ökologischen Reduktionsimperativ". (3) Analogien zum in den 60er Jahren einflußreichen Konzept des technokratischen Staates, der vermeintlich technische Sachzwänge nachvollzieht und sein Handeln nur noch darüber legitimieren muß, sind hier ansatzweise zu erkennen. Mit ihrer "Naturalisierung von Politik" schließt die Studie an die gegenwärtige gesellschaftstheoretische Debatte an. Auch hier biologisiert der vorherrschende systemtheoretische Mainstream die Entwicklung von Gesellschaft als "evolutionäre Anpassungsleistung autopoietischer (sich selbst schaffender, ak) sozialer Subsysteme an Umweltimperative". Herrschaftsverhältnisse werden ausgeblendet und soziales Handeln weitgehend auf Kommunikation reduziert. (4)

Neben der begrüßenswerten Forderung nach dem formalen Ausbau der Partizipationsmöglichkeiten für die Umweltverbände schlagen die Wuppertaler folgerichtig in diesem Zusammenhang die Einrichtung eines "ökologischen Rates" vor, ein (wahrscheinlich - wie schon in Platons Vorstellungen - aus "weisen" alten Männern bestehendes) Expertengremium, das langfristige Politikvorschläge entwickeln soll. Ähnliche patriarchal-hierarchische Politikkonzeptionen fanden sich schon bei Herbert Gruhl oder auch bei dem späten Rudolf Bahro.

Zwar stellt die Studie ZD auch fest, "daß Entschleunigung durch Bürgerproteste mehr als einmal milliardenschwere Fehlinvestition verhindert hat" (S. 294), bleibt aber bei politischen Reformvorschlägen ganz auf den Zentralstaat konzentriert, was als ein weiterer indirekter Ausfluß des naturwissenschaftlichen Ansatzes gedeutet werden kann. Aufgrund der mangelnden gesellschaftstheoretischen Fundierung der Studie herrscht zudem eine idealistische Vorstellung von Politik vor. Der Staatsapparat wird als Hüter des (ökologischen) Gemeinwohls konzipiert. Einem technokratischen Politikmodell bleibt naturgemäß fremd, daß erstens der Staat als "materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses" (Poulantzas) unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen strukturell überwiegend eine Politik im Interesse kapitaler Verwertungs- und patriarchaler Herrschaftsinteressen unterstützt. Zweitens übersieht es, daß ökologische Politik nicht durch die Einrichtung eines Infrastrukturministeriums - als Sachwalter der vermeintlich objektiven ökologischen Sachzwänge

innerhalb des Staatsapparats - erzielt werden kann, sondern den Umbau und Abbau des Staatsapparats - eine Ent-Staatlichung von Politik - erheischt. Als Folge kann der "ökologische Staat" nur als ein starker Staat gedacht werden.

Da also der Aufbau einer "nachhaltigen" Produktions- und Konsumweise keine primär durch objektive Naturzwänge vorgegebene und vermittelte, sondern a priori eine zutiefst gesellschaftliche Angelegenheit darstellt, geht es zunächst darum, wer den "Umweltraum" inhaltlich bestimmt, und wie dessen zukünftige Vernutzung in quantitativer und qualitativer Hinsicht gestaltet werden soll. Damit eng verbunden sind vor allem Fragen nach der technologischen Basis und der Organisierung der Ökonomie.

Technologische Politik vs. Politischer Technologie

Bei der Einschätzung des Stellenwerts von Technik entfernt sich die gegenwärtige Umweltdebatte am weitesten von den technikkritischen Ansätzen in den 70ern und folgt am stärksten einer eher ingenieurs- und naturwissenschaftlichen Perspektive. Loske beschreibt diesen Prozeß als Abschied vom "Nein-Danke-Ansatz" und als Hinwendung zur Entwicklung von Wendeszenarien. Als Folge hiervon ist die Studie ZD wie die Mainstream-SD-Debatte gekennzeichnet von einer Präferenz eher technologiebasierter Lösungen gegenüber sozialen Innovationen. Auch wenn neben technologisch induzierten "Effizienzrevolutionen" immer wieder die besondere Bedeutung von "Suffizienzrevolutionen" betont wird, scheinen die letzteren eher zweitrangig zu sein. So zeigt ein Blick in das Register der vierten Auflage der "Erdpolitk" von Ernst Ulrich v. Weizsäcker, dem Leiter des Wuppertal-Instituts, unter dem Begriff der "Suffizienzrevolution" eine Leerstelle. "Effizienzrevolution" ist dagegen mit mehreren Verweisstellen aufgeführt. Aber auch die Kritik an der ZD-Studie ist bisweilen geprägt von einem recht unkritisch anmutenden Verhältnis zur Technik und einem nicht näher reflektierten Technikbegriff. Wenn beispielsweise der BUKO konstatiert, daß nicht die Technik, sondern nur das soziale System des Nordens geändert werden müßte (ak 383), schleicht sich durch die Hintertür die fragwürdige - und eigentlich empirisch widerlegte - These von der guten Technik "an sich" und ihrem nur schlechten gesellschaftlichen Gebrauch ein. Neuerdings wird dann in Teilen des SD-Diskurses die Ansicht vertreten, die Gen- und Reproduktionstechnologien könnten "an sich" zu einem nachhaltigen Umbau einen positiven Beitrag leisten. (5)

Ein solcher Ansatz verkennt, daß Produktivkräfte keineswegs unschuldig sind, sondern daß sich in ihnen Herrschaftsverhältnisse materialisieren. Nicht nur der Anwendungskontext entscheidet über mögliche negative soziale und ökologische Effekte von Technologien, sondern diese sind bereits durch ihren Geneseprozeß in ihnen weitgehend angelegt, jedoch nicht determiniert. Insbesondere die feministische Technikkritik verwies in diesem Zusammenhang darauf, daß Technik und Technikentwicklung ein fast ausschließlich von Männern getragener Prozeß ist, Frauen hingegen von den negativen Auswirkungen betroffen sind. (6)

Die Frage nach der Öffnung des Technikgeneseprozesses und der Notwendigkeit einer anderen Technik wird gegenwärtig vom Mainstream des SD-Diskurses nicht mehr gestellt: "Schon wenn wir von Technik reden, denken wir dabei meistens an Industriemaschinen und Autos und ignorieren andere Technologien, die sich auf die meisten Aspekte des alltäglichen Lebens beziehen. Mit anderen Worten, bereits die bloße Definition der Technik bzw. Technologie beruht auf männlichen Vorurteilen". (7) Dieser verengte Technikbegriff prägt auch die vorherrschende Definition und Bewertung von sogenannten Umwelttechnologien. Vor diesem Hintergrund kann es aus einer sozial-ökologischen Perspektive nicht vorrangig nur um eine Effizienzrevolution kapitalistisch-patriarchaler Technologien gehen. Vor allem kommt es auf die Öffnung der Technikentwicklung und die Institutionalisierung eines gesellschaftlichen Auswahl- und Bewertungsprozesses vorherrschender Technologien im Kontext einer allgemeinen "industriellen Abrüstung" an. (8) Die in ZD vorgeschlagenen Verfahren zur Technikfolgenabschätzung und zu Umweltverträglichkeitsprüfungen greifen hier zu kurz, denn sie lassen den Technikgeneseprozeß und die Kräfteverhältnisse in diesem Feld weitgehend unberührt. Technik bleibt eine black box und wird nicht politisiert.

Im Gegensatz hierzu wurde insbesondere von Mike Cooley ein Ansatz entwickelt, der auf die Stimulierung des sogenannten "stillen Wissens" der Menschen zielt und diese über die Einrichtung dezentraler "Entwicklungswerkstätten auf regionaler und/oder kommunaler Ebene" in die Entwicklung von social useful technologies mit einbeziehen will. Damit intendiert ist zudem eine Brechung der zumeist männlichen Expertenherrschaft. Ansatzweise umgesetzt wurde diese Strategie im Kontext linker Labour-Regierungen auf kommunaler Ebene zu Beginn der 80er Jahre in unterschiedlichen englischen Kommunen, von denen vor

allem der Greater London Council Bekanntheit erlangte. Die hier verfolgte dezentrale Technologiepolitik, die in ein Konzept des popular planing integriert war, fand jedoch mit der handstreichartigen Abschaffung der kommunalen Regierungen durch die Thatcher-Regierung Mitte der 80er Jahre ein jähes Ende. Dennoch sind hier beachtenswerte Ansätze für eine Politisierung der Technikentwicklung erarbeitet worden. (9)

Eine derartige Entwicklungsstrategie umwelt- und sozialverträglicher Technologien erfordert folglich einen Umbau des gegenwärtigen Wissenschaftssystems. Doch in weiten Teilen der SD-Debatte besteht die Erwartung, gerade von der naturwissenschaftlichen Forschung eine Lösung des Umweltproblems zu erhalten, die an dessen Erzeugung maßgeblich beteiligt war. Dabei wird implizit der Ideologie von der vermeintlichen Objektivität der (Natur-) Wissenschaft und ihrer Wertfreiheit weiter Vorschub geleistet, indem beispielsweise in ZD der Eindruck erweckt wird, ein Reduktionsszenario bis zum Jahr 2050 auf eine Kommastelle genau messen und beziffern zu können. Überhaupt stelle nach Schmidt-Bleek der Aufbau nachhaltiger Strukturen nur ein Problem adäquater Messungen dar: "Eine zukunftsfähige Wirtschaft kann es nur geben, wenn Fortschritte dorthin richtungssicher meßbar sind". (10)

Ökonomische Politik statt Politischer Ökonomie

Neben der Veränderung der materiellen Produktivkräfte ist auch die Veränderung der Arbeitsorganisation ein zentraler Ansatzpunkt zum Aufbau einer umwelt- und sozialverträglichen Produktionsweise. Gerade hier bieten die Vorschläge von ZD und des Mainstream innerhalb des SD-Diskurses die wenigsten Anknüpfungspunkte für die Linke. Mit ihrem Plädoyer für die Etablierung einer "Kultur der Genügsamkeit" im Kontext eines dualwirtschaftlichen Modells der Arbeitsorganisation paßt sich ZD vielmehr in den gegenwärtigen neoliberalen Spardiskurs ein. Darüber hinaus wird das von dem Monetaristen Milton Friedmann u.a. entwickelte Modell einer negativen Einkommenssteuer propagiert und der kapitalistische Markt als zentrale Regulierungsinstanz ökologischer Politik postuliert. Politik wird ökonomisiert: "Die Entscheidung darüber, ob es eine zukunftsfähige - eine ökologisch angepaßte - Wirtschaft geben wird, fällt auf dem Markt". (11)

Allerdings sind dualwirtschaftliche Überlegungen nicht per se neo-liberale Strategien, sondern wurden auch von linker Seite entwickelt. So plädierte beispielsweise André Gorz für die Einführung einer Lebensarbeitszeit, für die Trennung der Arbeitssphären in eine heteronome, in der hochtechnisiert die gesellschaftlich notwendige Arbeit geleistet werden soll, und eine autonome, in der Tätigkeiten für spezifische Bedürfnisse sowie kulturelle Aktivitäten stattfänden, wobei die soziale Absicherung auch hier durch ein garantiertes Einkommen erfolgt. (12) Problematisch an diesen Ansätzen - gleich ob von linker oder neo-liberaler Seite - ist die gedachte Beibehaltung industrialistischer Strukturen sowie der androzentrisch (auf den Mann zentriert, ak) verengte Arbeitsbegriff.

Da auch ZD hier keine "radikale" Analyse vornimmt, kann sie nicht erkennen, daß eine wesentliche Voraussetzung für ein umwelt- und sozialverträgliches Produktionsmodell gerade in der Veränderung der geschlechtshierarchisierenden Arbeitsteilung besteht. (13) Die hiermit verbundene notwendige Aufwertung der Reproduktionsarbeit gegenüber entmündigender und entfremdender Industriearbeit setzt jedoch eine Reorganisation des Produkts und den Aufbau einer entsprechenden Infrastruktur voraus: die Entwicklung "konvivialer Produkte und Werkstätten" (Illich). Ein solcher Ansatz bedingt zudem die Reorganisation des ökonomischen Raums und zielt auf die Verlagerung ökonomischer Prozesse in die Region.

Versteht mensch in diesem Sinne eine nachhaltige Ökonomie als Einheit von Produktion und Reproduktion (14) stellt sich letztendlich die - von ZD und in weiten Teilen des Umweltdiskurses nicht (mehr) gestellte - Frage nach der Politisierung der Ökonomie. Diese ist - wie in weiten Teilen des SD-Diskurses anscheinend implizit unterstellt - keinesfalls anachronistisch. Denn mit dem Real-Sozialismus ist nicht die Idee Sozialismus untergegangen, sondern eine Alternative zum Kapitalismus: "Der Punkt ist nämlich, daß die Widersprüche des Kapitalismus genau die gleichen bleiben wie vorher. Eine Alternative hat sich aber als falsch erwiesen". (15)

Von der Utopie zur Wissenschaft

Aus dem insgesamt zugrundeliegenden Gesellschafts-, Natur- und Wissenschaftsverständnis in weiten Teilen der Umweltdebatte ist schließlich die demobilisierende Verfahrensweise der Erarbeitung der Studie ZD zu erklären und zu kritisieren. Anstatt einen methodischen Ansatz zu entwickeln, der quasi in Form von "vielen tausend Zukunftswerkstätten" - oder anderen diskursiven Instrumenten und Foren von unten nach oben Kreativität stimuliert und Visionen sammelt - der BUND hätte hierzu über die organisatorischen

Voraussetzungen verfügt - , wurde ein elitärer und in seiner Konsequenz eher demobilisierender Ansatz gewählt. Damit vollzieht die Mehrheit der ökologischen Debatte die kontraproduktive Akademisierung des marxistischen Diskurses nach und orientiert sich von der "Utopie zur Wissenschaft". Durch diesen Ansatz dürfte die politische und visionäre Kraft der Umweltbewegung in den Auseinandersetzungen um die soziale und ökologische Gestalt eines postfordistischen Akkumulationsregimes eher geschmälert werden.

Insgesamt läßt sich festhalten, daß der SD-Diskurs in seinem Mainstream zum einen wenig Neues entwickelt hat, vielmehr in zentralen Bereichen einen Rückschritt gegenüber der ökologischen Debatte der 70er und 80er Jahre darstellt und so eigentlich kaum Ansatzpunkte für einen linken Diskurs aufweist. Trotzdem sollte sich die Linke in den Kampf um die inhaltliche Bestimmung des Begriffs und des Konzepts einmischen, wobei sie allerdings die Verbindung zwischen ökologischem und gesellschaftlichem Umbau betonen sollte - den Zusammenhang zwischen politischer Ökologie, politischer Technologie und politischer Ökonomie.

Peter Döge

Anmerkungen:

1) Lukacs, Georg (1983): Geschichte und Klassenbewußtsein. Studien über marxistische Dialektik., Luchterhand, S. 372.

2) vgl. bspw. Gross, Michael/Averill, Mary Beth (1985): Evolution und patriarchale Mythen von Knappheit und Konkurrenz. In: DAS ARGUMENT, Heft 150, S. 204-218.

3) Loske, Reinhard (1994): Die Suche nach dem rechten Maß. Orientierungspunkte für ein zukunftsfähiges Deutschland. In: POLITISCHE ÖKOLOGIE, Heft 39, S. 18.

4) Mayntz, Renate (1990): The Influence of Natural Science Theories on Contemporary Social Science. MPIFG-Discussion Paper 90/7, Köln.

5) Katzek, Jens/Spangenberg, Joachim (1994): "Sustainable" Biotechnology? Auseinandersetzung mit dem Spannungsfeld "Zukunftsfähigkeit und Gentechnik", in: FORUM WISSENSCHAFT, Heft 4, S. 44-47.

6) Überblick bei: Wajcman, Judy (1994): Technik und Geschlecht. Die feministische Technikdebatte, Frankfurt am Main.

7) Wajcman 1994, S. 166.

8) Im übrigen weist Altvater zu recht darauf hin, daß die heutigen Umweltzerstörungen gerade die Folge von unzähligen Effizienzrevolutionen industralistischer Technologien darstellen. Altvater, Elmar (1996): Der Traum vom Umweltraum. Zur Studie des Wuppertal Instituts über ein "zukunftsfähiges Deutschland". In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 1, S. 82-91.

9) vgl. bspw.: Cooley, Mike (1986): Politik für mehr Beschäftigung und Lebensqualität. Der strategische Gesamtansatz in London, In: Udo Billmann u.a. (Hg.): Lokale Beschäftigungsinitiativen. Konzepte, Praxis, Probleme, Marburg, 47-71. Auch diesen Autor sucht mensch in der Literaturliste von ZD vergebens.

10) Schmidt-Beelk, Friedrich (1994): Gedanken über eine neue Dimension des Umweltschutzes. Wie erreichen wir eine zukunftsfähige Wirtschaft. Wuppertal Papers, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie.

11) Schmidt-Beelk a.a.O.

12) vgl. bspw. Gorz, Andre (1991): Und jetzt wohin? Zur Zukunft der Linken. Berlin.

13) Kurz-Scherf, Ingrid (1995): Krise der Arbeitsgesellschaft: Patriarchale Blockaden. Feministische Anmerkungen zu einem von Männern beherrschten Diskurs. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 8, S. 975-984.

14) vgl. hierzu Hofmeister, Sabine (1994): Ist nachhaltiges Wirtschaften weiblich? - Zur Bedeutung der physischen Einheit von Produktion und Reproduktion für die Ökonomie. In: Buchen, Judith et al. (Hg.): Das Umweltproblem ist nicht geschlechtsneutral - Feministische Perspektiven. Bielefeld: S. 134-150.

15) Galtung, Johan (1991): Der Sozialismus ist tot: es lebe der Sozialismus. In: UTOPIE KREATIV, Heft 11, S. 8.

36. Fortschritt im Schneckentempo. Genfer Klimakonferenz verzichtet auf effektive Beschlüsse

Genfer Klimakonferenz verzichtete auf effektive Beschlüsse

Autor: Wolfgang Pomrehn · Rubrik: Umweltpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak393/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:393:22

Im Juli trafen sich im Genfer Völkerbundspalast die Umweltminister aus über 100 Ländern zur zweiten Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention. Weitere Regierungen waren auf niederer Ebene vertreten, so daß insgesamt 156 Staaten miteinander verhandelten. Die Klimakonvention - FCCC im Diplomaten-Englisch abgekürzt - war 1992 auf dem großen UN-Gipfel für Umwelt und Entwicklung in Rio verabschiedet worden (siehe ak 344).

In ihr hatten sich die Staaten ganz allgemein verpflichtet, gefährliche Klimaveränderungen zu vermeiden, die aufgrund des übermäßigen Ausstoßes von Treibhausgasen drohen. Darüber hinaus schreibt das Vertragswerk den Industriestaaten vor, bis zum Jahre 2000 die Emissionen des wichtigsten Treibhausgases Kohlendioxid (CO2) auf das Niveau von 1990 zurückzufahren. Daß das nur ein allererster, winziger Schritt ist, war schon damals den meisten Beteiligten und vor allem den Klimaforschern klar, doch an der Verbrennung der fossilen Energieträger Erdöl und Kohle hängen zu starke Interessen, als daß ein schneller Durchbruch zu erwarten gewesen wäre.

Den Arbeitsgruppen

Beine machen

Man einigte sich deshalb darauf, in einem längeren Verhandlungsprozeß weitere Maßnahmen festzulegen. Ein wesentlicher Schritt dazu hatte eigentlich schon letztes Jahr auf der Berliner Klimakonferenz stattfinden sollen (siehe ak 376, 378 und 380). Der seinerzeitige Bundesumweltminister Töpfer - bekannt durch seine vollmundigen Ankündigungen - hatte in Rio großspurig die Regierungen nach Deutschland eingeladen und damit die Verpflichtung übernommen, die Verhandlungen mit einem weitergehenden Vertragsentwurf voranzutreiben. Daraus wurde allerdings nicht. Der Vorschlag des Ministers fiel in der Bonner Kabinettsrunde durch. Namentlich die Minister für Wirtschaft und Verkehr intervenierten, so daß die Bundesregierung blamiert dastand. Kurze Zeit später wurde der vorlaute Töpfer durch die brave Angelika Merkel ersetzt, die ihre Hauptaufgabe in Lobbyreisen für den deutschen Anlagenbau und insbesondere auch die Atomindustrie sieht.

So konnte denn auf der Berliner Konferenz im Frühjahr 1995 nur mit Mühe ein Fiasko verhindert werden. Der Entwurf für ein Protokoll, d.h. für einen ergänzenden Vertrag, den die Vereinigung kleiner Inselstaaten (AOSIS) in letzter Minute eingereicht hatte, wurde von den meisten Industrieländern rundweg abgelehnt. Darin war eine Reduktion der CO2-Emissionen des Nordens um 20% gegenüber 1990 bis zum Jahre 2005 gefordert worden. Mit großer Mühe einigte man sich schließlich noch auf das "Berlinmandat", das festhielt, daß weitere Schritte zum Schutze des Klimas nötig seien und bis zur nächsten großen Konferenz in Kyoto, Japan, Ende 1997 ein Protokollentwurf ausgehandelt werden solle. Unterm Strich eine Verzögerung um zweieinhalb Jahre.

Es war also von vornherein klar, daß in Genf kein neuer Vertrag zur Diskussion stehen würde, sondern lediglich den Arbeitsgruppen, die an dem Entwurf basteln, ein wenig Beine gemacht werden sollte. Das scheint aus zweierlei Gründen dringend geboten: Zum einen gibt es innerhalb der wissenschaftlichen Gemeinde kaum noch Zweifel daran, daß die globale Erwärmung um rund 0,6 Grad Celsius, die seit Beginn des Jahrhunderts zu verzeichnen ist, auf das Konto des Menschen geht.

Eine ganze Reihe unabhängiger Ansätze von der Statistik bis zu verbesserten Simulationsrechnungen kommen zu dem gleichen Ergebnis: Die Atmosphäre hat sich aufgrund des Anstiegs der Treibhausgas-Konzentrationen erwärmt. In erster Linie wegen des bereits erwähnten CO2; eine nicht unwesentliche Rolle spielen aber auch die künstlich erzeugten Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW) und das Methan, das bei Faulprozessen in Mülldeponien und Reisfeldern entsteht, aber auch aus defekten Erdgasleitungen entweicht oder bei der Ölförderung sorglos freigesetzt wird. Im Augenblick scheint sich die globale Erwärmung (gemeint ist immer die Lufttemperatur in einem Meter Höhe über dem Boden, gemittelt

über die gesamte Oberfläche der Erde) sogar zu beschleunigen. Die 80er Jahre waren das wärmste Jahrzehnt seit Beginn der Temperaturmessungen und 1995 war das wärmste je gemessene Jahr.

Zum anderen mußte in Genf endlich die Blockadehaltung einiger wichtiger Staaten aufgebrochen werden. Staaten wie die USA, Japan, Kanada, Saudi-Arabien und Kuwait geben sich immer noch große Mühe, diese wissenschaftlichen Fakten anzuzweifeln. Symptomatisch ist dafür die Äußerung des saudischen Vertreters in der Arbeitsgruppe für wissenschaftliche und technische Fragen: Man könne doch unmöglich, so der Saudi in Genf, auf den bestehenden Erkenntnissen Politik aufbauen, denn wer weiß, vielleicht stünde ja im nächsten Bericht des UN-Wissenschaftlergremiums IPCC, daß mit einer globalen Abkühlung zu rechnen sei. Saudi-Arabien und auch Kuwait - das sollte man dabei wissen - sind der Klimakonvention erst in allerletzter Minute beigetreten - auf Anraten der US-amerikanischen Lobby-Organisation Global Climate Coalition. In der haben sich große Öl- und Kohlegesellschaften mit Stromproduzenten und Autoherstellern zusammengeschlossen.

Zeit zum Handeln

Weniger Geduld mit den Verhandlungen als einige Industrie- und OPEC-Länder haben die kleinen Inselstaaten. Einige von ihnen wären durch den Anstieg des Meeresspiegels, der bei höheren Temperaturen erwartet wird, in ihrer Existenz bedroht. Ohne Ausnahme müssen sie, wie auch die tropischen Küstenstaaten, verheerende Folgen für ihre Gesellschaften befürchten, wenn die Zahl der tropischen Stürme zunimmt, wie es die meisten Klimatologen voraussehen. Die Vereinigung kleiner Inselstaaten (AOSIS) wiederholte daher in Genf ihre dringenden Appelle an den reichen Norden, schnell zu handeln.

Zeit zum Handeln sehen auch die Inuits - die Eskimos - gekommen. Rosemarie Kuptana, Sprecherin der Inuit-Circumpolar-Konferenz, in der sich die Eskimos Rußlands, der USA, Kanadas und Grönlands zusammengeschlossen haben, machte in Genf deutlich, weshalb: "Schon heute können die Jäger Veränderungen in unserer Heimat feststellen: Das Meereis verliert seine Farbe und wird dünner, die offenen Stellen verändern sich, Tiere tauchen auf, die wir nie zuvor bei uns gesehen haben." Für die Zukunft haben die Arktisbewohner noch wesentlich Schlimmeres zu erwarten. Alle Klimamodelle sagen voraus, daß die Erwärmung im extremen Norden bei weitem am stärksten sein wird. Klima- und Vegetationszonen würden sich dramatisch verschieben. Weite Permafrostgebiete würden auftauen und Methan freisetzen. Kein Modell hat bisher berechnet, um wieviel dieses Gas den Treibhauseffekt verstärken könnte. Die Vertreterin der Inuits verlangte daher, als ersten Schritt schon bis 2005 die CO2-Emissionen um 20% zu reduzieren.

Weshalb sich alle Forderungen an den Norden richten, erläuterte IPCC-Vorsitzender Bert Bolin in seiner Rede vor den Ministern: "In den Entwicklungsländern wird derzeit eine halbe Tonne CO2 pro Kopf und Jahr emittiert. Dagegen sind es in den Industrieländern im Schnitt fünf- bis sechsmal soviel. (...) Bevölkerungswachstum eingerechnet, können wir uns aber auf Dauer global gemittelt nur Emissionen von 1,3 Tonnen leisten, wenn die CO2-Konzentration stabilisiert werden soll." Mit anderen Worten: Staaten wie Deutschland, das jährlich 10,8 Tonnen pro Kopf in die Luft bläst, müssen noch wesentlich mehr als die von der Bundesregierung versprochenen 25% vermeiden, will man die Lasten gerecht verteilen.

Doch dahin scheint es noch ein langer Weg zu sein. In Genf kam immerhin (wie schon in Berlin wieder in letzter Minute) eine Erklärung zustande, in der eine Reihe bisher strittiger Fragen gelöst wurde. So wird ausdrücklich die Arbeit des IPCC zu einer Grundlage der Verhandlungen erklärt. Das ist wichtig, da im Rahmen ihrer Verzögerungstaktik Kuwait, Saudi-Arabien, Australien und andere immer wieder dessen Autorität angezweifelt und weitere Forschung verlangt haben.

Ausdrücklich anerkannt wird in dem Abschlußdokument, daß eine "Weiter-so-Politik" die Erde in den nächsten 100 Jahren um noch einmal 3,5 Grad Celsius erwärmen wird. Außerdem wurden die bestehenden Verpflichtungen bestätigt und erklärt, daß einige Industriestaaten noch besondere Anstrengungen unternehmen müssen, um ihnen nachzukommen. Am Rande der Konferenz war nämlich bekannt geworden, daß die meisten Industriestaaten es wahrscheinlich nicht schaffen werden, wie vorgesehen, ihre CO2-Emissionen bis 2000 auf dem 1990er-Niveau stabilisiert zu haben. Auch Deutschland schafft dieses Ziel übrigens nur aufgrund des Kahlschlags im Osten. Mit diplomatischer Finesse vermieden es die Minister allerdings in ihrer Erklärung, diese Verpflichtungen "verbindlich" zu nennen. Einige der reichen Staaten, allen

voran Australien, vertreten nämlich die interessante Meinung, die Abmachungen der Klimakonvention seien nicht verbindlich.

Ein Indiz dafür, daß auch die weiteren Verhandlungen schwierig sein werden.

Wolfgang Pomrehn

37. Grenzgängerinnen. Migrantinnen im Knast - Annotation

Autor: A.M. · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Frauen · CD-Datei: daten/aksuche/ak393/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:393:19

Zu vier Jahren Gefängnis wurde Amalia, eine Frau ohne deutschen Paß, verurteilt: Sie hatte mit Kokain gehandelt. Gegen Ende ihrer Haftstrafe, als sie gerade begann, sich auf ein Leben in Freiheit in Berlin vorzubereiten - wurde ihr der Ausweisungsbefehl zugestellt. Die Siebenunddreißigjährige hatte seit 15 Jahren Ecuador, ihr Herkunftsland, nicht mehr gesehen; ihre Kinder, die in Berlin geboren wurden, kannten es nur vom Hörensagen.

Amalia ist eine der Migrantinnen, die seit 1991 von Mitarbeiterinnen des LAZ (Lateinamerikazentrum)-Frauenplenums im Frauengefängnis Berlin-Plötzensee betreut werden. Dort sitzen etwa 180 Frauen ein. Der Anteil von Frauen ohne deutschen Paß ist besonders hoch; er schwankt in den verschiedenen Häusern zwischen 30 und 50 Prozent. Unter ihnen sind viele Lateinamerikanerinnen und Osteuropäerinnen sowie Frauen aus der sogenannten zweiten Generation von MigrantInnen.

Für die Frauen ohne deutschen Paß ist der Knastalltag besonders schwer. Häufig fehlen ihnen soziale Kontakte, und es gibt keine politische Lobby für sie. Wer übersetzt ihnen das Juristendeutsch? Wer informiert sie über Hafterleichterungen oder über die Möglichkeiten, die meist auf die Haftstrafe folgende Abschiebung zu verhindern bzw. zu beschleunigen?

Mit solchen Problemen des Knastalltags befaßt sich das LAZ-Frauenplenum in seiner Broschüre Grenzgängerinnen. Migrantinnen im Frauenknast Plötzensee, die im Oktober 1995 erschienen ist. Das Heft enthält außerdem einen längeren Abschnitt über die Ursachen der Feminisierung von Migration. In einem weiteren Kapitel geht es um die Zusammenhänge zwischen internationaler Drogenpolitik und Rassismus sowie um die Suchtmittelabhängigkeit von Frauen - zahlreiche Migrantinnen sind auf der Grundlage des Betäubungsmittelgesetzes (BTMG) verurteilt, sei es, weil sie drogenabhängig sind, sei es, daß sie als Drogenkuriere tätig waren. Ausführlich wird auch die Berliner Abschiebepraxis beschrieben.

Mit der Broschüre wollen die LAZ-Frauen die Situation der gefangenen Migrantinnen transparenter machen und politische Konsequenzen anregen. "Wir diskutieren vor allem Möglichkeiten, die Migration von Frauen zu unterstützen", schreiben die LAZ-Frauen, "so zum Beispiel durch die Forderung nach Legalisierung der Illegalisierten" oder nach Abschaffung des BTMG.

Die Broschüre, die auch eine Liste mit Beratungsstellen für Migrantinnen und straffällig gewordene Frauen enthält, ist im Buchhandel erhältlich oder bei

ANARES Nord, Postfach 2011, 31315 Sehnde, zu beziehen.

A.M.

Grenzgängerinnen. Migrantinnen im Frauenknast Plötzensee. Eine Broschüre des LAZ-Frauenplenums, Oktober 1995, 72 Seiten, DM 10,-.

38. Ich will auch einen Blauhelm!

Autor: Katja Leyrer · Rubrik: Bundeswehr; Frauen · CD-Datei: daten/aksuche/ak393/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:393:33

Immer am Wochenende, wenn ich endlich dazu komme, Zeitungen und Zeitschriften zu lesen, geht es mir ganz prima. Das liegt vor allem daran, daß dann so viele erfrischende Meldungen mein Herz erfreuen und meinen Optimismus stärken. Angeregt durch einige Artikel in der Jungen Welt und anderen Tageszeitungen nahm ich mir neulich das gerade wieder aktuelle Diskussionsthema "Frauen in die Bundeswehr!?" vor und besorgte mir zu diesem Zwecke auch einige Exemplare der Frauenzeitschrift EMMA, deren jahrelange freie Mitarbeiterin ich dereinst gewesen bin. Und wieder veränderte sich mein Weltbild. Ich habe gelernt.

Bei der Bundeswehr soll es - so las ich in Alices Wunderblatt - zwar einerseits manchmal recht brutal zugehen, andererseits kann es aber auch ganz nett dort sein sein - vor allem, wenn Frauen Dienste schieben. Man und auch frau können in diesem Verein nämlich abwechslungsreiche Kurse absolvieren, und zudem ist eine Bundeswehrzeit nicht zuletzt auch der Karriere dienlich. Zumindest kann dort etwas fürs Leben gelernt werden: schießen zum Beispiel, aber auch Nahkampfübungen und das Durchstehen von nächtlichen 30-km-Märschen gehören ins Grundprogramm. Da werden die schlappen Muskelchen ein bißchen gestählter, und die Orangenhaut hat keine Chance mehr ...

Leider jedoch haben bislang viel zu wenige Frauen in Deutschland diese Möglichkeit, Abenteuerurlaub auf Staatskosten zu machen. Dem stehen nicht nur altertümliche Paragraphen und männliche Angstbarrieren vor Weiblichkeit in Uniform im Wege, sondern vor allem auch die männerbündisch orientierte Furcht vor den allüberall aus den Küchen kommenden pfiffigen Frauchen, die den "Schwanzgesteuerten" (EMMA) die Offizierskarrieren wegschnappen wollen.

Das alles ist ein ernstes Problem. Seit Jahren schon wird um eine frauenfreundliche Lösung gerungen. Und besonders verdient um die Rechte der Frauen machen sich zur Zeit wieder einmal freidemokratische VordenkerInnen beiderlei Geschlechts sowie Frau Alice Schwarzer samt einiger ihrer Getreuen. Die Argumentation der EmanzipationskämpferInnen ist sehr einleuchtend: Erstens handelt es sich um ein diskrimierendes Gesetz, das den deutschen Frauen - im Gegensatz zur Praxis in manch anderen Ländern - sogar den freiwilligen Zutritt zu Rang und Armeewürden (außer im Sanitätsdienst) untersagt. Zweitens handelt es sich bei der Bundeswehr eh nur um eine Verteidigungsarmee, die zwar ganz erhebliche Kosten verursacht und den Dienst an der Waffe und im Bomber üben läßt, dies aber sozusagen nur als gestalttherapeutische Massensimulationsveranstaltung für junge Karrieremenschen. Und drittens ist der feministische Pazifismus als ideelle Grundidee Hintergrund der Debatte und Forderungen - würden doch Frauen beim Bund eine ganze Menge ändern und frischen Wind in die Kasernenhöfe bringen!

Ich will ehrlich sein. Als Alice Schwarzer Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre, das Bundeswehrthema aufgriff, war auch ich fasziniert von der Idee, sich künftig einer "gleichberechtigten" Wehrpflicht entziehen zu müssen. Das war nicht nur Blödheit meinerseits. Die Debatte des Kölner Frauenklüngels war damals anders gewichtet, und auch die Zeiten waren andere. Gleichzeitig mit der Forderung nach Abschaffung des (frauen)diskriminierenden Paragraphen, der mit der "Natur der Frau" begründet den weiblichen Dienst an der Waffe bei uns untersagt, wurde damals die Abschaffung der Bundeswehr gefordert.

Zum Jahresanfang 1996 hingegen bringt EMMA ein 30seitiges Dossier, das als Werbebeilage des Verteidigungsministeriums gelten kann. Garniert von Fotos unglaublich gutaussender junger Frauen - angeblich Rekrutinnen des Sanitätsbataillons V im Westerwald - wird die Trommel gerührt für eine Armee, die frau vor zehn Jahren noch als militaristischen Sauhaufen mit NS-Tradition bekämpfte. Heute darf die jungdynamische EMMA-Reporterin schreiben: "Nach dem Schock des Dritten Reiches gab's beim deutschen Militär einen Bruch mit der Vergangenheit." Und die perfekt geschminkte Rekrutin Sandra gibt fesch von sich: "Ich möchte mein Vaterland verteidigen."

Nun - die Zeiten haben sich geändert. Es wäre sicher diskriminierend, wenn Sandra nicht das Recht hätte zu sagen, was sie denkt. Und es ist sicherlich ein wichtiger Fortschritt sowohl auf der Ebene von Gleichberechtigung beim Militär als auch in den erotischen Beziehungen zwischen Frauen und Männern, daß laut EMMA die Westerwälder Sanitätsrekrutinnen zu ihrem Gewehr nun "mein Mann" sagen, so, wie der männliche Soldat es als "meine Frau" bezeichnet.

Davon wollen wir mehr haben, von diesen nachdenklichen Vorkämpferinnen der Emanzipation, die - ob mit oder ohne "ihren Mann" - sicherlich auch dem Ansehen der beliebten deutschen Blauhelmtruppen mehr internationales Ansehen geben könnten! Ich gebe zu, daß es einfach hübscher aussieht. So ein "Mädel" (EMMA) in Uniform hat was - da kommen die Jungs nicht mit.

Tja, unsere Jungs werden umdenken müssen. Unsere Blauhelmchen und Schwarzstiefelchen und schmucken Marines sollen endlich die ihnen zustehende weibliche Konkurrenz kriegen und sich ihr stellen müssen. Wir wollen endlich die Hälfte der Welt, wir Frauen! Da müssen sie durch, die Jungs! Genauso, wie wir weibliche Atomkraft-Chefinnen, endlich eine Vorsitzende des Bayer-Konzerns und mehr Frauen in der Abschiebe-Politik brauchen, ist es ein dringendes Erfordernis im Lande, ein paar schmucke Panzerfahrerinnen, Bomberpilotinnen und vor allem Generäle mit vielen, vielen Orden auf der weiblichen Brust vorzeigen zu können. Das braucht das Mutterland.

Gut, daß mein Sohn sich nicht darauf verlassen hat, eine Bundeswehrkarriere anzustreben. Er hätte keine Chance neben diesen weiblichen Energiebündeln, die durch Zähigkeit und Ausdauer sowie hartes Training ihre fehlende Körperkraft (EMMA) ausgleichen. Meine jüngste Tochter wurde im vergangenen Monat vierzehn Jahre alt. Wenn ich schnell in die FDP eintrete, die EMMA wieder abonniere und immer brav Zeitung lese - ob dann wenigstens aus ihr noch was Anständiges werden kann? Ich selbst bin leider zu alt für den Karrieresprung beim Bund. Obwohl - so ein Blauhelm stünde mir so gut ...

Katja Leyrer

39. Quelldatei 05bu.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak393/05bu.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:393:05bu

BUs für Art. 05 (Libanon)

Quellenangabe zur Karte:

Aus: The Cambridge Encyclopedia of the Middle East and North Africa (Cambridge 1988)

BU zur Postkarte:

Beirut, Platz der Märtyrer, vor dem Bürgerkrieg (Postkarte)

BU zu den beiden Denkmalfotos:

Das 1995 entstandene Denkmal "Hoffnung auf Frieden" von Arman vor dem Verteidigungsministerium in Garze

Foto: Brigitte Pagendamm

BU zum Foto der Kinder mit Fahne:

Der Tag der Unabhängigkeit (22.11.1943) wird auch in allen Schulen gefeiert

Foto: Brigitte Pagendamm

40. Quelldatei 23.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak393/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:393:23

Honduras

Ein Porträt von Tegucigalpa, der Hauptstadt von Honduras, bringt die Juli-Ausgabe der ila: Ein Spaziergang durch die Metropole wird geschildert, das Zentralgefängnis, eine "kleine Stadt", besucht, der Prozeß der Verstädterung (1945 lebten in der Stadt 55.000 Menschen, heute ist es etwa eine Million) und der damit einhergehenden Verarmung dargestellt. In einem Interview berichtet die Künstlerin und Schauspielerin Juana "La Loca" (die Verrückte), Protagonistin der Frauenbewegung, über ihren - für honduranische Mädchen und Frauen nicht untypischen - Lebensweg.

ila - Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika, H. 197 (Juli 1996). A4, 60 S., 8 DM. ISSN 0946-5057.

Gewerkschaften

im Osten

Die Gewerkschaften Ost- und Südeuropas stecken in einer tiefen Krise: Die Mitgliederzahlen gehen rapide zurück; in den Klein- und Mittelbetrieben, die nach den Konkursen der großen staatlichen Unternehmen in den meisten Ländern die Mehrzahl der Betriebe ausmachen, können sie nur schwer Fuß fassen; ihre finanziellen Mittel sind äußerst beschränkt, da der größte Teil der Mitgliedsbeiträge auf Betriebsebene verbleibt. Die Gewerkschaften sind gespalten, und zwar vornehmlich aufgrund unterschiedlicher politischer Orientierungen. Arbeitsrechtliche und tarifliche Forderungen bleiben zumeist auf den betrieblichen Rahmen beschränkt; in den neu eingerichteten "sozialpartnerschaftlichen" Gremien sitzen Gewerkschaftsvertreter einer geschlossenen Front von Arbeitgeber- und Regierungsvertretern gegenüber. Neben Überblicksartikeln wird diese Situation in Länderberichten zu Ungarn, Tschechien, Slowakei, Polen, Rumänien, Jugoslawien und Bulgarien dargestellt. Beigegeben ist der Juli-Ausgabe der Ost-West-Gegeninformation das "Dossier: Ungarn", in dem das euphorische Bild vom Wirtschaftsaufschwung in diesem Land kritisch beleuchtet wird.

Ost-West-Gegeninformation, H. 2/96. A4, 56 S., 6 DM.

Informationsfreiheit

Mit dem immer umfassenderen Einsatz neuer Informations- und Kommunikationstechnologien wird auch eine alte Forderung der Bürgerrechtsbewegung wieder aktuell: Das Recht auf Zugang zu Informationen der öffentlichen Verwaltung. Was u.a. in den skandinavischen Staaten und in den USA seit langem praktiziert wird, ist in der BRD auch nach über 15jähriger Debatte kaum vorangekommen. Mit ihrem aktuellen Schwerpunktheft will die Zeitschrift Bürgerrechte & Polizei die brachliegende Diskussion um Aktenauskünfte und eine allgemeine Informationsfreiheit wieder beleben.

Bürgerrechte & Polizei, Nr. 2/1996 (CILIP 54). A5, 104 S., 14 DM. ISSN 0932-5409.

NS-Justiz

Abgeschlossen ist die nationalsozialistische Vergangenheit in vielfacher Hinsicht nicht - auch weil sie, schreibt die Redaktion von Forum Recht, "sich auf vielfältige Weise in andere aktuelle Diskussionen zu schleichen pflegt. Immer wieder muß sie als Vergleichsgröße für gegenwärtige Entwicklungen herhalten und wird dabei von allen Seiten gern als Totschlagargument benutzt: Je nach politischer Grundhaltung sind es dann die eher sozialistischen oder kapitalistischen Ideen, die die Gefahr eines neuen ‚Dritten Reiches` heraufzubeschwören scheinen, und der Hinweis auf gefährliche Parallelen zu ‚damals` wird oft in einer Weise verwendet, die sich sachlicher Argumentation versperrt. Auf der anderen Seite gibt es nach wie vor die Tendenz, die Naziherrschaft zu verharmlosen und ihre Brutalität zu verschleiern." Forum Recht ist dies Grund genug, in einer Reihe von Artikeln die NS-Justiz und ihr Fortwirken in der Gegenwart - in der bundesoffiziellen Geschichtsdarstellung und der sog. Vergangenheitsbewältigung - zu behandeln.

Forum Recht, H. 3/96. A4, 40 S., Einzelheft 4 DM.

Chaos-Tage 1995

Die Fraktion Bündnis90/Die Grünen im Niedersächsischen Landtag hatte einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuß (PUA) zu den Chaos-Tagen im August 1995 beantragt. Nachdem sich jedoch die CDU-Oppositionsfraktion mit ihrem Antrag auf Einsetzung eines PUA durchgesetzt hatte, wurde die grüne Oppositionsfraktion systematisch ausgegrenzt. Ihr wurde es verwehrt, sich an der Ausarbeitung des Untersuchungsauftrags zu beteiligen, und ihre Alternativvorschläge fanden keine Berücksichtigung. Bei dem nun vorliegenden Minderheitenbericht handele es sich, heißt es in der Einleitung zur "Abweichenden Stellungnahme", nicht "um einen umfassenden, geschweige denn erschöpfenden Untersuchungsbericht, sondern um einen ergänzenden Alternativ-Bericht, der sich bezüglich der Untersuchung des Ausschusses einerseits um eine andere Sicht der Dinge bemüht und andererseits versucht, gerade die blinden Flecken der offiziellen Untersuchung auszufüllen." Die Stellungnahme von Bündnis90/Die Grünen enthält u.a. eine Darstellung des Ablaufs der Chaostage, "Vorschläge zur Verhinderung künftiger Ausschreitungen" .

Das Elend der polizeilichen "Lösung". Die "Chaos-Tage" und ihre polizeiliche (Nicht-)"Bewältigung". Bezug: Bündnis90/Die Grünen im Landtag Niedersachsen, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover (bitte 5 DM in Briefmarken beilegen).

Castor-Transport

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie beobachtete vom 4. bis 8. Mai 1996 die Demonstrationen gegen den zweiten Castor-Transport durch das Wendland. Tausende protestierten fünf Tage lang gegen den Transport und die Nutzung von Atomenergie generell. Dennoch wurde der Transport unter Einsatz von Schlagstöcken, Hunden und Hochdruckwasserwerfern im Rahmen des größten Polizeieinsatzes der bundesdeutschen Geschichte durchgesetzt. Im ersten Teil des ausführlichen Beobachtungsberichts des Komitees wird das politische Umfeld der Demonstrationen - wendländische Widerstandstradition, Demonstrationsverbote, Kommentare der Politiker und in den Medien, Polizeistrategie - dargestellt und erörtert. Der zweite Teil der Broschüre enthält eine umfassende und detaillierte chronologische Darstellung der Ereignisse.

Zweiter Castor-Transport nach Gorleben - Der Atomstaat zeigt seine Gewalt. Demonstrationsbeobachtung des Komitees für Grundrechte und Demokratie vor und während des zweiten Transportes von hochradioaktivem Müll nach Gorleben vom 4. bis 8. Mai 1996. A5, 88 S. Bezug für 8 DM (Vorauskasse per Briefmarken oder Scheck) bei: Komitee für Grundrechte und Demokratie, An der Gasse 1, 64759 Sensbachtal.

41. Quelldatei 27.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak393/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:393:27

Kalender - Kalender - Kalender

Linke in Lateinamerika

Der BUKO lädt zu einem Seminar über die Linke in Lateinamerika. Die Themen sind: Geschichte revolutionärer Theorie und Praxis in Lateinamerika; aktuelle Strategien und Projekte der Linken und Erstarken sozialer Bewegungen, insbesondere feministischer und indigener Bewegungen in den letzten Jahren.

6.-8.9.1996, Radevormwald. Infos und Anmeldung: BUKO-Geschäftsstelle, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Tel. 040-393156, Fax 040-3907520.

Cuba-Solidarität

Beim VI. Bundestreffen der Cuba-Solidarität wird am Eröffnungsabend ein, wie es in der Einladung heißt, "hochrangiger cubanischer Gast" zur Entwicklung und den Perspektiven Cubas angesichts der Auswirkungen des Helms-Burton-Gesetzes referieren. Am Samstag und Sonntag findet die eigentliche Konferenz mit Diskussion in den Arbeitsgruppen, Berichten und Beschlußfassungen statt.

6.-8.9.96, Offenburg. Info: Netzwerk Cuba, Reuterstraße 44, 53113 Bonn. Tel. u. Fax: 0228-241505.

Leipzig: Bündnis gegen rechts

Wurzen, ein Ort in der Nähe von Leipzig, wird selbst vom ehem. Präsidenten des Sächsischen Verfassungsschutzes als das derzeit "wohl wichtigste Zentrum der Neonazis in Deutschland" gesehen. Das Leipziger "Bündnis gegen rechts", das dies schon längst vor dem VS-Präsidenten entdeckt hatte, bereitet nun langfristig eine Demonstration in Wurzen vor. Geplant ist, in den Monaten September und Oktober eine umfangreiche Infotour durchzuführen, bei der, wie das Bündnis mitteilt, auch "in ‚eher bürgerlichen Kreisen` mit Referaten, einer Diaserie und einem kurzen Videofilm" informiert und für die Demo mobilisiert werden soll. (Der Kalender-Redakteur meint: Vorbildlich!) Am Beginn der geplanten Kampagne steht ein erstes bundesweites Vorbereitungstreffen.

7.9.1996, ab 14 Uhr, Werk II, Halle 5, Kochstraße 132, 04277 Leipzig. Info und Schlafplatzvermittlung: Bündnis gegen rechts, c/o VL, PF 54, 04251 Leipzig. Tel. 0341-4777829, Fax 0341-9608303.

Zeit zum Leben

"Entwürfe zur Neuverteilung der Arbeitszeit" zu entwickeln, ist das Ziel der 4. Gewerkschaftspolitischen Konferenz der PDS. Nach einleitenden Referaten zur Arbeitszeitverkürzung werden Arbeitsgruppen (Themen: Neue Arbeitszeitmodelle; Lohnausgleich; Neugliederung der Arbeitszeit; Teilzeit und Schein-Selbständigkeit) stattfinden. Die Konferenz wird am zweiten Tag mit einer Podiumsdiskussion, an der GewerkschafterInnen aus West- und Ostdeutschland teilnehmen, beschlossen.

7./8.9.1996, Duisburg-Rheinhausen, Rheinhausen-Halle. Info und Anmeldung: PDS-Parteivorstand, Gewerkschaftspolitik, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin, Tel. 030-24009673, Fax 030-24009310.

Umwelt-Bibliothek

Die Ostberliner Umwelt-Bibliothek, in der evangelischen Kirche entstanden, begeht ihr zehnjähriges Bestehen mit einer Denk-Feier in der Zions-Kirche und einem Straßenfest mit Musik, Theater, Ausstellung und Video-Filmen.

10.9.1996, 10 Uhr, Denk-Feier, Zionskirche, Zionskirchenplatz, Berlin. Ab 15 Uhr Straßenfest, Schliemannstraße 22, Berlin.

Deserteure

Reimar Gilsenbach lief im März 1944 als Wehrmachtssoldat zur Roten Armee über. Mit einer Gruppe deutscher Antifaschisten beteiligte er sich von der sowjetischen Seite her an der Frontagitation. Er berichtet über seine persönlichen Erfahrungen am

10.9.1996, 19 Uhr im Kato (im U-Bahnhof Schlesisches Tor), Berlin.

Wollweber-Organisation

Über die Widerstandstätigkeit der Wollweber-Organisation spricht Prof. Dr. Terje Halvorsen (Lillehammer) auf einer Veranstaltung der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung.

10.9.1996, 15 Uhr, Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Saal C, Stauffenbergstraße 13-14, 10795 Berlin.

Literatur aus der DDR

Zu den durchaus kleineren, gewiß aber nicht zu ignorierenden Begleiterscheinungen des Anschlusses der DDR gehört die tonnenweise Vernichtung von Publikationen aus DDR-Verlagen. Die Bonner Buchdienste Che & Chandler und Fäustels Buchrecycling haben sich in den letzten Jahren in schon beträchtlichem Ausmaß um die Rettung und den (preisgünstigen) Weiterverkauf von Büchern aus der DDR verdient gemacht. Neben diesen beiden Unternehmen ist nun ein drittes, das Sozialistische Bücherzentrum (SBZ) entstanden. "Mehr aus der Not geboren als geplant", teilen Che & Chandler mit, galt es doch, ca. 60.000 Bände aus DDR-Bibliotheken vor der Müllkippe zu retten. Alle drei Buchdienste veranstalten ihre erste gemeinsame Großaktion: An einem Wochenende im September wird in einer Halle ein Antiquariatsmarkt mit ca. 20.000 Büchern stattfinden.

14./15.9.1996, Bonn. Anmeldung für Besucher, Käufer oder Leute mit eigenem Stand: Che & Chandler, Breite Str. 47, 53111 Bonn (Tel. 0228-632366; Fax 0228-634968).

Arbeitsbrigaden nach Cuba

Die Freundschaftsgesellschaft Berlin-Kuba e.V. (Grimmstr. 6, 10967 Berlin) organisiert Kubareisen im Rahmen von Arbeitsbrigaden (drei Wochen Arbeit v.a. in der Landwirtschaft, Besichtigungen und Informationsgespräche). Die Kosten für Flug, Unterkunft und Verpflegung betragen ca. 2000 DM.

Reisetermine: 14.9.-5.10.1996, 5.10.-26.10.1996, 26.10.-16.11.1996, 9.2.-2.3.1997, 2.3.-23.3.1997, 23.3.-13.4.1997.

Jüdische Lebenswege

Die Hamburger Gedenk- und Bildungsstätte Israelitische Töchterschule, zugleich Unterrichtsort der örtlichen Volkshochschule bietet eine Anzahl von Seminaren zur jüdischen Geschichte, Gegenwart und Kultur an. Am 17.9. beginnen die Kurse "Jiddisch für AnfängerInnen" und "Jiddisch- eine Kultur zwischen Tradition und Moderne" (jeweils 10 Termine pro Semester). Am 21.10. beginnt das Seminar "Juden im Kaiserreich: Deutschland mein Vaterland - Judentum mein Erbe", am 24.10. ein Kurs über jüdische Displaced Persons im Nachkriegsdeutschland (beide Kurse laufen über zwölf Abende). Genauere Informationen zu diesen und weiteren Kursen sowie das Programm 1996/97 ist erhältlich über die

Gedenk- und Bildungsstätte Israelitische Töchterschule, Karolinenstraße 35, 22357 Hamburg, Tel. 040-3497-2175.

Alltag im Nationalsozialismus

Die Tagebücher von drei Frauen aus der Zeit des Nationalsozialismus und den ersten Nachkriegsjahren, publiziert unter dem Titel "Ich fürchte die Menschen mehr als die Bomben", werden von den Herausgeberinnen Angela Martin und Claudia Schoppmann in einer Lesung vorgestellt. Die Veranstaltung wird moderiert von Wolfgang Benz, dem Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung, Berlin.

19.9.1996, 20 Uhr, Literaturforum im Bert-Brecht-Haus, Chausseestraße 125, Berlin-Mitte.

Frauen On-Line

Online-Dienste wie E-Mail und Info-Boxen können Frauen und Frauenprojekte für ihre Interessen nutzen. In einem Kurs, der sich an alle Frauen richtet, die sich für moderne Kommunikationsformen mit Computer

interessieren, sollen Kenntnisse vermittelt werden über: Computer-Netze, E-Mail; spezielle Frauen-Computernetze; Internet; Umgangsformen im Netz; technischer Hintergrund u.a.

26.-29.9.1996, Zülpich. Anmeldung (mit frankiertem Rückumschlag): Frauenbildungs- und Ferienhaus, Prälat-Franken-Straße 13, 53909 Zülpich-Lövenich, Tel. 02252-6577.

Palästina

Die "Dienste in Übersee" laden zum Länderseminar Palästina. Nach den Wahlen zum Palästinensischen Autonomierat im Januar und zum israelischen Parlament im Mai steht die Frage nach den weiteren Fortschritten (und Hindernissen) im Friedensprozeß. Die Referenten des Seminars sind u.a. Udo Steinbach (Deutsches Orient-Institut Hamburg), Haidar Abdul Shafi (Mitglied des palästinensischen Autonomierats, Gaza) und Iyad Sarraj (Vorsitzender der Palästinensischen Unabhängigen Kommission für Bürgerrechte, Ostjerusalem).

20.-22.9.1996, Haus am Schüberg, Ammersbek. Weitere Informationen und Anmeldung: Haus am Schüberg, Dienste in Übersee, Wulfsdorfer Weg 33, 22949 Ammersbek.

Nach dem Novemberpogrom

Zum Symposium "Juden und Judenpolitik in Frankfurt am Main 1938-1945" lädt das Fritz Bauer Institut ein. Die Themen sind u.a.: Deportationen im Gefolge der "Reichskristallnacht"; Zur Situation der hessischen Landjuden; Verbannung, Konzentrierung, Ghettoisierung und Deportation der jüdischen Bevölkerung; Jüdische Gemeinde in Frankfurt; Judenreferat der Frankfurter Gestapo; Situation der sog. Mischlinge, Konvertiten und privilegierten Mischehen; Juden in Frankfurt 1945.

2.-4.10.96, Philantropin, Hebelstraße 17, Frankfurt am Main. Programm und Anmeldung (bis zum 1.9.): Fritz Bauer Institut, Studien- und Dokumentationszentrum zur Geschichte und Wirkung des Holocaust, Rheinstraße 29, 60325 Frankfurt am Main, Tel. 069-975811-22.

3. Oktober

Es ballt sich was zusammen - aber wo ballt es sich hin? - In München ruft die dortige Ökologische Linke zu einem "antinationalen Block" auf (Info: Ökologische Linke München, c/o Karin Döpke, Schulstraße 47, 80634 München). Das Münchner Bündnis gegen Rassismus hat einen Aufruf erlassen - "Es gibt nichts zu feiern, aber viele Gründe zum Widerstand!" - und sucht nach ErstunterzeichnerInnen (Info: Münchner Bündnis gegen Rassismus, c/o Klaus Schreer, Johann-von-Werth-Straße 3, 80639 München). In Berlin schlägt das Anti-Militärische Oberjubel-K.o.m.i.t.e.e. (AMOK) vor, am 3.10. gegen die Bundeswehrpräsenz in Berlin unter dem Motto "Das Volk lacht das Militär aus!" zu demonstrieren (Info: AMOK-Büro, Oderbergerstraße 47, 10435 Berlin). Die Gruppe gewaltfreier AnarchistInnen Hannover hat diesen Vorschlag übernommen (Info: graswurzelrevolution, c/o AStA, Welfengarten 1, Hannover).

Antimilitaristischer Kongreß

Den 3. Oktober und die nachfolgenden Tage nutzen die BI FREIe HEIDe, die Graswurzelwerkstatt Köln und das Komitee für Grundrechte und Demokratie zur Durchführung des antimilitaristischen Kongresses in Sewekow (am Nordrand des ehem. sowjetischen Bombodroms, das die Bundeswehr nun als ihren größten Flug- und Bomben-Manöverplatz für "out-of-area"-Einsätze verwenden will). Im Zentrum des Kongresses steht der Erfahrungsaustausch von Friedensbewegungen aus Ost und West und die Frage nach der Neuorientierung nach dem Ende der Blockkonfrontation und angesichts der neuen "out-of-area"-Politik. Teil des Programms sind ebenfalls eine Exkursion zum ehem. Bombenabwurfplatz und Protestkundgebungen.

3.-6.10.96, Sewekow. Info und Anmeldung: Komitee für Grundrechte und Demokratie, Bismarckstraße 40, 50672 Köln, Tel. 0221-523056, Fax 0221-520559.

Jerusalem

Die Jahreskonferenz 1996 des Deutsch-Israelischen Arbeitskreises für Frieden im Nahen Osten steht unter dem Thema "Jerusalem - Vom Mythos zur Politik". Dies Thema ist denkbar aktuell in einer Situation, in der Jerusalem eine der Schlüsselfragen des Friedensprozesses ist, der israelische Anspruch auf das "ganze Jerusalem" aber ungeachtet der Kompromißbereitschaft der Palästinensischen Autonomiebehörde

aufrechterhalten wird. Die Themen der Hauptvorträge der Konferenz sind: Die religiöse Bedeutung Jerusalems für Judentum, Christentum und Islam (Astrid Fiehland, Rien van der Vegt); Die Bedeutung Jerusalems für Palästina und die Palästinenser (Rana Nashashibi, Jerusalem); Die Entwicklung Jerusalems und der Staat Israel von 1947 bis 1996 (Ornan Yecutieli, Jerusalem); Die Erfindung Jerusalems im 19. Jahrhundert - über die Politisierung religiöser Gedächtnisse (Dan Diner, Tel Aviv / Essen).

4.-6.10.96, Evangelische Akademie Arnoldshain. Programm und Anmeldung: Evangelische Akademie Arnoldshain, Martin-Niemöller-Haus, 61389 Schmitten. Tagungssekretariats-Tel. 06084-944-143, Fax 06084-944-138.

Schickt Eure Veranstaltungshinweise! Per e-mail, per Post

oder als Fax. Annahmeschluß für ak 393 ist der 10.9.96.

42. LeserInnenbriefe

CD-Datei: daten/aksuche/ak393/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:393:29

Osterweiterung

der NATO?

Betr.: Das "Signal von Berlin" - NATO auf Interventionskurs (ak 392)

Dieser Artikel ist sehr umfassend und informativ, leicht verständlich geschrieben; zu einigen Widersprüchen und Behauptungen habe ich einige Anmerkungen:

Die "alte" Aufgabenstellung "Verteidigung des eigenen Territoriums" oder "Kollektive Verteidigung herkömmlicher Art" sei angeblich jetzt vom Ziel "Verteidigung der eigenen Interessen allüberall" abgelöst worden, meint der Autor. Die "neuen" Feindbilder wie Instabilität im "östlichen Krisenbogen", Bedrohung durch "Massenvernichtungswaffen und Trägersysteme", "verrückte Diktatoren", "massenhafte Migration über das Mittelmeer" usw. sind m.E. aber genauso alt (nicht erst in diesem Jahr entstanden) wie die ständige Verbesserung von Flexibilität, Mobilität und - auch bei der Qualität der jeweiligen Waffen - sich stufenweise steigernder "friedenserhaltender, friedensunterstütz-ender, friedenserzwingender" Interventionen der NATO. Es gab in der NATO schon immer das Bestreben, eine ständige Modernisierung in jeder Hinsicht vorzunehmen und die militärischen Möglichkeiten immer den politischen Gegebenheiten (Osterweiterung) anzupassen. Es müßte schon ein Beispiel genannt werden, wo denn die NATO-Bündnispartner sich haben verteidigen müssen, um die behauptete neue Aufgabenstellung erkennen zu können. Wird der Puder auch noch so dick aufgetragen, das alte, häßliche NATO-Gesicht ist noch sehr gut in Erinnerung.

Daß die OSZE und UN eine nur politische Funktion haben und die Militärs in jedem Fall das Kommando über u.a. die Interventionstruppen behalten, auch ohne Zustimmung von OSZE und UN, wird im Artikel aufgezeigt. Darum wäre die Diskussion über den Charakter der OSZE besser auf eine spätere Zeit - nach der erhofften "Auflösung der NATO" und sich entwickelnder "Europäischer Friedensordnung"- zu verschieben. Solange es die NATO gibt, soll die OSZE für die Bündnispartner als Instrument für die politische Durchsetzung und nachträgliche Legitimation der militärischen Interventionen fungieren. Eine Kontrolle der oder gar eine Aufgabenbestimmung für die NATO ist ihr nicht zugedacht bzw. gar nicht möglich.

Die vom Autor formulierte Forderung nach Auflösung der NATO wird mit einem Rätsel gleich wieder in Frage gestellt: Auflösung durch totale Osterweiterung incl. der Aufnahme Rußlands als Mitglied.

Das ist eine harte Nuß für logisches Denken. Ja, wie soll denn das funktionieren? Wem gegenüber würde dann die "Sicherheitspartnerschaft" aufgebaut werden?

In dem Artikel gibt es viel Interessantes, über das diskutiert werden kann. Ungern würde ich aber über diese "Alternative" eine Diskussion innerhalb der noch friedensbewegten Kreise führen. Wir sollten sie getrost Militärs und herrschenden Politikern überlassen. Mir scheint, daß der Autor die Hoffnung hat, mit dieser Diskussion Einbrüche in bisher nicht zur Friedensbewegung zählenden Bevölkerungsgruppen oder bei abtrünnigen "Ehemaligen" zu erreichen. Nur hat diese "Alternative" mit Friedenspolitik nichts zu tun!

Die einzige spekulative Variante dieser "Alternative" zur NATO-Auflösung wäre eine hypothetische, politisch grundlegende Veränderung in Rußland: Erst wird Rußland (es hat gewiß Vorteile mit einem Eintritt, die Ziele Rußlands in den ehem. UdSSR-Gebieten sind offensichtlich, Beispiel Tschetschenien) in die NATO aufgenommen, nach einem revolutionären Umsturz in Rußland und eventuell bei seinen Bündnispartnern ergibt sich plötzlich eine neue Situation: Revolutionäre Kräfte unterhöhlen die NATO-Strukturen und führen durch subversive Aktivitäten einen Zusammenbruch des Bündnisses herbei! Ach ja, das sind richtig tolle Perspektiven, die man beliebig weiter ausmalen könnte!

Statt dessen könnten folgende Fragen analysiert und erörtert werden:

1. Welche gemeinsamen Interessen haben Rußland und die bisherigen NATO-Mitglieder?

2. Wo steht Rußland heute westlichen Staaten, EU und USA, als Konkurrent gegenüber?

3. Welche Vorteile hätte die NATO durch die Osterweiterung, warum gibt es noch keine konkreten Beschlüsse?

hl, Hamburg

Mißverständnis?

Betr.: Israels Krieg gegen den Libanon (ak 390)

Wie paßt folgendes zusammen: Ihr veröffentlicht einen Bericht über den neuesten israelischen Angriffskrieg gegen den Libanon und schreibt unter ein Foto, das flüchtende bzw. verletzte libanesische ZivilistInnen zeigt: "Hizbullah greift an", so als würden die Betroffenen vor der Guerilla fliehen und nicht vor israelischen Luftangriffen. Man muß Hizbullah ja nicht mögen. Aber (...) der libanesischen Tageszeitung as-Safir vom 14.4.96 ist der tatsächliche Zusammenhang des Reuter-Fotos zu entnehmen: Die Flüchtenden sind Opfer eines israelischen Helikopterangriffs auf einen Krankenwagen, der überwiegend mit Frauen und Kindern besetzt war. Sie rennen zu einem nahegelegenen Stützpunkt der UNIFIL-Truppen. (...)

Günther Orth, z.Zt. Damaskus

Anm. d. Red.: Die von unserem bearbeitenden Redakteur verfaßte Bildunterzeile war selbstverständlich ironisch gemeint. Damit sollte auf die Absurdität der israelischen Rechtfertigungsversuche hingewiesen werden, die Flächenbombardements dienten der Bekämpfung von Terroristen. Wir bedauern etwaige Mißverständnisse.

Nett!

Aus Freiburg teilt uns ein Leser mit: "Ich freue mich jeden Monat auf die ak." Und ein Neu-Abonnent ist erleichtert: "Nun endlich, nach jahrelanger unregelmäßiger Leserschaft schicke ich euch endlich diesen Abo-Abschnitt." Nachmachen, Nicht-AbonnentInnen, nachmachen!